Kupferstadt Stolberg Der BÜRGERMEISTER

EINLADUNG

zu einer Sitzung des

Hauptausschusses

Sitzungskennziffer:

XVI / 51

Tag der Sitzung:

Dienstag, 10.09.2013

Ort der Sitzung:

Rathaus, Ratssaal

Beginn der Sitzung:

17:00 Uhr

HA

<u>Tagesordnung (Beratungspunkte):</u>

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

- b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Kupferstadt Stolberg
- c) Beschlussfassung über die Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

- 1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
- Umbesetzung in Ausschüssen und wirtschaftlichen Unternehmen:
 - a) Antrag der CDU-Fraktion vom 09.07.2013;

hier: Umbesetzung im Beschwerdeausschuss

- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.08.2013;
 - hier: Umbesetzung im Wahlausschuss, Wahlprüfungsausschuss und im Regionalen Abfallwirtschaftsbeirat im Zweckverband RegioEntsorgung
- c) Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2013;
 - hier: Umbesetzung in der EWV-Energie- und Wasserversorgungsgesellschaft mbH
- d) Antrag des Fördervereins der Regenbogenschule e.V. vom 05.08.2013; hier: Umbesetzung im Behindertenbeirat
- 3. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der FDP-Fraktion vom 02.07.2013;
 hier: Erstellung Inklusionsplan für die (schulische) Inklusion
 - b) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2013;
 hier: Prüfung Einführung Aufgrabungssperre in Stolberg

c) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2013;
 hier: Parksituation Werth, Schillerstaße

4. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung;

hier: Bereitstellung Ausgabemittel bei PSP 5.650084.510.810 "Einrichtung Sekundarschule"

5. Endausbau Bebauungsplangebiet Br. 121 "Mozartstraße";

hier: Bereitstellung von Finanzmitteln

6. Bebauungsplan Nr. 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße"; hier: Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

7. Fortschreibung des Zentrenkonzeptes "Einzelhandel" aus dem Jahr 2008 hier: Beschluss zur Fortschreibung

 Rahmenplan Stadtrandsiedlung sowie Bebauungsplan Nr. 167 "Stadtrandsiedlung" und 101. Änderung des FNP;

hier: Beschluss des Rahmenplanes und Aufstellungsbeschlüsse gem. § 2 (1) BauGB

- 9. Bereitstellung von Mitteln zur Kostenbeteiligung an der Ersteinrichtung des "Service Zentrums Stolberger Bahnhof"
- 10. Grünmetropole e.V. Erhöhung Mitgliedsbeitrag
- 11. Änderung Entgelt- und Benutzungsordnung für die Burg Stolberg
- Bericht Umsetzungsstand Haushaltssanierungsplan der Stadt Stolberg 2012 2021 zum 30.06.2013
- 13. Finanzcontrolling 2013; hier: Stand: 30.06.2013

- 14. Bestandsaufnahme der Stolberger Lehr- und Wanderpfade
- 15. Umlaufbeschluss:

hier: GREEN Solar Herzogenrath GmbH - Anteilsübertragung von EWV auf GREEN

- 16. Etat des Jugendamtes für den konsumtiven Haushalt 2014
- 17. Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen;

hier: Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln

18. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln;

hier: BAV Fahrzeuge Feuerschutz

19. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln;

hier: Spielplatz Brockenberg

- 20. Unterjähriges Personalkostencontrolling 2. Quartal 2013
- 21. Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg;

hier: Erlass einer neuen Satzung

22. Bestellung eines weiteren Vertreters des Bürgermeisters und eines Vertreters in der Funktion des Kämmerers;

hier: Genehmigung einer dringlichen Entscheidung

23. Wohnen in Stolberg;

hier: Auftrag des Hauptausschusses vom 18.06.2013

24. Jahresabschluss 2009;

- Vorlage wird nachgereicht -

hier: Informationsvorlage

25. Feststellung der Jahresabschlüsse 2010, 2011 und 2012

- Vorlage wird nachgereicht -

- 26. Antrag der Koalition aus SPD-Fraktion und CDU-Fraktion vom 16.08.2013; hier: Erprobungsphase Verkehrsführung Innenstadt
- 27. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

- 1. Abschluss eines städtebaulichen Vertrags (Erschließungsvertrag) zum Bebauungsplan Nr. 157 "Schneidmühle"
- 2. Rechtsstreit:

hier: W. gegen Stadt Stolberg in einer Grundstücksangelegenheit

- 3. Verkauf einer Wegefläche
- 4. Verkauf eines Baugrundstückes im B-Plan-Gebiet 68 "Brockenberg"
- 5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

1 CRLAGE HA/Rat 10.04 13 A)26)/A)2.0)



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Stolberg

Herrn Bürgermeister Ferdinand Gatzweiler o.V.i.A Rathaus Postanschrift: Rathaus D-52220 Stolberg

Tel. +49 2402 13 215 Fax +49 2402 13 378 E-Mail <u>fraktion@cdu-stolberg.de</u> www.cdu-stolberg.de/fraktion

Konto 6811111 Sparkasse Aachen BLZ 390 500 00

Stolberg, 09.07.2013

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,

die CDU-Fraktion beantragt, Hauptausschuss und Rat mögen beschließen:

Jens Franck, Aachener Str. 49, 52223 Stolberg ersetzt Volker Kolauch als stv. sachkundiger Bürger im Beschwerdeausschuss.

-9. Juli 2013

Der Bürgermeister

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Tim Grüttemeier Fraktionsvorsitzender

Vorsitzender: Dr. Tim Grüttemeier Stellvertreter Vorsitzender: Hans Josef Siebertz Stellvertretender Vorsitzender & Schatzmeister: Paul M. Kirch Geschäftsführer; Siegfried Pietz Pressesprecher; Jochen Emonds

Volker Kolauch

Herrn Bürgermeister Ferdinand Gatzweiler o. V. i. A. Rathaus Postanschrift: Memelstr. 12 D-52222 Stolberg

Stolberg, 17.07.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,

Toland

hiermit lege ich mein Amt als stellvertretender sachkundiger Bürger im Beschwerdeausschuss nieder.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Kolauch

The plant of the control of the cont

Edith Janus-Braun - Niederlegung Volker Kolauch

Datum: 25.07.2013 08:09

Betreff: Niederlegung Volker Kolauch Anlagen: Niederlegung Kolauch.pdf

The control of the trace of the

Hallo Frau Janus-Braun,

hiermit übersende ich Ihnen wie besprochen Volker Kolauchs Schreiben an den Bürgermeister.

Freundliche Grüße Marc Delzepich

Marc Delzepich Bergerhof 2 52224 Stolberg 0176-13090909 (CDU-Fraktion Stolberg) 10RINGE 11A/Red 10.09.13 A)26) [A)26)

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

im Rat der Stadt Stolberg

Rathaus

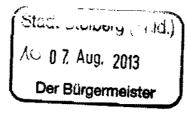
52222 Stolberg

Herrn

Bürgermeister

Ferdinand Gatzweiler

Im Hause



Stolberg, den 5.8.2013

Betr.: Antrag auf Neubesetzung der Stellvertreterpositionen im Wahlausschuss, Wahlprüfungsausschuss und im regionalen Abfallwirtschaftsbeirat im Zweckverband RegioEntsorgung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,

Herr Volker Gutzeit hat mit Schreiben vom 17. Juli 2013 sein Amt als Stellvertreter in den oben genannten Ausschüssen und im regionalen Abfallwirtschaftsbeirat niedergelegt.

Aus diesem Anlass beantragt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen,

Hauptausschuss und Rat mögen beschließen:

Herr Lothar Thoma, Krewinkel 54, 52224 Stolberg, ersetzt Herrn Gutzeit in den oben genannten Ausschüssen und im regionalen Abfallwirtschaftsbeirat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. F. Josef Ingermann

Fraktionsvorsitzender

Volker Gutzeit Hastenrather Straße 26 52222 Stolberg Eing: 19.07.13 Je-36.

Edith Janus-Braun Kupferstadt Stolberg (Rhld.) Amt für Innere Angelegenheiten, Organisation und Bürgerservice Rathausstr. 11-13 52222 Stolberg



17. Juli 2013

Sehr geehrte Frau Janus-Braun,

wegen der Verlegung meines Lebensmittelpunktes nach Freiburg trete ich von folgenden Ämtern als stellvertretendes Mitglied zurück:

Wahlausschuss Wahlprüfungsausschuss Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat im Zweckverband RegioEntsorgung

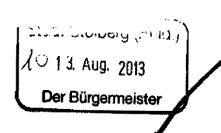
Mit besten Grüßen

.



Herrn Bürgermeister Ferdi Gatzweiler

im Hause



Fraktion im Rat der Stadt Stolberg

Rathausstraße 11-13
52222 Stolberg
Ruf und Fax 0 24 02 – 13 481
e-mail: SPD.Fraktion@Stolberg.de
www.spd-stolberg.de

Stolberg 07.08.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Umbesetzung in einem wirtschaftlichen Unternehmen

Wir beantragen, der Rat möge die Bestellung in der EWV-Energie und Wasserversorgungsgesellschaft mbH, von Herrn Gerold Fuchs, der zwischenzeitlich nach Düsseldorf verzogen ist, aufheben und an seine Stelle Herrn Patrick Haas zu bestellen.

Herrn Patrick Haas Auf der Höhe 56

52223 Stolberg

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Wolf Fraktionsvorsitzender

VERLAGE HA / Pat (C.CG.13)

Förderverein der Regenbogenschule e.V.

Förderschule des Kreises Aachen Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung



Regenbogenschule

Stettiner Straße 42 52222 Stolberg

Telefon 02402 1 26 07 0

Telefax 02402 1 26 07 25

email:

info@regenbogenschule.org

FV Regenbogenschule · Stettiner Straße 42 · 52222 Stolberg

Stadt Stolberg
Behindertenbeirat
z. Hd. Frau Harperscheidt
Rathaus
52222 Stolberg

05. Aug. 2013

Sehr geehrte Frau Harperscheidt,

als Beauftragten für den Förderverein der Regenbogenschule möchte ich Ihnen anstelle von Herrn Jakob Kaußen

Stefan Sanft – geb. 01.12.1981 wohnhaft Horster Park 65 b 4731 Eynatten stefansanft@gmx.de

nennen.

Mit freundlichen Grüßen

(Elsbeth Delsemmé - Geschäftsführerin)

VERLAGIT HAT ROT 10.09.13 A)30)

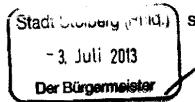
FDP – Fraktion im Rat der Stadt Stolberg

FDP

Inclina Solican

FDP Fraktion Stolberg / Rathausstraße 11-13 / 52220 Stolcerg

Herr Ferdi Gatzweiler Bürgermeister der Stadt Stolberg



Stolberg, den 02.07.2013

Bernhard Engelhardt Fraktionsvorsitzender Rathausstraße 11-13 52220 Stolberg

Tel.: 02402 - 13217 Fax: 02402 - 13479

e-mail:

EngelhardtBernd@aol.com FDP-Fraktion@Stolberg.de

ANTRAG

Antrag der FDP-Fraktion Stolberg auf Erstellung eines Inklusionsplanes für die (schulische) Inklusion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP- Fraktion beantragt die Erstellung eines Inklusionsplanes für die (schulische) Inklusion in Stolberg.

Bei der Erstellung des Inklusionsplanes soll die regionale (Förder-) Schulstruktur mit in den Blick genommen werden, um eine sinnvolle interkommunale Einbindung sicherzustellen. Der Inklusionsplan soll die abgestimmte Basis für ein geordnetes, zielgerichtetes und partnerschaftliches Vorgehen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur inklusiven Beschulung zwischen dem Schulträger und unseren Schulen darstellen.

Die dem Schulträger entstehenden Kosten zur Umsetzung der Inklusion sollen beziffert und deren Verankerung im kommunalen Haushalt abgebildet werden.

Bis zum Vorliegen eines Inklusionsplanes sollen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung sowie kostenintensive Maßnahmen für den Schulträger zurück gestellt werden.

Begründung:

Durch die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat sich die Bundesrepublik Deutschland zur Herstellung eines inklusiven Schulsystems verpflichtet. In NRW werden derzeit kaum mehr als 20% der behinderten Schüler/innen eines Jahrgangs gemeinsam mit nichtbehinderten Schülern unterrichtet. Der tatsächliche Bedarf wird auf Grund des sich abzeichnenden Wahlverhaltens der Eltern behinderter Schüler/innen jedoch deutlich höher eingeschätzt.

Die Landesregierung NRW beabsichtigt, im Zusammenhang mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz einen Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung zum Schuljahr 2014/2015 einzuführen.

Allerdings sieht sie sich dabei nicht in der Pflicht, die zusätzlich entstehenden Aufwände für die schulische Inklusion gemäß dem Konnexitätsprinzip auch mit zu finanzieren. Nach ihrer Rechtauffassung ist die Herstellung barrierefreier Schulgebäude, die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsmaterialen, die Finanzierung erhöhter Schülerbeförderungskosten, ebenso wie der Einsatz von Integrationshelfern für Unterricht und Nachmittagsbetreuung, ausschließlich durch die Schulträger zu finanzieren.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es trotz dieses bisher noch nicht aufgelösten Finanzierungskonfliktes erforderlich, schon jetzt tätig zu werden um,

- die Weichen für mehr "Gemeinsames (inklusives) Lernen" an unseren Schulen zu stellen
- als Schulträger die lokale Entwicklung über einen abgestimmten Inklusionsplan aktiv zu steuern
- unsere Schulen in den Beratungsprozess eng mit einzubeziehen
- alle Schulen/Schulformen unserer Kommune in diesem Inklusionsplan zu berücksichtigen
- die Schnittstellen mit den Nachbarkommunen und anderen Schulträgern (z.B. Landschaftsverband/ private Ersatzschulen) zu definieren
- die Planungen und Umsetzungen an den Vorgaben des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes auszurichten
- sämtliche Kosten zur Umsetzung der schulischen Inklusion transparent zu machen und die Realisierungsmöglichkeiten im Rahmen des Kommunalhaushaltes abzubilden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Engelhardt Fraktionsvorsitzender VORLAGE HA 1ROX 10.09.13 A)3.6)/



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Stolberg

Herrn Bürgermeister Ferdinand Gatzweiler o.V.i.A Rathaus

Stadi Giologig (Frid.)

1 6. Juli 2013

Der Bürgermeister

Sparka

Postanschrift: Rathaus D-52220 Stolberg

Tel. +49 2402 13 215 Fax +49 2402 13 378 E-Mail <u>fraktion@cdu-stolberg.de</u> www.cdu-stolberg.de/fraktion

Konto 6811111 Sparkasse Aachen BLZ 390 S00 00

Stolberg, 15.07.2013

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,

die CDU-Fraktion beantragt, Hauptausschuss und Rat mögen beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und inwiefern die Einführung einer Aufgrabungssperre in Stolberg realisierbar ist und welche Vor- und Nachteile diese Einführung mit sich bringen würde.

Begründung:

Die Aufgrabungssperre ist eine Klausel in einer technischen Rahmenvereinbarung in einem Vertrag zwischen einer Stadt und einem Versorgungsunternehmen. In der Klausel verpflichtet sich der Energieversorger dazu, seine Baustellen nach Möglichkeit vorausschauend zu planen, sodass die Straßendecke nicht ständig neu aufgerissen werden muss und die Anwohner durch eine neue Baustelle ein-

Vorsitzender:	Stellvertretender	Geschäftsführer:
Dr. Tim Grüttemeler	Vorsitzender & Schatzmeister:	Siegfried Pietz
Stellvertreter Vorsitzender:	Paul M. Kirch	Pressesprecher:
Hans Josef Siebertz		Jochen Emonds

geschränkt werden. Ein häufiger Fall für eine solche planbare Maßnahme ist beispielsweise die Umrüstung von einer Ölheizung auf eine Gasheizung. Bei der Aufgrabungssperre geht es weniger um eine vertragliche Verpflichtung als um gegenseitige Rücksichtnahme und das Erzielen von Synergieeffekten beim Straßenbau. Der Energieversorger, welcher dennoch die Straße aufbrechen will, muss einen Antrag auf Aufhebung der Aufgrabungssperre stellen, in dessen Rahmen er konkret darlegt, aus welchen Gründen der Aufbruch der Straße gerechtfertigt und notwendig ist. Das Ziel muss sein, den Bürger so wenig wie möglich zu belasten und die Kosten gering zu halten. In vielen Städten – darunter auch in der Stadt Köln – gibt es deshalb die Aufgrabungssperre mit sehr positiven Erfahrungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Tim Grüttemeier

Fraktionsvorsitzender

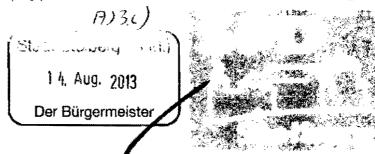
gez.

Karina Wahlen

Stv. Bürgermeisterin

YORLAGE HAI ROL 10.09.13

SPD-Ortsverein Stolberg - Süd



SPD Ortsverein Stoiberg - Stid - Gartenstr. 13 - 52224 Stoiberg

Herrn Bürgermeister Ferdi Gatzweiler

Im Hause

Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD-Ortsverein Stolberg-Süd Vorsitzender: Peter Jussen Gartenstr. 13

Tel.: 02402/126619

SPD-OV-Stolberg-Sued@t-online.de

14.18.2013

Stolberg, 15.07.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit einiger Zeit gehen bei uns Beschwerden von Bürgern aus der Schillerstraße ein. Es wird auf die insgesamt kritische Parkplatzsituation in Stolberg-Werth aufmerksam gemacht. Bürger beschweren sich insbesondere darüber, dass durch die Schließung von Baulücken und das allgemein gewachsenen Verkehrsaufkommen, die vorhandenen markierten Parkplätze nicht mehr ausreichen.

Alternative Stellplätze in den Seitenstraßen stehen ebenfalls nicht zur Verfügung. Das führt dazu, dass verstärkt verbotswidrig außerhalb der Markierungen geparkt wird. Aus der Bürgerschaft ergeht der Vorschlag in den Bereichen der Schillerstraße Hausnummer 31-37 und 49 die vorhandenen Parkbuchten zu erweitern.

Wir beantragen, Hauptausschuss und Rat mögen beschließen:

Die Rarksituation auf der Schillerstraße zu überprüfen und im geschilderten Bereich möglichst zusätzliche Parkplätze zu markieren oder die Parkbuchten zu erweitern

Peter Jussen Ratsmitglied

Paul Heine Kaussen

Ratsmitgliéd

Der Antrag wird von der Fraktion übernommen

Dieter Wolf

Erwin Schulz Schillerstr. 47 52224 Stolberg Tel.: 02409/882

SPD-Ortsverband Stolberg-Süd Gartenstr. 13 52224 Stolberg

Parksituation im Ortstell Stolberg-Werth im Bereich der Schillerstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie auf die seit geraumer Zeit kritische Parkplatzsituation in Werth aufmerksam machen.

Durch die Schließung von Baulücken im Bereich der Schillerstraße sowie das allgemein gewachsene Verkehrsaufkommen reichen die vorhandenen Parkbuchten nicht aus, um annähernd ausreichende Stellplätze bereitzustellen. Diese Situation wurde ebenfalls vom städtischen Ordnungsamt erkannt, das insbesondere in den Abendstunden vermehrt Verwarnungen und Bußgelder ausspricht.

Alternativen bestehen aufgrund der gewachsenen Dorfstruktur fast keine, da die engen Seitenstraßen (z.B. Klefernweg) nicht zum Parken geeignet sind.

Daher schlage ich vor, dass die vorhandenen Parkbuchten in den Bereichen der Schillerstraße (Hausnummer 31-37 und 49) erweitert werden. Dies wäre eine wesentliche Verbesserung für die Anwohner und würde gleichzeitig freie Kapazitäten beim Ordnungsamt der Stadt Stolberg schaffen. Vielleicht gelingt es Ihnen für diese Idee in den politischen Gremien der Stadt Stolberg eine notwendige Mehrheit zu finden.

Bei Rückfragen oder für eine everhüsile Ortsbesichtigung stehe ich Ihnem geme zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Erwin Schulz

Stadt Stolberg (Rhld.)

FB 3/40 - gro.

⊠ öffentlich

□ nicht öffentlich

Datum 02.07.2013 Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Betreff

Tagesordnungspunkt Nr.

Hauptausschusses/Rates

10.09.2013 A) 4.

A)3

Genéhmigung einer dringlichen Entscheidung zur Bereitstellung von Ausgabemit-

teln bei PSP 5.650084.510.810 "Einrichtung Sekundarschule"

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, die am 02.07.2013 vom Bürgermeister Ferdi Gatzweiler und dem Ratsmitglied Herrn Bernhard Engelhardt getroffene dringliche Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zur Bereitstellung von Ausgabemitteln in Höhe von 13,500,00 € bei PSP 5,650084,510.810 "Einrichtung Sekundarschule" mit der Deckung durch eine Minderauszahlung bei PSP 5.000025.510.810 "Bewegliches Aniagevermögen städtische KiTas" in Höhe von 13.500,00 € zu genehmigen.

b) Sachverhalt:

Nach dem 6. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 20.10.2011 wurde die Sekundarschule eine neue Schulform der Sekundarstufe I und im Schulgesetz verankert. Sie umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn und bereitet Schülerinnen und Schüler sowohl auf die berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vor.

Aufgrund der Ratsbeschlüsse vom 18.10. und 13.12.2011 und den hieraus resultierenden Antragstellungen der Verwaltung hat die Bezirksregierung mit Schreiben vom 02.02.2012 die Errichtung einer Sekundarschule mit drei Parallelklassen am Schulstandort Kogelshäuserstraße und die Auflösung der Ganztagshauptschule Kogelshäuserstraße zum Schuljahr 2012/2013 genehmigt. Die Genehmigung für die Errichtung der Sekundarschule wurde an die Bedingung geknüpft, dass die Zahl von mindestens 75 Anmeldungen von Kindern aus dem Stadtgebiet Stolberg erreicht wird.

Die Bezirksregierung hat mit Schreiben vom 14.03.2012 die Einrichtungsgenehmigung für die Sekundarschule Stolberg widerrufen, da die für die Errichtung gem. § 82 Abs. 1 SchulG erforderliche Mindestgröße von 25 Kindern je Klasse, mithin 75 Kinder nach Ablauf des Anmeldeverfahrens für die Sekundarschule nicht erreicht wurde. Bedingt dadurch, konnte die Sekundarschule in Stolberg nicht errichtet werden und auch die Auflösungsgenehmigung für die Ganztagshauptschule Kogelshäuserstraße wurde durch die Bezirksregierung zurückgenommen.

Mit Schreiben vom 26.04.2012 wurde der Bezirksregierung mitgeteilt, dass die Stadt Stolberg im Rahmen ihres schulorganisatorischen Maßnahmekonzeptes zum Schuljahr 2013/2014 erneut die Errichtung einer Sekundarschule und parallel hierzu die Auflösung der Ganztagshauptschule Kogelshäuserstraße beabsichtigt. Die erforderlichen Beschlüsse hierzu wurden im Schulausschuss am 20.06.2012 und im Hauptausschuss und Rat am 26.06.2012 gefasst.

Für das Schuljahr 2013/2014 sind nach Ablauf des Anmeldeverfahrens für die geplante Sekundarschule mit einer Anmeldezahl von 80 Schülern die o.g. Auflagen der Bezirksregierung erfüllt, so dass die Errichtung einer Sekundarschule und parallel hierzu die Auflösung der Ganztagshauptschule Kogelshäuserstrasse ab dem Schuljahr 2013/2014 erfolgen kann.

Die Sekundarschule benötigt aufgrund ihres eigenen und von der Hauptschule unterschiedenen Profils eigene Bedarfe. Im Rahmen der Umsetzung des Medienkonzeptes (die Hauptschule Kogelshäuserstraße wurde bereits in 2006 mit dem Medienkonzept bedient) müssen die Verwaltungs- und pädagogischen Netzwerke der HS Kogelshäusertrasse und der neuen Sekundarschule umgestellt bzw. neu eingerichtet werden. Der dort vorhandene alte Windows 2003 Server R2 ist aber hierfür nicht geeignet, da Microsoft zum 08.04.2014 den extended Support für alle XP-Betriebssysteme kündigt und daher eine Servermigration des bestehenden Server Windows 2003 Server R2 auf Windows 2008 Server R2 sowohl für Pädagogik als auch für Verwaltung der HS Kogelshäuserstraße/Sekundarschule erfolgen muss. Damit kann man die alten vorhandenen XP clients weiter verwenden und bei Bedarf schon neue Windows 7 oder Windows 8 Geräte integrieren.

Dies ist im Übrigen für alle Schulen, bis auf die neue Gesamtschule, spätestens ab 2014 erforderlich. Hierfür wurden vom Fachamt für den Haushalt 2014 Mittel angemeldet.

Von dem ermittelten Bedarf müssen 13.500 € im Haushaltsjahr 2013 außerplanmäßig bereitgestellt werden. Die Auftragserteilung ist dringend erforderlich, damit ein ordnungsgemäßer Start der Sekundarschule sowohl im pädagogischen Bereich als auch im Verwaltungsbereich zum Schuljahr 2013/2014 erfolgen kenn.

c) Rechtslage:

Schulgesetz NRW

d) Finanzierung:

Die Errichtung einer Sekundarschule am Schulstandort Kogelshäuserstraße ist Bestandteil des im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erstellten Maßnahmen- und Finanzkonzeptes. Die Zustimmung der Kommunalaufsicht war bereits am 16.09.2011 für die beabsichtigte Errichtung zum Schuljahr 2012/2013 erfolgt. Im Haushalt 2012/2013 waren lediglich für das Haushaltsjahr 2012 Mittel in Höhe von 15.000 € für die Einrichtung eingestellt.

Daher müssen nunmehr Ausgabemittel außerplanmäßig für 2013 in Höhe von 13.500,00 € gemäß Verfügung des Kämmerers bei PSP 5.650084.510.810 "Einrichtung Sekundarschule" zur Verfügung gestellt werden, wozu die Zustimmung des Rates (die durch eine dringliche Eilentscheidung des Bürgermeisters und eines Ratsmitgliedes ersetzt werden kann) herbeizuführen ist. Die Deckung erfolgt durch eine Minderauszahlung bei PSP 5.000025.10.810 "Bewegliches Anlagevermögen städtische KiTas" in Höhe von 13.500,00 €.

e) Personelle Auswirkung:

Personal vom Amt für Schulverwaltung und Sport ist eingebunden.

Fachbereichsleiter 3

Dringliche Entscheidung

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen wird in Anerkennung der Dringlichkeit, die Zustimmung zur Bereitstellung von 13.500,00 € bei PSP 5.000006.510.810 "Medienkonzept" für die Sekundarschule in der bisherigen Hauptschule Kogelshäuserstraße erteilt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei PSP 5.000025.510.810 "Bewegliches Anlagevermögen städtische KiTas" in Höhe von 13.500,00 €.

* 5.650084. 5x0.810 "Relcundurschule Einnichtung" geomoder am 03 ct 2013

Begründung der Dringlichkeit:

Nachdem zunächst für das Schuljahr 2012/2013 die gem. § 82 Abs. 1 SchulG erforderliche Mindestgröße (25 Schüler je Klasse) von 75 Schülern nach Ablauf des Anmeldeverfahrens für die geplante Sekundarschule nicht erreicht wurde, ist dies für das Schuljahr 2013/2014 mit einer Anmeldezahl von 80 Schülern gelungen, so dass die Errichtung einer Sekundarschule und parallel hierzu die Auflösung der Ganztagshauptschule Kogelshäuserstrasse ab dem Schuljahr 2013/2014 erfolgen kann.

Die Sekundarschule benötigt aufgrund ihres eigenen und von der Hauptschule unterschiedenen Profils eigene Bedarfe. Im Rahmen der Umsetzung des Medienkonzeptes (die Hauptschule Kogelshäuserstraße wurde bereits in 2006 mit dem Medienkonzept bedient) müssen die Verwaltungs- und pädagogischen Netzwerke der HS Kogelshäuserstraße und der neuen Sekundarschule umgestellt bzw. neu eingerichtet werden.

Hierzu müssen insgesamt 13.500 € im Haushaltsjahr 2013 außerplanmäßig bereitgestellt werden. Die Auftragserteilung ist dringend erforderlich, damit ein ordnungsgemäßer Start der Sekundarschule sowohl im pädagogischen Bereich als auch im Verwaltungsbereich zum Schuljahr 2013/2014 erfolgen kann.

Stolberg, den 02.07.2013

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

Ratsmitglied

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB2 -66 - he (194)K

` 'öffentlich

nicht öffentlich

Datum **C4**.07.2013

Drucksache-Nr.

VORLAGE

Für die Sitzung des

Hauptausschusses/ Rates

10.09.2013

Tagesordnungspunkt A)5.

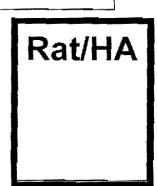
1914

Betreff:

Endausbau Bebauungsplangebiet

Nr.: 121 "Mozartstraße"

Bereitstellung von Finanzmitteln



a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuß empfiehlt / Der Rat genehmigt die Bereitstellung außerplanmäßiger Finanzmittel in Höhe von 150.000,00 € für den Endausbau des Bebauungsplangebietes Nr.: 121 "Mozartstraße"; die Deckung erfolgt über das Ertragskonto 5.660022.500.710 (Verrohrung Mausbach).

b) Sachverhalt:

Die privaten baulichen Anlagen im Bebauungsplangebiet Nr. 121 "Mozartstraße" sind weitestgehend abgeschlossen, so dass der Endausbau erfolgen kann. Die Ausführungsplanung, erstellt vom Stolberger Ing.-Büro Meyer, liegt der Stadt vor und wird kurzfristig im ASVU und BVA behandelt. Um die weiteren Schritte (Ausschreibung, etc.) anzulassen, sind Mittel bereitzustellen.

c) Rechtslage:

entfällt

d) Finanzierung:

Die Haushaltsmittel sind außerplanmäßig bereitzustellen. Eine entsprechende Mittelfreigabe wurde beantragt.

Haushalterische Angaben:

PSP: 5.660011.500.310 "Endausbau B-Plan 121 Mozartstraße" Sachkonto: 7852000 "Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen" Betrag 150.000,--€

Der Kämmerer hat am08.05.2013 unter VÄL-Nr. 160 wie folgt entschieden: Zu der Mittelbereitstellung bei o.g. Auszahlungskonto ist die Zustimmung des Rates (die durch eine dringliche Eilentscheidung des Bürgermeisters und eines Ratsmitgliedes ersetzt werden kann) herbeizuführen.

Die Deckung der Ausgabe erfolgt über eine Minderausgabe in Höhe von 150.000,-- € bei der Maßnahme 5.660022.500.710 "Verrohrung Mausbach", Sachkonto 7852000 "Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen", Produktgruppe 1.5401.

e) Personelle Auswirkungen:

entfällt

I.A.

Kistermann

Leiter Fachbereich 2

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB 1 / 61

X öffentlich □ nicht öffentlich Datum

01.08.2013

Drucksache-Nr.

VORLAGE

Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr

und Umwelt / Hauptausschusses / Rates

1@.09.2013 / 10 @(2013 / 10 09 2013 am

A)2. A) 6.1 A5. Tagesordnungspunkt Nr.

Bebauungsplan Nr. 160 "Fachmarktzentrum Betreff

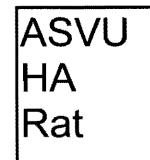
Zweifaller Straße"

Hier Beschluss über die öffentliche Auslegung

gem. § 3 (2) BauGB

Auf die Ausschließungsgründe gem. § 31 GO NRW wird Hinweis

hingewiesen.



a) Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße" zur Kenntnis und empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB anzuordnen.

b) Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 16.07.2013 hat der Rat der Stadt Stolberg den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße" vom 13.07.2010 bestätigt und emeut gefasst.

Der Bebauungsplan Nr. 160 "Fachmarktzentrum Zweifaller Straße" wird als sogenannter einfacher Bebauungsplan gem. § 9 (2a) BauGB aufgestellt, der lediglich festsetzt, "[...] dass nur bestimmte Arten der nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB zulässigen baulichen Nutzungen zulässig oder nicht zulässig sind [...]". Dadurch soll sie Ansiedelung bestimmter Arten von Vergnügungsstätten und anderer funktionsgefährdender Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe ausgeschlossen werden.

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der unten genannten Fassung. Die Bebauungsplanänderung erfolgt im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB, da der Bebauungsplan lediglich Festsetzungen gem. § 9 (2a) BauGB enthält und gem. § 13 (1) Nr. 2 BauGB keine Schutzgüter im Sinne von § 1 (6) Nr. 7 BauGB ("Natura 2000"-Gebiete) durch die vorliegende Planung beeinträchtigt.

Im Verfahren wird gem. § 13 (3) BauGB auf

- die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB,
- die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB,
- auf die Erstellung eines Umweltberichtes gem. § 2a BauGB,
- auf die Angabe in der ortüblichen Bekanntmachung gem. § 3 (2) S. 2 welche umweltbezogenen Informationen verfügbar sind,
- auf die zusammenfassenden Erklärung gem. § 6 (5) S. 3 und § 10 (4) BauGB
- auf das Monitoring gem. § 4c BauGB

verzichtet.

Weitere Informationen zu der vorliegenden Planung können den, den Fraktionen vorab zur Verfügung gestellten Informationsunterlagen (Bebauungsplanentwurf inkl. Begründung) entnommen werden.

c) Rechtslage:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004
 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548)
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI, I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBI, I S. 1548)
- die Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBI, 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBI, I S. 1509)
- §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09.04.2013 (GV. NRW. S. 194)
- Vorschriften für das automatisierte Zeichnen der Liegenschaftskarte in Nordrhein-Westfalen Zeichenvorschrift- Aut NRW (ZV-Aut), RdErl. D. Innenministeriums vom 19.03.2004 (n.v.) 37-7118, i.d.F.d. RdErl. Vom 14.07.2005 (n.v.) 37.2 7118 (SMBI. NRW .71432)

d) Finanzierung:

Durch das Bauleitplanverfahren fallen für die Stadt Stolberg außer der unter Punkt e) genannten personellen Aufwendungen für die Erstellung und die verwaltungstechnische Begleitung des Verfahrens, voraussichtlich keine weiteren Kosten an. Eventuell benötigte Mittel (z.B. für Gutachten, etc.) müssen in den Haushalt eingestellt werden.

e) Personelle Auswirkung:

Die Bearbeitung des Bauleitplanverfahrens bindet personelle Kapazitäten des Amtes für Entwicklungs- und Planungsangelegenheiten.

i.A.

A. Pickhardt

Leiter Fachbereich 1

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB 1/61

⊠ öffentlich □ nicht öffentlich

Datum 16.08.2013 Drucksache-Nr.

VORLAGE

Für die Sitzung des

Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt /Hauptausschusses / Rates

10.09.2013 / 10.09.2013 / 10.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr.

A) 4.

A) 7.

A) 6.

Betreff

am

Fortschreibung des Zentrenkonzeptes "Ein-

zelhandel" aus dem Jahr 2008

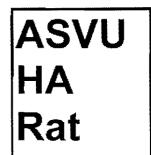
Hier

Beschluss zur Fortschreibung

Hinweis

Auf die Ausschließungsgründe gem. § 31 GO NRW wird

hingewiesen.



a) Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat zu beschließen

- 1. die Verwaltung mit der Fortschreibung des Zentrenkonzeptes "Einzelhandel" aus dem Jahr 2008 zu beauftragen, sowie
- 2. den räumlichen Teilbereich der "Kernstadt" zeitlich vorrangig zu bearbeiten.

b) Sachverhalt:

Allaemein:

Am 26.08.2008 hat der Rat der Kupferstadt Stolberg das Zentrenkonzept "Einzelhandel" als ein städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 (6) Nr. 11 BauGB beschlossen.

Ziel dieses Konzeptes sollte vor allem die Lösung des beständigen Konfliktes zwischen den betreibermotivierten Anforderungen an einen Einzelhandelsstandort und den stadtentwicklungsrelevanten und stadterhaltenden Zielvorstellungen der Kommune im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sein, und somit letztendlich zugleich einen praxisorientierten Handlungsleitfaden für die Bewertung und Steuerung zukünftiger Einzelhandelsansiedlungen darstellen.

Seit dieser Zeit haben sich des Weiteren die rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich weiterentwickelt, (z.B. div. Änderungen des Baugesetzbuches, Aufhebung des § 24a LEPro als landesplanerische Kernvorschrift zur Ansiedlung von u.a. großflächigen Einzelhandelsbetrieben, bzw. Beschluss des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) -"Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel" vom Juli 2013 als Kompensation der weggefallenen landesplanerischen Steuerung, etc.). Darüber hinaus konnten auch zahlreiche praktische Erfahrungen in der kontinuierlichen Anwendung dieses Konzeptes gewonnen, bzw. mussten ferner auch manche planerische Zielvorgaben als nicht realisierbar oder inzwischen als überholt angesehen werden.

Aus den oben genannten Gründen soll nunmehr das Zentrenkonzept "Einzelhandel" der Kupferstadt Stolberg an die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst und in Bezug auf die im Jahr 2008 getroffenen planerischen Zielaussagen sorgfältig überprüft und ggf. in Bezug auf neue, d.h. den heutigen Gegebenheiten angepasste planerische Zielsetzungen fortgeschrieben werden.

Sachlicher Teilbereich "Kernstadt":

Als wesentlich überarbeitungswürdig werden hier vor allem die zentralen Versorgungsbereiche der sog. "Kernstadt", d.h. der einwohnerstarken, nördlich gelegenen Stadtteile (Oberund Unterstolberg/Innenstadt, Atsch, Büsbach und Münsterbusch) mit ihren jeweiligen Funktionsverflechtungen angesehen.

Der hauptsächliche Impuls für die Überarbeitung, bzw. Fortschreibung des Zentrenkonzeptes "Einzelhandel" wird jedoch durch die gravierenden Missstände innerhalb des Bereiches des "Hauptzentrums Ober- und Unterstolberg" (Innenstadt) selbst gegeben. So ist es seit der Erstellung des Konzeptes nicht oder nur sehr begrenzt gelungen, die nah- und zentrenrelevanten Versorgungsfunktionen, die zum Teil eine über die Gesamtstadt hinausgehende Funktion haben (sollten), in diesem Bereich langfristig zu sichern oder gar zu stärken. Grund hierfür sind, wie bereits im Zentrenkonzept "Einzelhandel" 2008¹ oder auch im "Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt" aus dem Jahr 2011² erläutert, neben der schwierigen topografischen Lage, vor allem ein massiver Mangel an großflächigen Potentialräumen für nahversorgungs- und zentrenrelevante Einzelhandelsansiedlungen.

Auch haben in der Vergangenheit Bemühungen zur Errichtung eines erfolgreichen Flächenmanagements in diesem Bereich zu keinem beachtenswerten Erfolgt geführt. Vielmehr zeigen die jährlichen Einzelhandelsbestandserhebungen im Innenstadtbereich, dass die zentrenrelevanten Einzelhandelsbetriebe weiter (leicht) abnehmen und kürzlich sogar ein frequenzstarker nahversorgungsrelevanter Betrieb (Vollsortimenter in der Stadthallenpassage) das Hauptzentrum verlassen hat, so dass die erforderliche Nahversorgung des Innen- oder teilweise auch des Kernstadtbereiches allein nur noch durch die (kleineren) Lebensmittelgeschäfte im Bereich Unterstolberg (hier vor allem im Bereich der "Mühle"; der ebenfalls in diesem Bereich ansässige Einzelhandelsstandort "Prattelsackstraße" wird, obwohl auch er eine gewisse Nahversorgungsfunktion besitzt, als überwiegend Pkw-orientierter Standort angesehen) bzw. im Bereich Oberstolberg durch den Standort Kaufland und den Discountmarkt in der Rathauspassage gewährleistet werden kann.

Da im Bereich der Innenstadt (Ober- und Unterstolberg) wie bereits erwähnt, langfristig keine größeren Flächen für nahversorgungsrelevante Einzelhandelsbetriebe erschlossen werden können und auch eine Wiederbelegung z.B. des derzeitigen Leerstandes in der Stadthallenpassage mit einem nahversorgungsrelevanten Einzelhandelsbetrieb (z.B. Vollsortimenter. Supermarkt) nicht garantiert werden kann, beabsichtigt die Kupferstadt Stolberg einen bestehenden zentralen Versorgungsbereich als ein sog. "Stadtteilzentrum" mit zumindest einer teilräumlicher Versorgungsfunktion für die sog, "Kernstadt" auszuweisen, der über ein entsprechendes Ansiedlungs-, d.h. Flächenpotential verfügt. Hierfür kommt insbesondere der bereits bestehende zentrale Versorgungsbereich "Nahversorgungszentrum Münsterbusch" in Betracht, der bereits mit seinem jetzigen Einzelhandelsbestand eine weitergehende Versorgungsfunktion als für den betreffenden Stadtteil selbst besitzt und auch mit der Einbeziehung von angrenzenden Brachflächen (z.B. Teilbereich des sog. "ZINCOLI-Gelände") über ein ausreichendes Flächenpotential verfügen würde. Darüber hinaus verfügt der zentrale Versorgungsbereich Münsterbusch über eine gute räumlich-integrierte Lage innerhalb des baulichen Zusammenhangs der sog. "Kernstadt", bzw. grenzt unmittelbar an diejenigen Bereiche der Innenstadt mit einer nur als ausreichend anzusehenden Nahversorgung an.

Die weiteren zentralen Versorgungsbereiche der Kernstadt, das "Nahversorgungszentrum Atsch" und das "Nahversorgungszentrum Büsbach" sollen ebenfalls in die vorrangige Bebarbeitung miteinbezogen werden, da sie räumlich und vor allem funktional stark mit den bereits angesprochenen zentralen Versorgungsbereichen "Ober- und Unterstolberg" und "Münsterbusch" zusammenhängen. Die beiden anderen zentralen Versorgungsbereiche der Kupferstadt Stolberg, das "Nahversorgungszentrum Breinig" und das "Nahversorgungszentrum Mausbach" liegen dagegen räumlich und funktional solitär und nehmen somit eigenständige

Zentrenkonzept "Einzelhandel" 2008, Punkt 5.4. Abgrenzung der zentrafen Versorgungsbereiche, Seite 51 ff.

² DSK - Deutsche Stadt und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, Bonn in Zusammenarbeit mit der Planergruppe Bernd K. Heichel, Bonn, 2011, u.a. Punkt 4 Zusammenfassung, Seite 33

Funktionen zur Versorgung der eher ländlich geprägten Stadtteile im süd-westlichen, bzw. süd-östlichen Stadtgebiet wahr. Diese zentralen Versorgungsbereiche sollen im Rahmen der Gesamtfortschreibung überprüft und ggf. angepasst werden.

Überprüfung des "Nahversorgungszentrums Münsterbusch", bzw. Neueinordnung als sog. "Stadtteilzentrum":

Im Rahmen des Zentrenkonzeptes Einzelhandel der Stadt Stolberg aus dem Jahr 2008 wurde der Bereich entlang der Mauerstraße sowie der Prämienstraße bis über die Einmündung der Ardennenstraße als ein sog. "Nahversorgungszentrum" eingestuft.³

Als wesentlicher Magnetbetrieb fungiert hier der großflächige Vollsortimenter an der Mauerstraße im Norden des Zentrums. Darüber hinaus verfügt das Zentrum in seiner aktuellen Abgrenzung über einen modernen und großflächigen Lebensmitteldiscountmarkt in Höhe der Einmündung Schafberg sowie einen, derzeit noch kleinflächigen, zukünftig jedoch auch großflächigen Lebensmitteldiscountmarkt an der Ardennenstraße / Lerchenweg.

Gemäß der damals vorgenommen Einstufung sollte der zentrale Versorgungsbereich Münsterbusch in seiner Klassifikation als "Nahversorgungszentrum" ausschließlich der Versorgung des eigenen Stadtteils dienen.

Das aktuelle Zentrenkonzept "Einzelhandel", bzw. die gängige Rechtsprechung deklariert die sog. "Nahversorgungszentren" als lokale Versorgungszentren, "(...) die fast ausschließlich der Grund- und Nahversorgung der Bevölkerung in direkter Nachbarschaft dienen sollen" ⁴.

Diese Kriterien treffen aufgrund einer ersten gutachterlichen Überprüfung des Einzugsbereiches für ein sog. "Nahversorgungszentrum" im Stadtteil Münsterbusch jedoch nicht zu, da die Versorgungsbedeutung dieser Lage bereits aktuell weit über den Stadtteil Münsterbusch hinaus geht. Der zentrale Versorgungsbereich Münsterbusch entspricht damit bereits heute nicht seiner seinerzeit im Zentrenkonzept der Stadt Stolberg vorgenommenen hierarchischen Einordnung als Nahversorgungszentrum.

Dementsprechend wird nun erwogen, den zentralen Versorgungsbereich Münsterbusch zukünftig als ein sog. "Stadtteilzentrum" zu klassifizieren. Diese Neueinstufung würde bedeuten, dass der zentrale Versorgungsbereich Münsterbusch Versorgungsbedeutung für die gesamte "Kernstadt" Stolbergs (mit den Stadtteilen Atsch, Büsbach, Donnerberg, Münsterbusch, Oberstolberg, Unterstolberg) übernimmt.

Die Voraussetzungen u.a. des Städteregionalen Einzelhandelskonzeptes Aachen (STRIKT) für eine Qualifizierung des zentralen Versorgungsbereichs Münsterbusch als ein Stadtteilzentrum sind aus Sicht der Verwaltung gegeben, da es die Funktion von Stadtteilzentren wie folgt definiert:

"Stadtteilzentren übernehmen Ergänzungsfunktionen auf der Teilraumebene. Deshalb sollen nur diejenigen zentrenrelevanten Vorhaben in diesen Zentren realisiert werden, die Versorgungsfunktionen auf Stadtteilebene übernehmen. Vorhaben mit größeren Einzugsgebieten bleiben den Hauptzentren vorbehalten." ⁶

³ Zentrenkonzept "Einzelhandel" 2008, Punkt 5.4.6. Nahversorgungszentrum Münsterbusch, Seite 62 ff

⁴ Zentrenkonzept "Einzelhandel" der Kupferstadt Stolberg, Seite 48

⁵ Auswirkungsanalyse zur Ansiedlung von Einzelhandelsnutzungen auf dem "ZINCOLI-Gelände", Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, Köln, Juli 2013

⁶ siehe STRKT Aachen, Seite 132

Das Städteregionale Einzelhandelskonzept Aachen (STRIKT) definiert genaue Kriterien zur funktionalen Bestimmung von Stadtteilzentren. Diese sind im vorliegenden Fall wie folgt zu beurteilen:

- Ausreichende Kaufkraftbasis: (mind. 8.000 Einwohner im Stadtteil / im Verflechtungsbereich): Im Stadtteil Münsterbusch leben aktuell ca. 7.000 Einwohner. Da der Verflechtungsbereich jedoch bereits heute über den Stadtteil selbst hinausgeht, wird die Einwohnerzahl von 8.000 deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass der Verflechtungsbereich den Bereich des Stolberger Kernsiedlungsgebietes ("Kernstadt") mit den Stadtteilen Atsch, Büsbach, Donnerberg, Münsterbusch, Oberstolberg, Unterstolberg umfasst welcher aktuelle ein Potenzial von ca. 36.100 Einwohnern aufweist.
- Städtebauliche Lage: im historischen Ortskern / zentrale Lage im Stadtteil: Der geplante zentrale Versorgungsbereich nimmt bereits heute eine Randlage innerhalb des Stadtteils Münsterbusch ein. Auch handelt es sich bei der Änderung, bzw. bei der geplanten Einbeziehung von Flächen lediglich um eine Arrondierung des bislang bestehenden zentralen Versorgungsbereiches und nicht um eine grundlegende Neufestsetzung.

Darüber hinaus verfügt der zentrale Versorgungsbereich Münsterbusch in Bezug auf sein geplantes Einzugsgebiet innerhalb des baulichen Zusammenhangs der sog. "Kernstadt" über eine gute räumlich-integrierte Lage.

- Einzelhandelsdichte: (mind. 30 Einzelhandelsbetriebe ansässig): Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches weniger als 30 Einzelhandelsbetriebe ansässig. Bei den bestehenden Betrieben sowie den Planungen am Standort des ZINCOLI-Geländes handelt es sich jedoch um zum Teil strukturprägende Betriebe mit einer gesamtstädtischen Ausstrahlung. Das geplante Stadtteilzentrum Münsterbusch wird somit eine Verkaufsflächenausstattung aufweisen, welche deutlich über der eines Nahversorgungszentrums liegen wird.
- Nahversorgungsfunktion: (mind. ein Lebensmittelmarkt ansässig): Innerhalb der vorgesehenen Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches Münsterbusch sind zum aktuellen Zeitpunkt zwei bestehende großflächige Lebensmittelmärkte (Netto Lebensmitteldiscountmarkt, Edeka-Center Cevik) ansässig. Infolge der Realisierung der Planvorhaben auf dem ZINCOLI-Gelände würde sich die Zahl der Lebensmittelmärkte somit auf insgesamt vier erhöhen.
- <u>Ergänzende Einzelhandelsfunktion:</u> (Verkaufsfläche in Nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimentsbereichen mind. 1.500 m²): Diese Voraussetzung kann ebenfalls
 als erfüllt angesehen werden. Alleine die beiden Anbieter Netto und Edeka weisen in
 der Summe bereits heute eine Verkaufsfläche von rd. 3.800 m² im überwiegend nahversorgungsrelevanten Sortimenten auf.
- Einzelhandelszentralität: (Umsatz des Einzelhandels im Stadtteilzentrum entspricht mind. 20 % der Kaufkraft im Stadtteil / Verflechtungsbereich): Setzt man nur die Umsatzleistung der beiden Anbieter Netto und Edeka ins Verhältnis zur Kaufkraftbasis der wesentlichen Sortimente Nahrungs- und Genussmittel sowie Drogeriewaren ergibt sich bezogen auf die verfügbare Kaufkraft in der Stolberger "Kernstadt" (Atsch, Büsbach, Donnerberg, Münsterbusch, Ober- und Unterstolberg) ein Zentralitätswert von rund 22. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Planumsätze am Standort ZINCOLI-Gelände in den genannten Sortimenten wird die Zentralität weiter ansteigen.
- <u>Fazit:</u> Die Voraussetzungen für eine Qualifizierung als Stadtteilzentrum im Sinne des STRIKT sind somit erfüllt. Auch das Zentrenkonzept "Einzelhandel" (2008) der Kupfer-

stadt Stolberg sah innerhalb der dreistufigen Zentrenhierarchie Stadtteilzentren grundsätzlich vor, ohne diese Zentrenkategorie bislang allerdings besetzt zu haben.

Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereichs "Stadtteilzentrum Münsterbusch" (Anl. 1): Die Abgrenzung des zukünftigen Stadtteilzentrums Münsterbusch soll im Norden im Hinblick auf die vorgesehenen Einzelhandelsnutzungen weiter gefasst werden als bisher. Erwogen wird eine Ausweitung der Zentrenabgrenzung um den westlichen Teilbereich des sog. ZIN-COLI-Geländes. Dieser Bereich liegt unmittelbar gegenüber des E-Centers Cevik und soll im Rahmen der vorgesehenen Nutzungsänderung auch städtebaulich attraktiv an das bestehende Zentrum angebunden werden.

Gegenüber der Abgrenzung aus dem Jahr 2008 ist geplant, dass der zentrale Versorgungsbereich in südlicher Richtung in Höhe Einmündung Schafberg räumlich begrenzt wird, so dass eine kompakte Zentrenstruktur geschaffen werden kann, die sich durchaus städtebaulich integriert, auch wenn sie nicht vollständig zentral im Stadtteil Münsterbusch gelegen ist.

Der aktuelle zentrale Versorgungsbereich erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung über eine sehr große Distanz von ca. 1,1 km zwischen dem E-Center Cevik im Norden und dem Lidl Lebensmitteldiscountmarkt in Höhe der Einmündung Ardennenstraße im Süden. Der Bereich entlang der Prämienstraße zwischen den Einmündungen Ardennenstraße im Süden und Schafberg im Norden ist jedoch überwiegend durch Wohnnutzungen geprägt und weist keine wesentlichen Handels- oder sonstigen Frequenznutzungen auf. Der Anbieter Lidl stellt einen Solitärstandort in siedlungsräumlich integrierter Lage mit einem auf die wohnungsnahe Versorgung ausgerichteten Einzugsbereich dar, dessen Lage innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches nicht zwingend erforderlich ist.

Aufgrund der räumlichen Distanz bis zur Einmündung Schafberg sowie der in diesem Bereich fehlenden, zentrenprägenden Nutzungen wird geplant, diesen Bereich aus dem zentralen Versorgungsbereich Münsterbusch herauszunehmen.

Des Weiteren wird angeregt, auch den zentralen Versorgungsbereich im Westen um einen Teil der Prämienstraße ab der Einmündung Bachstraße für jeweils ca. 100 m in nördliche und östliche Richtung zu verkürzen. Dieser Bereich weist ebenfalls keine wesentlichen zentrenprägenden Nutzungen auf, welche frequenzbringende Funktionen für das Zentrum übernehmen könnten.

Im Vergleich zur aktuellen Abgrenzung werden daher folgende Änderungen geplant:

- Integration des westlichen Teilbereiches des ZINCOLI-Geländes im Norden des Zentrums.
- Begrenzung des zentralen Versorgungsbereiches in südlicher Richtung bis zur Höhe des Netto-Lebensmitteldiscountmarktes an der Prämienstraße,
- Herausnahme des Teilbereiches der Prämienstraße ab dem Kreuzungsbereich Bachstraße in nördliche und östliche Richtung.

Überprüfung des "Hauptzentrums Ober- und Unterstolberg" (Innenstadt) (Anlage 2):
Der zentrale Versorgungsbereich des "Hauptzentrums Ober- und Unterstolberg" (Innenstadt) erstreckt sich über eine Distanz von ca. 1,6 km zwischen dem Kreuzungsbereich Salmstraße / Eschweiler Straße / Auf der Mühle im Norden und der Zweifallerstraße mit dem Standort Kaufland / Burgcenter im Süden. Dieser zentrale Versorgungsbereich stellt den wesentlichen Einzelhandels- und Dienstleistungsschwerpunkt innerhalb des Stolberger Stadtgebietes dar.

Das Hauptzentrum umfasst, wie bereits erwähnt im Wesentlichen die Haupteinkaufslage der Innstadt mit Salmstraße, Rathausstraße, Steinweg und nördlicher Zweifaller Straße. Die

hieran angrenzenden Seitenstraßen erfüllen dagegen, aufgrund der schmalen und langgestreckten Struktur der Innenstadt nur in geringem Maße zentrenprägende Funktionen.

Gegenüber der Zentrenabgrenzung aus dem Jahr 2008 werden im Bereich des Hauptzentrums somit nur geringfügige Veränderungen vorgesehen. Vorrangig wird vorgeschlagen, dass ein Teil des historischen Altstadtbereiches im Süden der Innenstadt aus dem zentralen Versorgungsbereich herauszunehmen ist, da diese Bereiche durchgängig eine Wohnbebauung und nur sporadisch zentrenprägende Nutzungen aufweisen. Zwar sind in diesem Bereich der Altstadt auch große touristische Potentiale vorhanden, aufgrund der topografischen Gegebenheiten sowie den äußerst kleinteiligen Strukturen sind jedoch umfängliche Entwicklungen in Bezug auf neue Einzelhandelsansiedlungen nicht zu erwarten.

Im Vergleich zur aktuellen Abgrenzung werden daher lediglich folgende Änderungen angeregt:

- Verdichtung des n\u00f6rdlichen Zentrumsbereiches durch die Herausnahme der Eschweiler Stra\u00dfe und den Bereich der Bierweiderstra\u00dfe,
- Herausnahme eines Teiles des historischen Altstadtbereiches im Süden des Zentrums (u.a. Klatterstraße, Luciaweg),

Überprüfung des "Nahversorgungszentrums Atsch" (Anlage 3):

Der zentrale Versorgungsbereich "Nahversorgungszentrum Atsch", der im Wesentlichen für die Versorgung des Stadtteiles Atsch, bzw. nach Realisierung des Einzelhandelsstandortes "Kistenplatz" auch für die Bereiche der nördlichen "Kernstadt" dienen soll, verläuft entlang der Sebastianusstraße zwischen Eisenbahnstraße und der Einmündung der Karlstraße. Die östliche Ausdehnung des Zentrums reicht bis zum sog. "Kistenplatz", welcher bereits im aktuellen Zentrenkonzept als Entwicklungsfläche für großflächige Einzelhandelsbetriebe ausgewiesen ist. Ohne diese städtebauliche Entwicklung auf dem Kistenplatz erfüllt das Zentrum derzeit nicht die Anforderungen an einen zentralen Versorgungsbereich, weshalb es sich beim "Nahversorgungszentrum Atsch" um einen im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereich handelt.

Nach einer Überprüfung des Bestandes ist aus städtebaulichen Gründen, im Gegensatz zur Zentrenabgrenzung aus dem Jahr 2008 sowohl ein Bereich entlang der Sebastianusstraße ab der Einmündung Karlstraße in westlicher Richtung aus dem Zentrum herauszunehmen, da sich hier ausschließlich Wohnnutzungen befinden, als auch ein Bereich im Norden des zentralen Versorgungsbereich südlich der Würselener Straße auszugliedern, da dieser Standort aktuell lediglich mit auto-affinen Nutzungen belegt ist, die für den zentralen Versorgungsbereich kaum Frequenzwirkungen auslösen.

Im Vergleich zur aktuellen Abgrenzung werden daher folgende Änderungen empfohlen:

- Begrenzung des zentralen Versorgungsbereiches in südwestlicher Richtung entlang der Sebastianusstraße bis zur Einmündung Karlstraße,
- Herausnahme der Grundstücke der katholischen Kirche sowie des kath. Kindergartens.
- Herausnahme eines rückwärtig zur Sebastianusstraße, bzw. an der an der Wüselener Straße gelegenen Grundstückes, auf dem derzeit eine Tankstelle und ein Autohandel ansässig sind.

Überprüfung des "Nahversorgungsbereiches Büsbach" (Anlage 4):

Der zentrale Versorgungsbereich "Nahversorgungszentrum Büsbach", der im wesentlichen die Versorgung des Stadtteiles Büsbach übernimmt, erstreckt sich entlang der Konrad-Adenauer-Straße /

Peitschenweg / Bischofstraße im Süden sowie dem Einfahrtsbereich zur Aachener Straße (L 220) im Norden. Das Zentrum verfügt neben einem (kleinflächigen) Magnetbetrieb (Lebensmittelmarkt) an der Konrad-Adenauer-Straße über eine Vielzahl ergänzender Nutzungen (Gastronomie und Dienstleistungen).

Gegenüber der Abgrenzung aus dem Jahr 2008 wird vorgeschlagen, dass der eigentliche Zentrumsbereich enger gefasst werden soll. So werden die Bereiche nördlich und östlich des Kreuzungsbereiches Konrad-Adenauer-Straße / Aachener Straße aus der Abgrenzung herausgenommen, da diese überwiegend durch eine reine Wohnnutzung geprägt sind.

Als eine potentielle, langfristige Erweiterungsfläche könnte dagegen ein Grundstück auf der westlichen Straßenseite der Konrad-Adenauer-Straße (angrenzend an die derzeitige nördliche Zentrumsgrenze) hinzugenommen werden, welches derzeit durch ein Autohaus belegt ist

Im Vergleich zur aktuellen Abgrenzung werden demzufolge folgende Änderungen vorgeschlagen:

 Begrenzung des zentralen Versorgungsbereiches in n\u00f6rdlicher Richtung am Kreuzungsbereich Konrad-Adenauer-Stra\u00e4e / Aachener Stra\u00e4e.

Weitere Informationen zu den einzelnen zentralen Versorgungsbereichen der "Kernstadt" sowie den jweiligen Abgrenzungsvorschlägen können den Unterlagen entnommen werden, die den Fraktionen frühzeitig zur Verfügung gestellt werden.

c) Rechtslage:

BauGB, BauNVO, Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) – Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel, Einzelhandelserlass NRW

d) Finanzierung:

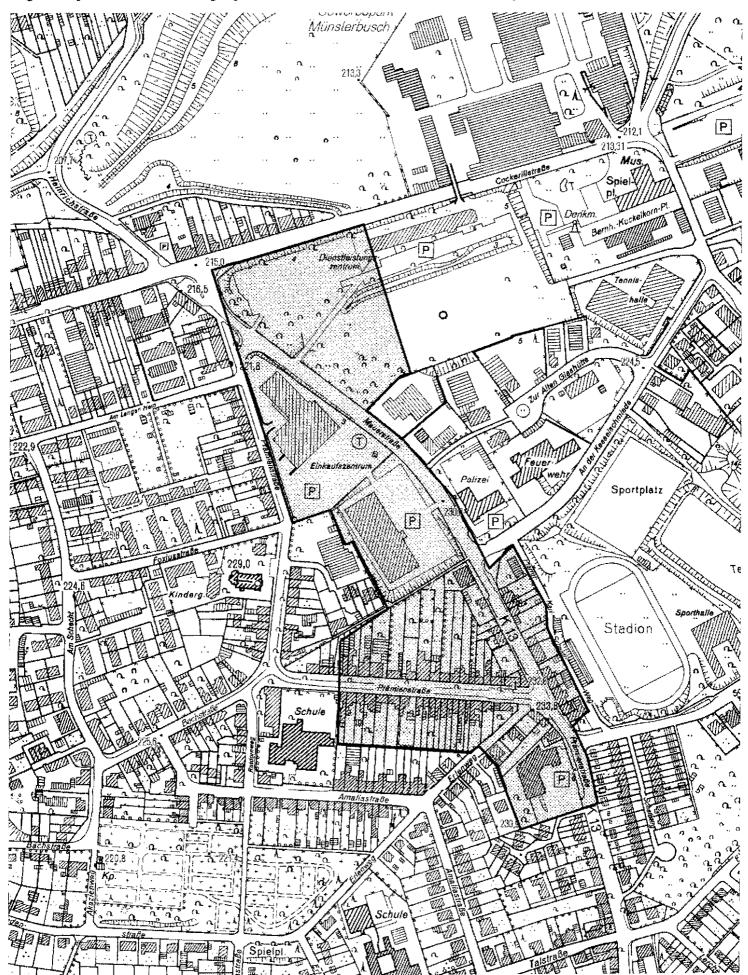
Die ersten Ansätze zu einer Fortschreibung des Zentrenkonzeptes "Einzelhandel" wurden innerhalb der Verwaltung formuliert. Da jedoch die Änderung, bzw. eine vollständige und umfassende Fortschreibung einen erheblichen Arbeitsaufwand darstellt, der aufgrund der engen personellen Ausstattung des betreffenden Fachamtes kaum geleistet werden kann und darüber hinaus zusätzlich fachgutachterliche Leistungen eingeholt werden müssen, wurden in den Haushaltsentwurf 2014 entsprechende Mittel zur Beauftragung eines fachlich geeigneten Gutachterbüros eingestellt. Entsprechend vergleichbarer Projekte sind hier mit Kosten von voraussichtlich ca. 15.000 - 20.000 Euro zu rechen.

e) Personelle Auswirkung:

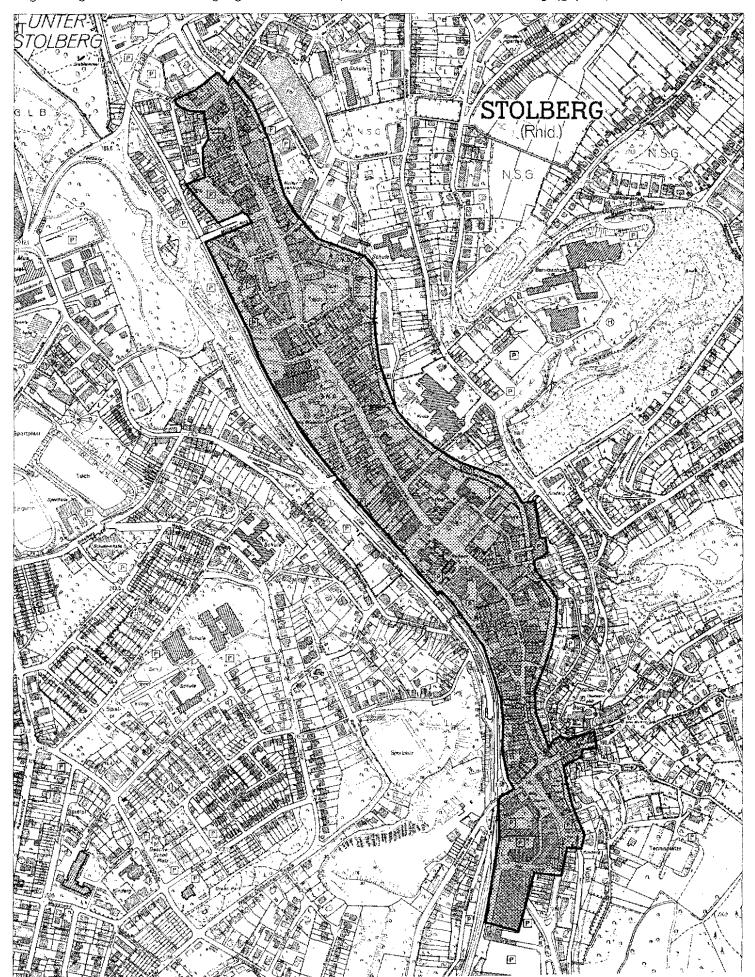
Die Betreuung des Verfahrens bindet personelle Kapazitäten des Entwicklungs- und Planungsamtes.

i.A.

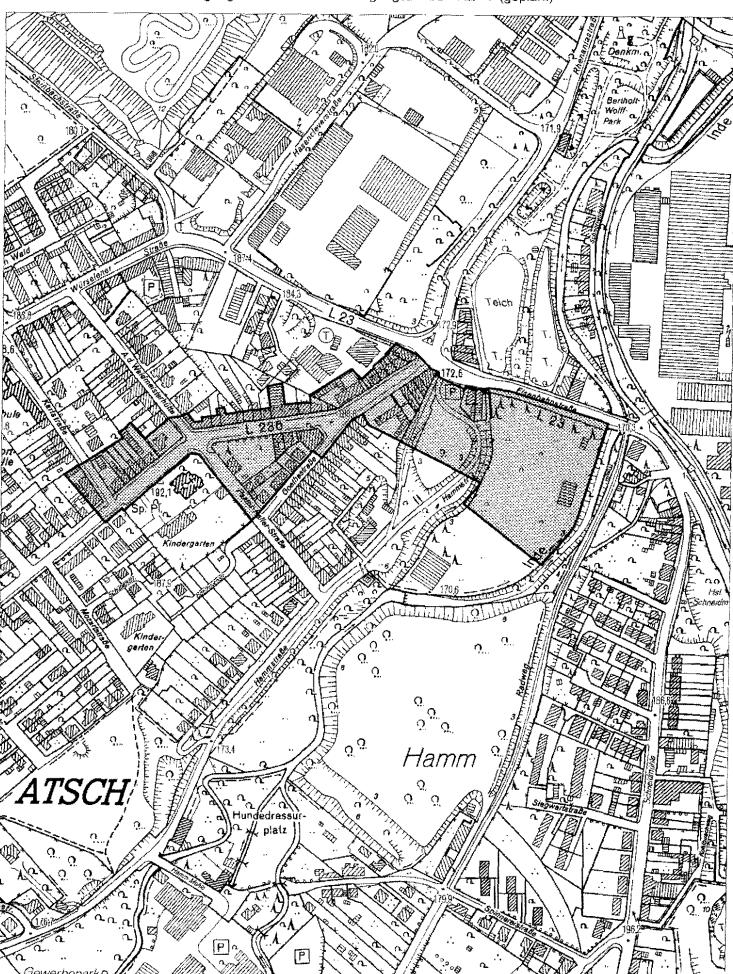
B. Kistermann Leiter Fachbereich 2 Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches "Stadtteilzentrum Münsterbusch" (geplant)



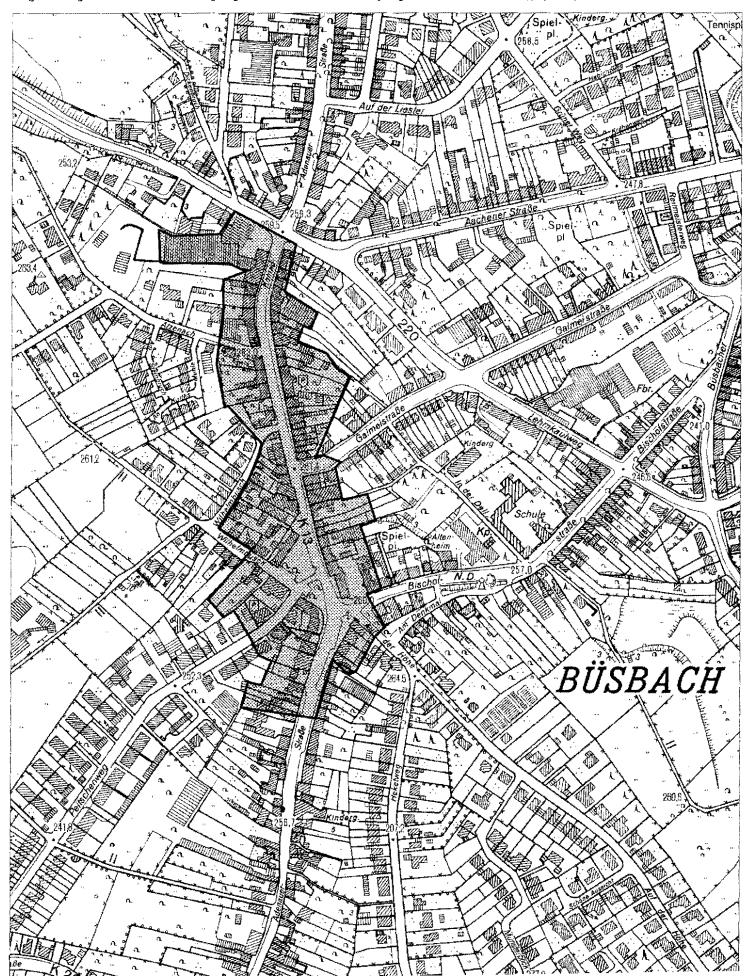
Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches "Hauptzentrum Ober- und Unterstolberg" (geplant)



Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches "Nahversorgungszentrum Atsch" (geplant)



Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereiches "Nahversorgungszentrum Büsbach" (geplant)



Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB ²

am

⊠ öffentlich	☐ nicht öffentlich
Datum	Orucksache-Nr.
<u>念. 企</u> .2013	

VORLAGE

Für die Sitzung des

Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr

und Umwelt /Hauptausschusses / Rates

10.09.2013 / 10.09.2013 / 10.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr.

(A) (S - A) (8 - A) (7)

Betreff

Rahmenplan Stadtrandsiedlung sowie Bebauungsplan Nr. 167 "Stadtrandsiedlung"

und 101. Änderung des FNP

Hier

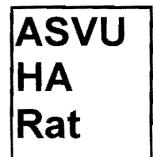
Hinweis

Beschluss des Rahmenplanes und Aufstel-

lungsbeschlüsse gem. § 2 (1) BauGB

Auf die Ausschließungsgründe gem. § 31 GO NRW wird

hingewiesen.



a) Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat, den Rahmenplan Stadtrandsiedlung als Grundlage für die weitere Planung zu beschließen und gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellungsbeschlüsse für:

- 1. den Bebauungsplan Nr. 167 "Stadtrandsiedlung" und
- 2. die 101. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP)

für das im Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellte Gebiet zu fassen und die Verwaltung mit der Durchführung der Bauleitplanverfahren zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rahmenplan möglichst zeitnah der betroffenen Öffentlichkeit vorzustellen und das Projekt in Kooperation mit der Städtischen Baugrund Gesellschaft (SBG) durchzuführen.

b) Sachverhalt:

Allgemeines

Der Rahmenplan visualisiert mit der Darstellung der grundlegenden städtebaulichen Strukturen ein räumliches Leitbild für die zukünftige Entwicklung und Gestaltung des Plangebietes und stellt ein flexibles Grundgerüst unter Berücksichtigung der städtebaulichen und grüngeprägten Bezüge dar. Er bildet kein verbindliches Planungsinstrument mit ableitbaren rechtlichen Konsequenzen, sondem dient als Orientierungsrahmen für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung. Der Erstellung des Rahmenkonzeptes geht eine Untersuchung der heutigen Situation insbesondere der Topographie, der Grünstruktur, der Stadt- und Verkehrsstruktur voraus Auf der Grundlage der Bestandsdarstellung werden die Rahmenbedingungen für das Rahmenkonzept formuliert. Damit soll insbesondere eine geordnete städtebauliche Entwicklung gewährleistet werden, die sich am Bestand orientiert.

Das Plangebiet umfasst Flächen unterhalb des Donnerbergs auf dem Südhang des Vichtbachtals in einer Größe von insgesamt ca. 22 ha. Das Gebiet wird von der Höhenstraße im Norden, der Duffenterstraße im Osten, der Straße "Trockener Weiher" im Süden und der Oberen Donnerbergstraße im Westen begrenzt. Die vorgenannten Straßen sind plangebietsseitig bis auf die Höhenstraße bereits in mindestens einer Grundstückstiefe bebaut bzw. genutzt. Im Südwesten des Plangebietes befindet sich eine Sportplatzanlage mit Spielfeldern und Tennisplätzen. Voraussetzung für die geplante zukünftige Wohnnutzung ist die komplette Aufgabe der Sportplatzflächen.

Das Plangebiet fällt von ca. 282 m ü. NN im Norden auf ca. 246 m im Südwesten ab und weist somit einen Höhenunterschied von ca. 36 m auf. Aufgrund der räumlichen Nähe zur Altstadt Stolbergs, der Anbindungsmöglichkeit an die Höhenstraße und die günstige Lage zur Sonne ist das Gebiet für eine Wohnbebauung in besonderer Weise geeignet.

Bereits in den 70er Jahren wurden erste Planungsansätze erstellt mit dem Ziel, für den nördlichen Teilbereich ein Schulzentrum mit Sportanlagen vorzusehen. Im November 1992 erfolgte der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 107 "Krakau". Das städtebauliche Konzept sah die Integration der Sportplatzflächen mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen vor. Der daraus entwickelte Bebauungsplan erlangte keine Rechtskraft.

Städtebauliches Konzept

Das Plangebiet wird durch zwei Grünzüge strukturiert. Der Hauptgrünzug verläuft in Nord-Süd-Richtung entlang des östlich gelegenen Grabens von der Höhenstraße aus Richtung Reithalle an der Straße "Trockener Weiher". Im rechten Winkel zu dem vorgenannten Grünzug wird in Verlängerung der Malmedyer Straße ein weiterer Grünzug angeordnet. Die durch die Grünzüge entstehenden westlichen Teilbereiche werden über eine markante, alleeartig ausgebaute Sammelstraße erschlossen, die in einen dreiecksförmigen Platzbereich einmündet. Die Lage der Haupterschließung ist südlich des Platzes identisch mit der Lage der Straße "Stadtrandsiedlung". Nördlich des Platzes wird die Haupterschließung Richtung Höhenstraße geführt. Insgesamt sollen die zukünftigen Verkehrsmengen ausgewogen auf die umliegenden Straßen verteilt werden. An die Haupterschließung werden insgesamt fünf Ringstraßen in unterschiedlicher Ausprägung angehängt. In diese Ringstraßen münden vorrangig von außen einzelne Stichstraßen ohne eigene Wendeanlage. Vor allem die nur einseitig bebauten Stichstraßen ermöglichen neben einer guten Besonnung der Gebäude und Grundstücke Femblicke in Richtung Vichtbachtal. Der gesamte östliche Bereich wird über eine separate Anliegerstraße erschlossen, die im Süden an die Haupterschließung des westlichen Teilbereiches angehängt wird.

Unabhängig von dem vorgenannten Erschließungsnetz werden im südlichen Bereich des Plangebietes das Areal in Verlängerung der Otto-Lilienthal-Straße und das Areal unmittelbar nördlich der Reithalle separat an die Otto-Lilienthal-Straße bzw. an den "Trockenen Weiher" angebunden.

Das Straßennetz soll durch Fuß- und Radwege ergänzt werden. So sind auf kompletter Länge der beiden Grünzüge Fuß- und Radwege mit Querverbindungen zu den angrenzenden Wohngebieten vorgesehen.

Die Ableitung des Schmutzwassers des Plangebietes wird aufgrund der Topographie in zwei Hauptsträngen erfolgen: Der westliche Strang verläuft in den geplanten Straßen und Wegen in nördlicher Verlängerung der Otto-Lilienthal-Straße. Der zweite Strang ist unterhalb des Nord-Süd-Grünzuges vorgesehen und soll östlich der Reithalle an den "Trockenen Weiher" anschließen. Das Niederschlagswasser soll im Westen einem Regenrückhaltebecken zugeführt werden. Der östlich der Haupterschließung gelegene Teilbereich soll in den Graben des Nord-Süd-Grünzuges entwässern.

Innerhalb des Plangebietes sind unterschiedliche Gebäudegruppierungen, Haus- und Wohnformen geplant. Entlang der Sammelstraße und an der Straße "Trockener Weiher" und Höhenstraße sind an sinnvollen Standorten, wie z.B. am Platz oder in Nachbarschaft zu Grünzügen, Mehrfamilienhäuser, Altenwohnen oder Mehrgenerationenhäuser vorgesehen.

Das Plangebiet wird insgesamt in noch abzustimmende Bauabschnitte gegliedert. Aufgrund der Richtung Süden abfallenden Hangsituation empfiehlt es sich, zur Regelung der Niederschlagswasserbeseitigung zunächst die südlich gelegenen Bereiche zu entwickeln.

Planungsrecht

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen und zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung soll für das gesamte Gebiet des Rahmenplanes die
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 "Stadtrandsiedlung" beschlossen werden. Damit
soll verdeutlicht werden, dass zukünftige Teilbebauungspläne für einzelne Bauabschnitte
einem in sich schlüssigen städtebaulichen Gesamtkonzept unterliegen. Nach der frühzeitigen
Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB werden für einzelne Bauabschnitte sukzessive die weiteren Verfahrensschritte gemäß BauGB durchgeführt.

Der Bebauungsplan Nr. 167 ermöglicht aufgrund seines Nettobaulandes und der Bestandsgrundstücke eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 (2) BauNVO von mindestens 48.570 qm (Nettobauland 157.800 qm zuzüglich Bestandsgrundstücke 4.100 qm x GRZ 0,3). Damit ist der Bebauungsplan gemäß Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) unter 18.7.2 ein UVP-pflichtiges Vorhaben mit Grundflächen zwischen 20.000 qm und 100.000 qm und bedarf einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Vorprüfung unter Berücksichtigung der Gesamtfläche kann in den Umweltprüfungen und den daraus resultierenden Umweltberichten gemäß § 2 (4) BauGB in den Teilbebauungsplänen vorgenommen werden.

Der gültige Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1981 (siehe Anlage 2) stellt im zukünftigen Geltungsbereich der Änderung gemäß § 5 (2) Nr. 3 BauGB in Verlängerung der Malmedyer Straße die Querung einer geplanten örtlichen Hauptverkehrsstraße dar. Der Bereich südwestlich der Hauptverkehrsstraße wird gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz, der Bereich nordöstlich der Hauptverkehrsstraße wird als Fläche für den Gemeinbedarf "Schulzentrum" mit den Zweckbestimmungen Schule, Kindergarten, Sporthalle und Hallenbad gemäß § 5 (2) Nr. 2 BauGB dargestellt. Die nördlichen Flächen zwischen der Fläche für den Gemeinbedarf und der Höhenstraße werden als Wohnbauflächen gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauGB dargestellt. Da die geplanten Nutzungen den Darstellungen des heutigen Flächennutzungsplanes in Teilen widersprechen, ist es erforderlich, den Flächennutzungsplan gemäß § 8 (3) BauGB mit der 101. FNP-Änderung im Parallelverfahren zu ändern. In den Änderungsbereich werden Flächen einbezogen, die heute unbebaut sind und als Wohnbauflächen dargestellt werden, weil hier beabsichtigt ist, den geplanten Grünzug als Grünfläche darzustellen.

Die Planung sowie die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung der Flächen erfolgt durch die Städtische Baugrund Gesellschaft (SBG).

c) Rechtslage:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI, I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBI I, S. 1548)

Planzeichenverordnung (PlanzV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBI. I S. 1509).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBI. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 08.04.2013 (BGBI. I S. 734)

d) Finanzierung:

Die Kosten der Verfahren sowie sämtliche Nachfolgekosten, die aus der Planung resultieren, werden von der "Stolberger Bauland GmbH SBG" als Erschließungsträger übernommen. Dies wird durch einen abzuschließenden städtebaulichen Vertrag sowie die so genannte "Planungsvereinbarung" rechtlich gesichert werden.

e) Personelle Auswirkung:

Die Betreuung des Verfahrens bindet personelle Kapazitäten verschiedener Ämter in erheblichem Maße.

i.A.

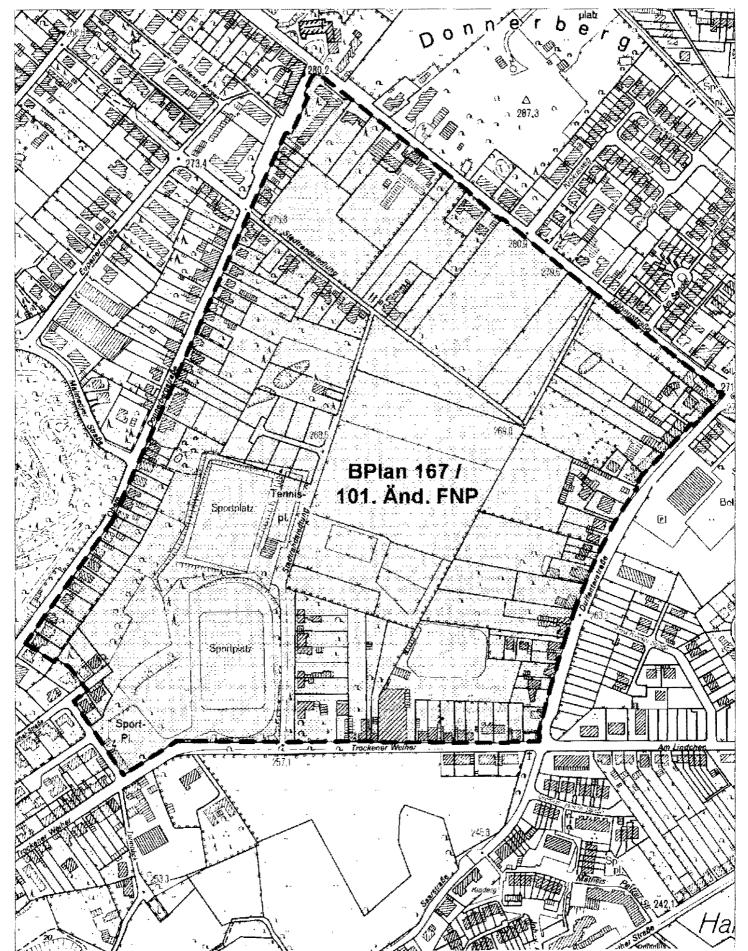
B. Kistermann

Leiter Fachbereich 2

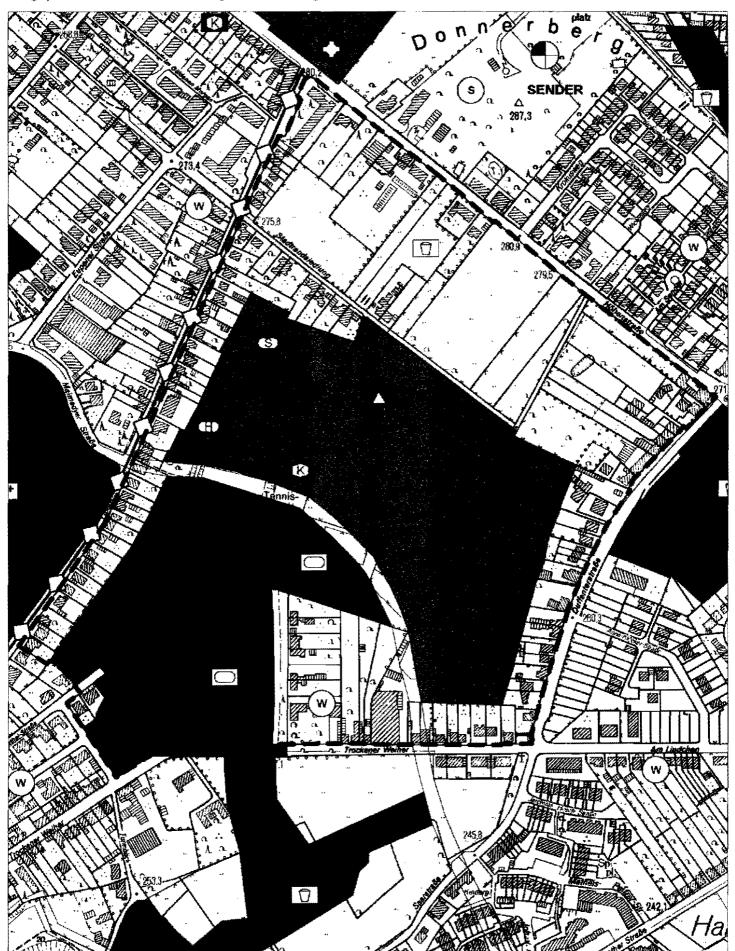
1 Cisto

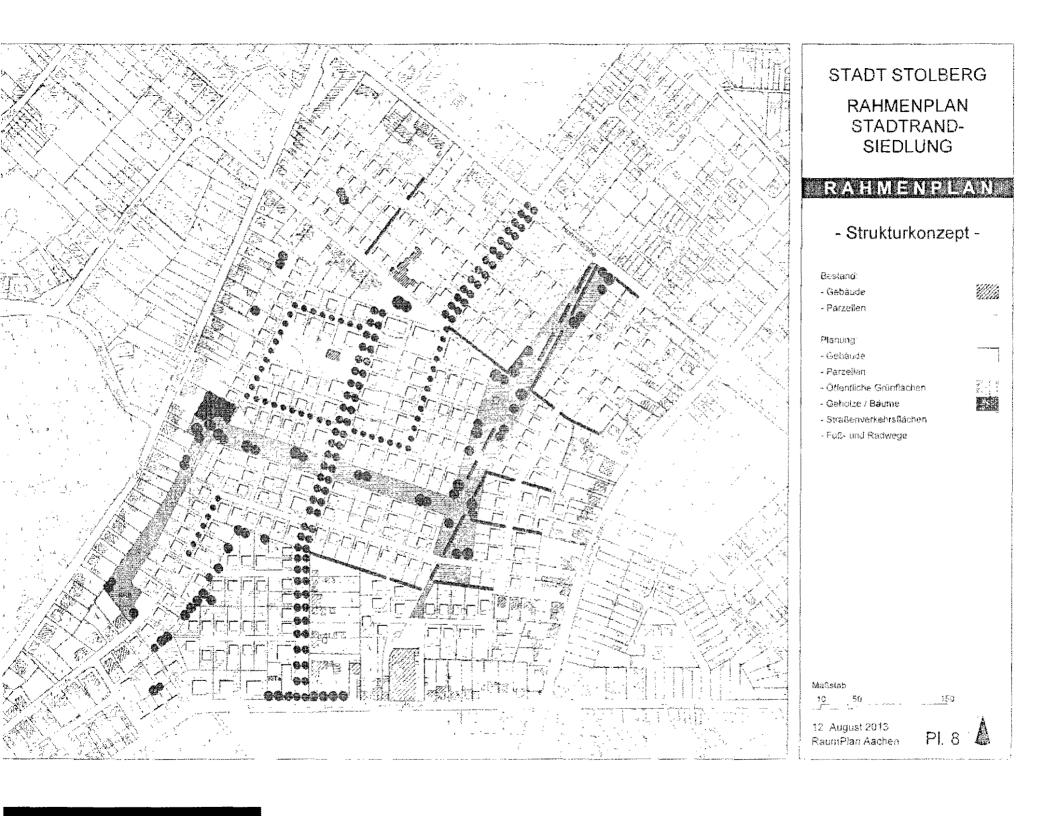
Übersichtsplan Anlage 1

Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 167 "Stadtrandsiedlung" sowie der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Stolberg – Donnerberg



Heutige Darstellungen im Flächennutzungsplan 1981 im Geltungsbereich der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Stolberg – Donnerberg





Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB₁

x öffentlich

☐ nicht öffentlich

Datum 02.08.2013 Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschusses/Rates

am

10.09.13

Tagesordnungspunkt Nr.

A) 4 a

/ A)8.

Betreff

Bereitstellung von Mitteln zur Kostenbeteiligung an der Ersteinrichtung des

"Service Zentrums Stolberger Bahnhof"

HA RAT

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen / der Rat beschließt, dass sich die Kupferstadt Stolberg anteilig an den Kosten der Ersteinrichtung des geplanten "Service Zentrums Stolberger Bahnhof" mit maximal 30.000 € beteiligt und die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel bei Produkt 1.57.01.03 "Sonstige Wirtschaftsförderung" auf dem Aufwands-/Auszahlungskonto 5317000/7317000 "Zuweisungen u. Zuschüsse für Ifd. Zwecke an private Unternehmen" überplanmäßig bereitzustellen.

Die Deckung des Mehraufwandes/der Mehrausgabe erfolgt durch gleich hohe Minderaufwendungen/-auszahlungen bei Produkt 1.61.02.01 "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" auf dem Aufwands-/Auszahlungskonto 5516001/7516001 "Zinsen Liquiditätskredite an sonstige öffentl. Sonderrechnungen.

b) Sachverhalt:

Die Sanierung des Empfangsgebäudes des Stolberger Hauptbahnhofes sowie des Hausbahnsteigs sind weitgehend abgeschlossen. In wenigen Jahren soll zudem der Mittelbahnsteig saniert und barrierefrei erreichbar sein sowie ein Parkhaus fertiggestellt sein, das den dauernden Mangel an P&R-Plätzen beheben soll. Die Rhenaniastraße einschließlich Bahnhofsvorplatz wird ebenfalls saniert, so dass der Bahnhof sowie das Bahnhofsumfeld technisch, funktional und optisch deutlich aufgewertet werden. Durch den Ringschluss der Euregiobahn zwischen Alsdorf und Stolberg, durch das größere P&R-Angebot, durch die Aufwertung des Bahnhofs sowie durch allgemeine Trends im Pendlerverkehr ist davon auszugehen, dass die Bedeutung des Hauptbahnhofs steigen wird und ein größeres Fahrgastaufkommen erwartet werden kann.

Ein wichtiger Baustein innerhalb dieses Gesamtkonzeptes ist die Einrichtung eines "Service-Zentrums" im sanierten historischen Empfangsgebäude. Hier sollen Service-Angebote für Pendler und andere Fahrgäste angeboten werden. Im Zuge der Suche nach einem Betreiber für ein solches Service-Zentrum wurde deutlich, dass dieses nur im Wege von alternativen Betriebsformen bzw. Betriebsmodellen realisiert werden kann. Die StädteRegion Aachen, die EVS, der AVV und die Kupferstadt Stolberg haben daraufhin die Firma DORV, die über viel – auch praktische - Erfahrung mit Dorfläden bzw. alternativen Nahversorgungskonzepten besitzt, mit einer Machbarkeitsstudie und mit der Entwicklung eines Betriebsmodells beauftragt.

Der Hauptausschuss / Rat hat die Mittelbereitstellung für den Kostenanteil der Stadt sowie die Beauftragung der Studie beschlossen. Die Mittelbereitstellung belief sich auf max. 3.600 €, die tatsächlichen Kosten auf 2.800 €. Es wird auf die Vorlage zur Hauptausschusssitzung vom 24.04.2012 (bzw. Ratssitzung vom 22.05.12) verwiesen, in der detaillierte Informationen zu finden sind.

Gegenstand der Untersuchung war auch eine umfängliche Befragung der Fahrgäste, um den Bedarf bzw. die Nachfrage nach Dienstleistungen zu ermitteln.

Die Machbarkeitsstudie liegt inzwischen vor. Detailinformationen sind der Machbarkeitsstudie selbst zu entnehmen.

Es wird vorgeschlagen, folgende Service-Leistungen anzubieten:

- Kioskbetrieb (Getränke, Tabak, Zeitungen, Snacks, Süßwaren, weitere Lebensmittel, Drogerieartikel etc.)
- Cafe (Kaffee, Backwaren, Frühstück etc.)
- Bewirtschaftung WC-Anlage
- Bewirtschaftung Fahrradabstellanlage

Ggf. sind auch weitere Dienstleistungsangebote denkbar (Post, Paketservice, Fahrradverleih, Mitfahrzentrale, Reinigung etc.). Die Einrichtung einer Fahrkartenverkaufsstelle ist hingegen aufgrund von technischen und rechtlichen Hindernissen schwierig und kann zunächst nicht angeboten werden.

Zudem soll das Service-Zentrum auch Informationen bereithalten (u.a. touristische) und auch für Sicherheit und Sauberkeit im (unmittelbaren) Umfeld sorgen.

Bezüglich eines wirtschaftlichen Betriebskonzeptes kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass (nur) unter bestimmten Umständen der Betrieb eines Service-Zentrums tragfähig ist. Die betriebswirtschaftlichen Berechnungen belegen, dass ein Betrieb in einer klassischen Betriebsform nicht tragfähig ist, wohl aber alternative Betriebsformen, wie sie DORV bereits andernorts praktiziert.

Geplant ist, dass die DORV-Quartier gGmbH Betreiber des Service-Centers wird und auch die Betriebskosten für das Ladenlokal, die WC-Anlage und die Fahrradstation trägt.

DORV steht für **D**ienstleistung und **O**rtsnahe **R**undumversorgung uns ist seit mehr als zehn Jahren mit einem völlig neuartigen Konzept Nahversorgung dorthin wieder zu bringen, wo sich rein kommerziell betriebene Betriebe und Einrichtungen zurückgezogen haben. Grundlage ist einerseits das multifunktionale Verständnis von Nahversorgung (Lebensmittel, Dienstleistungen aller Art, medizinsich-soziale Versorgung. Kommunikation und Kultur). Durch die Bündelung all dieser Angebote in einem Ladenlokal und die positive Kooperation von privater Wirtschaft, der öffentlichen Hand und den Bürgerinnen und Bürger wird das Ganze auch betriebswirtschaftlich tragfähig. Grundsatz ist hier immer, dass nach einer Investitionsfinanzierung aus dem Umfeld, über Bürgeraktien, öffentlichen Zuschüssen oder privaten Investoren, der Betrieb sich dauerhaft selbst tragen muss. Dies wird im Businessplan explizit untersucht und nachgewiesen.

Zunächst konzentrierte sich DORV so auf den ländlichen Raum. Das erste DORV-Zentrum in Jülich-Barmen als Pilotprojekt des Landes NRW, inzwischen mit vielen Preisen ausgezeichnet, existiert seit 9 Jahren. Inzwischen wird es bundesweit und in europäischen Grenzregionen (B,NL,A) verbreitet, wurde wissenschaftlich begleitet und dient als ein praktischer Lösungsansatz der Probleme des demografischen Wandels.

Inzwischen ist auch die Übertragbarkeit auf städtische Regionen erfolgreich umgesetzt. Dem Rückzug der Nahversorger und dem damit einhergehenden sozialen Randerscheinungen im jeweiligen Stadtviertel begegnet DORV mit der Gründung des so genannten "quartVier-Zentrums". Das Pilotprojekt in Düren-Grüngürtel besteht seit 2011 und wird von DORV auch als Pilotprojekt selbst betrieben. Weitere Zentren befinden sich im Aufbau.

Das Grundprinzip, dass die Investitionsmittel aus dem Umfeld aufgebracht werden müssen, konnte in Düren durch das Engagement der Wohnungswirtschaft und er Stadt Düren erfüllt werden.

Über den an DORV ursprünglich erteilten Auftrag zur Analyse der Situation am Bahnhof Stolberg entstand das nun vorliegende Konzept zum Betrieb eines so genannten Servicepunktes. Betreiber soll die DORV-Quartier gGmbH aus Düren-Grüngürtel nach dem Grundkonzept der DORV-Idee sein.

Dazu wird der Betrieb als Zweigstelle des erfolgreich in Düren-Grüngürtel betrieben quartVier-Zentrums geführt. Dieses ist ein Integrationsprojekt, welches als Hauptziel die Integration von Menschen mit Behinderung hat.

DORV hat ein besonderes Interesse für die Entwicklung des Bahnhofs-Servicepunktes den Bahnhof Stolberg als ein weiteres Pilotprojekt in der Region selbst zu führen. Ein ausführliches Gutachten mit Berechnung aller Faktoren, ergibt eine realistische Möglichkeit zum Betrieb. Hintergrund ist diesen nun über Dörfer und Stadtteile hinaus entwickelten Lösungsansatz ebenfalls übertragbar zu machen auf andere nicht mehr versorgte Bahnhöfe.

Ganz wesentlich dabei ist, dass eine Finanzierung der Erstinvestition auch hier – wie in allen anderen Fällen – aus dem Umfeld zu erbringen ist.

D.h. die Freistellung des Betreibers von den Kosten der (Erst-)Einrichtung der Service-Station (Theken, (Kühl-)Regale, Tische, Stühle usw.) ist unumgänglich. Die Kosten hierfür werden auf ca. 80.000 € geschätzt. Die EVS, der AVV und die StädteRegion Aachen werden sich an diesen Kosten in unterschiedlicher Höhe beteiligen. Nach der derzeitiger Kostenschätzung müsste die Kupferstadt Stolberg einen Anteil von 27.000 € beitragen. Zur Sicherheit bzw. für den Fall, dass die tatsächlichen Einrichtungskosten etwas höher sein sollten, empfiehlt die Verwaltung eine Mittelbereitstellung von bis zu 30.000 €.

c) Finanzierung

Für dieses Projekt, das erst im Jahr 2012 startete, sind im Doppelhaushalt 2012/13 keine Haushaltsmittel eingestellt.

Die Mittel müssen aber unbedingt noch im HH-Jahr 2013 bereitgestellt werden, da die anderen Finanzierungspartner ihre Anteile auch in 2013 bereitstellen und das Projekt nur umgesetzt werden kann, wenn die Gesamtsumme zur Verfügung steht. Darüber hinaus soll mit der Fertigstellung des Bahnhofgebäudes und der Eröffnung der Ringbahn ein funktionierendes Service-Center etabliert sein.

Der Bürgermeister in seiner Funktion als stellvertretender Kämmerer hat am 02.08.2013 unter VÄL-Nr.: 341 wie folgt entschieden:

Zu der üpl. Mittelbereitstellung in Höhe von 30.000,00 € bei Produkt: 1.57.01.03 "Sonstige Wirtschaftsförderung" auf dem Aufwands-/Auszahlungskonto 5317000/7317000 "Zuweisungen u. Zuschüsse für Ifd. Zwecke an private Unternehmen" ist die Zustimmung des HA/Rates (die durch eine dringliche Entscheidung gem. § 60 GO ersetzt werden kann) herbeizuführen.

Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen/-zahlungen in Höhe von 30.000,00 € bei Produkt 1.61.02.01 "Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft" auf dem Aufwands-/Auszahlungskonto 5516001/7516001 "Zinsen Liquiditätskredite an sonstige öffentl. Sonderrechnungen.

i.A.

(A. Pickhardt)
Fachbereichsleiter 1

1. PreMode

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

X öffentlich

□ nicht öffentlich

FB1 / 81

Datum Drucksache-Nr. 29.07.2013

VORLAGE

Für die Sitzung des Hauptausschusses / Rates

am 10.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr. $(\theta) 10$, $(\theta) 3$.

Betreff Grünmetropole e.V. – Erhöhung

Mitgliedsbeitrag



a) <u>Beschlussvorschlag:</u>

Der Hauptausschuss/der Rat der Kupferstadt nimmt zur Kenntnis, dass das TIGER-Projekt, das zur Finanzierung der Basiskosten des Vereins "Grünmetropole e.V." beigetragen hat, im August 2013 ausläuft und somit eine Reduzierung des Mitgliedsbeitrages von 3800 €/Jahr auf 2000 €/Jahr nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen / der Rat der Kupferstadt Stolberg beschließt,

- 1. der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 2014 um 1058 €/Jahr zur Finanzierung der Basiskosten des Grünmetropole e.V. zuzustimmen. (Basiskosten = 3058€)
- 2. sich an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Form einer sich in der Gründung befindenden Stichting sowie an der Akquise für Fördermittel zu beteiligen und stimmt zu, für die Beteiligung an einer grenzüberschreitenden Struktur im Jahr 2014 einen Mehraufwand von weiteren 1464 €/Jahr zu tragen. (Basiskosten 3058€ + Kosten grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1464€ = gesamt 4522€).

b) Sachverhalt:

Im Jahr 2009 gründete sich aus der Euregionalen 2008 der Verein Grünmetropole e.V. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Bereich der Region Aachen-Düren-Heinsberg in den Bereichen Freizeit, Naherholung und Tourismus zu stärken und den Raum der Grünmetropole zwischen Düren und Beringen (BE) als touristische Destination weiter zu entwickeln.

Die Ziele des Vereins hatte Herr Dezernent der StädteRegion Uwe Zink dem Rat in seiner Sitzung am 16.04.2013 vorgestellt.

Das Interreg-Projekt TIGER läuft im August 2013 aus. Mit den Fördermitteln konnte der Verein einige Aktivitäten u.a. beim Aufbau von Grundlagen, Vermarktungsaktivitäten, aber auch Personal finanzieren. Der ursprünglich nötige Vereinsbeitrag, um die operative Arbeitsfähigkeit des Vereins zu finanzieren, konnte aufgund der Interreg-Förderung um rd. 1800 auf 2000 € gesenkt werden. Dieser muss nun wieder angehoben werden (auf 3058 €). Damit der Verein Grünmetropole e.V. auch in den Folgejahren aktiv und nachhaltig an der touristischen Inwertsetzung der Region weiterarbeiten kann, muss nun über die zukünftige Ausgestaltung entschieden werden.

Wie aus den beigefügten Ausarbeitungen des Grünmetropole e.V. ersichtlich bieten sich derzeit verschiedene Möglichkeiten der zukünftigen Strukturen an. Insbesondere eine engere organisatorische Verzahnung mit den niederländischen und belgischen Partnern in der Grünmetropole soll angestrebt werden. Hierzu soll eine trinationale Stiftung ("Stichting") nach niederländischem Recht gegründet werden. Einzelheiten sind der detaillierten Ausarbeitung zu entnehmen.

Vor dem Hintergrund, dass der Grünmetropole e.V. ein noch relativ junger Verein ist und bei der Etablierung einer Region als touristisches Destination mit einem Mindestzeitraum von 5-10 Jahren gerechnet werden muss, empfiehlt die Verwaltung Hauptausschuss und Rat auf jeden Fall in der Grünmetropole e.V. zu verbleiben, um die Chancen der Grünmetropole in Bezug auf Projekte und Vermarktungsaktivitäten zu wahren.

Bei der Wahl der zukünftigen Organisationsform wird verwaltungsseitig klar die grenzüberschreitende "Stichting" des niederländischen Rechts präferiert. Durch die Einbindung in die trinationale Stiftung bieten sich fördertechnisch weitaus mehr Möglichkeiten, an Förderprogrammen der EU teilzunehmen als bei der Basisversion. Im Übrigen wird die größere Organisationsform außerhalb der Region besser wahrgenommen, ggf. kann der "Grünmetropole e.V." auch von der großen Erfahrung und den Verbindungen der niederländischen und belgischen Partner profitieren.

c) Rechtslage:

Die Mitgliedschaft in der Grünmetropole e.V. ist eine freiwillige Leistung.

d) Finanzierung:

Für den Haushalt 2014 und Folgejahre wurden durch das Fachamt, Mittel für den höheren Mitgliedsbeitrag (Variante 1) als auch Mittel für Teilnahme an einer trinationalen grenzüberschreitenden Organisationsstruktur (Variante 2) angemeldet.

e) Personelle Auswirkung:

Die Mitgliedschaft bindet Personal des Amtes 81.

i.A.

Andreas Pickhardt Fachbereichsleiter 1



Euregionale 2008

Mit der Euregionale 2008 wurde im Jahr 2005 das trinationale INTERREG-Projekt "Industrielle Folgelandschaft" ins Leben gerufen. Ziel des Projektes war, eine nachhaltige und grenzüberschreitende touristische Entwicklung in der Dreiländer-Region D-NL-B anzustoßen und eine trinationale Zusammenarbeit zu fördern. Innerhalb des Projekts wurden zwei touristische Routen aufgebaut, die die vielfältigen Gesichter der Region mit den sprachlichen und kulturellen Verschiedenheiten und ihren Sehenswürdigkeiten aus der Bergbaugeschichte räumlich miteinander verbinden. Die Metropolroute (für PKW's) ist das länderübergreifende Band im Straßennetz der Grünmetropole und gemeinsamer Identitätsträger. Als touristische Route erschließt sie dem Entdecker der Region die sich durch den Strukturwandel (postindustrielle Zeit nach dem Bergbau) verändernde Landschaft. Sie verknüpft die Städte und Gemeinden in der Grünmetropole mit ihren Denkmälern der Industriegeschichte und weiteren Highlights. Der Radfernweg Grünroute*** verbindet auf 360 km die zahlreichen Naturräume und Naherholungsgebiete in der industriellen Folgelandschaft zwischen Hasselt, Heerlen und Düren und stellt den grünen Pfad durch die Region dar.

Die niederländischen und belgischen Partner (VVV Zuid Limburg, Toerisme Limburg) haben in den letzten Jahrzehnten ihre Region touristisch erfolgreich entwickelt. Dies zeigen die 6.stelligen Besucherzahl, die jährlich die Region erkundet. Auf der deutschen Seite der Grünmetropole hat sich bisher keine Bereitschaft zu einer touristischen Organisation gezeigt. Obwohl in Aachen eine professionelle Tourismusorganisation bestand, gab es in den angrenzenden Kommunen keine vergleichbare Organisation. Im Rahmen des Interreg-Projektes "Industrielle Folgelandschaft" und der Euregionale 2008 wurden die touristischen Potentiale des Nordraumes so überzeugend herausgearbeitet, dass die Politik im Nordraum dieses Thema neu für sich entwickelt hat.

Im Verlaufe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Belgisch und Niederländisch Limburg und basierend auf einer Studie "Touristische Organisation der Nordräume von Aachen und Düren" der ift GmbH (Freizeit- und Tourismusberatung GmbH) hat sich zudem gezeigt, dass für eine freizeit- und tourismusorientierte Entwicklung auch auf der deutschen Seite, insbesondere in der Region Aachen-Düren-Heinsberg, der Grünmetropole gute Chancen bestehen.

Gründung und Ziele des Grünmetropole e.V.

Basierend auf diesen Grundlagen wurde daher im Juni 2009 der Grünmetropole e.V. gegründet. Alle Tätigkeiten des Grünmetropole e.V. sind darauf ausgerichtet, die Position der Region Aachen-Düren-Heinsberg auf dem regionalen und grenzüberschreitenden Markt in den Bereichen Freizeit, Naherholung und Tourismus zu stärken. Zweck des Vereins ist die Förderung des regionalen Tourismus in den Themen Natur, euregionale Kultur und Industriekultur – und hier insbesondere die der Naherholung – in seinen Mitgliedskommunen und der Ausbau eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus im Sinne einer landschaftsorientierten, naturnahen Erholung. Des Weiteren ist es das Ziel des Vereins eine Sensibilisierung für das Thema Tourismus in den Kommunen und in der Bevölkerung, wie auch eine Bindung der Menschen an die Region zu schaffen und den Bekanntheitsgrad der Region

auch überregional zu steigern. Zur Erreichung des Vereinszwecks unterhält der Verein enge, partnerschaftliche Beziehungen zu den Nachbarräumen Belgiens und der Niederlande und zum indeland. Langfristiges Ziel soll eine Vereinigung im touristischen Rahmen mit den Partnern in Belgien und in den Niederlanden sein.

Für die Profilierung der Region im Naherholungs- und Tourismussektor hat der Vorstand folgende Kerngeschäfte und Themen herausgearbeitet:

- Radtourismus (Active and Outdoor) Grünroute, Schnellradweg Aachen-Jülich, RurUfer Radweg
- Industriekultur im Aachener Revier (Industrial Heritage)
- Veranstaltungen (Events)
- Stärkung des regionalen Hotel- und Gaststättengewerbes (Lifestyle)

Um den Kunstbegriff "Grünmetropole" auf dem Markt besser positionieren zu können und als Alleinstellungsmerkmal zu kommunizieren, wurden folgende Claims entwickelt:

- Ein Herz mit Ecken und Kanten
- Lust auf Land und Leute
- Kontraste entdecken, Energie erleben



Der Aktionsradius der Marketingmaßnahmen des Grünmetropole e.V. umfassen ca. 100 km.

Interreg IV-Projekt TIGER

Seit dem Jahr 2010 arbeitet die StädteRegion Aachen und der Grünmetropole e.V. als assoziierter Partner mit den trinationalen Partnern Toerisme Limburg (B), Fédération du Tourisme de la Province de Liège (B), VVV Zuid Limburg (NL) im Rahmen des Interreg IV-Projektes TIGER zusammen.

Der Name TIGER steht für die "Touristische Inwertsetzung der grenzüberschreitenden europäischen Region". Das Folgeprojekt der "Industriellen Folgelandschaft" macht es sich zum Ziel, die grenzüberschreitende, touristische Zusammenarbeit und Vermarktung dieser Region zu stärken und das touristische Profil zu schärfen. Wichtige Punkte für die touristische Zusammenarbeit sind dabei unter anderem das industrielle Kulturerbe und der Fahrradtourismus. Durch die Teilnahme am Projekt TIGER bietet sich dem Grünmetropole e.V. die Chance sich von einer Naherholungsagentur zu einer Tourismusorganisation zu wandeln. Dies setzt voraus weitere Angebote (Pauschalangebote) für den Touristen zu schaffen. Die trinationale Webseite neue gemeinsame www.urlaubimherzeneuropas.eu fasst diese Pauschalangebote zusammen und gibt dem Touristen einen Überblick rund um das Thema "Radfahren" oder "Sommeraktivitäten" in der Dreiländerregion.

Vorteile der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist es dem Grünmetropole e.V. möglich mit professionellen, touristischen Organisationen zusammenzuarbeiten, die Stärken und Erfahrungen der Partner als Inspirationsquellen für den Verein zu nutzen und von dessen professioneller Struktur zu

profitieren. Durch einen kurzen Informationsfluss ist es dem Grünmetropole e.V. möglich, Informationen z.B. über Förderprogramme schneller zu erhalten und weiterzuverarbeiten.

Die Finanzierung des dreijährigen Projektes ist zur Hälfte über das INTERREG-Programm der EMR gesichert, 30% wird über das Land NRW kofinanziert. 20% der Kosten müssen durch Eigenmittel der Partner sichergestellt werden. Das Projekt ist Ende August 2013 abgeschlossen.

Ab 2014 startet die neue Förderperiode der EU. Ab Juni starten die sogenannten EU-Calls für Förderprogramme. Eine Förderung von maximal 75% (Eigenkapital 25%) ist hier möglich. Der nächste Aufruf der EU startet im Juli und wird die Schwerpunktthemen "Kultur und Industriekultur" bespielen.

Produktentwicklung des Grünmetropole e.V. durch TIGER

Durch die Teilnahme des Grünmetropole e.V. am Interreg-Projekt TIGER war es für den Verein möglich, die Basis im Rahmen der Produktentwicklung und grenzüberschreitenden sowie regionalen Kooperationen zu erweitern.

Grünroute

Der Radweg "Grünroute" wurde im Jahr 2012 durch den ADFC befahren und als erster europäischer, trinational klassifizierter Radfernweg mit 3*** Sternen ausgezeichnet. Dies ermöglicht dem Verein, die Region als attraktive Radfahrregion mit dem Flair einer ehemaligen Bergbauregion bzw. einer industriellen Folgelandschaft vorzustellen. Die Infrastruktur und Vermarktung der Grünroute muss auch zukünftig weiter verbessert werden. Besonders die Wegeoberfläche und Wegebeschilderung müssen nachgebessert und zum Teil erneuert werden. Bis zum Jahr 2015 ist die Grünroute mit 3*** Sternen zertifiziert. Der Verein ist dazu verpflichtet das Qualitätsniveau der Route zu halten oder weiter zu verbessern. Mit einer erneuten Verbesserung der Infrastruktur der Grünroute besteht im Jahr 2015 die Möglichkeit die Grünroute mit 4****Sternen zertifizieren zu lassen. Um dies zu schaffen sind eine Sensibilisierung der Kommunen und finanzielle Ressourcen nötig.

Bikeline-Radroutenführer Grünroute

Im Mai 2013 erschien der Radtourenführer "bikeline" (Esterbauer Verlag) über die Grünroute. Unter dem Namen "Grünroute: Industriekultur im Grünen zwischen Düren, Aachen, der niederländischen Parkstad Limburg und Hasselt im belgischen Flandern" gewährleisten exakte Radkarten die mühelose Orientierung vor Ort. Neben dem Kartenmaterial findet der Radfahrer Hintergrundinformationen zu Sehenswertem und Historischem entlang der grenzüberschreitenden Strecke. Als zusätzlichen Service enthält das Bikeline-Buch ein umfangreiches Übernachtungsverzeichnis, das dem Fahrradfahrer eine individuelle Tourenplanung ermöglicht.

Tagestourenflyer

Für die Einwohner und Touristen, die eine Tagestour in der Region unternehmen und planen, wurde in Abstimmung mit den Mitgliedskommunen des Vereins eine Broschüre mit 17 attraktiven Tagestourentipps in der Region Aachen-Düren-Heinsberg (z.B. Entlang der Halden ins Wurmtal, Blausteins-See Route) entwickelt. Sie zeigt in vielfältiger Weise die Besonderheiten (gastronomische Highlights, Sehenswürdigkeiten) unserer geschichtsträchtigen Region.

Movelo

Mit dem Partner Movelo wird das touristische Angebot innerhalb der Grünmetropole verbessert. Im Jahr 2012 wurde in Kooperation mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren das modulartige E-Bike Verleihsystem "Movelo" in der Region Aachen/Grünroute eingeführt. Movelo steht für "mobil mit dem Rad (velo)" und beinhaltet ein Verleihsystem mit hochwertigen Elektrofahrrädern, welches touristischen Anbietern (wie z.B. Hotel- und Gastronomiebetrieben) neue Vermarktungs- und Einnahmemöglichkeiten durch eine Form der sanften Mobilität bietet. Durch die Initiierung des Movelo-Netzwerkes Aachen/Grünroute ist ein Lückenschluss mit den bestehenden Movelo-Netzwerken der Nachbarregionen Eifel und Belgien gelungen, so dass nun die gesamte Region mit dem Pedelec "erradelt" werden kann. Die Movelo-Region Aachen/Grünroute ist qualitativ weiter zu verbessern. Um das Verleih- und Ladenetzwerk auszubauen und eine größere Reichweite bedienen zu können, müssen weitere Movelo-Partner geworben werden. Auch die Vermarktung der Movelo-Region durch die Kommunen und das Hotel-und Gaststättengewerbe soll vorangetrieben werden.

Geführte Radtouren

Mit unserem neuen Kooperationspartner dem Radreiseveranstalter "Erlebnisradtour" aus Heinsberg kann die Region bei einer geführten Radtour oder ganz individuell "erfahren" werden. Auf allen Touren können versteckte Kleinode der Kultur und Geschichte der Region entdeckt werden. Neben geführten Tagesradtouren (z.B. "Auf den Spuren der Kohle") werden ebenfalls Mehrtagestouren durch die Grünmetropole (z.B: 3 Länder, 7 Tage) angeboten.

Um die Grünmetropole auch bei den Bewohnern der Region bekannter zu machen, bietet der Aachener Radreiseveranstalter Weinradel durch die Initiative des Grünmetropole e.V. ab Mai 2013 jeden Monat eine geführte Tagestour an. Die Tagestouren enthalten als zusätzliches Angebot Führungen an den Sehenswürdigkeiten der Grünmetropole e.V. – Kommunen (wie z.B. Carl-Alexander Park, Energeticon).

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Veranstaltungskalender und Sommerprogramm

Für die touristischen Themen Industriekultur und Events wurden konkrete Maßnahmen wie z.B. der Veranstaltungskalender oder das Sommerprogramm für Familien und Kinder entwickelt. Der Veranstaltungskalender erscheint vierteljährlich, das Sommerprogramm erscheint jährlich. Neben einer Übersicht über alle interessanten Veranstaltungen in der Region gibt es in jedem Kalender ein "Special" zu verschiedenen Themen wie z.B. Radfahren, Themenführungen oder Weihnachtsmärkten sowie die Highlights unserer "Nachbarn" aus den Niederlanden und Belgien. Die Kalender sind in allen Mitgliedskommunen des Vereins und in vielen öffentlichen Einrichtungen in der Region (Stadtbüchereien, Sparkassen) erhältlich. Sie können zudem unter www.gruenmetropole.eu heruntergeladen oder per Post unter info@gruenmetropole.eu angefordert werden.

Internetseite des Grünmetropole e.V.

Der neue touristische Internetauftritt des Grünmetropole e.V. (www.gruenmetropole.eu) informiert den Besucher über die Grünroute, weitere Rad-und Wanderwege, über Sehenswürdigkeiten der Region, über Übernachtungs- und Gastronomiebetriebe (insbesondere Bett&Bike Betriebe) sowie

über das Angebot geführter Radtouren. Des Weiteren kann die Internetseite den Besuchern funktionelle Tools wie z.B. einen Routenplaner und Buchungsmöglichkeiten bieten, um ihnen die Planung ihres Aufenthalts in der Region zu erleichtern.

Um die Highlights der Region erfolgreich darzustellen, nutzt der Grünmetropole e.V. ein großes Spektrum an Marketinginstrumenten wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder Präsentationen auf Publikumsmessen. Um den Bekanntheitsgrad des Grünmetropole e.V. bei den Einwohnern weiter zu steigern, ist es wichtig, dass der Verein durch die Mitgliedskommunen mehr Unterstützung erfährt. Die Positionierung des Vereins auf den kommunalen Internetseiten sowie die Platzierung des Vereins mit einem Stand bei kommunalen Veranstaltungen helfen dabei, den Verein regional bekannter zu machen. Wird die Bevölkerung mehr über die touristische Attraktivität der Region informiert, fungieren sie als Multiplikatoren und steigern den Bekanntheitsgrad der Grünmetropole.

Pauschalangebote

Um den Sprung von einer attraktiven Naherholungsregion zu einer überregional bekannten Tourismusregion zu schaffen, wurden mit verschiedenen Reiseveranstaltern (z.B. Überlandreisen, ASM Reisen) Pauschalangebote für Busreisen erstellt. Hierbei wurde deutlich, dass in der Region Aachen-Düren-Heinsberg das Hotel- und Gaststättengewerbe zukünftig weiter ausgebaut und attraktiviert werden muss. Der Großteil der regionalen Hotels ist nicht auf Busreisen ausgerichtet. Lediglich Stolberg und Eschweiler (Parkhotel am Hammerberg in Stolberg, Hotel zum Walde in Stolberg und Hotel de Ville in Eschweiler) können die Aufnahme einer größeren Busreisegruppe garantieren.

Auch zukünftig werden im Rahmen des TIGER-Projektes Gespräche mit zahlreichen auf dem europäischen Reisemarkt tätigen Reiseveranstaltern geführt. Zielsetzung ist, die Reiseveranstalter als Kooperationspartner für Mehrtagestouren in der Dreiländer-Region (Deutschland, Niederlande, Belgien) zu gewinnen und dabei von den Organisations-, Vertriebs- und Marketingstrukturen der Reiseveranstalter zu profitieren.

Die Zukunft des Grünmetropole e.V.

Schwerpunktthema "Radfahren"

Die Profilierung über Schwerpunktthemen wie z.B. "Radfahren" soll den Bekanntheitsgrad der Grünmetropole bzw. der Region Aachen-Düren-Heinsberg auch zukünftig steigern und eine nachhaltig wirkende Positionierung im überregionalen Konkurrenzfeld erreichen. Hierbei soll insbesondere die Vernetzung mit touristischen Dienstleistern wie z.B. Radreiseveranstaltern (Entwicklung von touristischen Pauschalangeboten), dem ADFC, den regionalen Gastronomie- und Hotelbetrieben weiter ausgebaut und verstärkt werden. Die Erweiterung des Pedelec-Verleihnetzwerkes "Movelo Aachen/Grünroute", eine verstärkte Vermarktung der Grünroute und der Tagestouren durch die Region stehen hierbei besonders im Fokus.

Mit der Entwicklung von Netzwerken und Angebotsbausteinen können Hotellerie und Gastronomie, der Einzelhandel (z.B. Fahrradläden) langfristig eine Wertschöpfung erzielen. Die Nutzung von Dienstleistungen vor Ort durch den Gast steht dabei im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt wird

zukünftig die Schaffung einer fahrradfreundlichen Atmosphäre in der Region durch öffentlich geführte Radwanderungen und die Verbesserung der Auskunftsfähigkeit von Gastgebern (Versorgung mit Informationsmaterial, Radkarten) sein.

Um die o.g. Maßnahmen erfolgreich umsetzten zu können, muss die weitere Finanzierung des Grünmetropole e.V. sichergestellt werden:

Fördermittel

Die Zeiten knapper Kassen stellen die Kommunen und den Grünmetropole e.V. vor große Herausforderungen. Viele Kommunen befinden sich bereits in der "Haushaltssicherung" bzw. im "Nothaushalt" und sind dazu verpflichtet freiwillige Leistungen zu streichen. Die Kosten für eine Mitgliedschaft im Grünmetropole e.V. in Höhe von 2000€ bzw. eine mögliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge stellen für die Kommunen ein großes Problem dar. Eine Niedrighaltung bzw. geringe Erhöhung der Mitgliedsbeiträge kann langfristig nur durch die Einnahme von Fördermitteln (EU-Projekte, Ziel2) gewährleistet werden. Da eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern häufig eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Beantragung von Fördermitteln und Zuschüssen ist, ist auch eine zukünftige Kooperation mit den trinationalen Partnern erforderlich.

Die neue EU-Förderperiode beginnt im Jahr 2014, so dass die ersten Anträge bereits im Juni und Juli gestellt werden müssen. Erhebliche Fördermittel (75% Förderung) sind dem Grünmetropole e.V. dabei bereits verloren gegangen, da eine Bereitstellung des Eigenanteils nicht möglich war. Der nächste Aufruf der EU startet im Juli und wird die Schwerpunktthemen "Kultur und Industriekultur" bespielen.

Um eine Region erfolgreich als Naherholungs- und Tourismusregion zu etablieren, ist ein Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten erforderlich. Erst dann sind erste Wertschöpfungen in der Region erkennbar. Durch die Teilnahme des Grünmetropole e.V. am TIGER-Projekt konnte die Struktur des Grünmetropole e.V. zwar ausgebaut werden, eine Optimierung und Professionalisierung der Organisationsstruktur und der Produktpalette sind jedoch auch zukünftig unbedingt erforderlich.

Grenzüberschreitende Organisationsstruktur

Um die Struktur des Vereins weiter zu professionalisieren, die Region touristisch weiter zu entwickeln und die Finanzierung zu sichern, ist die Teilnahme des Grünmetropole e.V. an einer grenzüberschreitenden Organisationsstruktur und an Förderprogrammen notwendig. Als Voraussetzung für die Förderung des TIGER-Projektes soll eine grenzüberschreitende Struktur mit den vier Hauptpartnern gegründet werden. Der Aufgabenbereich der Organisation besteht hauptsächlich in der Umsetzung gemeinsamer Kommunikations- und Marketingstrategien. Weiter wird die Organisation die gemeinsame Verwaltungs- und Organisationsstruktur für grenzüberschreitende Projekte im Bereich Tourismus werden. Diese Struktur soll in der ersten Phase zunächst durch die TIGER- Hauptpartner VVV Zuidlimburg, Toerisme Limburg, Grünmetropole e.V. und Federation du Tourisme de la Province de Liège (FTPL) realisiert werden. Sie soll aber auch für eventuell in der Zukunft beitretende Partner aus der Euregio offen zugänglich bleiben. Wie bei der Organisationsstruktur des Eifel Ardennen Marketings (EWIV) wird es kein gemeinsames Büro der Regionalmanager geben. Jeder Regionalmanager arbeitet der grenzüberschreitenden Organisation von seinem derzeitigen Arbeitsplatz aus zu, so dass keine weiteren Personalkosten für einen zusätzlichen Regionalmanager entstehen.

Stiftung des niederländischen Rechts

Eine mögliche trinationale Organisationsstruktur muss folgende Eigenschaften aufweisen:

- Organisationsform mit Haftungsbeschränkung
- Flexible Rechtsform mit ständiger Möglichkeit zur Teilnahme / Ausritt
- Stabile und langfristig in die Zukunft geplante Ausrichtung der Struktur.
- Flexibilität in der Ausgestaltung der Statuten

Unter den gegebenen Voraussetzungen sowie den oben genannten Grundvoraussetzungen fällt im vorliegenden Fall die Wahl der Rechtsform auf eine Stiftung niederländischen Rechts. Diese Form der "Stichting" vereint alle Kriterien und ist darüber hinaus noch weitaus flexibler als bspw. eine Stiftung deutschen Rechts, da diese keiner Kapitalbindung bzw. kein Mindeststammkapital oder behördlicher Rechnungsprüfung bedarf.

Personalausstattung

Jeder Partner stellt der Organisation einen Regionalmanager mit einer 1 Personalstelle zur Verfügung. Der Grünmetropole e.V. stellt der Organisation als kleinster Partner Personal mit einer 0,5 Stelle zur Verfügung. Als Gründungspartner wird der Grünmetropole e.V. wie alle anderen Partner eine volle Stimme erhalten. Um in der neuen Organisation professionell mitwirken zu können und an Förderprogrammen teilzunehmen, ist es aufgrund der personellen Situation des Grünmetropole e.V. (0,5 Stelle) unbedingt erforderlich eine zusätzliche Arbeitskraft zur Unterstützung einzustellen. Dies kann in Form einer studentischen Hilfskraft geschehen. Die Einstellung eines Studenten würde dem Verein jährlich maximal 10.000 € kosten. Der Mitgliedsbeitrag würde sich somit um 715€ erhöhen.

Teilnahme an Förderprogrammen

Eine Aufgabe der Organisation wird es zudem sein, an EU-Förderprogrammen teilzunehmen und Fördermittel zu beantragen. Durch die Generierung von Fördermitteln können

- die eigenen personellen und finanziellen Ressourcen des Vereins entlastet werden
- notwendiges zusätzliches fachliches Know-how der Partner generiert werden
- das Risiko auf mehrere Schultern verteilt werden.
- der Zugang zu den Zielgruppen (Touristen) erleichtert werden
- die öffentliche Wahrnehmung des Grünmetropole e.V. verstärkt werden
- das gute Image der Partner auf das Förderprojekt und die eigenen Institution abstrahlen.

Basiskosten Grünmetropole e.V.

Im Jahr 2010 war es möglich durch die Förderung des INTERREG IV-Projektes TIGER den Mitgliedsbeitrag von 3800 € auf 2000 € zu senken. Ab 2014 besteht für den Verein keine Möglichkeit mehr, anfallende Kosten für die Produktentwicklung (Internetseite, Veranstaltungskalender) über das TIGER-Projekt abzurechnen. Dementsprechend muss eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages auf 3058,30 € zur Deckung der Basiskosten stattfinden. Im Folgenden finden Sie die Basiskosten für den Grünmetropole e.V. (2014), die nach Beendigung des TIGER-Projektes anfallen.

Betriebliche Aufwendung	Kosten
Personalkosten (0,5-Stelle)	24.327,00 €
Hostingkosten neue Internetseite	3618,00 € (inkl. Mwst.)
Umsatzsteuer (19%)	488,30 €
Layout und Druck für vier	3408,00 € (inkl. Mwst.)
Veranstaltungskalender	
(4x pro Jahr)	
Layout und Druck	852,00 € (inkl. Mwst.)
Sommerprogramm	Winding to the state of the sta
(1x pro Jahr)	
Steuererklärung, Jahresabschluss	1130,50 € (inkl. Mwst.)
Kontogebühren	85,00 €
Gesamtkosten:	33908,80 €
Kosten pro Mitglied (:13)	2570€ Beitrag + 488,30€
	Umsatzsteuer = 3058,30 €

Tabelle 1: Basiskosten des Grünmetropole e.V. für das Jahr 2014

Für das Jahr 2013 wurden die Hostingkosten über das TIGER-Projekt finanziert. Ab 2014 müssen die Kosten über den Verein getragen werden. Die Pflege der Internetseite wird über die 0,5-Stelle des Vereins übernommen. Ab Herbst 2013 müssen nach Beendigung des TIGER-Projektes zudem die Kosten für den vierteljährlich erscheinenden Veranstaltungskalender sowie für das Sommerprogramm des Grünmetropole e.V. übernommen werden.

Körperschaft-, Gewerbesteuer-, und Umsatzsteuerpflicht des Grünmetropole e.V.

Seit dem Jahr 2013 besteht für den Grünmetropole e.V. die Körperschaft-, Gewerbesteuer-, und Umsatzsteuerpflicht, da der Verein vom Finanzamt als nicht gemeinnützig anerkannt wird. Um gemeinnützig zu sein, müsste der Grünmetropole e.V. andere, als die gegenwärtigen Satzungszwecke verfolgen bzw. Leistungen erbringen.

Da dem Beitrag eines Vereinsmitgliedes eine konkrete Leistung des Vereins gegenübersteht (z.B. die Veröffentlichung des vierteljährlichen Veranstaltungskalenders), liegt ein Leistungsaustausch vor. In diesem Fall unterliegen die sogenannten "unechten Mitgliedsbeiträge" grundsätzlich der Körperschaft-, Gewerbesteuer-, und Umsatzsteuerpflicht. Von den jährlichen 2.000 € Mitgliedsbeitrag werden pro Mitglied demnach 319,22 € und somit insgesamt 4.470,62€ Umsatzsteuer an das Finanzamt jährlich abgeführt.

Für das Jahr 2014 wird eine Änderung der Satzung angestrebt, so dass die Zahlung der Umsatzsteuer entfällt. Der Vorstand wird alle Mitglieder über den weiteren Verlauf der Gespräche informieren.

Die anfallende Umsatzsteuer sowie die Mehrkosten werden im Jahr 2013 durch die Rücklage des Vereins gedeckt.

Nachhaltigkeit der TIGER-Produkte

Das INTERREG IV-Projekt TIGER verpflichtet zur Nachhaltigkeit. Um die Förderung in vollem Maße zu erhalten, muss die Nachhaltigkeit der Produkte von allen Partnern sichergestellt werden.

Dementsprechend ist dafür Sorge zu tragen, dass die im TIGER erstellten Marketingprodukte (z.B. die Internetseiten www.urlaubimherzeneuropas.eu und www.gruenmetropole.eu) für mindestens fünf Jahre, die baulichen Maßnahmen für mindestens 15 Jahre erhalten bleiben. Ansonsten droht ein Entzug der Fördermittel.

Kosten bei Teilnahme an grenzüberschreitender Organisationsstruktur

Bei einer Teilnahme des Grünmetropole e.V. an einer grenzüberschreitenden Organisationsstruktur stellt jeder Partner der Organisation einen Regionalmanager mit einer Personalstelle zur Verfügung. Der Grünmetropole e.V. stellt der Organisation als kleinster Partner Personal mit einer halben Stelle zur Verfügung. Dies kann in Form einer studentischen Hilfskraft geschehen. Die Einstellung eines Studenten würde dem Verein jährlich maximal 10.000 € kosten.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Organisationsstruktur sollen vier Marketingkampagnen jährlich durchgeführt werden (Frühjahrs-, Sommer-, Herbst-, und Winterkampagne). Jede Marketingaktion kostet insgesamt ca. 12.000 €. Jeder Partner müsste somit 3.000 € pro Kampagne bezahlen. Das opt-in/opt-out Prinzip gewährleistet den Partnern sich für bestimmte Marketingkampagnen zu entscheiden oder an einer oder mehreren Marketingkampagnen nicht teilzunehmen. Es entstehen dem Partner nur für die Kampagne Kosten, an der er beteiligt ist. Für den Grünmetropole e.V. sind vor allem die Frühjahrs-und Sommerkampagne mit dem Themenschwerpunkt "Radfahren" von besonderer Bedeutung. Somit würden sich die Kosten für die Marketingaktivitäten im Rahmen der trinationalen Organisationsstruktur auf ca. 6.000 € belaufen. Die Basiskosten für den Verein würden dann wie folgt aussehen:

Betriebliche Aufwendung	Kosten
Personalkosten (0,5-Stelle)	24.327,00 €
Personalkosten Student (0,5 Stelle)	10.000,00 €
Umsatzsteuer (19%)	722 €
Hostingkosten neue Internetseite	3618,00 € (inkl. Mwst.)
Layout und Druck	3408,00 € (ink). Mwst.)
Veranstaltungskalender	
(4x pro Jahr)	
Layout und Druck	852,00 € (inkl. Mwst.)
Sommerprogramm	
(1x pro Jahr)	
Marketingkampagne trinational	6000,00€
5teuererklärung, Jahresabschluss	1130,50 € (inkl. Mwst.)
Kontogebühren	85,00 €
Gesamtkosten:	50142,50 €
Kosten pro Mitglied (:13)	3800 € Beitrag + 722€
	Umsatzsteuer = 4522 €

Tabelle 2: Basiskosten für den Grünmetropole e.V. im Jahr 2014 bei Teilnahme an einer grenzüberschreitenden Organisationsstruktur.

In den Basiskosten sind keine Kosten für Pressearbeit, die Erstellung weitere Produkte (wie z.B. Broschüre Sehenswürdigkeiten) oder die Unterstützung des regionalen Hotel- und Gaststättengewerbes enthalten. Die o.g. Tabellen zeigen, dass eine Teilnahme des Vereins an europäischen Förderprogrammen unbedingt notwendig ist, um die Ausgaben des Vereins zu decken.

Bei einer Teilnahme an EU-Förderprogrammen ist jeder Partner dazu verpflichtet Eigenmittel zur Co-Finanzierung einzusetzen. Diese müssten zusätzlich zu den Basiskosten des Vereins als Kapital eingesetzt werden. Je nach Förderprogramm ist es möglich, die bisherigen Personalkosten des Vereins in den Eigenanteil einzuberechnen. Die Förderung der EU-Programme liegt bei maximal 75%. An jedem Projekt müssen mindestens 5 Partner teilnehmen. Eine Förderung könnte demnach wie folgt aussehen:

Rechenbeispiel:

Bei einem maximalen Budget von 1.000.000€ würde dem Grünmetropole e.V. z.B. bei einem Eigenanteil von 50.000 € ein maximaler Betrag von 200.000 € zur Verfügung gestellt. Mit den Fördermitteln könnten alle Basiskosten des Grünmetropole e.V. ausgeglichen werden.

Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass der Grünmetropole e.V. nur die Personalkosten als Eigenkapital in einem Förderprogramm zur Verfügung stellt. Bei einer Co-Finanzierung von ca. 35.000 € (0,5-Stelle Personalkosten, Personalkosten Student) würde der Verein einen maximalen Betrag von 140.000 € erhalten.

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

X öffentlich

□ nicht öffentlich

FB1 / 81

Datum Drucksache-Nr. 29.07.2013

VORLAGE

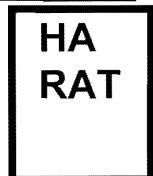
Für die Sitzung des Hauptausschusses / Rates

am 10.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr. A) I.(. I A) //a.

Betreff Änderung Entgelt- und Be-

nutzungsordnung für die Burg Stolberg



a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen / der Rat der Kupferstadt Stolberg beschließt die Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung für die Burg Stolberg.

b) Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 23.10.2001 hat der Rat die derzeit immer noch gültige Entgeltund Benutzungsordnung beschlossen, die am 01.01.2002 in Kraft trat.

Mit dem Umbau der Burg in den Jahren 2006 – 2008 und dem Wandel der Stadt zur Hochzeitsstadt wurde auch die Burg Stolberg verstärkt in den Focus als Lokalität für die Trauzeremonie und der anschließenden Feier gestellt.

Dieser Wandel hat zur Folge, dass die gültige Entgelt- und Benutzungsordnung den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt und einer Überarbeitung bedarf. Mit den jetzt vorgenommenen Änderungen sind auch kurzfristige Vergaben zu verbesserten Konditionen möglich.

Bei der Überarbeitung wurde der Focus auf Bürgerfreundlichkeit gelegt. Dabei wurde auch nicht außer Acht gelassen, dass die Kupferstadt als finanzielle Unterhalterin der Burg die aufgebrachten finanziellen Leistungen entsprechend refinanziert erhält.

c) Rechtslage:

Die Änderung sowie der Erlass der Entgelt- und Benutzungsordnung ist eine freiwillige Aufgabe.

d) Finanzierung:

entfällt

e) Personelle Auswirkung:

A. Polledt

entfällt

i.A.

Andreas Pickhardt Fachbereichsleiter 1

Die kursiv geschriebenen Texte sind neu eingefügt bzw. überarbeitet worden.

Benutzungs- und Entgeltordnung für die Burg Stolberg

- 1. Die im Hauptgebäude der Burg befindlichen Räumlichkeiten
 - a. <u>Erdgeschoss</u>: Toiletten
 - b. <u>Obergeschoss</u>: Foyer, Rittersaal, Kemenate

werden Einzelpersonen, Vereinen und anderen Gruppen zur Durchführung von öffentlichen oder privaten Veranstaltungen nach besonderer Zulassung zur Verfügung gestellt. Die Burg Stolberg wird von der Kupferstadt Stolberg als öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen betrieben.

Die Bereitstellung erfolgt nach Antragsdatum. Bei unvorhersehbaren städtischen Belangen kann eine Zuweisung rückgängig gemacht werden.

Eine Untervermietung ist nur mit Zustimmung der Kupferstadt Stolberg möglich.

 Für die Nutzung der Räumlichkeiten wird ein Entgelt erhoben. Kostenfrei sind lediglich städtische Veranstaltungen oder Veranstaltungen nicht kommerzieller Art von überregionaler Bedeutung.

Im Einzelnen werden die Entgelte wie folgt festgelegt:

 a. alle unter 1. aufgeführten Räume im Inneren der Burg (10.00 Uhr bis 2.00 Uhr)

307,00 € / Tag

b. bei kurzfristiger Anmietung (innerhalb von vier Wochen vor dem Nutzungstag) werden die Gebühren reduziert auf (neu)

150,00 €

(2b. alte Fassung - entfällt -: Sonder- und Zusatzleistungen, z.B. für Vorbereitungsmaßnahmen am Vortag oder Aufräumarbeiten am Nachtag, werden separat mit 15,30 € / Std. berechnet.)

 Die Reinigung der Räume –Buchstaben a und b wird zu Lasten des Mieters vorgenommen.
 Die Kosten betragen (neu)

- d. Das Nutzungsentgelt ist einen Monat nach Bescheiderteilung fällig. Eine Rückzahlung des Entgeltes wegen Nichtinanspruchnahme ist nur dann möglich, wenn der Nutzer/in einen Monat vor der Veranstaltung die Nichtinanspruchnahme schriftlich angezeigt und die Erstattung des Entgelts beantragt hat. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Rückzahlung nur dann möglich, wenn eine anderweitige Belegung tatsächlich möglich ist.
- e. Bei mehrtägiger Nutzung wird das Entgelt durch besondere Vereinbarung festgelegt.
- 3. Die Anmietung der Burg-Galerie ist nur in Ausnahmefällen zulässig. Die Benutzungsgebühren orientieren sich in diesen Fällen an den Gebühren des Rittersaals und betragen 307,00 € pro Nutzungstag. Die Reinigung wird zu Lasten des Mieters vorgenommen. Die Kosten betragen 200,00 €. (neu)
- 4. Die Zulassung zur Benutzung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Kapazität und der Zweckbestimmung der Burg auf schriftlichen Antrag hin. Die Überlassung erfolgt für bestimmte Räume und Zeitabschnitte. Über die Anträge wird unter Berücksichtigung der Gesamtbelange aller interessierten Benutzerkreise entschieden. Einzelnen Personen oder Personengruppen steht kein Vorrang bei der Benutzung zu.
 - Die Anträge sind schriftlich an das Amt für Tourismus und Kultur der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) zu richten.
- 5. Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn die/der Benutzer/in gegen die Benutzungsordnung oder Einzelanweisungen der durch die Kupferstadt Stolberg bestellten Aufsichtsperson verstößt. Im Übrigen kann die Zulassung widerrufen werden, wenn es erforderlich ist.
- 6. Die Nutzung darf nur im Rahmen der ausgesprochenen Zulassung erfolgen.
- 7. Die Einbringung von Gegenständen bedarf der vorherigen Genehmigung, sofern es sich nicht um einfaches Mobiliar handelt, das weder von der Aufstellung noch vom Transport her einen besonderen Aufwand erfordert. Der/die Nutzer/in sorgt für die sichere Aufbewahrung der von ihm/ihr eingebrachten Gegenstände.
 - Schadensersatzansprüche gegen die Stadt wegen Beschädigung oder Verlust eingebrachter Gegenstände sind, außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit seitens der Stadt, ausgeschlossen.
- 8. Die Räume mit Einrichtungen und die Burghöfe sind sachgemäß und pfleglich zu

behandeln. Den Benutzern ist es nicht gestattet, Eingriffe in die bauliche Substanz oder bauliche Veränderungen an den Räumen vorzunehmen. Dies gilt auch für geringfügige Maßnahmen, wie das Anbringen von Nägeln oder Schrauben.

Vor Beginn der Nutzung hat sich die/der Nutzer/in über den ordnungsgemäßen Zustand der Räume, Einrichtungen und Flächen zu vergewissern. Festgestellte Mängel bzw. Beschädigungen hat sie/er der Aufsichtsperson unverzüglich zu melden. Des Weiteren hat sie/er sicherzustellen, dass die schadhaften Einrichtungen nicht benutzt werden.

Für Schäden an den Räumen und Einrichtungen der Burg bzw. der zur Verfügung gestellten Räume, die durch die Benutzung entstehen, haften die Schädigende/der Schädiger und die/der Nutzer/in, in dessen Benutzungszeit die Schädigung fällt, als Gesamtschuldner/in. Bei Schäden, die nach der Benutzung festgestellt werden, wird vermutet, dass sie während der Benutzung entstanden sind, wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass sie außerhalb dieser Zeit aufgetreten sind.

- Die Stadt haftet als Grundstückseigentümerin für den sicheren Bauzustand von Gebäuden gemäß § 836 BGB. Die Verantwortlichkeit der/des Nutzerin/Nutzers für den ordnungsgemäßen Zustand der überlassenen Räume und Einrichtungen bleibt hiervon unberührt.
- 10. a. Die/Der Nutzer/in stellt die Stadt von eventuellen Haftpflichtansprüchen Ihrer Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragten, der Besucher/innen der Veranstaltungen oder sonstiger Dritter für Schäden frei, die im Zusammenhang mit der Benutzung der überlassenen Räume, Einrichtungen und Zugänge stehen. Die Freistellung erfasst sowohl die Erfüllung begründeter als auch die Abwehr unbegründeter Ansprüche, erforderlichenfalls auch die Durchführung entsprechender Einleitung und prozessualer Maßnahmen auf eigene Kosten. Die Freistellungsverpflichtung umfasst nicht Fälle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit auf Seiten der Stadt.
 - b. Die/Der Nutzer/in verzichtet auf eigene Haftpflichtansprüche gegen die Stadt und für den Fall der eigenen Inanspruchnahme auf die Geltendmachung von Rückgriffsansprüchen gegen die Stadt und deren Bedienstete und Beauftragte. Auch dieser Verzicht umfasst nicht Fälle von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit auf Seiten der Stadt.
 - c. Von dieser Vereinbarung bleibt die Haftung der Stadt als Grundstückseigentümerin für den sicheren Bauzustand von Gebäuden gemäß § 836 BGB unberührt.
 - d. Die Stadt entscheidet im Einzelfall, ob die/der Nutzer/in vor Überlassung nachzuweisen hat, dass eine ausreichende

Haftpflichtversicherung besteht, durch welche alle vorstehend genannten Risiken gedeckt sind.

- 11. Die Stadt kann auch nach Genehmigung der Nutzung die Nutzung der Burg ganz oder teilweise untersagen, wenn dies wegen der baulichen Beschaffenheit, wegen notwendiger Reparaturen, Renovierungs- oder Instandhaltungsarbeiten oder sonstigen wichtigen Gründen erforderlich ist. Ersatzansprüche stehen der/dem Nutzer/in bei Sperrung aus den vorgenannten Anlässen nicht zu. Das zu zahlende Entgelt ist entsprechend zu mindern.
- 12. Die Nutzer/innen haben die überlassenen Räume und Flächen nach der jeweiligen Benutzung ordentlich und sauber zurückzugeben. Werden die Räume nach der Nutzung in unaufgeräumtem Zustand belassen, so kann die Stadt Räumung bzw. Reinigung auf Kosten der Nutzer/des Nutzers veranlassen.
- 13. Das Hausrecht in der Burg und auf dem Burggelände übt die Stadt und in ihrem Auftrag die jeweilige Aufsichtsperson aus.
- 14. Eine eigene gastronomische Bewirtung in der Burg und auf dem Burggelände ist nicht gestattet. Die Bewirtung erfolgt über die in der Burg ansässige Burggastronomie.
 - (13. alte Fassung: Eine eigene gastronomische Bewirtung auf der Burg und auf dem Burggelände ist von der jeweiligen vorherigen Zustimmung der Stadt abhängig. Die Einholung etwaiger öffentlich-rechtlicher Genehmigungen ist Angelegenheit der/des jeweiligen Nutzerin/Nutzers. Die Zulassung zur Benutzung der Burg schließt diese Genehmigung nicht ein.)
- 15. Der Zulassung zur Benutzung ist eine Ausfertigung dieser Nutzungsordnung beizufügen. Die Zulassung erfolgt nur unter den sich aus der Nutzungsordnung ergebenden Bedingungen. Mit der Annahme der Nutzungsgenehmigung hat die/der Benutzer/in die Nutzungsordnung anerkannt.
- 16. Anforderungen der Nutzerin/des Nutzers hinsichtlich der Einrichtung der Räume oder Flächen sind rechtzeitig vor der Benutzung mit der Stadt abzustimmen. Im erforderlichen Umfang werden den Nutzerinnen/Nutzern Vorbereitungs- und Aufbauzeiten eingeräumt und der Zugang zu der Burg während deren Öffnungszeiten insoweit ermöglicht.

Diese Benutzungs- und Entgeltordnung wird vom Rat der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) am 10.09.2013 beschlossen. Sie tritt ab 11.09.2013 in Kraft.

Stadt Stolberg (Rhld.)

11-20/21

X öffentlich nichtöffentlich

Datum Drucksache-Nr. 29.07.2013

HA/Rat

VORLAGE

für die Sitzung des

am Tagesordnungspunkt Nr. 10.09.2013/10.09.2013

Hauptausschuss/Rat

Betreff

A) 12. / A) 11.

Bericht Umsetzungsstand Haushaltssanierungsplan der

Stadt Stolberg 2012-2021 zum 30.06.2013

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen / der Rat beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Bericht über den Umsetzungsstand des Haushaltssanierungsplans 2012 – 2021 zum Stand 30.06.2013 auf der Grundlage des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen.

b) Sachverhalt:

Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans wird gem. § 7 Stärkungspaktgesetz von der Bezirksregierung überwacht. Der Bürgermeister der Gemeinde ist verpflichtet, der Bezirksregierung jährlich mit der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, im laufenden Haushaltsjahr zum 30. Juni und zum 15. April des Folgejahres mit dem bestätigten Jahresabschluss jeweils einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans vorzulegen. Die Bezirksregierung legt dem für Kommunales zuständigen Ministerium jährlich zum Stand 30. Juni einen Bericht über die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans vor.

Gem. Verfügung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 07.03.2013 ist der im laufenden Haushaltsjahr zum 30. Juni vorzulegende Bericht mit dem Stand 30. Juni der Bezirksregierung bis spätestens zum 31. Juli vorzulegen. Aus dem Bericht über den Stand der Umsetzung zum 30.06.2013 muss mindestens hervorgehen, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt wurden und ob sie den prognostizierten finanziellen Effekt erzielt haben. Somit ist der Bezirksregierung ein Nachweis darüber zu erbringen, inwieweit die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen der Haushaltsjahre 2012/2013 im Haushaltsjahr 2013 bisher auch tatsächlich gegriffen haben. In der Folge wurden die Fachämter auf Folgendes hingewiesen:

- Die in 2012 begonnen Maßnahmen sind in 2013 ff fortzuführen.
- Die im HSP vorgesehenen Maßnahmen mit Beginn 2013 sind soweit noch nicht geschehen – umgehend anzulassen. Können Maßnahmen in 2013 erst nach dem 01.07,2013 finanzielle Auswirkungen entfalten, ist dies zu begründen.

_

- Die finanziellen Effekte aller Maßnahmen sind zum Stand 30.06.2013 zu beziffern, ggfls. ist auch ein 0 € Betrag einzusetzen.

Für das 2. Halbjahr sind die Effekte zum 30.06.2013 bis 31.12.2013 zu prognostizieren. Dies ist zu begründen, soweit nicht bisher erreichte Einspareffekte unverändert fortgeschrieben werden.

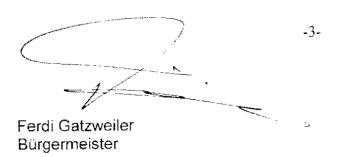
- Soweit für 2014-2021 andere als die im HSP vorgesehenen finanziellen Effekte prognostiziert wurden, sind diese anzugeben und zu begründen.
- Bei Konsolidierungsverschlechterungen gegenüber den geplanten Konsolidierungsbeiträgen sind – soweit möglich - gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten bzw. vorzuschlagen.
- Die im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen sind verbindlich –
 beginnend mit dem Haushaltsjahr 2012 umzusetzen. Die Streichung einer
 Maßnahme darf nur bei gleichzeitiger Kompensation durch eine andere Maßnahme
 erfolgen. Sollte dies der Fall sein, wird gebeten, dies mit Amt 20/21 abzustimmen.
- Es wird gebeten, zu überlegen, inwieweit der Haushaltssanierungsplan durch weitere Konsolidierungsvorschläge gfls. noch ergänzt werden kann.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Umsetzung bisher zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Lag das Einsparziel bei Planung der Sparmaßnahmen noch bei rd. 7.640.385 €, so kann zurzeit auf der Grundlage von Fakten und Prognosen das Einsparvolumen noch um 344.900 € auf 7.985.285 € gesteigert werden. Wesentlich für das positive Ergebnis sind die um rd. 2,7 Mio. € gesunkenen Zinsaufwendungen.

Damit würde das Konsolidierungssoll, den Fehlbedarf 2013 unter Berücksichtigung der städt. Konsolidierungsbeiträge sowie der Konsolidierungshilfe des Landes auf 2.358.831 € zu reduzieren, mehr als erreicht.

Es ist zu erwarten, dass das Jahresergebnis (Defizit) 2013 sich voraussichtlich wesentlich positiver darstellen wird als der Haushaltssanierungsplan dies vorgibt. Denn jährlich erfolgt quartalsmäßig ein Finanzcontrolling. Mit dem Controlling sollen die Abweichungen zwischen dem beschlossenen und genehmigten Haushaltsplan 2012/2013 und der Prognose der tatsächlichen Entwicklung bis zum 31.12.2012 ermittelt werden. Dem Bericht ist das mit Stand 30.06.2013 durchgeführte Controlling als Anlage beigefügt. Dies schließt in der Ergebnisrechnung mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von 0,1 Mio. € ab. Mit eingerechnet ist hierbei ebenfalls die Konsolidierungshilfe mit 4.896.566 € (sh hierzu auch die gesonderte Vorlage "Finanzcontrolling 2013, Stand 30.06.2013" für die obigen Sitzungen).

Da eine Prognose immer mit Risiken behaftet ist, die zu fertigenden Jahresabschlüsse hinsichtlich der zu ermittelnden bilanziellen Abschreibungen sowie der Rückstellungspositionen das Ergebnis evtl. auch noch negativ beeinflussen können, sollte von einem zu erwartenden Defizit von voraussichtlich 1,0 Mio. € ausgegangen werden. Auch ist die weitere Entwicklung kritisch zu beobachten, da die konjunkturellen Aussichten sich etwas eintrüben. Dies könnte zu Mindererträgen bei den großen Steueransätzen führen.



Α

Stadt Stolberg (Rhld.)

Bericht Umsetzungsstand

<u>Haushaltssanierungsplan</u>

zum 30.06.2013

<u>Inhaltsverzeichnis</u>

		Seite
1.	Inhaltsverzeichnis	2
2.	Einleitung	3
3.	Konsolidierung 2012	4
4.	Umsetzungsstand der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen 2013	6
Δn	lagen:	

<u>Aniagen:</u>

Anlage: Vorlage vom 26.07.2013 "Finanzcontrolling 2013, Stand 30.06.2013"

2. Einleitung

Hinsichtlich der grundsätzlichen Thematik zum Stärkungspaktgesetz, den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen zur Erstellung des Haushaltssanierungsplans wird auf die Ausführungen im "Entwurf Haushaltssanierungsplan 2012-2021" (Seiten 2-11) verwiesen.

Der Entwurf des Haushaltssanierungsplans der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012 – 2021 wurde am 26.06.2012 durch den Rat beschlossen. Mit Bericht vom 27.06.2012 wurde der Bezirksregierung Köln auf dem Dienstweg die am 24.01.2012 beschlossene Haushaltssatzung der Stadt Stolberg für die Jahre 2012/2013 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie der beschlossene Haushaltssanierungsplan gem. § 6 Stärkungspaktgesetz zur Genehmigung vorgelegt.

Die Prüfung des Haushaltssanierungsplans und der weiteren haushaltswirtschaftlichen Unterlagen ergaben keine Gründe für eine Versagung der Genehmigung. Insofern wurde der am 26.06.2012 vom Rat beschlossene Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021 gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz mit Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 27.08.2012 genehmigt. Die Genehmigungsverfügung, versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung (Verwaltungsakt), enthält u. a. 3 Auflagen, denen der Rat in seiner Sitzung am 30.10.2012 beigetreten ist.

Der Haushaltssanierungsplan wurde im Oktober 2012 für den Zeitraum 2013-2021 fortgeschrieben. Der Rat beschloss in seiner Sitzung am 20.11.2012 den fortgeschriebenen Sanierungsplan. Dieser wurde zusammen mit einem Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans für das Jahr 2012 umgehend der Bezirksregierung Köln über die Städteregion Aachen vorgelegt.

Mit Verfügung vom 20.02.2013 wurde die am 20.11.2012 vom Rat beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans sowie die Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz von der Bezirksregierung Köln genehmigt. In Ergänzung zu dieser Genehmigung verfügte die Kommunalaufsicht der Städteregion Aachen in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Köln mit Verfügung vom 11.03.2013, neben den Auflagen in der Verfügung der Bezirksregierung auch die §§ 1 und 4 der Haushaltssatzung – Festsetzungen 2013 – entsprechend der Beschlussfassung zur Fortschreibungskonzeption Haushaltssanierungsplan und Gesamtergebnisplan 2013 anzupassen.

Den in den Genehmigungsverfügungen enthaltenen Auflagen trat der Rat in seiner Sitzung am 21.05.2013 bei. U. a. beschloss der Rat, aufgrund der Neuberechnung der strukturellen Lücke eine Korrektur der im 1. fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplan 2012-2021 der Stadt

Stolberg veranschlagten Konsolidierungshilfe vorzunehmen. Dazu wurde der Haushaltsansatz im Produkt 1.61.01.01 "Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen", Sachkonto 4131000 "Allgemeine Zuweisungen vom Land" von 5.738.021 € um 841.455 € auf 4.896.566 € reduziert. Der Minderertrag wird kompensiert durch Minderaufwendungen in gleicher Höhe im Produkt 1.61.01.01 "Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen", Sachkonto 5372000 "Allgemeine Umlagen an Gemeinden (Städteregionsumlage)". Die Korrektur wurde ebenfalls in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 in § 1 und 4 berücksichtigt. Bei der Vorlage der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans und Vorlage der Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird künftig der korrigierte Betrag von 4,9 Mio. € angesetzt.

3. Konsolidierung 2012

Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans wird gem. § 7 Stärkungspaktgesetz von der Bezirksregierung überwacht. Der Bürgermeister der Gemeinde ist verpflichtet, der Bezirksregierung jährlich mit der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, im laufenden Haushaltsjahr zum 30. Juni und zum 15. April des Folgejahres mit dem bestätigten Jahresabschluss jeweils einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans vorzulegen.

Die Bezirksregierung legt dem für Kommunales zuständigen Ministerium jährlich zum Stand 30. Juni einen Bericht über die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans vor.

Danach war der Bezirksregierung zum 15.04.2013 ein Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans für das vorausgegangene Haushaltsjahr 2012 mit einem bestätigten Jahresabschluss 2012 vorzulegen. Ein bestätigter Jahresabschluss konnte aus jenen in der Vorlage vom 20.11.2012, TOP A 6 Hauptausschuss und A 4 Rat "Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011" dargestellten Gründen noch nicht vorgelegt werden (Anlage 1 des Berichtes zum 15.04.13). Hierüber wurde auch der Minister für Inneres und Kommunales mit Bericht vom 04.12.2012 durch die Bürgermeisterin der Stadt Witten und dem Bürgermeister der Stadt Dorsten (Sprecher/in der Arbeitsgruppe der 28 kreisangehörigen Städte und Gemeinden der 1. Stufe des Stärkungspaktes) informiert (Anlage 2 des Berichtes zum 15.04.13). Weiterhin wird auf die in diesem Zusammenhang über die Kommunalaufsicht der Städteregion Aachen der Bezirksregierung Köln übersandten Berichte vom 19.02.2013 und 11.04.2013 verwiesen. Diese nehmen Bezug auf die Verfügung des Ministers für Inneres und NRW Kommunales ..Neues Kommunales Finanzmanagement: Feststellung von Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen" vom 14.12.2012 und Mail der BR Köln i. S.

"Haushaltssanierungsplan und Zeitplanung Jahresabschlüsse" vom 28.01.2013 sowie auf Ziffer 4 der Hinweise in der Genehmigungsverfügung der BR Köln vom 20.02.2013 zur Haushaltssatzung 2012/2013 und zum 1. fortgeschriebenen Hauhaltssanierungsplan der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012-2021.

Durch den Bericht über den Stand der Umsetzung zum 31.12.2012 wurde dargelegt, dass die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Umsetzung zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Lag das Einsparziel bei Planung der Sparmaßnahmen noch bei rd. 3.956.359 €, so konnte das Einsparvolumen noch um 1.896.159 € (Hochrechnung = 1.700.245 €) auf letztlich 5.852.518 € (Hochrechnung = 5.656.604 €) gesteigert werden. Wesentlich für das positive Ergebnis waren die um rd. 3.0 Mio. € gesunkenen Zinsaufwendungen.

Damit wurde das Konsolidierungssoll, den Fehlbedarf 2012 von 17.813.593 € It. beschlossener Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der städt. Konsolidierungsbeiträge sowie der Konsolidierungshilfe des Landes auf 7.812.827 € zu reduzieren, mehr als erreicht. Gegenüber der ursprünglichen Annahme, dass das Jahresergebnis (Defizit) 2012 in der Ergebnisrechnung mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 5,5 Mio. € abschließen würde, hat sich dieses jedoch gegenüber dem planmäßigen Jahresdefizit 2012 von rd. 7,8 Mio. € um 7,2 Mio. € auf rd. 0,6 Mio. € nochmals wesentlich verbessert. Die Gründe hierfür können der nachstehenden Vorlage entnommen werden.

Darüber hinaus wurde der Bezirksregierung Köln eine Vorlage im Hinblick auf die Überprüfung der Haushaltsentwicklung im Jahre 2013 einschl. Niederschriften Hauptausschuss und Rat vom 21.05.2013 zugeleitet. Es erfolgte eine Überprüfung des Haushaltes 2013 nach dem Stand vom 31.03.2013 um die Höhe der Abweichungen zwischen den Werten des genehmigten Haushaltsplanes 2012/2013 und der

Prognose der tatsächlichen Entwicklung bis zum 31.12. 2013 zu erkennen. Das vorläufige prognostizierte Jahresergebnis 2013 auf Basis der 1. Fortschreibung des HSP gem. Ergebnisrechnung von 2.358.831 € wird sich danach um rd. 1.058.048 € auf 1.300.783 € verbessern. Die BR Köln wurde gebeten, die beigefügte Finanzcontrollingvorlage als Nachtrag zum gesetzlichen vorgelegten Bericht über den Stand der Umsetzung des HSP per 15.04.2013 zu behandeln.

4. Umsetzungsstand der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen 2013 (Stand 30.06.2013)

Gem. § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung Köln nunmehr ein Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans zum Stand 30.06.2013 vorzulegen.

Aus dem Bericht muss mindestens hervorgehen, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt wurden und ob sie den prognostizierten finanziellen Effekt erzielt haben. Somit ist der Bezirksregierung zum 30.06.2013 ein Nachweis darüber zu erbringen, inwieweit die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 2012 und 2013 im Haushaltsjahr 2013 bisher tatsächlich gegriffen haben. In der Folge wurden die Fachämter auf Folgendes hingewiesen:

- Die in 2012 begonnen Maßnahmen sind in 2013 ff fortzuführen.
- Die im HSP vorgesehenen Maßnahmen mit Beginn 2013 sind soweit noch nicht geschehen – umgehend anzulassen. Können Maßnahmen in 2013 erst nach dem 01.07.2013 finanzielle Auswirkungen entfalten, ist dies zu begründen.
- Die finanziellen Effekte aller Maßnahmen sind zum Stand 30.06.2013 zu beziffern, ggfls. ist auch ein 0 € Betrag einzusetzen.
- Für das 2. Halbjahr sind die Effekte zum 30.06.2013 bis 31.12.2013 zu prognostizieren. Dies ist zu begründen, soweit nicht bisher erreichte Einspareffekte unverändert fortgeschrieben werden.
- Soweit für 2014-2021 andere als die im HSP vorgesehenen finanziellen Effekte prognostiziert wurden, sind diese anzugeben und zu begründen.
- Bei Konsolidierungsverschlechterungen gegenüber den geplanten Konsolidierungsbeiträgen sind soweit möglich gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten bzw. vorzuschlagen.
- Die im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen sind verbindlich beginnend mit dem Haushaltsjahr 2012 – umzusetzen. Die Streichung einer Maßnahme darf nur bei gleichzeitiger Kompensation durch eine andere Maßnahme erfolgen. Sollte dies der Fall sein, wird gebeten, dies mit Amt 20/21 abzustimmen.
- Es wird gebeten, zu überlegen, inwieweit der Haushaltssanierungsplan durch weitere Konsolidierungsvorschläge gfls. noch ergänzt werden kann.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Umsetzung zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Lag das Einsparziel bei Planung der Sparmaßnahmen noch bei rd. 7.640.385 €, so kann zurzeit das Einsparvolumen noch um 344.900 € auf 7.985.285 € gesteigert werden. Wesentlich für das positive Ergebnis sind die um rd. 2,7 Mio. € gesunkenen Zinsaufwendungen.

Nachstehend werden die Einzelmaßnahmen nochmals in einer Gesamtübersicht, getrennt nach Plankonsolidierung und vorläufigem Konsolidierungsergebnis zum 31.12.2012 2013 dargestellt:

Haushaltscontrolling HJ 2013

Ergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten		Plan 2013 (EUR)	IST 31.12. (EUR)	Bemerkungen
01	Steuern und ähnliche Abgaben	62.080.603	56.947.880	Zu den einzelnen Abweichungen sh beigefügte Vorlage Finanzcontrolling, Stand 30.06.2013, mit Prognose zum 31.12.2013
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	33.795.943	34.021.930	
	davon Konsolidierungshilfe Stärkungspakt	5.738.021	4.896.566	
	davon Schlüsselzuweisungen	24.546.558	24.410,000	
03	+ Sonstige Transfererträge	759.500	632.000	
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.779.145	28.976.091	New Agriculture
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.163.957	2.022.415	. , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,
06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.484.960	8.159.987	
00		4.990.000	6.531.000	# 14 h
	+ Sonstige ordentliche Erträge			
80	+ Aktivierte Eigenleistungen	383.631	383.631	- A
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	****
10	= Ordentliche Erträge	136.437.739	137.674.934	
11_	- Personalaufwendungen	31.419.248	31.119.822	A) .
12	- Versorgungsaufwendungen	3.010.000	2.872.009	
13_	- Aufw. Für Sach- / Dienstleistungen	21.420.355	22.134.908	
.14	- Bilanzielle Abschreibungen	13.171.581	13.171.581	
<u>. 15</u>	- Transferaufwendungen	62.199.183	61.190.813	,
16	- Sonst, ordentliche Aufwendungen	5.487.625	5.531.775	
17	= Ordentliche Aufwendungen	136.707.992	136.020,908	-
18	= Ordentliches Ergebnis	-270.253	1.654.026	
19	+ Finanzerträge	2.104.700	1.961.190	
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.220.000	3,744.600	
21	= Finanzergebnis	-2.115.300	-1.783.410	
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.385.553	-129.384	
23	+ Außerordentliche Erträge	0		
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0		
25	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	
26	= Jahresergebnis	-2.385.553	-129.384	

zzgl. Verbesserung aus interner Leistungsbeziehung in Höhe von 26.722 €, mithin -2.385.553+26.722 = -2.358.831 €, entfällt in 2013

		!	•
		!	1
- 1	Höhe des Eigenkapitals (Stand: 31.12.)	42 EA4	040
1	Hohe des Eigenkapitals (Stand: 31.12.)	42.504.	048
		I := := := := := := := := ::	1

HSP-Controlling HJ 2013

Nr.	HSP Maßnahme (Bezeichnung)	HSP Ziel * 2013 (EUR)	IST 31.12.2013 (EUR)	Bemerkung
1	Abschaffung Dienstwagen AC 2800 (Mercedes-C-Klasse) (f)	2.719,00	2.719,00	Der Leasingvertrag für das Fahrzeug endete im November 2012, so dass Konsolidierungsbeitrag in 2013 erzielt wird.
2	Übernahme Villa Lynen (f)	24.000,00	00,0	Die wegen der Komplexität des Projektes durch den BM geführten Verhandlungen mit dem potentiellen Mieter sind bisher noch nicht abgeschlossen. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass in 2013 die Einnahme aus Vermietung nicht mehr realisiert werden kann; sie ist frühestens in 2014 zu erwarten.
3	Schließung der Verwaltungsaußenstellen (f)	864,00	864,00	Die Verwaltungsaußenstellen wurden zum 01.07.2012 geschlossen. Daher wurde für 2012 der Betrag in Höhe von 432 € eingespart.
4	Schließung Rathaus- Information an Nachmittagen und Samstagen	0,00	0,00	Die Öffnungszeiten der Rathaus-Servicestelle wurden zum 01.07.2012 angepasst. Die Beträge sind auf 0 € gesetzt und es wird wegen der Stelleneinsparung auf die Gesamtsumme der Stelleneinsparungen unter den Ziffern 51 a bis 51 c verwiesen, wo die Auswirkungen betragsmäßig in 2013 wirksam werden.
5 a	Erhöhung Parkgebühren (f)	50.000,00	30.000,00	Der Rat hat in seiner Sitzung am 28.08.2012 beschlossen, die Parkgebühren ab 01.10.2012 um 20 % zu erhöhen. Alle Parkscheinautomaten wurden noch in 2012 umgerüstet. Der Haushaltsansatz 2013 beträgt einschl. des Konsolidierungsbetrages von 50 T€ insgesamt 330.000 €. Das Fachamt geht für 2013 unter Berücksichtigung der 20%igen Erhöhung dieser Gebühren und durch Einbeziehung der Außenbezirke in die Überwachung sowie den Einsatz einer zusätzlichen Überwachungskraft von einem Gesamtbetrag von rd. 310.000 € aus. Der Minderertrag ist auf diverse Straßenaufbrüche im Bereich von mehreren Parkscheinautomaten zurückzuführen.
5 b	Erhöhung Parkgebühren (f)	10.000,00	115.000,00	Über den Haushaltsansatz von 310.000 € (einschl.10 000 € Konsolidierungsbeitrag) hinaus werden durch Einbeziehung der Außenbezirke in die Überwachung und den Einsatz einer zusätzlichen Überwachungskraft Mehrerträge bei den Verwarnungs- und Bußgeldern erwartet. Die Mit Stand zum 0.07.13 zum Soll gestellten Ertrag aus Verwarnungs- und Bußgeldern beträgt rd. 273.000 €. Das Facharnt geht für 2010 von zu erzielenden Erträgen in Höhe von 425.000 € aus. Über den onsolidierungsbeitrag von 10.000 € hinaus mithin eine zusätzliche Ergebnisverbesserung 2013 von 105.000 €
6	Schließung des Spielplatzes Donnerberg, Nelkenweg (01.10.2012)	00,0	0,00	Verkauf des Grundstücks aus bisheriger Schätzung 110.000, €. Einzahlung hier zunächst nur investiv, Erträge werden im Rahmen der Maßnahme 9 ausgewiesen, sofern der Verkaufspreis den Restbuchwert übersteigt.
7	Schließung des Spielplatzes Donnerberg, Nelkenweg (01.10.2012)	3.922,00	0,00	Der Spielplatz wurde in 2012 geschlossen. Eine Einsparung ist jedoch nicht zu erzielen, da ein neuer Spielplatz im Bestand hinzugekommen ist, der mit den vorgesehenen einzusparenden Mitteln zu unterhalten ist.
8	Schließung des Spielplatzes Donnerberg, Nelkenweg (01.10.2012)	0,00	0,00	Der Abbbau der Spielgeräte ist in 2012 erfolgt. Keine weiteren Aufwendungen

			9	
9	Schließung des Spielplatzes Donnerberg, Nelkenweg (01.10.2012)	0,00	83.705,00	Das bisher in der Bilanz mit 53.295,- € bewertete Grundstück sollte It. HSP mit 110.000,-€ veräußert werden, so dass sich ein Ertrag aus Grundstücksveräußerungen in Höhe von 56.705,- € ergibt. Lt. A23 wurde das Grundstück in zwei Baugrundstücke aufgeteilt und die entstandenen Teilflächen zum Verkauf ausgeschrieben. Der Verkauf der Grundstücke erfolgte in 2012 nicht mehr. Zwischenzeitlich wurde die erste Teilfläche veräußert. Für die zweite Teilfläche wurde mittlerweile ebenfalls ein Käufer gefunden. Der Vertrag ist in Vorbereitung. Im HJ 2013 wird daher eine Einzahlung von insges. 137.000 € erzielt. Hieraus ergibt sich ein vorauss. Ertrag in Höhe von 83.705,-€ und somit im Hinblick auf die ursprüngliche Berechnung eine Verbesserung in 2013 i. H. v. 27.000 € (137.000 ./. 53.295).
10	Zuschüsse vereinseigene Sportanlagen (f)	400,00	400,00	Die Zuschüsse zu den vereinseigenen Sportanlagen i H. v. 400 € jährlich werden nicht mehr ausgezahlt. Konsolidierungsmaßnahme ist umgesetzt.
11	Ehrung verdienter Sportler	2.500,00	2.500,00	Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt nicht mehr durch die Stadt Stolberg. Die Maßnahme wird zukünftig im Wege des Sponsorings durchgeführt. Die veranschlagte Einsparung wird erzielt.
	Anderung der Entgeltordnung			Für die Nutzung von städt. Sportanlage, Mehrzweckhallen, Schulaulen und Schulhöfe sowie für die Anmietung des Kulturzentrums an Wochenenden waren Erträge von insgesamt 15.000€ (4.000€ HA + 11.000 € Mehrertrag durch höhere Entgelte) erwartet worden. Bei der Berechnung des Konsolidierungsbetrages von 11.069€ wurde davon ausgegangen, dass die Entgelte in der neuen Entgeltordnung auch für Veranstaltungen mit Jugendlichen (Ausnahme: ausschl. und vollständig gemeinnützige Zwecke z.B. Mexicoturnier) gelten sollen. Dies wurde tatsächlich in der neuen Entgeltordnung ab 01.08.2013 NICHT umgesetzt. Veranstaltungen mit Jugendlichen unter 18 Jahren sind weiterhin unentgeltlich, die meisten Veranstaltungen in den Sport-, Turn- und Mehrzweckhallen finden aber mit Jugendlichen unter 18 Jahren statt. Nach den Prognosen wird bis zum 31.12.2013 noch nicht einmal der Haushaltsansatz von 4.000€ errecht, vielmehr lediglich ca. 2.060€ für den Sportbereich und ca. 240€ für die Aulen. Zu beachten ist außerdem, dass die neuen Entgelte in Höhe von 120€ für Eintagesveranstaltungen udn 180€ für
1 1 2		11.069,00	1.600,00	Mehrtagesveranstaltungen =19 % Umsatzsteuter enthalten, die an das Finanzamt abgeführt werden müssen. Lediglich fül die Nutzung des Theatersaals im Kulturzentrum Frankental, die bis 31.07.2012 unentgeltlich waren, sind Einnahmen in Höhe von 3.300€ eingegangen (sh. Bericht Amt f. Tourismus u. Kultur), so dass die Konsolidierung von 11.069€ lediglich im Bereich von 3.300€ greift- auch f.die Folgejahre, es sei denn, dass die Entgeltordnung nochmals geändert wird.Erzielter Spareffekt; 2.060€+240€+3.300€=5.600€ - HA 4.000€= 1.600€
14	Einsparungen durch Vorsteuerabzugsmöglich- keiten bei neu einerichteten BGA's Burg und Sporthallen (f)	145.420,00	85.000,00	Geplante Einsparung für Steuervorteil BGA 09 Sporthallen und BGA 10 Burg = 145.420 €. Der Großteil der Aufwendungen kommt aus den Kostenstellen der Gebäude, die über die Umlagenkostenart "9" auf das Produkt 1.42.04.30 BGA Sporthallen abgerechnet werden. Entzsprechend dem Geschäftsjahr 2012 wird die voraussichtliche Einsparung bei rd. 85.000 € liegen. Es bleibt bei einer Ergebnisverschlechterung von rd. 60.000 €. Begründung der Abweichung: Die ursprüngliche Hochrechnung basierte auf einer Auswertung von 4 Hallen und wurde auf 20 Hallen hochgerechnet, so dass mit einer Abweichung gerechnet werden musste.

10	Maximuda Dadusia	0005000	10	
1 b	Maximale Reduzierung des öffentlichen Anteils in Gebührenrechnungen (p)	62.650,00	33.000,00	Sh. hierzu Schreiben des Fachamtes an den Gemeinsamen Koalitionsausschuss (GKA) vom 15.11.2012.
17	Neubau der Heinrich-Heimes- Brücke reduzieren (p)	6.500,00	6.500,00	Die Brücke wird nur noch als Fußgängerbrücke genutzt. Jährliche Einsparung wird damit erfüllt
18	Vermietung der Trauerhalle Friedhof Buschmühle	14.400,00	0,00	Seitens des Fachamtes wird zusammenfassend festgestellt, dass die Verpachtung/Vermietung der Trauerhalle auf dem Buschmühle weder aus wirtschaftlichen noch aus tatsächlichen Gründen (Zweckwidmung) erfolgen kann.
19	Grillhütten (f)	3.200,00	0,00	Der Betrieb der Grillhütte wird aus Gründen des Attraktivitätsverlustes, der Kosten des Abrisses der Aufbauter und Wiederherstellung des Grundstückes von 4.000 € nicht aufgegegben. In 2011 hat die Hütte noch ein neues Dach vor 3.500 € erhalten. Eine Anpassung der Entgelte für die Nutzung wird zurzeit geprüft, Einen diesbezüglichen Beschluss fasste der Rat in seiner Sitzung am 21.05.2013.
20	Austritt WfG (f)	37.300,00	0,00	Das Verfahren zum Austritt aus der Wfg ist mit der einseitiger Erklärung der Stadt zum Austritt eingeleitet worden. Die Erklärung wurde von Seiten der WFG nicht akzeptiert. Es steht eine juristische Auseinandersetzung an. Wann das Verfahren beendet sein wird, ist zurzeit nicht absehbar.
22	Kostenbeteiligung Bürgerhäuser	15.539,00	0,00	im Doppelhaushalt 2012/2013 wurden bezüglich der Bürgerhauser neben separat veranschlagten Benutzungsgeühren für das Bürgerhaus Münsterbusch zusätzliche mögliche Kosteribeteiligungen in Höhe von 53.124 € veranschlagt (4.427 qm Nutzfläche x 1.00 €/qm x 12 Monate). Zwar wurden die Nutzungsgebühren ab dem 01.10.2012 in den Bürgerhäusern Büsbach und Münsterbusch angehoben, Verträge mit den Nutzern/Interessengemeinschaften Breiniger Berg. Büsbach, Werth und Dorf über Nutzungsentgelte verhandelt und geschlossen, die aber in ihrer endgüttigen jahrlichen Höhe weder die geplanten Erträge von ingesamt 53.124 € noch die weiteren Einsparungen It. HSP von 15.539 € erzielen. Die für 2012 gemachten Ausführungen zu dieser Konsoliderungsmaßnahme entsprechen aufgrund von Kommunikations- und Darstellungsfehlern nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.
23	Tagespflege/Zusammenarbeit SKF / HWH	56.260,00	56.260,00	Der Vertrag SKF/HWH wurde zum 31.12.2012 gekündigt. Im Entwurf des HH 2013 wurden 56.260 € angemeldet (vermehrtes Aufkommen in der Tagespflege). Der vom Fachamt geplante Ansatz kann zu 100% eingespart werden
24	Schularbeitshilfe / Zusammenarbeit mit dem SKF	34.795,00	34.632.00	Der Vertrag "intensive Schularbeitshilfe" läuft nur noch bis zum 31.07.2013. Die geplante Einsparung ab 01.08.2013 tritt somit ein.
25	Zuschuss ev Kirchengemeinde 1.36.06.03	11.248,00	11.248,00	Die Einsparung wird in 2013 erreicht.
26	Optimierung von Baumpflegearbeiten	22,800,00	00,0	Durch Straßenneubaumaßnahmen ist mehr Straßenbegleitgrün zu unterhalten und zu pflegen, so dass die vorgesehene Einsparung hierfür genutzt wird.
27	Entwicklung der Jugendhilfe; Gemeinsame Unterbringung Mütter/Väter mit Kind	50.000,00	50.000,00	Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass das Einsparziel erreicht wird, sofern keine unvorhergesehenen Unterbringungen erforderlich werden.
28	Entwicklung der Jugendhilfe Unterstützung Erfüllung Schulpflicht	4.000,00	4.000,00	Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass das Einsparziel erreicht wird, sofern nicht doch zur Unterstützung der Schulpflicht nach SGB VIII eingeschritten werden muss.
29	Entwicklung der Jugendhilfe Erziehungsbeistand- schaften § 30	80,000,00	80.000,00	Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass das Einsparziel erreicht wird, sofern die Entwicklung sich so fortsetzt.

30	Entwicklung der Jugendhilfe Sozialpädagogische Familienhilfe	520,000,00	520.000,00	Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass das Einsparziel erreicht wird, sofern die Entwicklung sich so fortsetzt.
31	Entwicklung der Jugendhilfe Vollzeitpflege § 33	-6.000,00	-200.000,00	Bereits zum Bericht Umsetzungsstand HSP bis Ende 2012 wurde durch 51 berichtet, dass sich die zunächst gemeidete Verschlechterung noch erhöht, da bei den ursprünglichen Hochrechnungen von falschem Zahlenmaterial ausgegangen wurde (Die Abgrenzungsbuchungen durch 20 des Januars waren in das aktuelle HHJ nicht eingeflossen und blieben somit unberücksichtigt). Die Kosten im Bereich Voltzeitpflege erhöhen sich auch im Jahr 2013 weiter. Dies ist im Sinne der Entwicklung des Amtes 51, da durch die vermehrte Unterbringung in Pflegefamilien teurere Heimunterbringunger vermieden werden können.
32	Entwicklung der Jugendhilfe Heimerziehung	700.000,00	700.000,00	Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass das Einsparziel weiterhin erreicht wird, sofern die Entwicklung sich so fortsetzt.
33	Entwicklung der Jugendhilfe intensive sozialpädagogische Einzelhilfe	5.000,00	5.000,00	Das Einsparziel kann weiterhin erreicht werden.
34	Entwicklung der Jugendhilfe Hilfe für junge Volljährige	5.000,00	5.000,00	Das Einsparziel kann weiterhin erreicht werden.
35	Entwicklung der Jugendhilfe Hilfe für junge Volljährige	-180.000,00	00,0	Die ursprünglich geplanten Mehraufwendungen werden auch in 2013 nicht benötigt, sofern die jetzige Entwicklung sich fortsetzt.
36	Entwicklung der Jugendhilfe Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern (Inobhutnahmen)	-8.000,00	10.000,00	Die ursprünglich geplanten Mehraufwendungen werden auch in 2013 nicht benötigt, sofern die jetzige Entwicklung sich fortsetzt; vielmehr kann der Ansatz auf 30.000 € reduziert werden.
37	Entwicklung der Jugendhilfe Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern (Inobhutnahmen)	20.000,00	20.000,00	Der tatsächliche Aufwand wird auf ca. 80.000 € geschätzt. Der Großteil dieser Aufwendungen entfällt jedoch auf Heimkosten für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling. Diese Kosten werden erstattet, so dass das Einsparziel -sofern die jetzige Entwicklung sich fortsetzt- weiter erreicht wird.
38	Entwicklung der Jugendhilfe Hilfe für seel. Behind. Kinder § 35 a	15.000,00	15.000,00	Das Einsparziel kann weiterhin erreicht werden.
39	Entwicklung der Jugendhilfe Hilfe für seet. Behind. Kinder § 35 a	50.000,00	100.000,00	Die ursprüngliche Einsparung erhöht sich um weitere 50.000 €, sofern die jetzige Entwicklung sich fortsetzt.
40	Entwicklung der Jugendhilfe Sonstige Aufgaben örtl. Überörtl. Träger	1.800,00	1.800,00	Das Einsparziel kann weiterhin erreicht werden.
41	Entwicklung der Jugendhilfe Unterhaltsvorschussleistungen /Erträge	15.000,00	15.000,00	Die Mehreinnahmen können nach den derzeitigen Prognoser weiterhin erreicht werden.
42	Entwicklung der Jugendhilfe Vollzeitpflege / Erträge	50.000,00	50.000,00	Die Mehreinnahmen können nach den derzeitigen Prognoser weiterhin erreicht werden.

			12	
43	Entwicklung der Jugendhilfe Heirnerziehung / Erträge	100.000,00	-100.000,00	Im HHJ 2012 konnten hohe Einnahmen erzielt werden, da einige Gerichtsverfahren zu Gunsten der Stadt Stolberg abgeschlossen wurden. Dies hatte einmalige Nachzahlungen (z.B. in 1 Fall rückwirkend für 3 Jahre = 187.000 €) zur Folge. In 2013 kann nicht mit so hohen Erträgen gerechnet werden. Es wird höchstens von einem Ertrag von 200.000 € ausgegangen.
44	Entwicklung der Jugendhilfe Hilfe für junge Volljährige / Erträge	8.500,00	0.00	Nach den derzeitigen Prognosen kann die Mehreinnahme in 2013 nicht erreicht werden.
45	Entwicklung der Jugendhilfe Kita Auf der Liester / Reduzierung Zuschuss Landschaftsverband	-59.580,00	-81.461.00	Der Minderertrag -bedingt durch geänderte Refinanzierung von integrativen Gruppen- bleibt bestehen. Weitere Mindereinnahmen ergeben sich durch veränderte personelle Gegebenheiten in der Kita, die Auswirkungen auf die Höhe des Landeszuschusses haben. Dies gilt nur für 2012 und 2013.
46	Entwicklung der Jugendhilfe Kita Franziskusstrasse / Reduzierung Zuschuss Landschaftsverband	-112.188,00	-85.595,00	Der Minderertrag -bedingt durch geänderte Refinanzierung von integrativen Gruppen- bleibt bestehen. Weitere Änderungen, die Auswirkungen auf die Höhe des Landeszuschusses haben (z.B. personelle Gegebenheiten) sind eingerechnet. Dies gilt nur für 2012 und 2013.
47	Vermarktung Grundstück Steinbachshochwald	0,00	70.000,00	Grundstück wurde in 2013 veräußert. Kaufpreis von 1.020.000 € wurde am 31.03.2013 gezahlt. Nach Abzug des Buchwertes von 950.000 € verbleibt ein außerordentlicher Ertrag von 70.000 €.
48	Vermarktung Grundstück Alt Breinig	1.075.000,00	1.075.000.00	Nach dem derzeitigen Verfahrens- und Erkenntnisstand kann damit gerechnet werden, dass der Verkauferlös noch in diesem Jahr zu realisieren ist. Sollte dies wieder Erwarten nicht der Fall sein, ist auf jeden Fall mit der Vermarktung des Grundstückes spätestens in 2014 zu rechnen, da an der Errichtung der Seniorenwohnungen ein großes Interesse besteht. In 2014 wäre der Verkaufserlös in der Folge eine zusätzliche Verbesserung im HSP.
\$Ó`	Vermarktung Grundstück Spielfläche Fleuth, Mausbach	75.000,00	75.000,00	Die Vermarktung läuft trotz Veröffentlichung in den entsprechenden Foren und Einbeziehung in Gespräche mit Grundstückssuchenden etwas schleppend. Trotzdem bleibt es bei der optimistischen Prognose, dass das Grundstück noch indiesem Jahr verkauft und auch der außerordentliche Ertrag erzielt wird.
51 a	Einsparung Personalkosten, hier: Altersteilzeit bis 2016	157.040,00	157.040,00	Die geplanten Einsparungen werden It. Fachamt in 2013 eingehalten.
51 b	Einsparung Personalkosten, hier: Befristete Arbeitsverhältnisse	222.586,00	175.582,00	Aus zwingend notwendigen arbeitsmäßigen Gründen (u.a. Fertigstellung von Jahresabschlüssen) wurden befristet auslaufende Arbeitsverhältnisse befristet verlängert. Insofem reduziert sich das einzusparende HSP-Ziel.
51 G	Einsparung Personalkosten, hier: Rente bis 2016	415.091,00	415,091,00	Die geplanten Einsparungen werden It. Fachamt in 2013 eingehalten.
52	Anhebung der Grundsteuer B	1.800.000,00	1.790.000,00	Anhebung der Grundsteuer B auf 595 v. H. ab 2013 ist erfolgt. Konsoliderungsziel ist erfüllt.

53	Verringerung des Ansatzes Zinsaufwendungen	2.121.550,00	2.655.400,00	Ausgehend von einem Haushaltsansatz im ursprünglichen HSP des Jahres 2012 von 6,4 Mio. € für 2013 wird das Einsparziel nicht nur erreicht, sondern noch um rd. 0,5 Mio. € verbessert. Weiter niedrige Zinssätze beim Liquiditätskredit, aber auch eine gegenüber der Veranschlagung geringere Inanspruchnahme dieses Kredits führen zu dieser Einsparung. Der Zinssatz liegt aufgrund der Weltwirtschaftsund Staatsschuldenkrise seit längerer Zeit bei durchschnittlich 0,25 bis 0,30 %. Diese Zinsniedrigphase wird den Aussagen der EZB nach sich noch über einen längeren Zeitraum hinstrecken. Zudem sind Investitionskredite in einer Größenordnung von 35 Mio. € über EONIA (30 Mio. €) und Euribor-Zinssätze (5 Mio. €) gesichert.
	Summe insgesamt:	7.640.385,00	7.985.285,00	
	Differenz	344.9	00,00	

Damit wird die Summe der Konsolidierungsmaßnahmen mehr als erreicht.

Neben der Überprüfung der Umsetzung dieser einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen ist natürlich die Überprüfung des Gesamthaushaltes von zentraler Bedeutung. Denn nur aufgrund einer Budgetüberwachung einhergehend mit einer qualifizierten Hochrechnung der finanzwirtschaftlichen Daten zum Jahresende hin ist eine Aussage über die finanzielle Entwicklung der städtischen Finanzen machbar. Insbesondere dient die Überprüfung der Feststellung, ob die Annahmen der Haushaltsplanung und der Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2013 greifen.

Hierzu erfolgt jährlich quartalsmäßig ein Finanzcontrolling. Mit dem Controlling sollen die Abweichungen zwischen dem beschlossenen und genehmigten Haushaltsplan 2012/2013 und der Prognose der tatsächlichen Entwicklung bis zum 31.12.2013 ermittelt werden. Die Überprüfung der haushaltswirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahresende 2013 zeigt eine wesentliche Verbesserung der defizitären Situation auf. Diesem Bericht ist das mit Stand 30.06.2013 durchgeführte Controlling (Anlage) beigefügt. Dies schließt in der Ergebnisrechnung mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von 0,1 Mio. € ab. Mit eingerechnet ist hierbei ebenfalls die Konsolidierungshilfe mit 4.896.566 €. Insofern wird der Fehlbedarf 2013 It. HSP in Höhe von 2.358.831 € unter Berücksichtigung der städt. Konsolidierungsbeiträge sowie der Konsolidierungshilfe des Landes wesentlich unterschritten.

Da eine Prognose jedoch immer mit Risiken behaftet ist, die zu fertigenden Jahresabschlüsse hinsichtlich der zu ermittelnden bilanziellen Abschreibungen sowie der Rückstellungspositionen das Ergebnis evtl. auch noch negativ beeinflussen können, sollte von nicht zu optimistischen Erwartungen ausgegangen werden. Als realistischer erscheint ein zu erwartendes mögliches Defizit von voraussichtlich 1,0 Mio.. Auch ist die weitere Entwicklung kritisch zu beobachten, da

die konjunkturellen Aussichten sich etwas eintrüben. Dies könnte zu Mindererträgen bei den großen Steueransätzen führen.

Wie zuvor erwähnt, wurde im Rahmen des Finanzcontrollings bereits die für Stolberg um rd. 840.000 € geringere Konsolidierungshilfe aufgrund der Neuberechnung der strukturellen Lücke berücksichtigt. Der Minderertrag wird im HJ 2013 (Beitrittsbeschluss Rat vom 21.05.2013 zur Genehmigungsverfügung der BR Köln vom 20.02.2013/11.03.2013 zur Haushaltssatzung 2012/2013 und zum 1. fortgeschriebenen HSP der Stadt Stolberg für den Zeitraum 2012-2021) wie auch mittelfristig nach derzeitiger Analyse der Datengrundlagen durch Minderaufwendungen in gleicher Höhe bei der Städteregionsumlage kompensiert. Der Berechnung der Städteregionsumlage 2013 ff liegen die individuellen Planzahlen der Umlagegrundlagen der Stadt Stolberg im Haushaltssanierungsplan 2013-2021 zu Grunde. D. h., die im Gesamtergebnisplan des HSP 2012-2021 veranschlagte Steuerkraft sowie die sich auf dieser Grundlage zu berechnenden Schlüsselzuweisungen (sh. hierzu auch die nachfolgenden Rechenschemas) bilden die für die Berechnung der Städteregionsumlage maßgebliche Datengrundlage. Die sich aus den Daten des Haushaltssanierungsplans ergebende Berechnungsmethodik sowie die über den langen Zeitraum von 9 Jahren größere Planungssicherheit gebietet an sich keine Alternative.

Der Umlagesatz für die Erhebung der Städteregionsumlage orientiert sich bis 2016 an den im Städteregionshaushalt 2012/2013 und mittelfristig beschlossenen Hebesätzen. Ab dem HJ 2017 bis 2021 wird eine jährlich Senkung des Hebesatzes unterstellt. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Überlegung, falls für alle Kommunen in NRW die Steuereinnahmen und damit ggfls. zeitversetzt auch die Schlüsselzuweisungen (Umlagegrundlagen) steigen sollten, muss in der Folge der Hebesatz für die Kreis- bzw. Städteregionsumlagen auch entsprechend sinken. Dies bedeutet, dass die Städteregionsumlage grundsätzlich nicht wesentlich höher oder niedriger sein dürfte, als die für 2013 und mittelfristig durch die Städteregion ermittelte Umlage im Rahmen ihrer beschlossenen Haushaltsplanung.

Andrew Comments

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

La Kown lidier ingrunghundene 16





Stadtverwaltung Stolberg • 52220 Stolberg (Rhld.)

An die Mitglieder des GKA

Haushaltssanierungsplan (HSP)
Beschluss des Rates vom 26.06.2012
Reduzierung der Anteile des öffentlichen Interesses bei der Straßenreinigung und dem Winterdienst

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) empfahl der Stadt, im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes beim dem Produkt Straßenreinigung und Winterdienst die maximale Reduzierung des öffentlichen Anteiles vorzunehmen. Danach sollte der öffentliche Anteil pauschal mit 10 % und der Anteil der Anlieger mit 90 % festgelegt werden. Den entsprechenden Beschluss mit einem Konsolidierungsbeitrag von jährlich 62.650 € fasste der Rat in seiner Sitzung am 26.06.2012 unter der Ifd. Nr. 21 der Konsolidierungsmaßnahmen.

Die GPA stützte diese Empfehlung auf die Rechtsprechung des OVG NRW (Urteil vom 27.05.2003 - 9 A 4716/00). Dieses Urteil gibt für eine solche Auslegung allerdings nichts her.

Vielmehr erfolgt bzw. erfolgte die Ermittlung der Anteile des öffentlichen Interesses an der Straßenreinigung und der Winterwartung in Anlehnung an eine andere Rechtsprechung des OVG NRW (Urteil vom 01.06.2007 - 9 A 956/03).

Diese Anteile sind keine starren Pauschalsätze, sondern werden in jeder Gemeinde rechnerisch unter Berücksichtigung der jeweils vorherrschenden örtlichen Gegebenheiten ermittelt.

Danach ist - wie auch Herr Strotkötter von der GPA anlässlich eines mit ihm in der Sache geführten Telefonates einräumte - die Höhe des auf die einzelnen Straßengruppen entfallenden öffentlichen Interesses unter Berücksichtigung der jeweiligen Spannbreite innerhalb der einzelnen Gruppen und der Nutzungsintensität durch Nichtanlieger zu ermitteln. Dabei wird das Allgemeininteresse bei den Anliegerstraßen als "eher gering", bei den Straßen mit innerörtlichem Verkehr als "beträchtlich" und bei Straßen mit überörtlichem Verkehr als "erheblich" einzustufen sein.

Stadt Stolberg (Rhld.) Der Bürgermeister

Dienststeile Tiefbauamt

Auskunft erfeilt Siegfried Cremer

Zimmer 508 (5. Etage) Telefon 02402 / 13 472 Telefax 02402 / 13 495 E-Mail. siegfried.cremer@stolberg.de

Mein Zeichen, FB 2/66 or -

Stolberg, den 15.11.2012

Besuchszeiten:

Mo.-Fr. 8.30 - 12.00 Uhr Do. 14.00 - 17.30 Uhr Bürgerant: Mo.-Fr. 8.30 - 12.30 Uhr Do. 14.00 - 17.30 Uhr Servicestelle und Bürgeramt: Sa. 10.00 - 12.00 Uhr Amt für soziale Angelegenheiten u. Wohnungswesen

- Wohnungswesen
 Di. ganztägig geschlossen
 Do. vormittags geschlossen
- soziale Angelegenheiter
 8.30 · 9.00 Uhr telefonische Terminvereinbarung

Hausanschrift: Rathausstraße 11 / 13 52222 Stolberg

internet:

http://www.stolberg.de E-Mail: info@stolberg.de

Bankverbindungen:

Commerzbank Aachen BLZ 390 400 13, Kto. 3820 412

Sparkasse Aachen BLZ 390 500 00, Kto. 1 800 010

VR Bank eC BLZ 391 629 80, Kto. 7300 007 010 Unter Berücksichtigung dieser Kriterien waren die durchschnittlichen Anteile des öffentlichen Interesses für alle der Straßenreinigung und der Winterwartung unterliegenden Straßen bisher mit 18,5485 % bei der Straßenreinigung und mit 18,0186 % bei der Winterwartung festgelegt (Anlage 1).

Um auszuloten, ob und inwieweit diese Anteile im Sinne einer höheren Refinanzierungsquote rechtssicher verringert werden können, wurde mit dem Schreiben vom 19.09.2012 Kontakt mit dem Städte- und Gemeindebund NRW aufgenommen und dessen Einschätzung zur Gewichtung der Anteile des öffentlichen Interesses abgefragt.

Mit dem hier am 29.10.2012 eingegangenen Schreiben vom 25.10.2012 (Anlage 2), teilte der Städte- und Gemeindebund seine Einschätzung mit.

Danach tendiert der Vorteil der Allgemeinheit von Straßenreinigung und Winterdienst in reinen Anliegerstraßen gegen null, so dass für die Ermittlung des öffentlichen Interesses ohne Weiteres ein Anliegeranteil von 95 % und damit ein Allgemeinanteil von 5 % angenommen werden kann. Eine Differenzierung des Vorteils bei den Straßen mit innerörtlicher und überörtlicher Verkehrsbedeutung lässt sich in Schritten unter 10 % kaum seriös beiegen.

Daraus ergibt sich folgende Gewichtung des öffentlichen Interesses/Anliegerinteresses

Straßenart	Anteil öffentliches Interesse	Anliegerinteresse
Anliegerstraßen	5 %	95%
innerörtliche Verkehrsbedeutung	15 %	85%
überörtliche Verkehrsbedeutung	25 %	75%

Bei dieser Gewichtung der Interessenlagen liegen die durchschnittlichen Anteile des öffentlichen Interesses für alle der Straßenreinigung und der Winterwartung unterliegenden Straßen bei 13,8430 % für die Straßenreinigung und 11,3850 % für die Winterwartung (Anlage 3).

Damit wird zwar nicht die im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes angestrebte, aber dennoch eine Refinanzierungsquote von 86,1660 % bei der Straßenreinigung und von 88,6150 % bei der Winterwartung erreicht. Diese Refinanzierungsquoten bringen auf der Grundlage der Kalkulationsgrundlagen für 2013 einen Konsolidierungsbeitrag von insgesamt rd. 33.000,00 €.

Die Änderung der Anteilssätze des öffentlichen Interesses hat Auswirkungen auf die zu entrichtende Gebühr je Frontmeter.

In die Gebührenkalkulation ist die restliche Unterdeckung von 149.063,26 € aus 2010 einzustellen. Wird in die Gebührenkalkulation auch die dem Gebührenzahler ohnehin zu "erstattende" Überdeckung aus 2011 mit 11.000,00 € bei der Straßenreinigung und 11.209,00 € bei der Winterwartung eingestellt, bleibt die kombinierte Gebühr für Straßenreinigung und Winterdienst konstant bei 3,57 € je Frontmeter. In diesem Fall steigt die Gebühr nur für den Winterdienst auf 3,14 € je Frontmeter (statt 3,09 € in 2012 = + 0,05 €). Die kalkulierte Gesamteinnahme aus der Gebühr beträgt 705.100,51 € (Anlage 4).

Wird nur die restliche Unterdeckung aus 2010 in die Gebührenkalkulation eingestellt, steigt die kombinierte Gebühr für Straßenreinigung und Winterdienst auf 3,70 € je Frontmeter (statt 3,57 € in 2012 = + 0,13 €) und die Gebühr nur für den Winterdienst auf 3,19 je Frontmeter (statt 3,09 € in 2012 = + 0,10 €). Die kalkulierte Gesamteinnahme aus der Gebühr beträgt 726,923,06 € (Anlage 5).

Mit freundlichen Grüßen

Ferdi Gatzweiler

Ermittlung des Anteils "Öffentliches Interesse" für die Kalkulation 2012

I. Straßenreinigung

Straßenart	zu reinigende Längen in m	Anteil "öff, Interesse"	Längenanteil "öff. Interesse" in m
Überörtliche Verkehrsbedeutung	27.714,38	40%	11.085,75
Innerörtliche Verkehrsbedeutung	28.131,61	15%	4,219,74
Anliegerstrassen	39.156,69	5%	1.957,83
Altstadt/Fußgängerzone	3.128,74	30%	938,62
Summe	98.131,42		18.201,94

Verhältnis der gereinigten

Längen zu Längen "off, Interesse": 18.201,94 98.131,42

18,5485%

Die tatsächlich angefallenen Kosten sind um den vorstehend ermittelten Prozentsatz von 18,5485% zu kürzen, um den umlagefähigen Kostenaufwand zu erhalten.

► Anteil umlagefähiger Kostenaufwand:

81,4515%

II. Winterdienst

Straßenart	zu reinigende Längen in m	Anteil "öff. Interesse"	Längenanteil "öff. Interesse" in m
Überörtliche Verkehrsbedeutung	27.714,38	60%	16.628,63
Innerörtliche Verkehrsbedeutung	30,640,81	25%	7.660,20
Anliegerstrassen	76.443,47	0%	0,00
Summe	134.798,66		24.288,83

Verhältnis der gereinigten

Längen zu Längen "öff. Interesse": 24.288,83 134.798,66

18,0186%

Die tatsächlich angefallenen Kosten sind um den vorstehend ermittelten Prozentsatz von 18,0186% zu kürzen, um den umlagefähigen Kostenaufwand zu erhalten.

Anteil umlagefähiger Kostenaufwand:

81,9814%

Stadt Stolberg (Rhld.) II-20/21

X öffentlich nichtöffentlich

Datum 26.07.2013

Drucksache-Nr.

HA/Rat/RPA

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschuss/Rat/Rechnungsprüfungsausschusses

10.09.2013/10.09.2013/19.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr.

Betreff

Finanzcontrolling 2013; Stand 30.06.2013

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat/der Rat beschließt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

b) Sachverhalt:

Die Überprüfung der Haushaltsentwicklung im Jahre 2013 erfolgt auf Basis der vom Rat am 21.05.2013 beschlossenen Änderungssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Stolberg für die Jahre 2012/2013. Dieser Beitrittsbeschluss erfolgte aufgrund der 1. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012-2013, beschlossen in der Ratssitzung am 20.11.2012 und von der Bezirksregierung Köln genehmigt am 20.02./11.03.2013. Die Fortschreibung weist aktuell für das Jahr 2013 ein planmäßiges Jahresdefizit von 2.358.831 € aus. Angepasst wurden u. a. folgende Ansätze:

Erträge

- Grundsteuer B (Erhöhung von 10.608.343 € auf 10.642.885 €)
- Gewerbesteuer (Reduzierung von 29.088.104 € auf 26.508.000 €),
- Anteil an der Lohn- u. Einkommensteuer (Erhöhung von 18.760.000 € auf 19.486.280 €),
- Anteil an der Umsatzsteuer (Reduzierung von 2.520.000 € auf 2.445.558 €)
- Schlüsselzuweisungen (Erhöhung von 22.030.000 € auf 24.546.558 €).

Aufwendungen

- Städteregionsumlage (Erhöhung von 31.560.000 € auf 35.409.574 €)
- Gewerbesteuerumlage (Reduzierung von 2.060.000 € auf 1.874.303 €)
- Fonds Dt. Einheit (Reduzierung von 2.000.000 € auf 1.820.752 €)
- Zinsaufwendungen (Reduzierung von 4.278.450 € auf 4.220.000 €).

Die übrigen Ansätze haben sich nicht wesentlich geändert.

1. Gesamtdarstellung konsumtiver Haushalt (Plandaten auf Grundlage HSP-Beitrittsbeschluss Rat vom 21.05.2013):

Um den Rat laufend über die unterjährige haushaltswirtschaftliche Entwicklung zu informieren, legt die Verwaltung vierteljährlich einen Budgetbericht vor. Aktuell erfolgte jetzt eine Überprüfung des Haushaltes 2013 nach dem Stand vom 30.06.2013. Insbesondere dient die Überprüfung der Feststellung, ob die Annahmen der Haushaltsplanung und der Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2013 greifen. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergriffen werden.

Um die Höhe der Abweichungen zwischen den Werten des genehmigten Haushaltsplanes 2012/2013 und der Prognose der tatsächlichen Entwicklung bis zum 31.12. 2013 zu erkennen, wurde den Fachämtern Zusammenstellungen aller von Ihnen bewirtschafteten Ertrags- und Aufwandskonten einschl. Kostenstellen des konsumtiven Haushaltes zugeleitet.

Die Fachdezernate bzw. –ämter haben die besten Kenntnisse der gesetzlichen, vertraglichen und sonstigen Veränderungen. Sie tragen daher die <u>Verantwortung</u> für eine möglichst genaue Schätzung der voraussichtlichen Jahresergebnisse und die Erläuterungen der Abweichungen. Diese werden von der Kämmerei grundsätzlich inhaltlich und formal unverändert in die zu fertigende Vorlage für Hauptausschuss/Rat und Rechnungsprüfungsausschuss übernommen.

Kriterium für die zu erfassenden Abweichungen ist die Höhe zwischen Haushaltsansatz und voraussichtlichem Jahresergebnis ab einem Wert von mehr als 20.000,00 Euro. Nur für diese Konten wurden die Fachämter gebeten, exakte Berechnungen bzw. sorgfältige Schätzungen zum Jahresende durchzuführen. Zur Verwaltungsvereinfachung ist bei den Ertrags- und Aufwandskonten einschl. Kostenstellen mit Soll-Ist-Abweichungen von weniger als 20.000,00 Euro davon auszugehen, dass sich die Summe der positiven und negativen Veränderungen am Jahresende ausgleicht bzw. keine relevanten Größenordnungen erreichen.

Die Überprüfungen wurden bei Berücksichtigung der Entwicklung zum 30.06.2013 im Hinblick auf das voraussichtliche Jahresergebnis vorgenommen. Die Abweichungen sind kurz begründet. Bei Haushaltsverschlechterungen gegenüber den geplanten Haushaltsansätzen wurden die Fachämter gebeten – soweit möglich – gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten bzw. vorzuschlagen.

Sollten nach dem Erkenntnisstand des Fachamtes bis Abschluss des Haushaltsjahres außerplanmäßige Erträge und Aufwendungen über 20.000,00 Euro anfallen, sollten diese ebenfalls Berücksichtigung finden

Bezogen auf die konsumtiven Haushaltspositionen ist der Vorlage als Anlage 1 eine Aufstellung über die entsprechenden Produktbereiche mit den jeweiligen Sachkonten beigefügt. Größere Veränderungen sind erläutert.

Das vorläufige prognostizierte Jahresergebnis 2013 gem. Ergebnisrechnung wird sich voraussichtlich wie folgt darstellen:

Planmäßiger Jahresdefizit 2013 - 2.358.831,00 € einschl. Ertrag aus Stärkungspakt Stadtfinanzen

Verbesserung gem. Überprüfung

It. beiliegender Aufstellung + 2.256.669,00 € vorläufiges konsumtives Jahresergebnis 2013 - 102.162,00 €

Die Verbesserung von 2.256.669 € führt zu einer Reduzierung des Fehlbedarfes und damit zu einer zurzeit wesentlichen Ergebnisverbesserung. Insbesondere wird das Ergebnis durch eine Erstattung der Städteregionsumlage in Höhe von 930.000 € sowie durch eine Erstattung im Rahmen des Einheitslastenabrechnungsänderungsgesetzes für die Abrechnung der Jahre 2007-2011 in Höhe von rd. 563.000 € beeinflusst. Bei der Erstattung der Städteregionsumlage handelt es sich um die Weiterleitung eingesparter Landschaftsverbandsumlage 2013 an die städteregionsangehörigen Kommunen (Einmaleffekt).

Der Rückzahlungsbetrag des Landes von 563.000 € wird aller Voraussicht nach nicht dauerhaft im städt. Haushalt verbleiben, da sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, dass im Rahmen der einmalig rückwirkenden Anwendung der Neuregelung auf den Abrechnungszeitraum der Jahre 2009-2011 Rückforderungen auf Kreise und Landschaftsverbände in einer Höhe von 130 Mio. € zukommen, die die Höhe der gebildeten Rückstellungen um etwa 100 % übertrifft. Weitere Berechungen hierzu müssen abgewartet werden.

Gegenüber der Prognose zum Gewerbesteueraufkommen mit Stichtag 31.03.2013 (= 23 Mio. €) wurde die Prognose mit Stichtag 30.06.2013 auf 21 Mio. € - entsprechend dem Anordnungssoll – reduziert. Lfd. Zu- und Abgänge durch Messbescheide des Finanzamtes verändern ständig das Anordnungssoll.

2. Verschuldungsentwicklung (nachrichtlich):

Liquiditätskredit:

 Stand des Liquiditätskredits zum

 31.12.2010
 113.800.000 €

 31.12.2011
 107.000.000 €

 31.12.2012
 104.900.000 €

In dem Betrag von 104,9 Mio. € sind keine vorübergehenden Investitionskredite enthalten.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wurde vom Rat am 18.01.2011/30.10.2012 Liquiditätskreditsatzung/Haushaltssatzung 2012/2013 auf 150.000.000 € festgesetzt.

Investitionskredit:

Verschuldung 31.12.2011	93.714.281 €
Tatsächliche Kreditaufnahme 2012 (ohne Umschuldung)	5.734.474 €
Tilgung 2012 (ohne Umschuldung)	8.721.101 €
Verschuldung 31.12.2012	<u>90.727.654 €</u>

Stand der Gesamtverbindlichkeiten (Liquiditäts- und Investitionskredite):

Stand Liquiditätskredit und Investitionskredit zum

31.12.2010	(113.800.000+95.541.823=)	209.341.823 €
31.12.2011	(107.000.000+93.714.281=)	200.714.281 €
31.12.2012	(104.900.000+90.727.654=)	195.627.654 €

4. Fazit:

Die Überprüfung der haushaltswirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahresende 2013 zeigt eine wesentliche Verbesserung der defizitären Situation auf. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, da die konjunkturellen Aussichten sich etwas eintrüben. Dies könnte zu Mindererträgen bei den großen Steueransätzen führen. Da eine Prognose immer mit Risiken behaftet ist, die zu fertigenden Jahresabschlüsse hinsichtlich der zu ermittelnden bilanziellen Abschreibungen sowie der Rückstellungspositionen das Ergebnis evtl. auch noch negativ beeinflussen können, sollte von nicht zu optimistischen Erwartungen ausgegangen werden. Als realistischer erscheint ein zu erwartendes mögliches Defizit von voraussichtlich 1,0 Mio..

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

Д

Sach- konto / Deckungs	Beschreibung	PSP I	Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) / Verschlechter- ung (-)	Erläuterung Differenz	Amt
_kxoir	w8		<u> </u>		/. Fri	rāge			
		ſ				1232	I	Mit JahresVA 1/2013 10.420.000€ (akturiert Lfd. Zu-/Abgange durch	T
1012000	Grundsteuer B	1.61.01.01	Steuern, allgemeine Zu	10.642 885,00	-10.493 913,60	10 500 000,00		Messbescheide FA	A 20
	***************************************		****					Mit JahresVA 1/2013 MA auf 23 Mio. € korrigiert. Lfd. Zu-/Abgåinge durch	1
4013000	Gewerbesteuer	1.61 01 01	Steuern, allgemeine Zu	26,508 000,00	-21 294 050 <u>,</u> 17	21,000,000,00	-5 508,000,00	Messhescheide FA	A 20
								Regionaliserung Mar Steuerschätzung 6 756 Mio. € x 0,0029084	
4021000	Gem anteil Eink,steu	1.61 01 01	Steuern, allgemeine Zu	19 486 280,00	-4.986 575,00	19 649 000,00	162 720,00	Schlüsselzahl	A 20
1000000			A	0 445 550 00	000.004.00	# 4F 2 0 # 8 B B	21.42.50	Regionaliserung Mai Steuerschätzung 6 756 Mio € x 0,002601657	
1022000	Gem,anteil Umsatzst.	1 61,01 01	Steuern, aligemeine Zu	2 445 558,00	-622 684,00	2,480,000,00	34,442,UU	Schlüsselzahl	A 20
4031000	Veranuaunassteuer	1.61 01 01	Steuern, aligemeine Zu	280 000,00	-315,501,22	550 000,00	270 000 00	Mit JahresVA 1/2013 MA auf 500 000 € korriegiert. Neuer Maßstab und	A 20
4691000	vergringungssiedel	1.010101	Steucin, angelliene zu	280 000,00	*310,0 U 1,&&	220 600,00	270 000,00	Steuersatz gem, Vergnugungsteuersatzung abl Bescheid GFG 2013 Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer	1
4 051001	Lerst SteuervereinfG	1610101		0,00	-24 995,81	51 00 0,0 0	\$1,000,00	zusatzlichen Belastungen im Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 01 11 2011 ein Anteil von 26 % des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gem 6.1 Epanzausztleichsgesetz zusteht	A 20
		Summe Ste	uern u. ähnliche Abgaben				-5.132.723,00		
**^^	Erstattung Einheitslastenabrechnungs- anderungsgesetz für die Abrechnung der Jahre	4.04.04.04	24		0.70	đượ đọn 0 0	F62 200 00	Am 08 05,2012 hatte der Verfassungsgerichtshof in Munster in einem von den kommunalen Spitzen verbänden vorbereiteten und begleiteten Verfahren zentrale Normen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes	A 77 C
	2007-2011 Schlusselzuw Land	1 61 01 01 1 61 01 01	Steuern, allgemeine Zu Steuern, allgemeine Zu	00,0	0.00 -15 256 165 00	563 000 00 24 410 000,00		(ELAG) für verfassungswidig und nichtig erklart Bescheid GFG 2013	A20 A 20
1111000	achiessezuw tand	101.0101	Seuem, angemente zu	24 040 330,00	-10 230 103,00	24410000,00	-130 333,00	Reduzierung Starkungspakthilfe aufgrund Neuberechnung strukturelle	1720
131000	Allg Zuw vom Land	1610101	Steuern allgemeine Zu	5 738 021,00	0,00	4 896 566,00	-841 455,00		A 20
1141000	Zuw/Zusch Land	1 36 01 02	Fárderung von Kindern	60,000,00	0.00	93,000.00	33 000 00	Landeszuschüsse und mehr Elternbeitrage vereinnahmt. Zusätzlich fließen ESF Mittel	A 50-5
1141000	ZuwiZusch Land		ntungen für Kinder		542,394,11	563 000,00	563.000,00	Erstattung Efternbeitrage letztes Kita Jahr und Schwerpukt Kita	A 50-5
1142000	Zuwei u Zusch filfd Zweckeiv				31 787,28	45 000 00		Kostenerstattung 1:1 Betreuung	A 50-5
		Sa. Zuwend	ungen u. alig. Umlagen				225,987,00		
								Das AS kann nicht übernommen werden, da durch Sollstellungen bis zum	1
211000	Ers soz L außerh	1 31.08 01	Unterhaltsvorschussiel	215 000,00	-317.698,58	240,000,00	25,000,00	Jahresende uneinbringliche Forderungen enthalten sind	A 50-5
								Der Ansatz 2013 wurde Anlang 2011 geschätzt. Die Entwicklung hat	
1012000	For and Landards	4 00 03 00	Connection Bill Constraine	250 000 00	# 0 4 77 70	*00 000 00	* 59 000 00	gezeigt, dass die Ertrage in 2012 wie auch in 2013 nicht erzielt werden	A 50 5
1211000	Ers soz. L. außerh		Sonstige Maßnahmen	252 000,00	-86 477,72	100 000,00	-152 000,00 -127,000,00	KOTBUCH	A 50-5
		Summe Sor	istige Transfererträge				-127.000,00	Let 1 O and 2000 de Company Designation to the College	 -
311000	Verwaltungsgebühren	1 52 01 01	Bau- and Grundstucksor	210 000,00	-136 620,90	240 00 <u>0,</u> 00	30 000,00	Im 1. Quartal 2013 wurden für einzelne Projekte relativ hohe Gebühren festgesetzt. Weitere vergleichbare Einnahemerhohungen sind nicht absehbar Unter Zugrundelegung der im Ubrigen erwarteten Einnahmen für 2013 ergibt sich die prognostizierte Einnahmeverbesserung.	A 63
								Lt. Gebuhrenkalkulation 2013 (Mehrausgabenstehen entsprechende	
321010	Benutzungsgebühren	1.53.08.01	Entwasserung u Abwass	13 165,443,00	-14 392 618,22	16 465 000,00	3 299.557,00	Mehreinnahmen gegenüber)	A 66
	5		SPX about 1	0.0000000000000000000000000000000000000		AFC	,	Lt. Kalkulation für 2013, zzgl. Anteil Winterdienst aus PSP 1 54 05.01	1
	Benutzungsgebühren	1 54 05,02	Winterdienst	240 904 08	651.686,24	652.000,00	411 095,92	Straßenreinigung	A 66
	Benutzungsgebühren	1.54.06.01 Friedhöfe	Parkeinrichtungen	330 000 00 1 187,445,75	-142 027,67 530 229,10	310 000,00 1 150,000,00		Einnahmen durch bewirtschafteten Parkraum (Angabe A 30/32) leichter Rückgang der Fallzahlen	A 56 A 66
	Benutzungsgebühren Benutzungsgebühren	1 12,06.01	Brandschutz.	40.000,00	-35 855,5 6	72 500,00		lleichter Ruckgang der hallzanien 80.000 € kostenpfl. Einsatze, 12.500 € Brand- u. Nachschauen	A 30/3
	Benutzungsgebühren		Rettungsdienst	1 026 445,00		1 113.183,38		Anstieg der RTW-Einsatze	A 30/3
321010	Benutzungsgebühren		Abfalibesertigung -kos		-4.698.452.57	4 690 000,00		Anpassung an Serikung der Ausgaben	A 30/3
								Ursprunglich wurden für 2013 ff (235.000, - € angemeldet) Wegen evit. Mehrerträge durch Tanferhöhungen erfolgte eine Veranschlagung von 300.000, - €. Da die Besucherzahlen aber rückläufig sind, ergibt sich voraussichtlich eine Mindereinnahme von 47.000, - €. Die Einnahmen haben sich aber trotzdem gegenüber den Vorjahren erhöht	
	Benutzungsgebühren	1 42 05 01	Hallenbad Glashutter W	458 360,00	-126 707,04	411 360,00	-47 000,00		A 40
321010	Benutzungsgebühren	1 31 05 01	Soziale Einrichtungen	80,000,00	-101 278,39	100 000,00	20 060,00	Anzahl obdachloser Personen gestiegen	A 50-5
§ .				i			1	zuzüglich Umbuchung von 1 31 03 01 in Hohe von 21 169.73 € steigende	A 50-5

Sach- konto /	Beschreibung	PSP Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) / Verschlechter- ung	Erläuterung Differenz	Amt
Deckungs					31.12.2015	(·)		
	- A A - A - A - A - A - A - A - A - A -					```	Durch den kontinuierlichen Ausbau der Tagespflege werden mehr	ļ
							Landeszuschusse und mehr Ellernbeiträge vereinnahmt. Zusatzlich fließen	
1321010	Benutzungsgebühren	1 36.01 02 Förderung von Kindern	45 000,00	-72.691.00	73 000,00	28 000.00		A 50-5
.02.10.10	Lagrana (Gog and Hari	root of a root of the root of	40 000,00	12.001,00	/ 0 000,00	20 000,00	Hier nangelt es sich nicht um echte Wenigereinhahmen, da die Erstattung	17.00
							Elternbeiträge letztes Schuljahr in Höhe von 490 000 € (s. SK 4141000)	
							hinzugerechnet werden mussen. Somit werden Mehreimnahmen in Höhe	
321010	Benutzungsgebühren	Tageseinnichtungen für Kinder	1 350,000.00	1 040,405,87	1 040,500,00	-309,500,00	von 180 000 € erzielt.	A 50-5
		Sa. Offentirechtl. Leistungsentgelte				3,196,945,55		†
							Wegfall Miete + NK Schule Sperberweg Jugendberufshilfe e V Wegfall	1
							Verrechnison mit A.51. Alte Schule Venisegen e.V. Wegfall Verrechnison	1
411000	Mieten und Pachten	1 11.15 91 Grundstücks- u Immobi	737 392,00	-394.575,64	395,000,00	-342 392,00	RK	A 23
411002	Mieteinnahmen Dienstwohnung	1 11.15 01 Grundstucks- u. Immobi	0.00	-31 954,17	59,249,64	59 249,64	*** *********************************	A 23
421000	Entrage aus Verkauf	1 53,07 01 Abfailbeseitigung -kos	43 400,00	-112 543,00	115 000,00	71 609,90	hohe Altpapiereriose	A 30/3
421000	Erträge aus Verkauf	Tageseinrichtungen für Kinder	180,000,00	107 074,40	250 000,00	70.000,00	Mittagsverpflegung 1.1 Finanzierung	A 50-5
		Sa. Privatrechtl. Leistungsentgelte				-141.542,36		
1480000	Kostenerst Bund	1 12.03 01 Bürgeramt/Einwohnerarig	0.00	-18 790.03	41 585,03		Beschaftigungszuschuss zwei Mitarbeiterinnen	A 10/10
480000	Kostenerst Bund	1 25 05 01 Bucherei Stolberg	0,00	-17 280,00	25.920,00	25 920 00	Burgerarbeit	A B
480000	Kostenerst Bund	1 31 11,01 Sonstige soziale Leist	0,00	-11.049,51	21.471,82	21 471,82	Béschäftigungszuschuss Mitarbeiter	A 50-5
							The numerous enginersion and partitional management department of the partition of the part	
							der Kupferstadt erstattet werden. Da in diesem Jahr laut Aussage des	
							Amtes 65 keine Baumaßnahmen erfolgten, sind auch keine Einnahmen zu	
				i i			erwarten. Nähere Auskunfte können durch das Hochbauamt gegeben.	
481000	Kostenerst Land	1 25 02 02 Museum Zinkhutter Hof	94 665,00	8 792,12	8 792,12	-85,872,88	werden	A 81
							umzubuchen auf 1.31 05 03. Höhere Erstaltungen aufgrund gestiegener	1
1481000	Kostenerst Land	1 31 03 01 Leistungen für Asylbew	100 000,00	-149 123,62	252,121,62	152 121,62	Zuweisungszahlen un Erhohung der Regelsätze	A 50-5
481000	Ert a. Kostenerst, Kostenumi v.	Tageseinnchtungen für Kinder	3 967 000,00	4.715.803,11	4 765 000,00	798 000,00	Land zahit für die U3Kinder zusatzl. Pauschale	A 50-5
			3.5.11.110		W. V. III.		Weiterleitung der eingesparten Landschaftsverbandsumlage 2013 an die	1
482000	Erstattung Stadteregionsumlage	1 61 01 01 Steuem, aligemeine Zu	9,00	0.00	930,000,00	930 000,00	Kommunen durch die Stadteregion	A20
							Personalkostenerstattung für Bildung und Teilhabe,	T
482000	Kostenerst Gem	1 31.11 01 Sonstige sözjale Leist	0,00	-25 383,55	31 689,19	31 689,19	Beschaftigungszuschuss Mitarbeiter	A 50-5
							im HHJ ZÜTZ Konnten none Einnahmen erzieit werden, da einige	l
					,		Gerichtsverfahren zugunsten der Stadt Stolberg abgeschlossen wurden	ļ
			Ì				Dies hatte einmalige hohe Nachzahlungen zur Folge im HHJ 2013 kann	1
482000	Kostenerst Gern.	1.36 03 15 Heimerziehung, sonst.	400 000,00	-29.821,91	200,000,00	-200,000,00	nicht mit so höhen Ertragen gerechnet werden	A 50-5
482000	Ert a Kostenerst Kostenuml v		672.532,00	632 644,43	632 644,43		mtl- Abschlag Betriebskosten integrat. Gruppen und Fahrtkosten integrativ	A 50-5
		Sa.Kostenerstattungen uvmlagen				1,675.027,21		
							Aufteilung Differenzbetrag 50/50 zwischen KA Stolberg u. Eschweiler	1
5 1 1 0 00	Konzessionsabgaben	1 53 01.01 Elektrizitatsversorgun	1.988.000,00	-1 884 884,74	1 864 000,00	-124 000,00	<u> entfailt </u>	A 63/1
_		_						I
511000	Konzessionsabgaben	1 53 02.01 Gasversorgung	140 000,00	-160.000,00	160.000,00		Anpassung der Abschlagszahlungen von der EWV an das Ergebnis 2012	
	Konzessionsabgaben	1.53 03 01 Wasserversorgung	820 000,00	-840 000,00	840 000.00		Anpassung der Abschlagszahlungen von enwor an das Ergebnis 2012	A 63/1
	Ertr Verauß Grundst	1 11 15 01 Grundstucks- u. Immobi	1 150 000 00	00,0	2 100 000,00		AO-Soli nicht 0, sondern zum 30 06, bei rd. 1,66 Mio €	A 23
561000	Bußgelder	1.12 02 03 Verkehrsangelegenheite	310 000,00	-245,958,59	435 000,00	125 000,00	neuer Tatbestandskatalog	A 30/3:
							eingentliche Ausgabe, Einmaleffekt 0,536 Mio. € wg. Änderungs	
562401	Zinsen zuv erh GewSt	1.61.01.01 Steuern, allgemeine Zu	50.000,00	552,926,00	600 000,00	550.000,00		A 20
		Summe Sonstige ordenti. Erträge				1,541,000,00		1
							Gewinn der EWV für das Geschäftsjahr 2012 ist niediger ausgefallen als	
651000	Gew anteil verb Unte	1.42 05 01 Hallenbad Glashütter W	2 100.000,00	-1,956 075,41	1.956.490,00	-143 510,00		A 40
		Summe Finanzerträge Summe Erträge insgesamt				-143,510,00 -143,510,00 		
-Ç-, !	V = 1							74.4

Sach- konto / Deckungs	Beschreibung	PSP Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soil gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) / Verschlechter- ung (-)	Erlauterung Differenz	Amt
kroir			<u> </u>	Aufwei	ndungen			1
							Einspartingen i H. v. 169 T€ können durch die Pensionierung von 4. Mitarbeitern erzielt werden. Für die Vergütung von Überstunden aus Vorjahren im Feuerwehrbereich wurde eine gebitdete Ruckstellung i H. v. 586 568,22 € in Anspruch genommen. "Im HR-Ergebnis sind KEINE der im Ansatz mit kalkulierten Zuschusszahlungen i H. v. von ca. 105.000 € berücksichtigt. Diese werden gesondert als Ertrag in o.g. Höhe verbucht Darüber hinaus wird wie bereits im 1. Quartal prognostiziert mit einer Verschlechterung durch zusatzliche Überstunden im Rahmen des Winterdienstes gerechnet. Im Vergleich zum Bassjahr der Haushaltsplanung entfallen bierauf. Mehraufwendungen i. H. v. id. 110.000	
K 50	Pesonalhauptk.	Personalkosten gesamt PSP	30.942 873,00	14 548 579,78	30 694.822,00	248.051,00	€ im Betrachtungszeilraum Januar bis Mai. "	A 11
K 50	Pesonalhauptk.	Personalkosten / Beihilfe	476 375,00	210 310,26	425 000,00		Einsparung 5041000 Beihilfe/ Unterstützung Beschaftigte	A 11
		Summe Personalaufwendungen				299.426,00		
)K 51	Personalnebenk	Personalkosten / Beihilfe PSP	3.010.000.00	1.604.508,43	2 872 009,00	137 991,00 137.991,00	Einsparung 5121000 Beamte = 172 000 €, Mehraufwand 5141000 Beihilfe / Unterstu VSE =35 000 €	A 11
	J. Halletining Times	Summe Versorgungsaufwendungen				137.381,00	Einsparungen bei Verbrauchsmaterialen, Die eingesparte Differenz wird	
K 52	Sach- u.Dienstleist	1 11 10.01 IT-Management	150.000,00	65 172.65	130 000.00	20 000,00	zur Deckung von DK 54 benötigt.	A 10/16
1.3.3.3.							grob geschätzte Kosteni Bis Ende Mai Mehrkosten an Strom von 21 % und Gas 17 % gegenüber Vorjahr	
K 52	Bewirtschaft	A23_Bewirtschaftung Gebaude/Grundstück	3 010 533,43	2 178 562,74	3 700 532 47	-689,999 04	3.3.1/	A 23
K 52	Sach- u Di e nstleist	1 12 07 01 Reitungsdienst	185 500.00	67 767.83	235 545 00		Anderungen im Vergaberecht (Sako 5237000 KOstenerstattung Deutsche Rote Kreuz) ; ca. 10 % mehr Einsätze, je abgerechn. Einsätz 23 € Leitstellengebuhr (ca. 4.104 Einsätze x 23 € = 94.392 €); externe Beratung bei Ausschreibung Rett D. ca. 7.500 € (Sako 5291000 Aufw Dienstleistung)	A 30/3:
K 52	Sach- u.Dienstleist.	1 12.02.01 Allgemeine Sicherheit und Or	61,100,00	51.579,71	101,000,00	-40,000,00	höhere Anzahl Sterbefalle und Ölünfalle, ca. 30 % Erstattung durch Bestattungspflichtige u. Verursacher (Sako 5291000 Aufw. Dienstfeistung)	A 30/32
K 52	Sach- u.Dienstleist.	1 53.07 01 Abfallbeseitigung -kostenrec	4 804 300,00	2 162 599,95	4 152 300,00	652 000,00	Senkung der Entsorgungskosten	A 30/32
	Sach- u.Dienstleist	Fahrzeuge Rettungsd /Feuerwehr	96,390 00		251 193,87	-154 893 87	noch ausstehende Fahrzeugwartungen 30 000 €, Wart DLK 60 000 €, Reifenerneuerung 10 247.98 €, Rep. RW 1 3 000 €, Rep. Fahrzeug Venwegen 21 000 €, Rep. Kranmulde 3,100 €, unvorhersehbare Maßnahmen 20 000 € (Die HHMittel reichen u.a. nicht aus, da 2 größere Fahrzeugreparaturen je ca. 17 000 € Anfang 2013 durchgeführt werden mußten.) Sako 5261,300.	A 30/33
K 52	Sach- u.Dienstieist	1 21.06 01 Schulerbeförderung aller Sch	1 018 400,00	400,504,63	935.000,00	83 400,00	geringere Schulerzahl, Wegfall von Fahrten im Schulerspezialverkehr Die 300 000 Ewurden bereits überglanmaßig zur Verfügung gestellt für	A 40
K 52	Sach- u Dienstleist	1.36.01.02 Förderung von Kindern in Tag	250.000,00	265 466,71	550 000,00	-300.000,00	Tagespflege	A 50-5
K 52	Sach- u Dienstleist	Tageseinrichtungen für Kinder	343 500 00	195,555,77	413 400,00	-69,900,00	bei SK 5281000 ernonen sich die Ausgaben für die Mittagsverpriegung, dat diese durch immer mehr Kita Kinder in Ansprüch genommen wird. Gleichzeitig erhöhen sich die Einnahmen, so dass die Ausgaben gedeckt sind. Einsparungen bei Unterhaltungen Grunflaschen ca. 234 000 € und	A 50-51
K 52	Sach- u Dienstleist	1 11,08.01 Technisches Betriebsamt Sa. Aufwendungen für Sach- u. Dienstl.	1.519 842,00	800 001,56	1,685 046,59	-165 204,59 -714,5 52,5 0	Unterhaltung unbewegl. Vermogens 270,000 €, Mehraufwand ber	A 68
K 53	Transferaufwendungen	1 36.03.17 Hilfe für junge Voltjährige	880.000,00	269 768,82	680 000,00		perusprangion geplanten Memadiwenoongen werden in 2015 nicht penotigt, sofern die jetzige Entwicklung anhäit	A 50-5
K 53	Transferaufwendungen	1 53.08.01 Entwasserung u Abwasserbe				-303 026.80	WVER-Beitrag	A 66
K 53	Transferautw	Schulden u Vermögensbew		16 748 280,00	37 382,000,00	1 722 529,00	Gewerbesteuerumlage/ Finanzierungsbeteitigung Fonds Deitsche Einheit = Verbesserung 850,000€, Stadteregionsumlage = Verschlechterung 2,600,000 €	A 20
K 53	Transferaufwendungen	1 31 03 01 Leistungen für Asylbewerber	1,100 000,00	785 453,36	1 600 000,00	-500 000,00	steigende Zuweisungszahlen	A 50-51

Sach- konto /	Beschreibung	PSP Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) / Verschlechter- ung	Erläuterung Differenz	Amt
eckungs						(-)		
krais							Ber SK 5317000 fallen keine Kosten an, da der Mietzuschuss	┪┈┈┈
							Jugendberufs-hilfe durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103	ĺ
							Gebäude Bergstrasse über die Umlagenkostenari 9410100 und 9410200	1
K 53	Transferaufwendungen	1 36.03.01 Jugendsozialarbeit §13	146 800,00	80 331,14	105 500,00	41 300,00	bereits belastet wird.	A 50-51
	2.0.00						Sollte die derzeitige Entwicklung sich fortsetzen, können 100 000 €	
K 53	Transferautwendungen	1,36 03,12 Sözialpád. Familienhilfe §31	000,000	395.858,26	780,000,00	100,000,00	eingespart werden	A 50-51
							Die Kosten im Bereich vollzeitpliege ernohen sich auch im HHJ 2013	
							weiter. Dies ist im Sinne der Entwicklung des Amtes 51, da durch die	
							vermehrte Unterbringung in Pflegefamilien teurere Heimunterbringungen	l
K 53	Transferaufwendungen	1 36.03.14 Vollzeitpflege §33	854 000,00	532,508,08	1 050.000,00	-196 000,00	vermieden werden können	A 50-51
.V.55	T	A MA MA AM AM SANT I lead 34 - 4-21	00000000	50 074 07	277 555 55	50.000.00	Bei SK 5332000 können, sofern sich die jetzige Entwicklung fortsetzt	A FA F4
K 53	Transferaufwendungen	1 36 03 19 Hilfe seel bah Kinder/Juge	325 000,00	83 271,97	275 000,00	50 000,00	50 000 € eingespart werden Durch personelle Umstellungen/Veranderungen konnten geplante	A 50-51
K 53	Transferaufwendungen	1,36,03,22 Sonstige Maßnahmen	204 000 00	29,309,85	133 000,00	71 866 86		A 50-51
N 33	mansierauwendungen	1,36,03,22 Sonstige Maßnahmen	204 966,00	25.305,03	122 600'66	11.900,00	Maßnahmen noch nicht angegangen/umgesetzt werden. Der Mietköstenzuschuss und Betriebsköstenzuschuss Alte Schule	A 30-31
							Venwegen ist nicht mehr auszuweisen, da eine anderweitige. Verrechnung	.
K 53	Transferaufwendungen	1,36,06,03 Sonstide Jugendeinrichtunge	48 752.00	9 574.00	27.250,00	21 502.00		A 50-51
15.00	Transferdamenderige	1.00.20.00 General adjoint annual terrap	-10 / OZ, UO	0014,00	27.200,00	2,002.00	Die Kitas erhalten für die U.3 Betreuung zusätzliche Pauschalen, die vom	1,0001
K 53	Transferaufwendungen	Tageseinnichtungen für Kinder	5 380 400,00	2 899,131,22	5,580 400,00	-200 000,00	Land 1:1 pezahit werden als zwecknebunden Finnahme	A 50-51
***		Summe Transferaufwendungen			· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	1.008,370,20		
K 54	Sonst ordent Autword	1 11 10.01 IT-Management	507.920,00	362.390,45	557 000,00		sh Anlage zu SK 5422300 sh Anlage zu SK 5431030	A 10/16
K 54	Sonst ordenti Aufwend	1010 IT-Management	38 630,00	1 758,64	8.630,00	30.000,00	Differenz wird zur Deckung bei PSP 1.11.10.01 DK 54 benötigt.	A 10/16
							Gebuhrenrefmanziert, zu zahlende Abwasserabgabe durch den WVER in	
							städtischer Gebuhrenkalkulation berucksichtigt	
	Sonst ordentl Autwend.	1 53 08 01 Entwasserung u. Abwasserbe		87 540,83	595 000,00	-234 062,00		A 66
K 54	Sonst.ordentl Aufwend	1 55 02 01 Wasserlaufe	330 000,00	276 827,40	370,000,00	-40 000,00	Lt. WVER Beiträgskalkulation für 2013	A 66
I							Aufgrund der positiven Ausschüttungsentwicklung der EWV und der	
l			:				geänderten Gesetzeslage fällt seit 2010 Gewerbesteuer für den BgA	
K 54	Steuern	Schulden u Vermogensbew	0,00	29 660.00	29,660,00	-29 660,00	Hallenbad an Fur 2013 wurde eine Vorauszahlung in Hohe von 29 660,00	A 20
N 04	Stetient	Schulder a vermogensbew	8,00	29 900,00	29,000,00	-29 000,00	E festgesetzt keine Umlagenzahlung mehr, sondern Erstattung sh. 4421000 "Ertrage	In 20
							aus Verkauf" (Sako 5431130), Einsparungen Prufung Beratung	
							Rechtsschutz 5 000 € (Sako 6431030) und Drucksachen (Sako 5431060	1
K 54	Sonst ordentl Aufwend	1,53 07 01 Abfailbeseitigung -kostenrec	239,550,00	1,558,57	22 550,00	217,000,00	= 20 00061	A 30/32
	Sonst ordentl.Aufwend	1.31 11 01 Sonstige soziale Leistungen	35 000.00	0.00	0.00		kein Beschluss zur Beauftragung	A 50-51
							Es werden samt! Aufwendungen für Schäden - auch ohne bekannte	
							Verursacher - über dieses SK abgewickelt. Da 2013 das erste vollständige	
							Jahr ist, in dem so abgewickelt wird, konnte der Ansatz vorher nicht	
		į					abgeschätzt werden. Ggfls, muss bis Ende 09/2013 nochmals angepasst.	İ
K54		A30_Versicherung	833 930,80	626 204,99			werden (Sako 5441040)	A 30/32
K54		A30 Versicherung	546 335 00	479,914,13	499.754,20	46 580,80	Umstellung Vertrage Rabatte	A 30/32
							Einsparungen Fortbildung, Mietaufwendungen Fahrzeuge, Maschinen und	
K 54	Sonst ordentl Aufwend.	6800 Technisches Betriebsamt	74,475,00	14 345,11	29 404,22	45.070,78	Gerate, Dienst- und Schutzkleidung	A 68
		Sa. Sonstige ordentl. Aufwendungen				-44,150,42	Dem Haushaltsansatz für Ligiditätskredite liegt ein Zinssatz von 0,5 % zu	<u> </u>
ĺ					:		Grunde, tatsachlich werden im Durchschnitt nur 0,2 % gezahlt. Dieses	
K 55	Zinsaufwendung	Schulden u Vermogensbew	4 220 000 00	3 186.071,65	3.744 600,00	475 400 00	Zinsniveau wird für das gesamte Jahr erwartet.	A 20
1(35	ZIII SAUI WERGERG	Summe Zinsen u. sonstige Finanzaufw,	4 220 000 00	3 100.074,03	3.744 000,00	475,400,00		1 · · · ·
umme Au	fwendungen	Outtons amount of someting remarkation.	106 760 489 23	54 602 430 20	105.580.554,95			
134	A EN TOP AND AND A STATE OF THE				122120010000000000000000000000000000000	131020-00-,20		-
			LA.	ehr/Moderertsa	i. oe/-einzahlungen	1 094 184		
	***************************************				n/-auszahlungen	1.162 484		1
					nlechterung (-)	2.256.669	\$	1

Zeilen 3,4,5,6,11,80 und 101 = Haushaltsansätze gem. Fortschreibung HSP für 2013

Die Personalkostendarstellung enthält bezogen auf den HA als auch auf die Prognose zum 31.12. die Ansätze der Rückstellungspositionen, die in den Überwachungsberichten nicht enthalten sind.

Stadt Stolberg (Rhld.)

II - 20/21

X öffentlich nichtöffentlich

Datum 26.07.2013

Drucksache-Nr.

HA/Rat/RPA

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschuss/Rat/Rechnungsprüfungsausschusses

10.09.2013/10.09.2013/19.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr.

Betreff

月)//3。/ 月)//と、/ Finanzcontrolling 2013; Stand 30.06.2013

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat/der Rat beschließt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

b) Sachverhalt:

Die Überprüfung der Haushaltsentwicklung im Jahre 2013 erfolgt auf Basis der vom Rat am 21.05.2013 beschlossenen Änderungssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Stolberg für die Jahre 2012/2013. Dieser Beitrittsbeschluss erfolgte aufgrund der 1. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012-2013, beschlossen in der Ratssitzung am 20.11.2012 und von der Bezirksregierung Köln genehmigt am 20.02./11.03.2013. Die Fortschreibung weist aktuell für das Jahr 2013 ein planmäßiges Jahresdefizit von 2.358.831 € aus. Angepasst wurden u. a. folgende Ansätze:

Erträge

- Grundsteuer B (Erhöhung von 10.608.343 € auf 10.642.885 €)
- Gewerbesteuer (Reduzierung von 29.088.104 € auf 26.508.000 €).
- Anteil an der Lohn- u. Einkommensteuer (Erhöhung von 18.760.000 € auf 19.486.280 €).
- Anteil an der Umsatzsteuer (Reduzierung von 2.520,000 € auf 2.445.558 €)
- Schlüsselzuweisungen (Erhöhung von 22.030.000 € auf 24.546.558 €)

Aufwendungen

- Städteregionsumlage (Erhöhung von 31.560.000 € auf 35.409.574 €)
- Gewerbesteuerumlage (Reduzierung von 2.060.000 € auf 1.874.303 €).
- Fonds Dt. Einheit (Reduzierung von 2:000.000 € auf 1.820.752 €)
- Zinsaufwendungen (Reduzierung von 4.278.450 € auf 4.220.000 €)

Die übrigen Ansätze haben sich nicht wesentlich geändert.

1. Gesamtdarstellung konsumtiver Haushalt (Plandaten auf Grundlage HSP-Beitrittsbeschluss Rat vom 21.05.2013):

Um den Rat laufend über die unterjährige haushaltswirtschaftliche Entwicklung zu informieren, legt die Verwaltung vierteljährlich einen Budgetbericht vor. Aktuell erfolgte jetzt eine Überprüfung des Haushaltes 2013 nach dem Stand vom 30.06.2013. Insbesondere dient die Überprüfung der Feststellung, ob die Annahmen der Haushaltsplanung und der Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2013 greifen. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergriffen werden.

Um die Höhe der Abweichungen zwischen den Werten des genehmigten Haushaltsplanes 2012/2013 und der Prognose der tatsächlichen Entwicklung bis zum 31.12. 2013 zu erkennen, wurde den Fachämtern Zusammenstellungen aller von Ihnen bewirtschafteten Ertrags- und Aufwandskonten einschl. Kostenstellen des konsumtiven Haushaltes zugeleitet.

Die Fachdezernate bzw. –ämter haben die besten Kenntnisse der gesetzlichen, vertraglichen und sonstigen Veränderungen. Sie tragen daher die <u>Verantwortung</u> für eine möglichst genaue Schätzung der voraussichtlichen Jahresergebnisse und die Erläuterungen der Abweichungen. Diese werden von der Kämmerei grundsätzlich inhaltlich und formal unverändert in die zu fertigende Vorlage für Hauptausschuss/Rat und Rechnungsprüfungsausschuss übernommen.

Kriterium für die zu erfassenden Abweichungen ist die Höhe zwischen Haushaltsansatz und voraussichtlichem Jahresergebnis ab einem Wert von mehr als 20.000,00 Euro. Nur für diese Konten wurden die Fachämter gebeten, exakte Berechnungen bzw. sorgfältige Schätzungen zum Jahresende durchzuführen. Zur Verwaltungsvereinfachung ist bei den Ertrags- und Aufwandskonten einschl. Kostenstellen mit Soll-Ist-Abweichungen von weniger als 20.000,00 Euro davon auszugehen, dass sich die Summe der positiven und negativen Veränderungen am Jahresende ausgleicht bzw. keine relevanten Größenordnungen erreichen.

Die Überprüfungen wurden bei Berücksichtigung der Entwicklung zum 30.06.2013 im Hinblick auf das voraussichtliche Jahresergebnis vorgenommen. Die Abweichungen sind kurz begründet. Bei Haushaltsverschlechterungen gegenüber den geplanten Haushaltsansätzen wurden die Fachämter gebeten – soweit möglich – gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten bzw. vorzuschlagen.

Sollten nach dem Erkenntnisstand des Fachamtes bis Abschluss des Haushaltsjahres außerplanmäßige Erträge und Aufwendungen über 20.000,00 Euro anfallen, sollten diese ebenfalls Berücksichtigung finden

Bezogen auf die konsumtiven Haushaltspositionen ist der Vorlage als Anlage 1 eine Aufstellung über die entsprechenden Produktbereiche mit den jeweiligen Sachkonten beigefügt. Größere Veränderungen sind erläutert.

Das vorläufige prognostizierte Jahresergebnis 2013 gem. Ergebnisrechnung wird sich voraussichtlich wie folgt darstellen:

Planmäßiger Jahresdefizit 2013 einschl. Ertrag aus Stärkungspakt Stadtfinanzen Verbesserung gem. Überprüfung lt. beiliegender Aufstellung vorläufiges konsumtives Jahresergebnis 2013

2.358.831.00 €

+ 2.256.669,00€ 102.162.00 €

Die Verbesserung von 2.256.669 € führt zu einer Reduzierung des Fehlbedarfes und damit zu einer zurzeit wesentlichen Ergebnisverbesserung. Insbesondere wird das Ergebnis durch eine Erstattung der Städteregionsumlage in Höhe von 930.000 € sowie durch eine Erstattung im Rahmen des Einheitslastenabrechnungsänderungsgesetzes für die Abrechnung der Jahre 2007-2011 in Höhe von rd. 563.000 € beeinflusst. Bei der Erstattung der Städteregionsumlage handelt es sich um die Weiterleitung eingesparter Landschaftsverbandsumlage 2013 an die städteregionsangehörigen Kommunen (Einmaleffekt).

Der Rückzahlungsbetrag des Landes von 563.000 € wird aller Voraussicht nach nicht dauerhaft im städt. Haushalt verbleiben, da sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, dass im Rahmen der einmalig rückwirkenden Anwendung der Neuregelung auf den Abrechnungszeitraum der Jahre 2009-2011 Rückforderungen auf Kreise und Landschaftsverbände in einer Höhe von 130 Mio. € zukommen, die die Höhe der gebildeten Rückstellungen um etwa 100 % übertrifft. Weitere Berechungen hierzu müssen abgewartet werden.

Gegenüber der Prognose zum Gewerbesteueraufkommen mit Stichtag 31.03.2013 (= 23 Mio. €) wurde die Prognose mit Stichtag 30.06,2013 auf 21 Mio. € entsprechend dem Anordnungssoll - reduziert. Lfd. Zu- und Abgänge durch Messbescheide des Finanzamtes verändern ständig das Anordnungssoll.

2. Verschuldungsentwicklung (nachrichtlich):

Liquiditätskredit:

Stand des Liquiditätskredits zum 31.12.2010 31.12.2011 31.12.2012

113.800.000 € 107.000.000 €

104.900.000 €

In dem Betrag von 104,9 Mio. € sind keine vorübergehenden Investitionskredite enthalten.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen. wurde vom Rat 18.01.2011/30.10.2012 am Liquiditätskreditsatzung/Haushaltssatzung 2012/2013 auf 150.000.000 € festgesetzt.

Investitionskredit:

Verschuldung 31.12.2011	93.714.281 €
Tatsächliche Kreditaufnahme 2012 (ohne Umschuldung)	5.734.474 €
Tilgung 2012 (ohne Umschuldung)	8.721.101 €
Verschuldung 31.12.2012	90.727.654 €

Stand der Gesamtverbindlichkeiten (Liquiditäts- und Investitionskredite):

Stand Liquiditätskredit und Investitionskredit zum

31.12.2010	(113.800.000+95.541.823=)	209.341.823 €
31.12.2011	(107.000.000+93.714.281=)	200.714.281 €
31.12.2012	(104.900.000+90.727.654=)	195.627.654 €

4. Fazit:

Die Überprüfung der haushaltswirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahresende 2013 zeigt eine wesentliche Verbesserung der defizitären Situation auf. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, da die konjunkturellen Aussichten sich etwas eintrüben. Dies könnte zu Mindererträgen bei den großen Steueransätzen führen. Da eine Prognose immer mit Risiken behaftet ist, die zu fertigenden Jahresabschlüsse hinsichtlich der zu ermittelnden bilanziellen Abschreibungen sowie der Rückstellungspositionen das Ergebnis evtl. auch noch negativ beeinflussen können, sollte von nicht zu optimistischen Erwartungen ausgegangen werden. Als realistischer erscheint ein zu erwartendes mögliches Defizit von voraussichtlich 1,0 Mio..

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

A

Sach- konto / leckungs	Beschreibung	All Property and the second se	Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verschlechter- ung (-)	Erläuterung Differenz	Amt
krois		s shift is			Ert Ert	räge 🐫 💉 🗼			并必读中
012000	Grundsteuer B	1.61.01.01	Steuern, alfgemeine Zu	10 642 885,00	-10.493.913,80	10.500.000,00	-142.885,00	Mit JahresVA 1/2013 10 420 000€ fakturiert. Lfd. Zu-/Abgange durch Messbescheide FA	A 20
013000	Gewerbesteuer	1.61.01.01	Steuern, aligemeine Zu	26 508,000,00	-21.294 050,17	21 000 000,00	-5,508,000,00	Mit JahresVA 1/2013 MA auf 23 Mio. € korngiert. Lfd. Zu-/Abgånge durch Messbescheide FA	A 20
021000	Gem anteil Einkisteu	1.61.01.01	Steuern, aligemeine Zu	19 486.280,00	-4 986 575,00	19,649,000,00	162,720,00	Regionaliserung Mai Steuerschätzung 6.756 Mio € x 0,0029084 Schlüsselzahl	A 20
022000	Gem.antei/ Umsatzst,	1.61.01,01	Steuern, aligemeine Zu	2 445,558,00	-622.684,00	2,480 000,00	34,442,00	Regionaliserung Mai Steuerschatzung 6 756 Mio. € x 0,002601657 Schlusselzahl	A 20
031000	Vergnügungssteuer	1.61.01.01	Steuern, aligemeine Zu	280 000,00	-315 501,22	550.006,00	270,000,00	Mit JahresVA 1/2013 MA auf 500 000 € korriegiert. Neuer Maßstab und Steuersatz gem: Vergnugungsteuersatzung	A 20
051001	Leist Steuerverein/G		Stevern, allgemeine Zu uern v. ähnliche Abgaben	0,00	-24 9 95,81	51 000 00	51 000,00	apt. Bescheid GFG 2013. Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen im Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 01.11.2011 ein Anteil von 26 % des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gem 6.1 Finanzausoleichsgesetz zusteht.	A 20
	Erstatung Einheitslastenabrechnungs- änderungsgesetz für die Abrechnung der Jahre 2007-2011	1 61.01.01	Steuern, aligemeine Zu	0.00	0,00	563,006,00		Am 08 05.2012 hatte der Verfassungsgerichtshof in Münsler in einem von den kommunalen Spitzen verbänderi vorbereiteten und begleiteten Verfahren zentrale Normen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes (ELAG) für verfassungswidig und nichtig erklärt	A20
***************************************	Schlusselzuw Land	1,61 01.01	Steuern, aligemeine Zu		-15 256 165,00			Bescheid GFG 2013	A 20
131000	Allg Zuw vom Land	1 61 01.01	Steuern, aligemeine Zu	5 738 021,00	0,00	4 896 556,00	-841 455.00	Reduzierung Starkungspakthilfe aufgrund Neuberechnung strukturelle Lücke Durch den kontinuierlichen Ausbäu der Tagespflege werden mehr Landeszuschusse und mehr Elternbeitrage vereinnahmt. Zusatzlich fließen	A 20
141000 141000 142000	Zuw/Zusch Land Zuw/Zusch Land Zuwei u Zusch filfd Zwecke v	Tageseinnich	Förderung von Kindern ntungen für Kinder Nunden für Kinder	60 000,00	0,00 542 394,11 31 787 28	93.000,00 563.000,00 45.000,00	33 000,00 563 000,00	Landeszuschüsse und mehr Elternbeitrage vereinnahmt. Zusatzlich fließen ESF Mittel Erstattung Elternbeitrage letztes Kita Jahr und Schwerpukt Kita Kostenerstattung 1.1 Betreuung	A 50-51 A 50-51 A 50-51
			lungen ü. ailg. Umlagen				225.987.00		
211000	Ers. soz L außerh.	1310801	Unterhaltsvorschussiel	215 000,00	-317 698,58	240 000,00	25 000,00	Das AS kann nicht übernommen werden, da durch Sollstellungen bis zum Jahresende uneinbringliche Forderungen enthalten sind Der Ansatz 2013 wurde Antang 2011 geschatzt. Die Entwicklung hat	A 5 0 -51
211000	Ers. soz L außerh.	1.36.03 22	Sonstige Maßnahmen	252 000,00	-86 477,72	100,000,00	t I	gezeigt, dass die Erträge in 2012 wie auch in 2013 nicht erzielt werden konnten	A 50-51
		Summe Sor	nstige Transfererträge				-127.000,00		
311000	Verwaltungsgebühren	1.52.01.01	Bau- und Grundstücksor	210.000,00	-136 620,90	240,980,00	***	Im 1, Quartat 2013 wurden für einzelne Projekte relativ hohe Gebühren festgesetzt. Weitere vergleichbare Einnahemerhöhungen sind nicht absehbar Unter Zugrundelegung der im Übrigen erwarteten Einnahmen für 2013 ergibt sich die prognostizierte Einnahmeverbesserung.	A 63
321010	Benutzungsgebühren	1,53,08,01	Entwässerung u. Abwass	13 165.443,00	-14.392,618,22	16.265.000,00	3,099,557,00	Lt. Gebührenkalkulation 2013 (Mehrausgabenstehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber)	A 66
321010	Benutzungsgebühren Benutzungsgebühren	1.54.05.02 1.54.06.01	Winterdienst Parkeinrichtungen	240.904,08 330.000,00	-142.027,67	652,000,00 310,000,00	411.095,92 -20.000,00	Lt Kalkulation für 2013, zzgf. Anteil Winterdienst aus PSP 1.54.05.01 Straßenreinigung Einnahmen durch bewirtschafteten Parkraum (Angabe A 30/32)	A 66 A 66
	Benutzungsgebühren Benutzungsgebühren	Friedhöfe 1,12,06,01	Brandschutz	1,187,445,75				leichter Rückgang der Falizahlen	A 66
	Benutzungsgebühren	1.12.07.01	Rettungsdienst	40.000,00 1.026.445,00				60.000 € köstenpñ. Einsätze, 12.500 € Brand- u. Nachschauen Anstieg der RTW-Einsätze	A 30/32 A 30/32
	Benutzungsgebühren	1.53.07.01	Abfallbeseltigung -kos	6.042.000,00			-352,000,00	Anpassung an Senkung der Ausgaben Ursprünglich wurden für 2013 ff. 235.000,- € angemeldet Wegen evtl. Mehrerträge durch Tariferhöhungen erfolgte eine	A 30/32
		in the state of th						Veranschlagung von 300.000,- €. Da die Besucherzahlen aber rückläufig sind, ergibt sich voraussichtlich eine Mindereinnahme von 47.000,- €. Die Einnahmen haben sich aber trotzdem gegenüber den Vorjahren erhöht.	
	Benutzungsgebühren Benutzungsgebühren	1.42 05.01	Hallenbad Glashütter W Söziale Einrichtungen	458.360,00 80,000,00			-47.000,00 20.000,00	Anzahl obdachloser Personen gestiegen	A 40 A 50-51
	Benutzungsgebühren	1.31.05.03	Soziale Einrichtungen	5.000,00		60 000,00		zuzüglich Umbuchung von 1.31.03.01 in Höhe von 21.169,73 € sleigende Zuweisungszahlen.	A 50-51

Sach-	Beschreibung	PSPE	lement / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung	• • • •	Erläuterung Differenz	Amt
konta / leckungs						31.12.2013	Verschlechter- ung (-)	·	
krais _	**				, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,			Durch den kontinuierlichen Ausbau der Lagespflege werden mehr	
į								Landeszuschüsse und mehr Ellernbeitrage vereinnahmt. Zusatzlich fließen	1
321010	Benutzungsgebühren	1.36.01.02	Förderung von Kindern	45 000,00	-72,691,00	73,000,00	28,000.00	ESF Mittel.	A 50-51
						, ,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,		Hier nandeit es sich nicht um echte wenigereihnahmen, da die Erstattung	1
								Elternberträge letztes Schuljahr in Höhe von 490,000 € (s. SK 4141000)	
								hinzugerechnet werden müssen. Somit werden Mehreinnahmen in Höhe	
321010	Benutzungsgebühren	Tageseinricht	tungen für Kinder	1,350,000,00	1.040.405.87	1.040 500,00	-309,500,00	von 180,000 € erzielt.	A 50-51
			rechtl. Leistungsentgelte				2,996,945,55		***
								Wegfall Miete + NK Schule Sperberweg Jugendberufshilfe e.V. Wegfall	1
								Verrechnung mit A 51. Alte Schule Verwegen e.V. Wegfall Verrechnung	
411000	Mieten und Pachten	1.11.15.01	Grundstúcks- u Immobi	737 392,00	-394.575,64	395 000,00	-342 392,00	BK	A 23
			Grundstücks- u. Immobi	0,00	-31,954,17	59.249,64	59.249,64		A 23
421000	Erträge aus Verkauf	1 53 07 01	Abfallbeseitigung -kos	43.400,00	-112 543,00	115.000,00	71,600,00	hohe Altpapiererióse	A 30/32
421000	Ertrage aus Verkauf	Tageseinrich	tungen für Kinder	180 000,00	107 074,40	250 000,00	70.000,00	Mittagsverpflegung 1:1 Finanzierung	A 50-5
		Sa. Privatred	chtl. Leistungsentgelte				-141,542,36		
480000	Kostenerst, Bund	1.12.03 01 Bi	urgeramt/Einwohnerang	0,00	-18.790,03	41.585,03	41.585,03	Beschaftigungszuschuss zwei Mitarbeitennnen	A 10/16
480000	Kostenerst Bund	1 25.05.01	Bucherei Stolberg	0,00	-17,280,00	25 920,00		Burgerarbeit	A 81
480000	Kostenerst, Bund	1.31.11 01	Sonstige soziale Leist	0,00	-11 049,51	21 471,82	21 471,82	Beschäftigungszuschuss Mitarbeiter une Omerenz ergiot sich aus Baumaisnahmen, bie durch den LVK aitteilig	A 50-5
						· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·			
								der Kupferstadt erstattet werden. Da in diesem Jahr laut Aussage des	
								Amtes 65 keine Baumaßnahmen erfolgten, sind auch keine Einnahmen zu	·]
						:		erwarten. Nahere Auskünfte können durch das Hochbauami gegeben	1
481000	Kostenerst, Land	1 25 02 02	Museum Zinkhütter Hof	94 665,00	8 792,12	8 792,12	-85.872,88		A 81
								umzubuchen auf 1.31.05.03. Höhere Erstallungen aufgrund gestiegener	
	Kostenerst Land		Leistungen für Asylbew	100 000,00	-149 123,62	252 121,62		Zuweisungszahlen un Erhöhung der Regelsatze	A 50-5
481000	Ert a Kostenerst, Kostenuml, v	Tageseinricht	tungen für Kinder	3 967,000,00	4.715 803,11	4 765 000,00	798 000,00	Land zahlt für die U3Kinder zusatzl. Pauschale	A 50-5
, -	1							Weiterleitung der eingesparten Landschaftsverbandsumlage 2013 an die	
482000	Erstattung Städteregionsumlage	161.0101	Steuern, allgemeine Zu	0,00	0,00	930.000,00	930 000,00	Kommunen durch die Städteregion	A20
								Personalkostenerstätlung für Bildung und Teilhabe	1
482000	Kostenerst Gem	1311101	Sonstige soziale Leist	00.0	-25 383,55	31 689,19	31 689,19	Beschäftigungszuschuss Mitarpeiter	A 50-5
								IM HHJ ZÜTZ Konnten none Einnamen erzielt Werden, da einige	
1				1				Gerichtsverfahren zugunsten der Stadt Stolberg abgeschlossen wurden	1
					4 4			Dies hatte einmalige hohe Nachzahlungen zur Folge. Im HHJ 2013 kann	
482000	Kostenerst. Gem	1,36,03 15	Heimerziehung, sonst.	400 000,00	-29.821,91	200 000.00	-200.000,00	nicht mit so hohen Ertragen gerechnet werden	A 50-5
							[
482000	Err a. Kostenerst, Kostenumi v			672.532,00	632,644,43	632 644,43		mti- Abschlag Betriebskosten integrat. Gruppen und Fahrtkosten integrativ	(A 50-5)
		Sa Kostener	rstattungen uumlagen				1.675.027,21		
		4 60 04 54		4 000 000 00				Aufteilung Differenzbetrag 50/50 zwischen KA Stolberg u Eschweiler	
511000	Konzessionsabgaben	1.53.01.01	Elektrizitatsversorgun	1,988,000,00	-1.884.884,74	1,864 000,00	-124,000,00	<u> </u>	A 63/1
				440 000 00	45000000			1	
	Konzessionsabgaben		Gasversorgung	140.000,00	-160.000,00	160.000,00	20.000,00	Anpassung der Abschlagszahlungen von der EWV an das Ergebnis 2012	
	Konzessionsabgaben	1.53.03.01	Wasserversorgung	820.000,00	-840,000,00	840.000,00		Anpassung der Abschlagszahlungen von enwor an das Ergebnis 2012	A 63/1- A 23
	Ertr Veräuß Grundst		Grundstücks- u. Immobi	1.150.000,00	0,00	2 100.000,00		AO-Soll nicht 0, sondern zum 30 06, bei rd. 1,66 Mio €	
561000	Bufigelder	1.12.02.03	Verkehrsangelegenheite	310.000,00	-245.958,59	435,000,00	123.000,00	neuer Tatbestendskatalog	A 30/3
562401	Zinsen zuv.erh.GewSt	1 21 51 51	Steuem, aligemeine Zu	50.000,00	552,926,00	600 000,00	EKN 000 00	eingentliche Ausgabe, Einmaleffekt 0,536 Mio. € wg. Änderungs	A 20
302401	THIS CH TO A CHILL COM OF		stige ordentl. Erträge	30.000,00	302.820,00	000 000,00	1,541,000,00	Zerlegung aus VJ 2001	1724
	J. 0**	SUIMING SOIL	suge ordenu. Crirage				1,041.000,00	T Gewinn der EWV für das Geschäftsjahr 2012 ist niedriger ausgefallen als	
351000	Gew.anteit verb Unte	4 42 BK D4	Hallenbad Glashutter W	2.100.000,00	-1.956,075,41	1.956.490.00	-143,510,00		A 40
331000	Creation to the	Summe Fina		2,100,000,00	-1.300,070,41	1.930.480,00	-143,510,00		1 40 m
1 \		Summa Erre	Eng incograme	126 107 989 93	72 014 204 DE	127 002 07222			1830

Sach- konto / Deckungs	Beschreibung -	PSP Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soll gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) I Verschlechter- ung (-)	Erläuterung Differenz	Amt
	4. 图 19. 19. 19. 19. 19. 19. 19. 19. 19. 19.	The track of the state	er	Aufwei	ndungen 🛶)		
	·						Einsparungen i H v. 169 T€ können durch die Pensionierung von 4 Mitarbeitern erzielt werden. Für die Vergutung von Überstunden aus Vorjahren im Feuerwehrbereich wurde eine gebildete Rückstelfung i H v 586,568,22 € in Anspruch genommen. "Im HR-Ergebnis sind KEINE der im Ansatz mit kalkulierten Zuschusszahlungen i. H. v von ca. 105.000 € berücksichtigt. Diese werden gesondert als Ertrag in o.g. Höhe verbucht. Darüber hinaus wird wie bereits im 1. Quartal prognostiziert mit einer Verschlechterung durch zusätzliche Überstunden im Rahmen des Winterdienstes gerechnet. Im Vergleich zum Basisjahr der Haushaltsplanung entfallen hierauf. Mehraufwendungen i. H. v. rd. 110.000	
0K 50	Pesonalhauptk.	Personalkosten gesamt PSP	30.942.873,00	14 548.579,78	30.694 822,00	248 051,00	€ im Betrachtungszeitraum Januar bis Mai "	A 11
DK 50	Pesonalhauptk.	Personalkosten / Beihilfe	476.375,00	210.310,26	425 000,00	51.375,00	Einsparung 5041000 Beihilfe/ Unterstützung Beschäftigte	A 11
		Summe Personalaufwendungen				299.426,00		
D K 51	Personalnebenk	Personalkosten / Beihilfe PSP	3.010.000,00	1 604.508,43	2.872 009,00	137 991,00	Einsparung 5121000 Beamte = 172.000 €, Mehraufwand 5141000 Beihilfe / Unterstu VSE =35.000 €	A 11
		Summe Versorgungsaufwendungen				137.991,00		
	Control Discontinu	1 44 40 04 JT N	450.000.00	05 470 05	100 000 00	22.22.	Einsparungen bei Verbrauchsmaterialen, Die eingesparte Differenz wird	
DK 52	Sach- u Dienstleist	1 11 10 01 IT-Management	150.000,00	65.172,65	130.000,00		zur Deckung von DK 54 benötigt. grob geschätzte Kosten! Bis Ende Mai Mehrkosten an Strom von 21 % und	A 10/16
	D 4 1 5	100 5 4 6 6 4 6 4 6	2040 500 40				Gas 17 % gegenuber Vorjahr	
DK 52	Bewirtschaft.	A23_Bewirtschaftung Gebaude/Grundstuck	3 010 533,43	2 178 562,74	3.700 532,47	-689 999,04	Vertragsverl. DRK bis 09/2013, Verschiebung Ausschreibung wegen	A 23
	`						Ånderungen im Vergaberecht (Sako 5237000 KOslenerstattung Deutsche Rote Kreuz), ca. 10 % mehr Einsatze; je abgerechn Einsatz 23 € Leitslelengebühr (ca. 4.104 Einsätze x. 23 € = 94.392 €) externe Beratung bei Ausschreibung Rett.D. ca. 7.500 € (Sako 5291000 Aufw [Dienstleistung)	
DK 52	Sach- u.Dienstleist	1 12 07 01 Rettungsdienst	185_500,00	67 767,83	235 545,00	-50 045 00	Dichatteratury)	A 30/32
)K 52	Sach- u Dienstleist.	1 12 02.01 Allgemeine Sicherheit und Oi	61,100,00	51 579,71	101.000,00		hőhere Anzahl Sterbefalle und Ólunfálle, ca. 30 % Erstattung durch Bestattungspflichtige u. Verursacher (Sako 5291000 Aufw Dienstleistung)	A 30/32
OK 52	Sach- u.Dienstleist.	1 53.07 01 Abfallbeseitigung -kostenrec	4 804 300,00	2.162 599,95	4.152 300,00	652.000,00	Senkung der Entsorgungskosten	A 30/32
DK 52	Sach- u.Dienstleist.	Fahrzeuge Rettungsd./Feuerwehr	96 390,00	86.034,91	251.193,87		noch ausstehende Fahrzeugwartungen 30.000 €, Wart DLK 60.000 €, Reifenerneuerung 10.247,98 €, Rep. RW 1 3.000 €, Rep. Fahrzeug Venwegen 21.000 €, Rep. Kranmulde 3.100 €, unvorhersehbare Maßnahmen 20.000 € (Die HHMittel reichen u.a. nicht aus, da 2 größere Fahrzeugreparaturen je ca. 17.000 € Anfang 2013 durchgeführt werden mußten.) Sako 525,1300	A 30/32
OK 52	Sach- u Dienstleist	1.21.06.01 Schülerbeförderung aller Sch	1 018 400,00	400 504,63	935 000,00	83.400,00	geringere Schülerzahl; Wegfall von Fahrten im Schülerspezialverkehr	A 40
DK 52	Sach- u.Dienstleist.	1.36 01.02 Förderung von Kindern in Tag	250.000,00	265.466,71	550.000,00	-300,000.00	Die 300.000 € wurden bereits überplanmäßig zur Verfügung gestellt für Tagespflege.	A 50-51
	Sach- u.Dienstleist.	Tageseinrichtungen für Kınder	343 500,00		413,400,00		Bet SK 5281000 ernonen sich die Ausgaben für die Mittagsverpflegung, da diese durch immer mehr Kita Kinder in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig erhöhen sich die Einnahmen, so dass die Ausgaben gedeckt	A 50-51
	Sach- u.Dienstleist.	1.11.08.01 Technisches Betriebsamt	1.519.842,00		·	-165.204,59	Einsparungen bei Unterhaltungen Grünfläschen ca. 234.000 € und Unterhaltung unbewegl. Vermögens 270.000 €, Mehraufwand bei Unterhaltung Infrastrukturvermögen (Winterdienst 667.000 €)	A 68
		Sa. Aufwendungen für Sach- u. Dienstl.				-714,552,50	Die ursprünglich geplanten Mehraufwendungen werden in 2013 nicht	
DK 53	Transferaufwendungen	1 36.03.17 Hilfe für junge Volljährige	880 000,00	269.768.82	680.000,00	200 000 00	benötigt, sofern die jetzige Entwicklung anhält.	A 50-51
DK 53	Transferaufwendungen	1.53.08.01 Entwässerung u. Abwasserbe			5.066 026,80		WVER-Beitrag	A 66
OK 53	Transferaufw.	Schulden u Vermögensbew.	39.104.629,00	16.748.280,00	37.182.000,00	1.922.629,00	Gewerbesteuerumlage/ Finanzierungsbeteiligung Fonds Deitsche Einheit = Verbesserung 1.050.000€, Städteregionsumlage = Verschlechterung 2.600.000 €	A 20
DK 53	Transferaufwendungen	1.31.03.01 Leistungen für Asylbewerber	1.100.000,00	785.453,36	1.600.000,00	-500.000,00	steigende Zuweisungszahlen	A 50-51

Sach- konto /	Beschreibung	PSP Element / Kostenstelle	Ratsversion	AO-Soli gb	Hochrechnung 31.12.2013	Verbesserung (+) / Verschlechter- ung	Erläuterung Differenz	Amt
Deckungs	·#					(-)	,	
- krole							Bei SK 5317000 tallen keine Kosten an, da der Wietzuschuss	+
							Jugendberufs-hilfe durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103	1
							Gebaude Bergstrasse über die Umlagenkostenart 9410100 und 9410200]
DK 53	Transferaufwendungen	1 36.03 01 Jugendsozialarbeit §13	146,800,00	80.331,14	105,500,00	41,300,00	bereits belastet wird	A 50-51
		a do no 40 - Carlotte da Illantifa CO4	055 500 00	ane arm de	700 800 00	450 000 00	Sollte die derzettige Entwicklung sich fortsetzen, können 100 000 €	A 50-51
DK 53	Transferaufwendungen	1.36.03 12 Sozialpäd. Familienhilfe §31	080.000,00	395.858,26	780,000,00	100.000,00	eingespart werden Die Kosten im Bereich vollzeitpriege erhöhen sich auch im HHJ 2013	M 30-31
	•						weiter. Dies ist im Sinne der Entwicklung des Amtes 51, da durch die	
ĺ							vermehrte Unterbringung in Pflegefamilien teurere Heimunterbringungen	
OK 53	Transferaufwendungen	1 36.03 14 Vollzeitpflege §33	854.000,00	532 508,08	1.050 000,00	-196.000,00	vermieden werden können	A 50-51
			[Bei SK 5332000 können, sofern sich die jetzige Entwicklung fortsetzt	
OK 53	Transferaufwendungen	1 36,03.19 Hilfe seel, beh. Kinder/Juge	325,000,00	83,271,97	275,000,00	50,000,00	50 000 € eingespart werden.	A 50-51
							Durch personelle Umstellungen/Veränderungen konnten geplante	1
DK 53	Transferaufwendungen	1,36,03,22 Sonstige Maßnahmen	204.966,00	29,309,85	133,000,00	71 966,00	Maßnahmen noch nicht angegangen/umgesetzt werden Der Mietkostenzuschuss und Betriebsköstenzuschuss Alte Schule	A 50-51
								.]
		too go on the second tradely and	10.750.00	0.674.80	07.052.00	24 505 55	Venwegen ist nicht mehr auszuweisen, da eine anderweitige. Verrechnung	
DK 53	Transferaufwendungen	1.36.06.03 Sonstige Jugendeinrichtunge	48.752,00	9 574,00	27 250,00	21.502,00		A 50-51
DK 53	Transferaufwendungen	Tageseinnichtungen für Kinder	5.380,400,00	2.899.131,22	5,580 400,00	-200 000,00	Die Kitas erhalten für die U.3 Betreuung zusätzliche Pauschalen, die vom Land 1:1 gezahlt werden als zwerkgebinden Fignahme	A 50-51
D17 050	l lattores darries (dos ingent	Summe Transferaufwendungen	0.000.400,00	2.000.701,22	0.500 400,00	1.208.370.20		1
DK 54	Sonst ordenti Aufwend.	1.11.10.01 IT-Management	507 920,00	362,390,45	557,000,00		sh Anlage zu SK 5422300 sh Anlage zu SK 5431030	A 10/16
	Sonst ordentl Aufwend,	1010 IT-Management	38,630,00				Differenz wird zur Deckung bei PSP 1.11.10.01 DK 54 benötigt.	A 10/16
		<					Gebührenrefinanziert, zu zahlende Abwasserabgabe durch den WVER in	
			-				stadtischer Gebuhrenkalkulation berücksichtigt	
	Sonst ordentl.Aufwend	1 53,08.01 Entwasserung u Abwasserbe		87 540,83	595,000,00	-234.062.00		A 66
DK 54	Sonst ordenti Aufwend.	1 55.02.01 Wasserläufe	330 000,00	276 827,40	370,000,00	-40 00 0. 00	Lt, WVER Beitragskalkulation für 2013	A 66
	•						Aufgrund der positiven Ausschuttungsentwicklung der EWV und der	
i							geanderten Gesetzeslage fallt seit 2010 Gewerbesteuer für den 8gA Hallenbad an. Fur 2013 wurde eine Vorauszahlung in Hohe von 29 660.00	, [
DK 54	Steuern	Schulden u Vermogensbew.	0.00	29 660 00	29 660,00	-29 660,00	f testoesetzt	A 20
		Salas Personal Control of the Contro					keine Umlagenzahlung mehr, sondern Erstattung sh. 4421000 "Ertrage	1
		·		:		,	aus Verkauf" (Sako 5431130). Einsparungen Prüfung Beratung	
							Rechtsschutz 5 000 € (Sako 5431030) und Drucksachen (Sako 5431060	
	Sonst.ordentl.Autwend.	t.53.07.01 Abfallbeseitigung -kostenrec	239.550,00	1.558,57	22,550,00	217 000,00	14-713 (NRAF)	A 30/32
OK 54	Sonst ordentl Aufwend	1.31 11.01 Sonstige soziale Leistungen	35 000,00	0.00	0,00	35.000,00	kein Beschluss zur Beauftragung	A 50-51
			A STATE OF THE STA				Es werden sämti. Aufwendungen für Schaden - auch ohne bekannte	
			1				Verursacher - über dieses SK abgewickelt. Da 2013 das erste vollständige	'
			ļ]		Jahr ist, in dem solabgewickelt wird, konnte der Ansatz vorher nicht labgeschätzt werden. Goffs, muss bis Ende 09/2013 nochmals angepasst	İ
DK54		A30_Versicherung	833.930,80	626,204,99	898,930,80	-65,000,00	worden (Sako 5441/M0)	A 30/32
5K54	L. J. J. L. HIPPER TV	A30_Versicherung	546 335.00			46,580,80	Umstellung Verträge, Rabatte	A 30/32
							Einsparungen Fortbildung, Mietaufwendungen Fahrzeuge, Maschinen und	
DK 54	Sonst.ordentl.Aufwend.	6800 Technisches Betriebsamt	74.475,00	14.345,11	29,404,22	45,070,78	Geräte, Dienst- und Schutzkleidung	A 68
		Sa, Sonstige ordentl. Aufwendungen	<u></u>			-44.150,42		
							Dem Haushaltsansatz für Ligiditätskredite liegt ein Zinssatz von 0,5 % zu Grunde, tatsächlich werden im Durchschnitt nur 0,3 % gezahlt. Dieses	
OK 55	Zinsaufwendung	Schulden u Vermögensbew.	4,220,000,00	3.186.071,65	3.744,600,00	476 400 00	Zinsniveau wird für das gesamte Jahr erwartet.	A 20
7 L 23	Zirisauwenzurig	Summe Zinsen u. sonstige Finanzaufw.	7.220 000,00	9,100.071,00	3.744.000,00	475,400,00		
Summe Au	fwendungen; ***		106,760,489.23	54.602.430.20	105:380.564.95			. * **********************************
	100 May 100 Ma	A STATE OF THE PARTY OF THE PAR					Accessed to the Control of the Contr	1 272.755-
			M	ehr/Minderertra	e/-einzahlungen	894.184		
					n/-auszahlungen	1.362.484		
			Verbesseru	ng(+)/Versc	hlechterung (-)	2.256.669		_

Zeilen 3,4,5,6,11,80 und 101 = Haushaltsansätze gem. Fortschreibung HSP für 2013

Die Personalkostendarstellung enthält bezogen auf den HA als auch auf die Prognose zum 31.12, die Ansätze der Rückstellungspositionen, die in den Überwachungsberichten nicht enthalten sind,

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

X öffentlich

□ nicht öffentlich

FB1 / 81

Daturn Drucksache-Nr. 07.08.2013

VORLAGE

Für die Sitzung des

Hauptausschusses / Rat

am

10.09,2013

Tagesordnungspunkt Nr.

A),14. 1 A) 13.

Betreff

Bestandsaufnahme der Stolberger

Lehr- und Wanderpfade



a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss/der Rat der Kupferstadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2014/2015 abzuwarten.

Nach Entscheidungsfindung im Arbeitskreis Tourismus über die Ausgestaltung des naturkundlichen Lehrpfades im Gedautal sind Hauptausschuss und Rat zu informieren.

b) Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 21.05.2013 verwies der Hauptausschuss der Kupferstadt Stolberg den Antrag der CDU-Fraktion betr. Bestandsaufnahme der Stolberger Lehr- und Wanderpfade zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

Bei einem gemeinsamen Gespräch mit den Stolberger Ortsgruppen des Eifelsvereins wurde das Wegenetz abgestimmt. Die Auflistung ist dieser Vorlage beigefügt. Bei den Wanderwegen findet die Unterscheidung zwischen A- und OWW-Wanderwegen statt. Die A-Wege starten von Parkplätzen. Die OWW sind Rundwanderwege um Ortschaften bzw. Stadtteilen Stolberg.

Alle Wege werden von Wegewarten des Eifelsvereins kontrolliert und betreut. Die Kontrolle finden zweimal jährlich statt. Dabei werden kleine Freischneide- und Markierungsarbeiten direkt vom Wegewart durchgeführt.

Größere Arbeiten werden nach Absprache durch das städtische Forstamt durchgeführt.

Die Vorsitzenden der Ortsgruppen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit dem Forstamt stets unproblematisch ist und die Arbeiten zügig erledigt werden.

Bei den Ortsgruppen müsse aber leider der demografische Wandel festgestellt werden. Durch Überalterung seien immer weniger Helfer für die notwendigen Arbeiten zu finden. Trotzdem schaffe man es, die jährlichen Kontrollen durchzuführen.

Bei den Wanderwegen ist nur die Stolberger Kupferroute als nach den Kriterien des Deutschen Wanderverbandes angelegter Premiumwanderweg zu benennen. Alle anderen aufgelisteten Wege sind einfache Wanderwege.

Allerdings muss dabei die Unterscheidung zwischen Wanderwegen (siehe Auflistung) und Wirtschaftswegen gemacht werden.

Wanderwege werden regelmäßig (2x jährlich) durch die Wegepaten kontrolliert und wie oben beschrieben instandgesetzt.

Die Wirtschaftswege sind Wege ohne überörtliche Bedeutung, die selbstverständlich auch von Wanderern genutzt werden, aber nicht der Pflege eines Eifelvereins unterstellt sind.

Darüber hinaus wurde der geologische und der naturkundliche Lehrpfad begangen und im Bestand festgestellt. Auch diese beiden Auflistungen sind der Vorlage beigefügt. Dabei wird ersichtlich, dass insbesondere der naturkundliche Lehrpfad im Gebiet Gedautal sehr starke Beschädigungen aufweist und einer kompletten Überarbeitung bedarf.

Der Arbeitskreis Tourismus hat sich bereits mehrfach mit diesem Thema befasst. Er befindet sich zurzeit in der Findungsphase, über eine geeignete und allen Ansprüchen gerechte Darstellungsform.

Der geologische Lehrpfad ist mit Ausnahme von zwei fehlenden Tafeln und einer Tafel, die durch Aufkleber verunreinigt wird, im guten Zustand.

Mittel für den Ersatz der Tafeln am geologischen Lehrpfad sowie der Anteil für das Wegemanagement der Kupferroute sind für den Haushalt der Jahre 2014 und 2015 im konsumtiven und investiven Bereich angemeldet. Inwieweit die Mittel bereitgestellt werden, kann derzeit noch nicht gesagt werden.

Die Auskunft auf Förderung aus LEADER-Restmitteln steht derzeit noch aus, Anderweitige Fördermaßnahmen werden derzeit von der Verwaltung geprüft.

c) Rechtslage:

Die Pflege der touristischen Infrastruktur ist eine freiwillige Leistung der Kupferstadt Stolberg.

d) Finanzierung:

Für den Haushalt 2014 und Folgejahre wurden durch das Fachamt, Mittel sowohl für die laufende Unterhaltung der Kupferroute als auch für investive Maßnahmen angemeldet.

e) Personelle Auswirkung:

Die Arbeiten binden Personal des Amtes 81.

Andreas Pickhardt Fachbereichsleiter 1

		Rundwan	derwege des Naturparks Nord	leifel, =	A – Wege v	on Parkplätzen.	(Stand Jun	ni 2013)
Park	olatz	Rundweg	Gebiet	Km	OG	W	Wt	Forstamt/Ansprechpartner
genläg	ger	A 1	Stolberger- u. Münsterwald	2,5	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
genläg	ger	A 2	Stolberger- u. Münsterwald	9,0	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
sterau	1	A 3	Stolberger- u. Münsterwald	9.0	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
İschäi	nke	A 4	Stolberger- u. Münsterwald	2,5	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
lschäi	nke	A 5	Stolberger- u. Münsterwald	5,5	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
				28,5	durch paral	lele Wegeführung = 1	4,0 Km Stre	ecke zu markieren
 vegen		A 1	Münsterwald	2.5	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
vegen		A 2	Münsterwald	4.5	Breinig	J.Wolff		Stolberg/Preckel
wegen		$\frac{1}{A}\frac{A}{3}$	Münsterwald	6,5	Breinig	J. Wolff		Stolberg/Preckel
vegen	A 3 Munsterward					lele Wegeführung – 1	0,5 Km Stre	
	<u> </u>				OG Breini	g insgesamt = 24.5 K	m Strecke zu	ı markieren
endell		A 1	Gressenicher Wald	3.0	Gressenich			Stolberg/Preckel
ndell		A 2	Gressenicher Wald	4,5	Gressenich	D. Korst / K	H. Gillet	Stolberg/Preckel
zgart	en	\tilde{A} $\tilde{3}$	Gressenicher Wald	7.5	Gressenich	D. Korst / K	H. Gillet	Stolberg/Preckel
				15,0	durch paral	lele Wegeführung = 1	3,9 Km Stre	ecke zu markieren
			L		OG Gresse	enich insgesamt = 13,	9 Km Streck	e zu markieren
			Rundwanderw	ege um	Ortschafter	n (OWW)		
xeg		OWW;	ab Zweifall Kirche	Km	OG	Wegewart	Forstamt'	Ansprechpartner
	Hellebendstr.	-Kriegerden	kmal-Kahlenbergstraße	2,5	Zweifall	Johann Henn		rstamt Hürtgenwald
	Zweifaller Sc	hneise-Mula	artshütter Schneise-Finsterau	10.0	Zweifall	Johann Henn	Stolberg/F	Preckel u. Hürtgenwald
	Vichtbachtal-	Mulartshütt	e-WP Venwegen	8,0	Zweifall	Johann Henn	Stolberg/F	Preckel u. Hürtgenwald
	Zweifaller Se	hneise-Sole	hbachtal-Hasselbach	10.0	Zweifall	Johann Henn	Staatl, For	rstamt Hürtgenwald
	Zweifaller Sc	hneise-Hass	selbach (westl. Seite)	14.0	Zweifall	Johann Henn	Staatl, For	rstamt Hürtgenwald
	Zweifaller Schneise-Hasselbach (östl. Seite)				Zweifall	Johann Henn	Staatl, For	rstamt Hürtgenwald
	TannenbergstrJägersfahrt-Kirchhardt-Hasselbach-Kornbend				Zweifall	Johann Henn	Staatl, I or	rstamt Hürtgenwald
	<u> </u>			69,0	Durch paralle	le Wegeführung = 53	,5 Km Street	kenlänge zu markieren
	W. J. C. 1998					0 81 31	<u> </u>	
					-			

	OWW ab Stolberg Burg		Km	OG	Wegewart	Forstamt/Ansprechpartner
	Jubiläumsweg		27,00	Stolberg	Harald Papke	Stolberg/Preckel
	Verbindungsweg Burg - Bocksmühle		3,00	Stolberg	Harald Papke	Stolberg/Preckel
	Verbindungsweg Burg - Hammwäldchen		4,50	Stolberg	Harald Papke	Stolberg/Preckel
	Rundweg Burg-Mausbach-Vicht-Hammer	wald	14,50	Stolberg	Harald Papke	Stolberg/Preckel
**************************************			49,0		V & F.	
	OWW Vicht					
	Lehmjöresweg		13,6	IG Vicht	Interessengemeinscha	ft Vicht Stolberg/Preckel
	OWW Breinig Kirchc					
İ	Schomet		2,3	Breinig	Josef Wolff	Stolberg/Preckel
	Brcinigerberg		7,5	Breinig	Josef Wolff	Stolberg/Preekel
	Venwegen		8.2	Breinig	Josef Wolff	Stolberg/Preckel
	Büsbach		8.9	Breinig	Josef Wolff	Stolberg/Preckel
	Krauthausen		10.5	Breinig	Josef Wolff	Stolberg/Preckel
			37,4			
		ge zum	Eifelst	· ·	wanderwege (HWW) P	
	Strecken	Km		OG	Wegewart	Forstamt
a	Werth Vicht	7,3	Gres	senich	D. Korst / KH. Gillet	Stolberg
1	Vicht - Kitzenhaus	9.7	Zwe	fall	Johann Henn	Stolberg/Aachen
)a	Schevenhütte – Omerbach	2.5	Gres	senich	D. Korst / KH. Gillet	Stolberg
)h	Pilgerdenkmal - Zweifall	6.5	Zwe	fall	Johann Henn	Staatl, Forstamt Hürtgenwald/Stolberg
		26.0				
:2	Schevenhütte – Stollenwerk Vicht	7.3	Gressenich		D. Korst / KH. Gillet	Stolberg
<u>.</u>	Stollenwerk Vicht-Breinig	5.5	Brei	ng	Josef Wolff	Stolberg Aachen
		12,8				
ron	KupferRoute Stolberg - Kitzenhaus	15,6	Stadi	Stolberg	Helga Verst	Stolberg Aachen

Geologielehrpfad

Inhalt	Zustand der Tafel	Bild
Kalkwerk Gehlen: Vom Rohstoff Kalkstein bis zum Branntkalk		
Steinbruch Gehlen: Geologie und Lebensraum	fehlt	
Lebensraum Trockenmauer	In Ordnung (Aufkleber stören)	
Der Burgfelsen: Geologie und Lebensraum	In Ordnung	speknellicher Lehrpfad der Stadt. Stolbe
Der Kupfermeisterfriedhof In Ordnung		
Der Jungfernstein In Ordnung		

Zur Geologie des Hammerbergs	In Ordnung	
---------------------------------	------------	--

Naturlehrpfad

Inhalt Zustand Bild Vegetationsentwicklung In Ordnung auf Ödland Die Inde – ein Fehlt naturnaher Fluss? Sträucher (Faulbaum, In Ordnung Heckenrose, Roter Hartriegel, Hasel) Sträucher (Salweide, fehit Himbeere, Gewöhnliches Pfaffenhütchen, Gemeiner Schneeball) Die Pestwurz Insektenbefall

1

2

3

2

...

5

Der	Glas	
Riesenschachtelhalm	beschädigt	
Niederwald	Graffiti	Accordance Learn-stand des Stands
Heimischer Laubwald – Standortfremder Fichtenforst	In Ordnung	Figure 1 and
Inde - Altarm	In Ordnung	
Die Gewässer der Inde	Plakat fehlt	
Die Linde	Fehlt	
Schwermetallhaltige Böden	In Ordnung	And the state of t
Landschaftsentwicklung im Indetal	Glas beschädigt	Make for smaller transfer transfer the property of the small and the small and t

14	Ein einzelner Baum	Kaum zu erreichen	
15	Kleingewässer	Graffiti	Streek Streek
1	Flechten	In Ordnung	Relativestical to the control was a second to the control
17	Obstbrache	Beschmiert	Mark Michor Ledwylor die Staut. Stolbert
18	Hecke als Landschaftselement	Beschmiert	
19	Brennnessel – Giersch – Gesellschaft	Beschmiert, kaum zu erreichen	

20	Landschaftswandel im Stolberger	Man muss über den Bach springen, um die Tafel zu erreichen, zu steil zum Stehen	Martin between the best of the second of the
21	Die Hecke als Lebensraum	Verblichen	Charter Annual State of Land Control of Cont
22	Obstwiese	Plakat und Glas fehlt	
23	Leben funktioniert in Ökosystemen	Plakat und Glas fehlt	
24	Heckensträucher (Echte Mispel, Schwarzer Holunder, Weißdorn)	verblichen	
25	Feuchtgebiet	fehlt	

26	Gehölze (Besenginster, Brombeere, Stieleiche)	Insektenbefall	
27	Das Gedauer Konglomerat	fehlt	
28	Pfeifengraswiese	Kaum zu erreichen	
29	Uferbewuchs der Inde	In Ordnung	Meaning that is regarded one life of spinnings. We have the first spinnings.
30	Der Platz der heimischen Tierwelt in unserer Kulturlandschaft	In Ordnung	Construction of acting a 1 distributed by the State of St
31	Quellwald	In Ordnung	
32	Waldsterben	In Ordnung	

Stadt Stolberg (Rhld.)

1/1

S⊄öffentlich

□ nichtöffentlich

Datum 14.08.2013 Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschusses / Rates 10.09.2013 / 10.09.2013

am
Tagesordnungspunkt Nr.

A)15 / A)14.

Tagesordnungspunkt Nr Betreff

Umlaufbeschluss:

hier: GREEN Solar Herzogenrath GmbH

- Anteilsübertragung von EWV auf GREEN

Rat

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat / Der Rat beschließt:

- 1. Die Stadt Stolberg stimmt der Anteilsübertragung von EWV auf GREEN in Höhe von maximal 11,25 % zum Verkaufspreis von <u>346.500 €</u> betreffend die Anteile an der Green Solar Herzogenrath GmbH, vorbehaltlich der Umsetzung der geplanten Kapitalerhöhung bei der GREEN, zu.
- 2. Die Vertreter der Stadt Stolberg in der Gesellschafterversammlung der EWV sowie die Vertreter der Stadt Stolberg im Aufsichtsrat der EWV werden ermächtigt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahme abzugeben.

b) Sachverhalt:

Vorbemerkung:

In seiner Sitzung am 22.05.2012 hat der Rat der Stadt Stolberg eine Beteiligung der EWV GmbH an der GREEN Solar Herzogenrath GmbH zugestimmt.

Bereits bei der damaligen Beschlussfassung war die Absicht einer späteren, teilweisen oder vollständigen Rückübertragung der Geschäftsanteile der EWV GmbH auf die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH erklärt.

Die Zustimmung zu der im weiteren Sachverhalt vorbehaltenen notwendigen Kapitalerhöhung für GREEN hat der Rat in seiner Sitzung am 16.07.2013 erteilt. Das Verfahren läuft.

Ausgangssituation:

Im Rahmen der ökologischen Stromerzeugung und der ressourcenschonenden Verwendung von Energieträgern haben sich die n.s.w. energy GmbH und die EWV im Herbst 2011 zusammengefunden, um auf dem Gelände der Nivelsteiner Sandwerke eine Freiland-Photovoltaikanlage zu bauen.

Ursprünglich wurde das Projekt durch die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH akquiriert, dann aber aufgrund des hohen

Investitionsvolumens und der geringen Kapitalisierung der GREEN auf EWV übertragen. In diesem Zuge hat sich GREEN eine Beteiligungsoption an der PV-Anlage zu einem späteren Zeitpunkt gesichert. Diese Option kann GREEN erst nach einer notwendigen Kapitalerhöhung ziehen.

Zum Bau der rund 10 MWp großen Anlage wurde eine Projektgesellschaft, die GREEN Solar Herzogenrath GmbH, gegründet, an der zunächst EWV und n.s.w. energy zu je 50 % beteiligt waren. Ende 2012 kam die Stadt Herzogenrath als 3. Gesellschafter mit einem Gesellschaftsanteil von 10% hinzu.

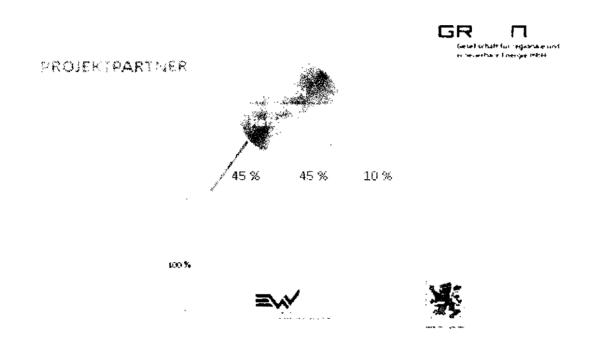


Abb.: Aktuelle Gesellschaftsstruktur GREEN Solar Herzogenrath

Durch die im Juni 2013 fertig gestellte PV-Anlage kann die elektrische Energie für rund 3.080 Haushalte sichergestellt werden. Weiterhin werden durch die Anlage 5.544.000 kg/a CO2-Emmissionen vermieden.

Die technischen Daten der PV-Anlage sind in der folgenden Tabelle 1 aufgeführt.

Nennleistung	ca. 10.455 kWp
Module	ca. 42.000 St
Wechselrichter	420 Stk
prognostizierter Ertrag	943 kWh/kWp*a
jährlicher Ertrag	9.859 MWh/a
CO ₂ -Einsparung	5.544.000 kg/a

Vorgehensweise:

Um die Beteiligungsoption der GREEN an der Projektgesellschaft Green Solar Herzogenrath GmbH ausüben zu können, benötigt GREEN eine Kapitalerhöhung. Demzufolge hat GREEN ein Verfahren zur Kapitalerhöhung um ca. 600 T€ bei ihren Gesellschaftern eingeleitet, das Mitte des Jahres 2013 abgeschlossen sein soll.

Nach erfolgter Kapitalerhöhung der GREEN soll der Einstieg in die Green Solar Herzogenrath GmbH über den Erwerb von EWV Anteilen erfolgen. Im Zuge der bestehenden Eintrittsoption möchte GREEN 25 % der zurzeit durch die EWV gehaltenen 45 % der Anteile an der Green Solar Herzogenrath GmbH erwerben. Dies entspricht durchgerechnet einem Anteil von 11,25 % für GREEN an der Green Solar Herzogenrath GmbH.

Der vorgeschlagene Verkaufspreis beträgt <u>346.500</u> €. Er orientiert sich an dem anteiligen Buchwerte der Green Solar Herzogenrath GmbH in Höhe von 2.800.000 € x 11,25% = 315.000 € zzgl. eines angemessenen Zuschlags für Projektierungsleistungen von 10 % (31.500 €).

Die neue Anteilsverteilung an der GREEN Solar Herzogenrath wäre dann wie folgt:

 Stadt Herzogenrath
 = 10 %

 n.s.w. GmbH
 = 45 %

 GREEN GmbH
 = 11,25 %

 EWV GmbH
 = 33,75 %

c) Rechtslage:

Der Weisungsvorbehalt des Rates an die Vertreter der Gemeinde in der Gesellschaft ergibt sich aus § 108 Abs. 5 GO NRW.

d) Finanzierung:

Die kommunalen Beteiligungsverhältnisse an der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH bleiben unverändert. Es handelt sich um eine Änderung der mittelbaren Beteiligungsverhältnisse.

e) Personelle Auswirkung:

Entfällt.

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

HA / Ra + 10.09.7013 A) 16. / A) 15.

Stadt Stolberg (Rhld.)

Der Bürgermeister

Vorab-Auszug

aus der nicht unterschriebenen Niederschrift über die Sitzung des

Jugendhilfeausschusses am 20.06.2013

A) Öffentliche Sitzung:

TOP 5: Etat des Jugendamtes für den konsumtiven Haushalt 2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erkennt die Notwendigkeit der im Sachverhalt begründeten und zur Etatisierung vorgeschlagenen Ansätze im konsumtiven Bereich des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2014 an und empfiehlt Hauptausschuss und Rat einstimmig, diesen Etat unter Berücksichtigung der finanziellen Gesamtsituation des Haushaltes 2014 zu verwirklichen.

Für die Richtigkeit des Auszuges: Stolberg, den 27. Juni 2013

Im Auftrag (

Stadt Stolberg (Rhld.)

X öffentlich

nicht öffentlich

Datum Drucksache-Nr. 29.04.2013

VORLAGE

Für die Sitzung des

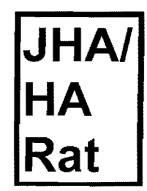
Jugendhilfeausschusses | HA | Rut + 12013

20.06.2013

Tagesordnungspunkt Nr. 5

Betreff

Etat des Jugendamtes für den konsumtiven Haushalt 2014



a) Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss erkennt die Notwendigkeit der im Sachverhalt begründeten und zur Etatisierung vorgeschlagenen Ansätze im konsumtiven Bereich des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2014 an und empfiehlt Hauptausschuss und Rat, diesen Etat unter Berücksichtigung der finanziellen Gesamtsituation des Haushaltes 2014 zu verwirklichen.

b) Sachverhalt:

Dem Jugendhilfeausschuss als Bestandteil des Jugendamtes werden gem. Auflistung in Anlage 1(Aufwendungen), Anlage 2 (Kostenstelle) und Anlage 3 (Erträge) die durch das Jugendamt angemeldeten Aufwendungen und Erträge im konsumtiven Bereich für das Haushaltsjahr 2014 dargelegt.

Die investiven Mittelanmeldungen für den Haushalt 2014 sind erst Anfang Juni 2013 vorzunehmen und werden dem Jugendhilfeausschuss in einer separaten Vorlage unterbreitet.

Die Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2014 orientieren sich am wirtschaftlichen Handeln des Fachamtes, die im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen sind umgesetzt. Die Ansätze wurden nach bestem Wissen, was im Bereich Jugend wegen unvorhersehbarer Entwicklungen immer schwierig ist, ermittelt.

Die Haushaltsansätze für das Jahr 2014 sind aus Sicht des Fachamtes zur Erfüllung der Aufgaben, die sich aufgrund der vielfältigen Anforderungen aus dem SGB VIII sowie dem Bundeskinderschutzgesetz ergeben, erforderlich, um den gesetzlichen Anforderungen eines Jugendamtes gerecht zu werden.

Die Ausgewogenheit der Angebote gem. dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) bildet die Grundlage für ein kommunales Netzwerk, das Kindern und Jugendlichen sowie Familien die für ihre Entwicklungen erforderlichen Hilfen und Angebote in unserer Stadt in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt.

achbereichsleiter 3

Anlage 1

Aufwendungen 2014

Amt:	FB 3/51-50/64	Alle Ansätze und Erläuterungstexte wurden auf	Bearbeitungshinweise:
		Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft:	1
rbeiter:			Nicht austillen. 25.
			Nicht ausfüllen Bewirtschaftung/Anmeidung durch anderes Amt-nicht ausfüllen-
		Datum und Unterschrift	HSP Maßnahme: bitte bei Planung berücksichtigen
		Margaria minim Carroca Servicia	i for Maistardie bite bet Flationig betterschinger

<u>iterhaltsvorschussleistungen</u>

	Autwe	ndungen				Pland	aten für Ha	ushalt 2014
	vort lst 2011 Stand 01.02.13	vori, ist 2012 Stand 01.02.13	Elläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
1 Unterhaltsvorschüssleistungen	1.012,794,77	1.040.090,81		1.190.000,00	1.190.000,00	1.190,000,00	1.190.000,00	
ansferaulwendungen	1.012,794,77	1,040,090,81		1.190.000,00	1,190,000,00	1.190,000,00		
Soz, Lst. an nat. Pers, außerh. v. Einr.	911.059,00	930,703,62	Volzig des UVG	1.090.000,00	1.090.000,00	1 090,000,00	1.090 000,00	Es wird davon ausgegangen, dass die
								UVG-Zahlungen gesetzl, erhöhl werden.
Sonstige Transferaufwendungen	101.735,77		Erstatt, An Land-Einn, UVG (7/15 Einn, § 7 UVG)	100.000,00	100.000,00	100,000,00	100,000,00	Bei geschätzten Einnahmen von 215.000 € sind 7/15
			Umbuchung auf Wunsch von RPA (Hn Polte)					an das Land abzuführen.

rderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege

	Autwe	ndungen		Plandaten für Haushalt 2014				
	vort st 2011 Stand 01:02:13	vori. Ist 2012 Stand 01.02:13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
	277,287,76	468.791,35		600,000,00	00,000,00	600.000,00	00,000,00	
Förd, von Kindern in Tageseinr.	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	
h- u.Dienstleist.	0,00	0,00		0,00	00,0	0,00	0,00	
Unterfi BuG	0,00	0,00	Einrichtung U 3	0,00	0,00	0,00		Solite das Programm neu aufgelegt werden, erfolgt eine 1:1 Refinanzierung
Förd, von Kindern in Tagespflege	277.287.76	468.791,35		- 600.000,00	600,000,00	600,000,00	00,000,003	7 3 A A A A A A A A A A A A A A A A A A
ch- u Dienstleist.	237.287,76	428,791,35	NAME OF THE PARTY	600,000,00	600,000,00	600.000,00	600.000,00	
Aulw Dienstleistung	237.287.76		Betreuungskosten Tagespflege (Ausbau Tag.Pfl., Krankenkassenbeitrag Kitóg)	600,000,00	600 000,00	600,000,00		Die Tagespflege (gesetzt. Anspruch auf Betreuung ab dem 1 LJ) wird weiter ausgebaut. Demzufolge steigen hier die Ausgaben.
insferaufwendungen	40.000,00	40.000,00		0,00	0,00	0,00	0,00	194 Table 14
ZuwiZu itd Zw priv U	40,000,00	40,000,00	Zuschuss Tagespflege SKF/HWH (Koop vertrag)	0,00	0,00	0,00	0,00	HSP-Maßnahme Nr. 23, (24 = PSP 1 36.02.01)
3 Unterstützung selbstorg, Förderung	0.00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	
ch- u.Dienstielst	0,00	0,00	The state of the s	0,00	0,00	0,00	0,00	the state of the s
Erst lfd Verw pri Un	0,00	0,09	Aufwandsersatz für Tagesmutter bei Einrichtung der Räumlichkeiten, Programm läuft Ende 2013 aus	0,00	0,00	0,00		Sollte das Programm neu aufgelegt werden, erfolgt eine 1:1 Refinanzierung
samt ·	237.287,76	428,791,35		600.000,00	600.000,00	600.000,00	600.000,00	

<u>gendarbeit</u>

							Plandaten für Haushalt 2014					
	vorl ist 2011 Stand 81,92,13	yorl lst -2012 Stand 01.6213	Erläuterungen.	Ansatz 2014	Ansalz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen				
	224.447,86	212.998,57	The state of the s	133:330,00	132.330,00	132.330,00	-132,330,09					
Zuschüsse Träger Jugendarbeit	174.033,97	162,621,10		80,000,00	80,000,00	80.000,00	90,000,08					
ansferaufwendungen	174.033,97	162,621,10	The state of the s	80,000,00	80,000,00	80.000,00	80.000,00					
Zuw/Zu lfd Zw priv U	174.033,97		Zuschüsse Träger Jugendarbeit (Gesamtplan). Der Gesamtplan ist bis 31:07:2012 gültig. Eine Fortschreibung ist zu verfrändeln.	80.000,00	80 000,00	80,000,00	00,000,00	Gesamtplan von JHA, HA, Rat bis 31 07 2016 weiter bewilligt. Die Kosten wurden auf 80.000 €/Jahr reduziert. HSP-Maßnahme Nr 24 wurde umgesetzt.				
2 Kindeterholung WEH	0,00	0,00	KOMPLETT FREIWIELIG	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00					
ansferaufwendungen	0,00	0,00	way ya a a a a a a a a a a a a a a a a a	4,000,00	4.000,00	4.000,00	4,000,00					
Soz Lst natúr P a E	-,0,00	.0,00		4.000,00	4.000.00	4,000,00	4,000,00	Der Ansatz in Hohe von 4.000 € ist beizubehalten. In den Letzten Jahren erfolgte keine Zahlung, da der Ansatz zu spät freigegeben worden ist				
3 Kindererholung Stolbarchen	23.694,82	27.996,56	KOMPLETT FREIWILLIG	13.000,00	13.000,00	13,000,00	13,000,00	<u> </u>				
anşferaufwendungen	23.694.82	27.996.56	NEW TOPICS TO COMMENT OF THE POST OF THE CONTROL OF	13.000,00	13.000,00	13,000.00	13,000,00	A PART OF THE PROPERTY OF THE				
Soz Lst natür P a E	23.694,82		Kind erh (Ferienmaßnahmen JA Stolbarchen) Finanzierung über Spenden und Teilriehmeitseiträge.	13.000,00	13 000,00	13 000,00	13,000,00	The state of the s				
4 Kinder-und Jugendevents	2.547,09	2.008,53	KOMPLETT FREIWILLIG	2,500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00					
ansferaufwendungen Soz Lst natur P a E	2.547,09 2.547,09	2.008,53 2.008,53	teilweise Refinanzierung aus Spenden und Eintrittsgeldern	2,500,00 2 500,00	2,50 <u>0,</u> 00 2,500,00	2.500,00 2 .500,00	2.500,00 2.500,00					
5 Jugendarbeit allgemein	24.171,98	20,372,38		33.830,00	32,830,00	32.830.00	32.830,00					
ersonalaufwendungen	0.00			0,00	0.00	0,00	0,00					
Sonstige Beschäftigte	0,00		Honorare, wenn nicht über Spenden (sh. 5499999)	0,00	0,00	0,00		entfäit				
och- u.Dienstleist.	00,00	0,00		500,00	500,00	500,00	500,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·				
Aufw für sonstige Sachleistungen	0,00	\$	Werbeaktion Stolbärchen	500,00	500,00	500,00	500,00					
ansferaufwendungen Soz. Lst. an nat. Pers. außerh. v. Einr.	24.171,98	20.372,38	Jugenderholung, Alig. Zusch, Jugeridverbände, Mitarbeiterschulung (freie Trager)	33.330,00 27.830,00	32.330,00 27 830,00	32.330,00 27.830,00	32,330,00 27 830,00	Jugenderholung 23.000€, All Zusch. Jugendverbände 3.830€, Mitarb.schul.(Freie Trager 1.000€				
Zow u. Zusch fiff Zw. an pr. Untern.			Jugend Parlament	3,500,00	3 500,00	3.500,00	3,500,00)				
Scastige soziale Leistungen	638.70	534,6	Projekt Generation Jugand	2.000.00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	In einem städteregionsweiten Projekt ist für 2014 eine Projektreihe nebst Fachtag zum Thema der Persönlichkeits- und Ichstärkung geplant. Somit ist de Ansatz für 2014 einmalig höher anzusetzen				

st. Leistungen zur Förderung junger Menschen/Familien

vori. list. 2011 Stand 91:02:13 8:830:084,8 1 Jugendsozialarbeit \$13 148:126,4 ansferaufwendungen Zuw/Zu ltd Zw priv U 41:294,8 Soz List natür P a E 106:831,5 Soz List natür P a E 106:831,5 3 Alig. Förd. d. Erziehungit. d. Familie 20,0 3 Alig. Förd. d. Erziehungit. d. Familie 3 Soz List natür P a E 9,0 4 Beratung Partnerschaft 0,0 4 Beratung Partnerschaft 0,0 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457:607,6 3 Soz. List. an nat. Person. in Einricht 457:607,6 5 Soz. List. an nat. Person. in Einricht 457:607,6 5 Soz. List. an nat. Person. in Einricht 457:607,6	1 110.584,90 1 110.584,90 3 110.584,90 3 1.410,21 3 1.410,21 6 0,00	Mietzuschuss Jug. Berufshilfe. Zukünftig ist dieser Zuschuss nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103 Gebäude Bergstraße die sich darin befindliche Jugendberufshilfe zu 92% über die Umlagekostenarten 9410100 und 9410200 bereits entsprechend belastet wird. Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01.06.2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendi. Arbeitslose (Jug. Berüfshilfe) bleiben FREIWILLIG.	Ansatz 2014 8.975,500,00 106,000,00 0,00 106 000,00 1.500,00 1.500,00 1.500,00	Ansatz 2015 -8.941,300,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00 -105.500,00	Ansatz 2016 8.941,300,00 105,500,00 1,500,00 1,500,00 1,500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 105.500,00 1.500,00	
Jugendsozialarbeit §13 148.126,4 ansferaufwendungen 148.126,4 Zuw/Zu lfd Zw priv U 41.294,8 Soz Lst natür P a E 106.831,5 Soz Lst natür P a E 522,3 Alig: Förd. d. Erziehungi. d. Familia 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,0 4 Beratung Partnerschaft 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 ansferaufwendungen 457.607,6 ansferaufwendungen 457.607,6	1 110.584,90 3 110.584,90 3 1.410,23 3 1.410,23 0 0,00	Mietzuschuss Jug. Berufshilfe. Zukünftig ist dieser Zuschuss nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103 Gebäude Bergstraße die sich darin befindliche Jugendberufshilfe zu 92% über die Umlagekostenarten 9410100 und 9410200 bereits entsprechend belastet wird. Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01.06.2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendi. Arbeitslose (Jug. Berüfshilfe) bleiben FREIWILLIG.	106,000,00 106,000,00 0,00 106,000,00 1,500,00	105,500,00 105,500,00 0,00 105,500,00 1,500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 105.500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 105.500,00 1.500,00	in 2014 = 2,000 €, da für das Nachtsportangebot "Breinight Active" Honorarkräfte einzusetzen sind und der Kommunalcup 2014 sein 10jähriges Jubiläum feiert, was zu besonderen Veranstaltungen führt. Ansonsten für Sport statt Gewalt jährlich 1,500 €
Soz Lst natür P a E 3 Alig: Förd. d. Erziehungt. d. Familia 3 Soz Lst natür P a E 4 Beratung Partnerschaft 4 Beratung Partnerschaft 5 Soz Lst natür P a E 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Välern mit 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 41.294,8 42.3 41.294,8 5 Soz Lst natür P a E 5 Soz Lst natür P a E 9,6 9,6 9,7 9,7 9,7 9,7 9,7 9,7	1 110.584.90 3 0,00 3 110.584,90 3 1.410,20 3 1.410,20 0 0,00	Mietzuschuss Jug. Berufshilfe. Zukunftig ist dieser Zuschuss nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103 Gebäude Bergstraße die sich darin befindliche Jugendberufshilfe zu 92% über die Umlagekostenarten 9410100 und 9410200 bereits entsprechend belastet wird. Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01.06.2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendi. Arbeitslose (Jug. Berufshilfe) bleiben FREIWILLIG.	106,000,00 0,00 106,000,00 1,500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	in 2014 = 2,000 €, da für das Nachtsportangebot "Breinight Active" Honorarkräfte einzusetzen sind und der Kommunalcup 2014 sein 10jähriges Jubiläum feiert, was zu besonderen Veranstaltungen führt. Ansonsten für Sport statt Gewalt jährlich 1,500 €
Zuw/Zu litd Zw priv U 41.294,8 Soz Lst natür P a E 106.831,5 2 Erz. Kinder- u. Jugendschutz § 14 ansferaufwendungen 522,3 3 Alig: Förd. d. Erziehung i. d. Familie 3 Alig: Förd. d. Erziehung i. d. Familie Soz Lst natür P a E 4 Beratung Partnerschaft 3 Alig: Förd. d. Erziehung i. d. Familie Soz Lst natür P a E 4 Beratung Partnerschaft 3 Alig: Förd. d. Erziehung i. d. Familie 50 Lst natür P a E 50 Cam. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 ansferaufwendungen 457.607,6	3 1.410,23 3 1.410,23 3 1.410,23	Mietzuschuss Jug. Berufshilfe. Zukünftig ist dieser Zuschuss nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103 Gebäude Bergstraße die sich darin befindliche Jugendberufshilfe zu 92% über die Umlagekostenarten 9410100 und 9410200 bereits entsprechend belastet wird. Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01,06,2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendt. Arbeitsjose (Jug. Berufshilfe) bleiben FREIWILLIG.	0,00 106 000,00 1,500,00 1,500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	105.500,00 0,00 105.500,00 1.500,00	in 2014 = 2,000 €, da für das Nachtsportangebot "Breinight Active" Honorarkräfte einzusetzen sind und der Kommunalcup 2014 sein 10jähriges Jubiläum feiert, was zu besonderen Veranstaltungen führt. Ansonsten für Sport statt Gewalt jährlich 1,500 €
Soz Lst natür P a E 106.831,5 P Erz. Kinder- u. Jugendschutz § 14 522,3 Insteraufwendungen 522,3 B Alig. Förd. d. Erziehungti. d. Familie 0,6 Insteraufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 B Beratung Partnerschaft 0,6 Insteraufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6 Insteraufwendungen 457.607,6	3 1.410,23 3 1.410,23 3 1.410,23	Mietzuschuss Jug. Berufshilfe. Zukünftig ist dieser Zuschuss nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostenstelle 230103 Gebäude Bergstraße die sich darin befindliche Jugendberufshilfe zu 92% über die Umlagekostenarten 9410100 und 9410200 bereits entsprechend belastet wird. Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01,06,2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendt. Arbeitsjose (Jug. Berufshilfe) bleiben FREIWILLIG.	0,00 106 000,00 1,500,00 1,500,00	0,00 105 500,00 1,500,00 1,500,00	0,00 105,500,00 1,500,00	0,00 105,500,90 1,500,00 1,500,00	in 2014 = 2,000 €, da für das Nachtsportangebot "Breinight Active" Honorarkräfte einzusetzen sind und der Kommunalcup 2014 sein 10jährtges Jubiläurn feiert, was zu besonderen Veranstaltungen führt. Ansonsten für Sport statt Gewalt jährlich 1,500 €
2 Erz. Kinder- u. Jugendschutz § 14 522,3 ansferaufwendungen 522,3 Soz Lst natür P a E 522,3 3 Alig: Förd. d. Erziehungit. d. Familie 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 4 Beratung Partnerschaft 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457,607,6 ansferaufwendungen 457,607,6	3 1.410,2: 3 1.410,2: 3 1.410,2:	Das Projekt Jugend in Arbeit Plus fiel ab 01 06:2011 weg Mittel für Aktion Sport statt Gewalt und Fördermaßn. Jugendt Arbeitslose (Jug Berinshiffe) bleibein FREIWILLIG 5 Jugendschutz (incl. Veranstalt "Jugend feiert in den Karneval") FREIWILLIG	1.500,00 1.500,00	1.500,00 1.500,00	1.500,00 1.500,00	1.500,00 1.500,00	in 2014 = 2,000 €, da für das Nachtsportangebot "Breinight Active" Honorarkräfte einzusetzen sind und der Kommunalcup 2014 sein 10jähriges Jubiläum feiert, was zu besonderen Veranstaftungen führt. Ansonsten für Sport statt Gewalt jährlich 1,500 €
ansferaufwendungen 522,3 Soz List natür P a E 522,3 3 Alig: Förd, d. Erziehungii, d. Familie 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz List natür P a E 0,6 4 Beratung Partnerschaft 0,6 ansferaufwendungen 0,6 Soz List natür P a E 0,6 Soz List natür P a E 0,6 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457,607,6 ansferaufwendungen 457,607,6	3 1.410,2 3 1.410,2 0 0,0	5 3 Jugendschutz (incl. Veranstalt. "Jugend felert in den Karneval") FREIWILLIG	1,500,00	1.500,00	1.500,00	1,500,00	
Soz Lst natür P a E 522,3 3 Alig: Förd, d. Erziehungii, d. Familie 0,0 ansferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,0 4 Beratung Partnerschaft 0,0 ansferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,0 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457,607,6 ansferaufwendungen 457,607,6	3 1.410.2 0 0,0	5 Jugendschutz (incl. Veranstalt "Jugend felert in den Karneval") FREIWILLIG		21 111 h Manual La La La La La La La La La La La La La			b. to the state of
Alig. Förd. d. Erziehungii. d. Familia 0,0 Insferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,0 Beratung Partnerschaft 0,0 Insferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,0 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457,507,6 Insferaufwendungen 457,607,6	0,0	Karneval") FREIWILLIG	1.500,00	1 500,00	1 500 00	1.500.00	
nsferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,0 Beratung Partnerschaft 0,0 Insferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,6 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 Insferaufwendungen 457.607,6	1	A					
Soz Lst natur P a E 0,0 i Beratung Partnerschaft 0,0 insferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit insferaufwendungen 457,607,6		4	0,00	0,00	0,00	0,00	
Beratung Partnerschaft 0,0 msferaufwendungen 0,6 Soz Lst natür P a E 0,6 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 msferaufwendungen 457.607,6		ter to the grant of the comment of the contract of the comment of	0,00		0,00		
msferaufwendungen 0,0 Soz Lst natür P a E 0,0 G Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 msferaufwendungen 457.607,6			0,00	0,00	0,00	0,00	
Soz Lst natür P a E 0,6 6 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 unsferaufwendungen 457.607,1		3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3	0,00	l	l		
5 Gem. Unterbr. von Müttern o. Vätern mit 457.607,6 ansferaufwendungen 457.607,6			0.00	0,00			
nsferaufwendungen 457,607,			0,00 390,000,00	0,00 390.000,00	-,	390,000,00	
			I			I	
			390.000,00 390.000,00				HSP-Maßnahme Nr. 27 Der Ansatz in Höhe von 300.000 € war im HHJ 2012 nicht auskömmlich. Dier wurde im Zusammenhang mit HSP mitgeteilt. Eine Prognose für das HHJ 2014 gestaltet sich schwierig, da die Entwicklung im Vorfeld nicht abschätzbar ist. Somit ist entspr. des Ergebnisses 2012 der Ansatz in Höhe von 390.000 € anzusetzen.
6 Betreuung Kinder in Notsituationen 0.	0.0		16.500,00	16,500,00	16,500,00	16,500,00	
			1	1	1		
ansferaufwendungen 0, Soz. Lst. an nat. Pers. außerh, v. Einr. 0,			16.500,00 15.000,00				vorsorqi Anmeldung fur 1 Fali
Soz. Lst. an nat. Person, in Elinicht.	Making	the book of a commerce of the	1.500,00	·			vorsorgi Anmeldung für 1 Fall
7 Unterst. z. Erfüllung d. Schulpflicht 0.			4,000,00				
ansferaufwendungen 0,			- +,∪∪∪,∪Ω	4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4	-6/400°00		' I

	Autwei	idungen				Plandaten für Haushalt 2014			
	yori let 2011 Stand 01.02.13	vorl.lst 2012 Stand 01.02-13	Erlä üterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen	
Soz Let an nat Person in Einnicht	5,00	0,000		4.000,00	4,000,00	4,000,00		HSP-Maßnahme Nr. 28 In 2012 mussten hier keine Maßnahmen eingefeitet werden, so dass das Geld im HSP eingespart werden konnte. Rein vorsorglich ist jedoch für 2014 ein Ansatz in Höhe von 4.000€ einzuplanen, da bei zunehmender Schulmüdigkeit und gleichzeitiger gesetzl. Schulrechtsänderung mit einem erhöhten Hilfebedarf gem. SGB VIII gerechnet werden kann.	
8 Andere Hillen zur Erziehung § 27	0,00	0,00		.0,00	00,0	0,00	0,00		
ansferaufwendungen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	*,0,00	
Soz. Lst. an nat, Pers, außerh, v. Einr.	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00		
9 Institutionalle Beratung § 28	0,00	0,00		00,0	0,00	, 0,00	0,00		
ansterautwendungen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	A A A A A A A A A A A A A A A A A A A	
Soz. Est. an nat. Pers. außerh. v. Einr.	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
Soziale Gruppenarbeit § 29	0,00	9,00		12.000,00	12.000,00	12,000,00	12,000,00		
ansferaufwendungen	0,00	0,00		12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00		
Soz. Lst, an nat. Pers. außerti, v. Einr.	0,00	0,00	Management of the second of th	12.000,00	12,000,00	12.000,00		vorsorgi Anmeldung	
1 Erziehungsbeistand § 30	434.224,25	346.728,98		370.000,00	370.000,00	370.000,00	370.000,00		
ansferaufwendungen	434,224,25	346.728,98	VARIATA III VII 1800 NI VII 1800 NI VII 1800 N	370.000,00	370,000,00	370.000,00	370.000,00	We will be a second or the second of the sec	
Soz. Lst, an nat. Pers. außerh. v. Einr.	434.224,25	346 728,98		370.000,00	370,000,00	370.000,00	370.000,00	HSP-Maßnahme Nr. 29 Die Kurzung des Ansatzes von 430.000€ auf 350.000€ konnte in 2012 eingehalten werden. Durch den im Zuge der Inklusion zu erwartenden vermehrten Einsatz von Schulbegleitern als Pflichtaufgabe des SGB VIII ist der Ansatz in 2014 auf 370.000€ hochzusetzen.	
2 Sozialpādagogische Familienhilfe 💢 🗀	882.175,85	629,190,28		700,000,00	700,000,00	700.000,00	700.000,00		
ansferaufwendungen	882.175,85	629.190,28	The second secon	700.000,00	700,000,00	700.000,00	700.000,00	A COMPANIES OF THE PROPERTY OF	
Soz. t.st. an nat. Pers. außeith. v, Einr.		629.190,28	-Aller-	700.000,00	700.000,00	700.000,00	700,000,00	HSP-Maßnahme Nr. 30 Die Kürzung des Ansatzes von 1.400.000€ auf 880.000€ konnte in 2012 um weitere 245.000€ erhöht werden. Der Ansatz für 2014 wird entspr. dieser Entwicklung auf 700.000€ geschätzt.	
3 Erziehung in einer Tagesgruppe §32	479.016,49	445.654.42		450:000.00	450,000,00	450.000,00	450.000,00		
ansferaufwendungen	479,016,49	445.654,42		450,000,00	450.000,00	450,000,00	450.000,00		
Soz. Lst. an nat. Person, in Elizicht.	479.016,49	445,654,42		450.000,00	450,000,00			Schatzung anhand Jahresergebnis 2012	
4 Volizeitpflege §33	1.257.845,02	1.153.075,85	. ,	1,359,000,00	1.359.000,00	1.359.000,00	1.359.000,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
ersonalaufwendungen	57.403,30	47,804,47	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	55.000,00	55.000,00	55.000,00	55.000,00		
Sonstige Beschäfligte	57,403,30		Anteilige Alterssicherung Pflegeettern	55,000,00	55.000,00	55,000,00		Schatzung anhand Anzahl Pflegeeitern	
ach- u.Dienstleist.	293,006,00	233.750,05		300,000,00			300.000,00	, and the second	
Er. f. Aufw. v. Dri. a. lfd. Vetät. v.	293,006,00	233.750,05	Anteil Kostenerstattung Familienpflege andere Jugendämler	300,000,00	300 000,00	300.000,00	300,000,00	Schatzung	
ansferaufwendungen	907.435,72	871.521,33	A PART AND A PART AND	1.004.000,00	1.004.000,00	1.004.000,00	1,004,000,00		

	Aufwendinger					Plandaten für Haushalt 2014					
	Vort-1st 2011 Spand 01.02.13	vort. Ist 2012 Stand 01.02.13	Erfauterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen			
Soz List. an nat Pere außerh v. Einr	805 508 20	877 284 33	Pflegekinderdienst (FREWILLIG). Erziehungsstellen. Familienpflege	1.000.000,00	1.000.000,00	1,000,000,00	1.000.800.00	HSP-Maßnahme Nr. 31Der bereits in 2012 höher angesetzte Ansatz von 850.000€ war nicht auskömmlich, so dass für 2014 1.000.000€ beantragt werden. Der Pflegekinderdienst soll stärker ausgebaut werden, da Kinder, die in Pflegefamilien untergebracht werden können, u.a. auch kostengünstiger als Heimfälle sind.			
Sonstige sözlála Teistungen	1.927,52	237,00	Unfallversicherung Pflegeeltern, Regul, V. Schäden nicht über d. Vers schutz abged. Schäden durch Pflegekinden	4.000,00	4.000,00	4,000,00	4.000,00	vorsorgi Ansatz für unvorhersehbare Fälle			
Helmerziehung, betreute Wohnform	3.934.175.82	3.928.383,73		4,150,000,00	4.150.000,00	4.159.000,00	4.150.000,00				
:h-u.Dionstielst	76.904,74	355.683,92		350.000,00	350,000,00	350,000,00	350.000,00				
Er f Aufw. v, Dri. a, lfd. Ve stat, v.	76,904,74		Köstenerstattung Heimpflege andere Jugendamter	350.000,00	350.000,00	350.000,00	350,000,00				
insferaufwendungen Soz. Lst. an nat. Person, in Einricht,	3.857.271.08 3.857.271.08		Leiwin Saum	3.800.000,00 3.800.000,00	3,800,000,00	3.800.000,00 3.800.000,00	3,800,000,00	HSP-Maßnahme Nr. 32 Die Kürzung des Ansatzes von			
SOZ. Eşteli haş Person, iz çimicin.	3.007.271,00	3:37 Z.088,6 f	(Tellip) (Tellip)	3.600.000,00	3,660,000,00	3.000.000,00	5,600.000,00	4.500.000€ auf 3.600 000€ konnte um weitere Einsparungen in Höhe von 200.000€ erweitert werden, Vorsorglich sollte der Ansatz für 2014 weiterhin in Höhe von 3.800.000€ erfolgen.			
Pristing Beratung Rechtsschutz			bishor Ober Kostenstelle 5100	5000,00	6,000,00	5,000,00	56000.00 	anfallende Genchiskosten sind nicht mehr über die Kostenstelle 5100 pauschaf zu buchen, sondern direkt beim Produkt.			
6 Intensive sozialpād. Einzelbetr.	11.868,40	9.367,58	2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	12,000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00				
ansferaufwendungen Soz. Lst an nat Pers, außerh, v. Einr.	11.858,40 11.868,40	9 .367,6 8 9.367,58	*\$	12,000,00 12,000,00	12.000,00 12.000,00	12.000,00 12.000,00	12.000,00 12.000,00	HSP-Maßnahme Nr. 33 Die Kurzung des Ansatzes 2012 von 17.000€ auf 12.000€ konnte mit weiterer			
	·	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·						Einsparung in Höhe von 2.500€ eingehalten werden. Für 2014 werden vorsoglich wiederum 12.000€ angemeldet.			
7 Hilfe für junge Volljährige §41	769,700,88	688.881,70		740.000,00	740.000,00	740.000,00	740.000,00				
unsferaufwendungen	769,700,88	688.881,70		740,000,00	740,000,00	the new or word about the about the about the	740,000,00				
Soz, Lst. an nat. Pers. außerh. v. Einr.	35,886,85			40.000,00	40,000,00	40.000,00		HSP-Maßnahme Nr. 34 Das Einsparziel 2012 von 45.000€ auf 40.000 € konnte um weitere 6.000€ erhöh werden. Vorsorglich ist für 2014 wiederum ein Ansatz in Höhe von 40.000€ einzuplanen.			
Soz Lst an nat Person in Einricht	732.814.03	655,865,3		700.000,60	700.000,00	700,000,00	700.000,00	HSP-Maßnahme Nr. 35 Die für 2012 erwartete Mehrausgabe (Erhöhung des Ansatzes von 660.000€ auf 840,000€) blieb aus. Vorsorglich wird in 2014 mit einer Ausgabe von 700.000€ gerechnet.			
Prulung Betatung Rechtsschutz			bisher (iber Kostenstelle 5/100	4.500,00	4500 CK	4,500, 0 0	4.500 <u>.</u> 0	anfallende Gerichtskosten sind nicht mehr über die Kostenstelle 5100 pauschal zu buchen, spidern direk beim Produkt			
8 Vorl. Maßn. z. Schutz v. Kindern	79.351,22	102.057,1	9	70.000,00	70.000,00	70.000,00	70.000,0	0			
ansferaufwendungen	79.351,22			70.000,00	70,000,00	70.000,00	70.000.0	P . F. LE P. PROPERTO CONTROL			

		Plandaten für Haushalt 2014						
	vorl lst 2011 Stand 01.02.13	vort_lst 2012 Stand 01.02.13	Erläülerungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
oz Lst. an nát. Pers außertt v. Einr	36 517 67	87 464 46		40.000,00	40.000,00	40,000,80		HSP-Maßnahme Nr. 36 Die für 2012 erwartete Mehrausgabe (Erhöhung des Ansatzes von 40 000€ auf 48 000€) blieb aus. Vorsorglich werden für 2014 40,000€ angemeldet.
oz l.st an nat Person in Einricht	32.833,55	89.592,73		30,000,00	30.000,00	30.600,60	30,000,00	HSP-Maßnahme Nr. 37 Das hohe Jahresergebnis 2012 beruht darauf, dass über dieses Produkt die Kosten für einen minderjährigen unbegleiteten Flüchtling abgerechnet werden. Diese werden zu 100 erstattet. Nach Volljährigkeit Ende 2013 fallen diese Kosten weg, so dass ein Ansatz in Höhe von 30.000 angemeldet wird.
Eingliederungshilfe	285.897,88	255.060,28	A TONKE SEA THE STATE OF THE SEA THE S	280,000,00	280.000,00	280,000,00	280.000,00	
nsferaufwendungen Soz. Lst. an nat. Pers. außerh. v. Einr.	285,897,88 114,705,56	255,060,28 125,824,00	LRS	280.000,00 130.000,00	280,900,00 130,000,00	. 280,000,00 130,000,00	280,080,00 130,000,00	HSP-Maßnahme Nr. 38 (Ansatz 125 000€) konnte fo erreicht werden. Vorsorglich werden für 2014 130 00 € angemeldet.
oz ist an nat Person in Einricht.	171.192,32	129.236,28		150.000,00	150.000,00	150.000,00		HSP-Maßnahme Nr. 39 Das Einsparziel 2012 von 250.000€ auf 200.000€ konnte um weitere 70.000€ erhöht werden. Für 2014 wird ein Ansatz in Höhe vo 150.000€ angemeldet.
rillung Beratung Rechtsschutz			osper über Kostenstelle 5100.	:B 000 00	8,000,00	8.000.00	8.000,00	anfallende Gerichtskosten sind nicht mehr über die Kostenstelle \$100 pauschal zu buchen, sondem die beim Produkt
Sonst. Aufg. des örtl./überörtl. Träger	11.603,43	20.077,78		22.000,00	22.000,00	22.000,00	22.000,00	
h- u.Dienstleist. Fr. f. Aufw. v. Dri. a. lfd. Vetāt. v.SK nicht	0,00 836,04???	0,00 666,07???	prophyl. Maßnahmen JGH (FREIWILLIG)	500,00 500,00	500,00 500,00	500,00 500,00	500,00 50 0,00	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
T. F. Alif v Drift A. Jf. Vg. titl. V		566.07	schrifti. Übersetzungen und Dolmetscherfatigkeifen + Amissormondschaft (Kosten Deut Institut- Rechtshilleregel-Internat, Soz-Dienst- Köstenfestsetz bescheide, Genichtskosten)	1 500.00	1,500.00	# 550 CO	1.660:00	im Bereich Vormundschaften müssen vermehrt Dolmetscher eingesetzt werden um bei den gesetzt vorgeschniebenen Beauchskontaktien. Krisengesprachen u. Arzibesuchen hier hauptsach bei den minden, unbegleitaten flüchtlingen Dolmetscher eingesetzt werden
ansferaufwendungen P Soz. Lst. an nat. Person, in Einricht, SK	11,603,43 11,603,43	20.077,78 20.077,78	Betreuungsweisungen JGH	21.500,00 21.500,00	21.500,00 21 500,00	21.500,00 21.500,00	21.500,00 21.500,00	
1 Mitarbeiterfortbildung	0,00	3.029,27	No district the second of the	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	
nst. ordenii. Aufwend.	0,00	3.029,22	and the state of t	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	
Aufw. für Aus- u. Fortbild., Umschul.	0,00		La manufactura de la companya del companya del companya de la companya del la companya de la companya de la companya de la companya de la companya de la companya de la companya della companya de la com	3,500,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	4 4 4 min none a ven-	3,500,00	
			Deeskalationstraining anzubieteri ist. Ebenso müssen auch Mitarbeiter mit Publikumsverkehr an einem solchen Training teilnemen können.					

	Aufwei	ndungen				Pland	aten für Hai	ishalt 2014
						. 10.170		2311411 2014
	Vorl Ist 20/f1 Stand 01.02-13	vorl. lst 2012 Stand 01.02.13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
Aufw für übernommene Reisekosten	000			500.00	500.00	500,00	500,00	vorsorgliche Anmeldung, en wird zunächst versucht die Seminare In-House durchzuführen
ionst: Gesch aufwendungen	e partire englightere Gan en leannighte	29,22		100,00	400.00	100 00 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1		vorsorgliche Anmeldung, wird bei in House Seminaren für die Bewittung erforderlich
Sonstige Maßnahmen	77,969,14	115.376,29		288,500,00	254.800,00	254.800,00	254.800,00	The state of the s
rsonalaufwendungen	74.566.44	95.094,50	A STATE OF THE STA	100.000.00	100,000,00	100.000,00	100.000.00	, and the state of
Sonstige Beschäftigte	74.566,44	95.094,50	Sprachförderung Dellin (vermehrte Fälle) 100%ige Refinanzierung	100,000,00	100,000,00	100.000,00	100 000,00	
ch- u.Dienstlaist	1.051,95	10.994,11	7 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	14.000,00	0,00	0,00	0,00	(A) (A) (A) (A) (A) (A) (A) (A) (A) (A)
Aufw. für sonstige Sachleistungen	1.051,95	10.994,11	Bildungs- u. Teilhabepaket, hier Schulsozialarbeit, hier nur Sachaufwendungen für ProjektmittelAufteilung der gespitteten Aufwendungen/Auszahlungen	14.000,00	00,0	0,00	0,06	Projekt läuft Mitte 2014 aus. Weltere Fortführung noch unklar.
insferaufwendungen	1.025.14	3.757.66		140,500,00	135.800.00	135.800.00	135.800,00	
Zuw. u. Zusch. f. lf. Zwe. an übr. Berel		A Super		43.820.00				Familienhebamme "Guter Start ins Leben" (durch Elnnahmen in 2014/15 zu 100% gedeckt Welterbewilligung ab 2016 noch offen)
Şöz, t.at. an nat. Pers. außerh. v. Einr.	647,39	1097,32	pädagogisches Handgeld: 800. €. Tagespflege: 10.000, € (aus erzieher. Gründen) Aufbau Netzwerk Frühwarnsyst. 10.000, –€. Gem. Beschlüsse HA/Rat sind A51 z.Verf. zu stellen: Präventionsbudget 50.000 € (2012/2013) Fallrevision/Finanzbudget 115.000 € (2012/2013) Erprobung Erziehungsberatungsbudget 10.000 € (2012/2013)	135.800,00	135.800,00	135.800,00		pad. Handgeld: 800€; Tagespflege aus erz. Gründen vorsorglich 10 000€; Aufbau Netzwerk Fruhwarnsystem: 15.000€; Prävent.budget: 50.000€, Fallrevision/Finanzbudget: 50.000 €; Erprob Erz.ber.budget: 10.000€ in 2012 konnten im ASD positive Einsparzieie erreicht werden. Dies soll in 2013 fortgesetzt werden. Als 2. Stufe soll in 2014 die Präventionsarbeit und Fallrevision verstärkt durchgeführt werden, um die positiven Effekte im ASD landfristig zu sichern.
Sonstige soziale Leistungen	377,75	2:660;34	Projekt Kinderarmut, alle hierfür anfallenden Kosten können - aach Rücksprache Wirtschaftsprüfer - als ein	4,700,00	0,00	0,00	0,00	Projekt läuft am 31,07, 2014 aus. Weitere Fortführung noch unklar.
		of the Samples	Transferaufwand verbucht werden.	2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2				Market 11/4 and the state of th
inst ordent. Aufwend.	1.325,61	5.530.03	A State of the sta	34,000,00	19,000,00		~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~	
Aufw Aus/Fortty/Umsch Reisekosten	830,61		gehört zu Qual entw. ASD gehört zu Qual entw. ASD	800,00 200.00	800,00 200,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		
Profung Beratung, Rechtsschutz	0,00		Qual entw: ASD 20.000(2010), 4.000,(2011), 4.000, (2012), 20.000,(2013), 4.000,(2014), Gülerachterk. Verdacht Sex. Mißbr, 5.000,	25.000,00	(and the second s	10.000,00	Die für 2013 bereitgestellten 20.000 € für Qual,entw ASD sind verfrüht eingestellt. Für 2013 sind 4.000 € auskömmlich. Durch die Einstellung von einigen neuen Mitarbeitem im ASD ist im HHJ 2014 der Betrag in Höhe von 20.000 € für die Qual entw.ASD -auch aufgrund der Auswirkungen des neuen Bundeskinderschutzgesetzes- erforderlich.
Sonstige Geschaftsaufwendungen	495,00	4.336,4	Begrüßungspaket Neugeborene FREIWILLIG + sonst, Gesch.aufw. Qual.entw. ASD	8.000,00	8.000,00	00,000.8	8.000,00	Es müssen neue Begrüßungstaschen mit Inhall angeschafft werden.

geseinrichtungen für Kinder

	Aufwe	ndungen				Pland	aten für Hau	shalt 2014
	vorl. lst 2011 Stand 01.0213	vorl, 1st 2012 Stand 01.02.19	Erläuteningen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
	5.340.521,84	5.309.497,00	The second secon	£.314.300,00	6.394.100,00	6.484.100,00	_6.575.100,00	
bis 1.36.05.19 Kindergärten	50 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1		Armeldung bei 1.36.05.21; Kontierung im IST auf die einzelnen Kigas. Zur besseren Planung HH 2014 das vorl. IST jedoch zusammen gefasst bei 1.36.05.21	3	v.	1.		
KiGa Auf der Liester	37.371,17	25,765,12		25.000,00	15.000,00	15.000,00	15,000,00	·
sonalaufwendungen	1.056,00	3,190,00		10,000,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Beschäftigte	1,056,00		Honorar Lögopädie	10.000,00	00,0	0,00	0,00	1;1 Finanzierung; ab 2015 = 0 €, da eigene Kraft aus Mutterschaftsurlaub zurückkehrt
h- u.Diensfielst	36.315,17	22.575,12		15.000,00	15.000,00	15.000,00	15,000,00	A - Commence of the second sec
E. f. Auf. v. Dritt. a.lf. Vetät, v.	36.315,17	22,575,12	Fahrtkosten integr. Kinder	15.000,00	15.000,00	15,000,00	15.000,00	1:1 Finanzierung
Kita Franziškusstr. B411010 Kita Pirolweg			Schwerpunktarbeit Kita Sprache (Bundesprojekt)	25 000,00	<u> </u>	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	0.00	111 Finanzierung Projekt läuft bis Ende 2014
5411010		(See See)	Schwerpunktarbeit Kita Sprache (Bundesprojekt)	25,000,00	₹ <u>0,0</u> 0	-0,00	0,00	1:1 Finanzierung Projekt läuft bis Ende 2014
KiGa "Frele Träger"	4,935,552,79	4.900.582,95		5.870.200,00	5.960.000,00	6.050.000,00	6.141.000,00	
nsferaufwendungen	4.935.552,79	4.900.582,95	Self-resident and anti-anti-anti-anti-anti-anti-anti-anti-	5.870.200,00	5.960.000,00	6.050,000,00	6.141.000,00	
Zuw/Zu lfd Zw übrige Bereiche	4.935.562,79	4.900.582,96	gesetzl. Betr kostenzuschuss. Die Kosten enthalten die Welterleitung des Landesanteiles an den Betriebskosten:	5.870.200,00	5,960,000,00	6 050,000,00	6,141,000,00	n, marine unit y qui minimi membrande et in e in e f of 1987.
****		n de inti	Übernahme Trageranteile: Züschuss Erstausstattung und: Planung (sh. Beiblatt)					
KiGa allgemein	367,597,88		1	419,100,00	419.100,00	1	419.100,00	
h.u.Dienstielst.	358.977,29			389,500,00	389.500,00		389.500,00	Maria Maria and Maria Control Control Control
Unterh BuG	49,373,03	50.463,38	Einrichtung, Reinigung Kitawäsche, Brandschutztechnische Untersuchung für Feuerlöscher	54,100,00	54.100,00	54.100,00	54 100,00	Reinigung Kita Wäsche. 45.000 €, Einnchtung Budge 7.100 €; Brandschutzuntersuchung 2.000 €
Autw. für sonstige Sachleistungen	503,105,05		Gemeinsch veroffegung, Komm. Qual sich (Schulung)U3. Sprachförderung, Bildung/Erziehung), Efternarbeit, Sonst Verbrauchsmittel, Beschäft-Material, Therap: Material integr. Gruppen	331,400,00	331 400,00	<u>ਤਤੇ1 400,00</u>	331.400,00	Gemeinsch.verpft.: 250 000 € Kommunale Qual.sich.: 15.900 € Elternarbeit: 3.000 € Sonst. Verbr.mittel. 27.000 € Beschäft. Material(Budget): 30 400 € Therap. Material integr. Gruppen: 8.000 € (mehr Gele erfordert., da Kita Gressenich zus. integr. Gruppe
Aulw für sonstige Dienstleistung	1,865,18 4,634,03		5 bew. A10 Verbrauchsmittel, z.B. Verbandsstoffe 8 Kosfen Hygieneübenvachung, Mieki (Projekt läuft aus),	4 000,00	4 000,00	4,000,00	4 000.00	Kosten Hygieneuberw: 1.500 €, arztl. Gesundh.
			Auzti Gesundheitsvorsorge	40 000 22	20 500 00	30 000 00	20,000 00	Vorsorge: 2 500 €
nst ordenti Aufwend. Aufw Aus/Fortb/Umsch	8.620,5 3	······································		29,600,00 15,000,00	15.000,00	15.000,00		Da Fortbildungen nicht mehr selbst von den Mitarbeitern/Innen (ganz oder teilweise) gezahlt werd sollen, ist der Anstz bei ca. 170 in Kitas Beschäftigte zu erhöhen, um dem gesetzt. Vorgegebenen Anspru auf Schulung und Weiterbildung zu genügen.
Aufw übern Reisekost	0,00	برين والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر والموادر	- A Committee of the co	5,000,00			5.000,00	Begründung s.o
Zeitungen und Fachliteratur	131,50	119,6	O General Control of the Control of	200,00	200,00	200,00	200,00)]

A	wendungen				Pland	aten für Hau	ushalt 2014
vod. lst 2011 Stand 01102 is	void. ist 2012 Stand 01.02.13	Erfäulerunger	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
Sönstige Geschäftsaufwengungen 873 Kostenabrechnung Fährtenbücher 3,987			3.600,00	3,600,00			Erhöhung erforderlich, da für 19 Kitas Fernseh- Rundfunkgebühren zu zahlen sind
Kostenabrechnung Fahrtenbücher 3 967	50 3.748,02		5,800,00	5 800,00	5.800,00	5 800,00	

<u>richtungen der Jugendarbeit</u>

	Autwe	ndungen			Plandaten für Haushalt 2014						
	Vorl lst 2011 Stand 01.02.13	vori, ist 2012 Stand 01:02:13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen			
The state of the s	73:100.09	54.345,17	KOMPLETT FREIWILLIG	67.230,00	67.230,00	67.230,00	67.230,00				
Spiel- und Boizplätze	0.00	0,00		0,00	0,00	0,00	6,00	The state of the s			
Kinderkino	126,68	573,25		250,00	250,00	250,00	250,00				
h- u.Dienstleist.	126,58	573,26	,	250,00	250,00	250,00	250,00	The second disconsistency of the second seco			
Aufw. für sonstige Sachleistungen	126,68		finanz, aus Eintrittsgeldern u. kl. Spenden	250.00	250,00	250,00	250.00				
Sonstige Jugendeinrichtungen "	72,973,41	53.771,91		66.980,00	66.980,00	66.980.00	66.980,00				
sonalaufwendungen	14:133,00	13,590,00	The second secon	19.200,00	19.200,00	19,200,00	19.200.00				
Sonstige Beschäftigte	14.133.00		Honorare OT Stadtmitte, Münsterbusch, Büsbach, Jugenkibus, mobile Jugendarbeit	19.200,00	19.200,00	19.200,00	19,200,00	and the state of t			
ch- u Dienstleist.	8.800,48	11,592,70		15.730,00	15.730,00	15.730,00	15,730,00	The second secon			
Untern BüĞ	1.984,57	3.192,45	Beschäftigungsmaterial und Einrichtung OT Stadtmitte. Büsbach, Münsterbusch, möbile Jugendarbeit	3,230,00	3 230,00	3.230,00	3.230,00				
Unterh. d. sonst. unbewegl, Vermögens	0,00	564,85	Bei den informellen Jugendtreffs (Hotzhütten) sind lifd. bestandserhaltende Mattnahmen durchzuführen.	3 000,00	3 000,00	3.000,00	3 000,000	Im Rahmen der mobilen Jugendarbeit ist es geplant, weitere Schutzhütten zu errichten, um sozialraumbezogen informelle Treffpunkte für Jugendliche zu ermöglichen.			
Aufw Sachleistungen	6 835,91	7.835,40	Veranstaltungen mobile Jugendarbeit, OT Stadimitte, Münsterbusch, Büsbach, pad Material Jügendbus	9,500,00	9 500,00	9 500,00	9.500,00	HŚP-Maßnahme Nr. 25 bezieht sích auf SK 5318000 (Zusch ev Kirche 11 248€)			
nsferaufwendungen	49,194,30	27.694,30		29.150,00	29,150,00	29.150,00	29,150,00	TALL A MANAGE CONTRACTOR OF THE TALL A MANAGEMENT OF A SAME OF THE TALL A SAME OF THE TAL			
Zuw/Zu lid Zw priv U Zuw/Zu lid Zw übr Be	1-900,00 17-294,30		Betriebskostezuschuss Spielmobil 1.900,— Zuschüsse Freie Träger Gestaltung offene Jugarbeit (Komm. Landesmittel), KOT Donnerberg (It Vertrag), Jugendhelme (Richtl. Förder: Jug.arb), Betriebskosten- zuschuss Alte Schule Verwegen. Der Mietzuschuss und Betriebskostenzuschuss alte Schule Verwegen ist zukünftig nicht mehr auszuweisen, da durch die Verrechnung der Kostensfelle 230065 der sich dann	1,900,00 27 250,00	1 <u>900,</u> 00 27 250,00	1 90 <u>0,00</u> 27 250,00	1 900,00 27 250,00	Zusch, freie Träger offene Jug arb.(Kommun. Landesmittel. 6,500 € KOT Donnerberg (Vertrag). 17,248 € Jugendheime (Richtl. Förd. Jug.arb.); 3,500 € HSP-Maßnahme Nr. 25 wird umgesetzt (Der Zuschuss ev Kirche in Höhe von 11 248 € ist nicht eingeplant)			
			befindliche Jugendtreff über die Umlage Koslenarten. 9419100 und 9410200 bereits ent-sprechend belastet. wird.				- A1				
nst. ordenti: Aufwend.	845,63			2,900,00	2.900,00	2.900,00	2,900,00	Dagagas was too a company when a			
Aufw Aus/Fortb/Umsch	309,00		Fontbild, Jug.arb,	1 200,00	1 200,00	1 200,00	1,200,00	neues Personal muss geschult werden			
Aufwübern Reisekost Besondere Aufwendungen f. Beschäftigte	0.00		Reisek, Fortb. Jug arb. I mob. Jugendarbeiter (Sehtest alle 5 Jahre Gsundheitsüberprüfung)	300,000 300,000	300,00 300,00	300,00 300,00	300,00				
Zeitungen und Fachliteratur	44,00	0.00	Abo Stolberger Nachrichten	0,00	0,00	0,00	00,0				
Sonstige Geschaftsaufwendungen	89.7	18,3		500.00	500,00	500,00	500,00	Erhöhung erforderlich, da für 4 Jugendtreffs sowie der Jugendbus Rundfunk-und Fernsehgebühren zu zahler sind			
Kostenabrechnung Fahrtenbucher	402.8	519:1	A CONTRACTOR OF THE PROPERTY O	600,00	600,00	600,00	600,00				
Aufwendungen aus erh. Spenden	0.00		Spendeneinnahmen für Jugendheime nicht planbar.	0.00	0,00	0.00	0.00				

nst. Einrichtungen zur Förderung junger Menschen/Familien

Autwendungen					Plandaten für Haushalt 2014				
	yort lst 2011 Stand 01,02,13	vorl st 2012 Stand 01,02 13	Erläuterungen.	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen	
l Sonst, Einr. z. Förd jung: Menschen 🧠	166,440,54	149.000,00		189.000,00	189.000,00	189.000,00	189.000,00		
ansferaufwendungen	166,440,54	149,000,00		189,000,00	189.000,00	189.000,00	189,000,00		
Zuw/Zu lid Zw s o Be	60.000,00	81.000,00	Zuschusse Familienzentren	106.000,00	106,000,00	106,000,00		Durch vermehrte Anerkennungen von FZ fallen höhere Zuschüsse an.	
Zuw/Zu līd Zw priv U	57.700:00		Zuschtisse HWH, Träger Jugendhilfe (Mutterberat, SKF, SKM Ehrenamt), Personal-u Sachkostenzuschusse AWO: SKM	67 700,00	67.700,00	67.79à,00		HWH: 9.500 € Mütterberatung SKF: 14.600 € SKM Ehrenamt: 400 € Pers.u.Sachk.zusch: AWO, 14.060 € Pers.u.Sachk.zusch: SKM: 29 140 €	
Zuw/Zu lid Zw ubi Be	38,740,54		Jährliche Betnebskosten Kugel, Teilweise Refinanzierung über Trägerverein.	15.300,00	15.300,00	15.300,00		Mitgliedsbeitrag Kugel 300€ und Betriebskostenausgleich gem Vertrag	

.36.05.20, Sachkonto 5318000

usammensetzung:

			Ansa	itze		
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
umme gesamt:	4.741.400	5.380.400	5.870.600	5.958.283	6.046.263	6.136.162
esetzl. Betriebskostenzuschuss	4.400.000	4.975.000	5.600.000	5.684.000	5.769.260	5.856.000
bernahme Trägeranteil für	166.900	255.400	270.600	274.283	277.003	280.162
lita Zauberkiste	12.000	12.000	12.000	12,000	12.000	12.000
lita Mausbach	15.000	15.500	15.000	15.500	15.500	15.700
(ita Venwegen	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16,400
(ita Zwergenburg	14.500	15.000	15.200	15.400	15.600	15.800
(ita ev. Kirchengemeinde	46.500	47.500	50.500	51.258	52.027	52.808
(ita St. Barbara	15.000	15.500	15.000	15.500	15.500	15.700
(ita St. Sebastianus (ab 01.08.2012)	13.000	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500
(ita Caritas Lebenswelten						
01.08.2012)incl. Mietanteil	23.500	56.000	65.000	65.975	66.965	67.970
Cita Caritas Lebenswelten Mietanteil						
Mietanteil oben enthalten)	11.000	26.000	0	0	0	0
Kita Donnerberg (01.08.2013)	0	20.000	50.000	50.750	51.511	52.284
Zuschuss Erstausstattung für	167.500	150.000	0	0	0	0
Kita Caritas Lebenswelten	137.500	0	0			
Kita St. Barbara	30.000	0	0			
Kita Donnerberg	0	150.000	0			
uschuss Planungskosten für	7.000	0	0	0	0	0
Kita Donnerberg	7.000	0	0			

Anlage 2

Kostenstelle Jugendamt 2014

gendamt

	Autwo	ndungen				Plano	laten für Hac	ushalt 2014
	vorfi let 2011 Stand 01 02 13	vort lst 2012 Stand 01:02:13	Erlauteningen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Eriäuterungen
	53,041,32	37.379,12		72.800,00	62.800,00	47.800,00	47.800,00	
ch-u.Dienstleist	5.524,69	6.572.74		2.000.00	2,000,00	2,000,00	2.000,00	
Untern BuG	313,42		für Toner, Reparaturen Rechenmaschine etc.	500,00	500,00	500.00		Anschaffungen unter 60 € für das Amt 51
	4.957,91		bew. A10 Anteil Kopiergeräte	Bizninic				
Aufw Sachleistungen	253,36		Arb kreis Jug arb./Komm, Aktiv. Progr. FREIWILLIG	1.500,00	1 500,00	1 500,00	1,500,00	1.9 1.000 to The
nst.ordentl.Aufwend.	47.516,63	30.806,38	▼ · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	70,800,00	60,800,00		45.800,00	<u> </u>
Authornd, für Aus- ü. Fortbild., Umschul	8.474,20	2 352 76	hler nur reine Fortbildungskosten FREIWILLIG Pflichtedfgähe nach SGB VIII	8,000,00	8.000,00	8.000,00	·	in 2012 u. 2013 können die Schulungs- /Qualifizierungsmaßnahmen aus einem Sonderfond gezahlt werden. Dies fällt in Zukunft weg, so dass die nach SGB VIII vorgeschriebenen Schulungen aus
	9 11143 Mari							dieser Position zu zahlen sind.
Autw.fur.ubemommene Reisekosten So Autw.inan Recht/D	1 825,75 15 565,23		pur Reisekosten zur Fortbildung! FREIWILLIG Jügendhilfeplanung (2012: neue Datenerhebung ansonsten Fortschreibung)	4 <u>.000</u> ,00 30.000,00	4,000,00 20,000,00		4.000,00 5.000,00	Begründung s.o. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung ist eine Fortschreibung des Bedarfsplanes mit Grundlagenerhebungen durch ein externes Institut erforderlich.
Prufung Beralung, Rechtschutz	2.784.26	617 17	Auswart: Rechtsberatung im Bedarfsfall	3,500,00	3,500,00	3.500,00	9 500 00	vorsichtshalber Ansatz in dieser Höhe, da nicht
	2.70-1,20			3.500,85	0.000,00	0.530,00	0 000,00	absehbar wieviele Gerichtsfälle übernommen werden müssen.
Buromaterial	2.259,84	2,034,97		3.000,00	3.000,00	3 000,00	3 000,00	höherer Ansatz erforderlich, da mehr Personal und mehr Kopierer im Einsatz, was mehr Papierkosten und Tonerbeschaffungen erfordert
Zeitungen und Fachliteratur	827,29	827.32	1	1,000,00	1 900,00	1 000,00	1.000,00	
offentliche Bekanntmachungen	0,00	Sidio Sil	Da Veröffentlichungen im Amtsblatt vorgenommen werden, fallen hier wesentlich geringere Kosten an	50,00		50,00	50,00	-
Sonstige Geschäftsaufwendungen	4 173 55		pewirtungen, Köstenerstattung Bahnfahrten. Parkgebühren etc.	6,000,00	6,000,00	6,000,00	6.000,00	
Beitr zu Verbänd., Berufsvertr u. Ver.	1.102,00	£231,00	Beiträge Di, Jügendinstitut und Deutscher Verein. Kinderhillswerk wurde gekündigt	1.250,00	1.250,00	1,250,00	1,250,00	
Kostenabiectinung Fahrtenbücher	10,504,51	12,167,41		14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	Dienstreisen im ASD nehmen zu aufgrund veränderter ges. Vorgaben (Zuständigkeitsregelung)
uge Jugendamt								
	10.155,56	7,768,79		12,800,00	12,800,00	12.800,00	12,800,00	
Jugendbus	4,413,23	3.046.45	FREIWILLIG	6:500,00	6.500,00	6.500,00	6,500,00	
Treibstoffe für Fahrzeuge	979,37			1,500,00				
Kfz-Steuer	993,50			1 000,00			4	
Sonstige U.L.von Fahrzeugen	2.440,36			4 000,00				vorsorgt. Ansatz für evtl. Reparaturen (in 2013 hohe Reparatur erforderlich), TÜV, Abgasunters
Dienstwagen A51	2.183,64	1.455,0	The state of the s	2.700,00	2.700,00	2.700,00		
Treibsloffe für Fahrzeuge	1.590,86	1,232,3		1,500,00	1.500,00		1.500,00	Durch vermehrte Hausbesuche, ist der Ansatz für Treibstoff zu erhöhen.
Kfz-Steuer	176,00	176,0	御護 사람들은 지원 사람들이 가지를 하는 것이 되었다.	200,00	200,00	200,00	200,00	Der Vertrag Kengoo läuft 09/14 aus. Vorsorglich wird ein höherer Steuersatz angemeldet, da jetzt noch
			The second of th				<u>L</u>	niemand weiß, welches Auto dann angeschafft wird.

		
1	The state of the s	3.600,00 Der Vertrag Kangoo lauft 09/14 aus Vorsorgisch wird eine höhere Leasingrate angemeldet, da jetzt noch niemand weiß, welches Auto dann angeschafft wird.
., ,		Der Vertrag Kangoo lauft 09/14 aus. Vorsorgisch wird eine höhere Leasingrate angemeldet, da jetzt noch niemand weiß, welches Auto dann angeschafft wird.
1.000,00 vorsorgi. Ansaiz für evti. Reparaturen, TÜV, Abdasunters.		elitie V.
Repara	TATALITINA MARKINA MARKANAMA ITA A ATRICIPAT SPIS	4 100 M 4 100 M 100 G
) 0. evi	9900 s. A Assilinger	ingrate
Ansalz e	À.	rtrag Kangoo lauft 09/1 there Leasingrate ange rd weiß, welches Auto
rsorgi. /		te höhe
0,000,0	98	00 (d
1.000	3,600	
00	3.500.00	8
1.000,00	3,600.	3.600,00
	1	
000'000	,600,00	3,600,00
- -	3.600,00	.,
1.000,000	00,00	3.600,00
1.6	30	3,6
4-3		
3.6		
k.		
	33.	
	36	
9	3.267	2567
が表	16 E	
416,78	558,65	558 6
	3	
	ia I	
P. C.		
etigen		
r-Fahrz	уелс.	
EX.	III AUN	
nstige (Lorden	Bulse
ပ္တ	38	2

Anlage 3

Erträge 2014

nterhaltsvorschussleistungen

					Plandaten für Haushalt 2014					
	vort lst 2011 Stand 01.02.13	vort let 2012 2012 Stand 01 02 13	Erläuterungen		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen	
t Unterhaltsvorschussleistungen	870.073,29	887,254,76		·	721,800,00	721.800,00	721.800,00	721.800,00		
Transferentrage	439.500,75	462.757,20		1	215,000,00	215,000,00	215.000,00	215.000,00	2	
Ersatz v. soz. Leist, außerh, v. Einrich	439,500,75	462,797,20 Ei	nnahmen nach § 7 UVG		215,000,00	215,000,00	215.000,00		HSP-Maßmahme Nr. 41lm HHJ 2012 wurden Ist-	
									mäßig 235.000€ vereinnahmt. Für das HHJ 2014 werden die Einnahmen auf 215.000€ geschätzt.	
rstattungen und Kostenumlagen	430,572,54	424.497,56	V		506.800,00	506.800,00	506.800,00	506.800,00		
Ert, a. Kostenerst ; Kostenum), v. Land	430.572,54	424,497,56 E	rstattung des Landes -Voltzug UVG-		506 800,00	506 800,00	506.800,00	506,800,00	7/15 von Ausgaben Vollzug UVG	

rderung von Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege

		rträge		Plandaten für Haushalt 2014					
	vorl, lst 2011 Stand 01,02,13	vorl. ist 2012 Stand 01:02,13	Erläuteringen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen	
2 Förd, v. Kindem in Tagespflege	91,712,88	124.365,50		182.568,00	182,568,00	182,568,00	182,568,00		
ingen und allgemeine Umlagen	58.888,00	66,449,50		107.568,00	107,568,00	107.568,00	107,568,00		
Zuw/Zusch Land	58,888,00	66,449,50	LZ zur Tagespflege Personal und Sechaufwand	107,568,00	107.566,00	107,568,00	107.568,00		
h-rechtl Leistungsentgelte	32.824,88			75.000,00	75.000,00	75.000,00			
Benutzungsgebühren	32.824,88	57.916,00	Ellembeliräge Tagespflege	75.000,00	75.000,00	75 000,00	75.000,00	Schatzung anhand der Entwicklung in der Tagespflege	

gendarbeit

				Pland	aten für Hau	rshalt 2014		
	vort, lst 2011 Stand 01:02-13	yorl. ist 2012 Stand 01.02.13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
	26,792,50	25.684,00		16:500,00	16.500,00	16,500,00	16,500,00	
3 Kindererholung Stolbarchen	24.647,45	24,496,00		15.500,00	15.500,00	15.500,00	15.500,00	
h-rechtl. Leistungsentgelte	6.633,00	7.856,00	Friedrich Control of the Control of	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	and the second s
Benutzungsgebühren	6.633,00	7.856,00	Teilnehmerbeiträge Ferienspiele	5,000,00	5,000,00	5 000,00	5,000,00	Andrew State Control of the Control
htt. Leistungsentgelte	782,45	3.902,00	and the state of t	500,00	500,00	500,00	500,00	THE RESERVENCE OF THE PROPERTY
Erträge aus Verkauf	782,45	3.902,00	Verkaufserlös Stofbärchen (Stofftiere), Verkauf DVD	500,00	500,00	500,00	500,00	Die Einnahmen in 2012 gestalteten sich so hoch, da
•			Circus, Eunnahmen Aktionswoche					durch das Jubiläum des Stolbärchens besondere
NA COLUMN								Aktionen stattfanden. Dies ist eine Ausnahme, die sich in den folgenden Jahren nicht wiederholt.
ordentliche Erträge	17.232,00	12,738,00		10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	The state of the s
Erträge aus erhaltenen Spenden	17.232,00	12.738,00	Spenden Ferienspiele (Stolbärchen)	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	Schätzung
4 Kinder- und Jugendevents	2.145,05	1.188,00		1,000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
h-rechtl. Leistungsentgelte	547,50	688,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	500.00	500,00	500,00	500,00	
Benutzungsgebühren	547,50	688,00	Eintrittsgelder Jugendevents	500,00	500,00			Schätzung
ordentliche Erträge	1,597,55			500,00	500,00	500,00	500,00	
Erträge aus erhaltenen Spenden	1.597,55	500,09		500,00	500,00	500,00	500,00	Schätzung

nst. Leistungen zur Förderung junger Menschen/Familien

		räge		Plandaten für Haushalt 2014						
	vori ist 2011 Stand 01 02 13	vorl. lst 2012 Stand 01.02.13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen		
	2.160.720,26	2.053,176,85		1.793.520,00	1.404.820,00	1.361.000,00	1.361.000,00			
Jugendsozialarbeit § 13	15.600,00	9.000,00	The state of the s	0,00	0,00	0,00	00,0	~\abelastanianianianianianianianianianianianiania		
ngen und aligemeine Umlagen	15,600,00	9.000.00		0.00	0,00	0,00	0,00			
Zuw/Zusch. Land	15:600,00	9,000,00	LZ Jugend in Arbeit Plus	0,00	0,00	0,00		Programm beendet		
Volizeitpflege §33	400.190,30	671.790,01		450,000,00	450.000,00	450.000,00	450.000,00			
stattungen und Kostenumlagen En. a. Kostenerst., Kostenuml. v. Gem.	400,190,30 400,190,30	671,790,01 671,790,01	Kost erstatt. Fam pflege durch andere JA	450.000,00 450.000,00	450.000,00 450,000,00		450.000,00 450.000,00	HSP-Maßnahme Nr. 42 kann wahrscheinlich auch in 2014 erreicht werden. Die Höhe des Erfräges kann		
	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1							aber nur geschätzt werden, da die Einnahmen hier von den entsprechenden Zuständigkeiten, die nicht beeinflusst werden können abnängig sind.		
5 Heimerz., sonst. betr. Wohnform	782.924,98			400,000,00	400.000,00					
stattungen und Kostenumlagen	782.924,98	469.327,59	NATION OF THE RESIDENCE	400.000,90	400.000,00	400.000,00	400.000,00			
Ert. a. Kostenerst., Kostenumil. v. Gem.	782.924,98	409,327,59	Kost erstatt: Helmpflege durch andere JA	400 000,00	400,000,00	400.000,00	400.000,00	HSP-Maßnahme Nr. 43 kann wahrscheinlich auch in 2014 erreicht werden. Die Höhe des Ertrages kann aber nur geschätzt werden, da die Einnahmen hier vor den entsprechenden Zuständigkeiten, die nicht beeinflusst werden können abhängig sind		
8 intensive sozialpäd. Einzelbetr.	8.939,11	4.505,37		4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00			
stattungen und Kostenumlagen	8,939,11	4.505,37	A CONTRACTOR AND AND AND AND AND AND AND AND AND AND	4.000,00		······································				
Ert. a. Kosténerst , Kostenuml. v. Gem.	8,939,11	4.505,37		4_000,00	4.000,00	4.000,00		Schätzung		
7 Hilfe für junge Volljährige §41	2.740,37	6.282,10	,	7.000,00	7.000,00	1	1			
Transferenträge	2.740,37	6.282,10		7,000,00	7,000,00					
Ers. soz. L. außerh. Ersatz von soz. Leist. in Einrichtungen	0,00	0,00 6:282,10		1.000,000	1.000,00 6.000.00	1,000,00 6,000,00		Schätzung HSP-Maßnahme Nr. 44 Die unter der HSP-		
	2,740,37	6.282,10		6,000,00				Maßnahmen Nr. 44 prognostizierten Mehreinnahmen konnten in 2012 nicht erzielt werden. Somit werden auch für 2014 "nur" 6 000 € erwadet.		
2 Sonstige Maßnahmen	950.325,50	892,271,78		932,520,00	543.820,00	500.000,00	500.000,00	**************************************		
ingen und allgemeine Umlagen	457,445,30	403,676,00		532,520,00	143.820,00					
ZuwiZusch, Bund	344.550,30	275,000,00	Bildungs- u. Teifhabepaket	384.000,00	0,00	00,00	0,00	Einnahmen aus Übertrag aus Vorjahren, Projekt läuft		
Zuwi/Zusch, Land	112.895,00	128,676,00	Sprachförderung Delfin, Kinderarmut	148_520,00	143.820,00	100.000,00	100.000,00	2014 aus. Delfin: 100.000 €; Kinderarmut. 4.700 € (Projekt läuft 2014 aus)Familienhebamme 43.820€ (Projekt ist bis		
								2015 bewilligt, Weitergenehmigung noch nicht geklär		
Transferentrage	492.880,20	488.595,78		400.000,00	400.000,00	400.000,00	400,000.00	***************************************		
Era soz. L'außerh	123.808,66	104,600,70		100.000,00	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·			Schatzung aufgrund Jahresergebnis 2012		
Ersätz von soz. Leist in Einrichtungen	369,071,54	383.995,08		300,000,00	300.000.00		1 200 000 00	Schätzung aufgrund Jahresergebnis 2012		

geseinrichtungen für Kinder

Ettage Company of the				Plandaten für Haushalt 2014				
	yor lat 2011 Stand 01.02.13	vorl st 2012 Stand 01 02 13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
	6:705.885,94	7.789.123,99		7.222.400,00	7-294.400,00	7.367.400,00	7.441.500,00	
bis 1.36.05,19 Kindergärten			Anmeldung bei 1.36.05.21, Köntlerung im IST auf die einzelnen Kigas. Zur besseren Planung HH 2014 das vorl. IST jedoch zusammen gefasst bei 1.36.05.21					
KiGa Auf der Liester	408.679,45	535.415,77	,	342.400,00	342.400,00	342.400,00	342.400,00	Security for 2 Approximation of the first security and the first sec
stattungen und Kostenumlagen	408,679,45	535,415,77		342,400,00	342.400,00	342.400,00	342,400,00	
Ert, a. Kostenerst., Kostenuml. v. Gern.	408.679,45	535,415,77		342.400,00	342.400,00	342.400,00	342.400,00	HSP-Maßmahme Nr. 45 bezog sich nur auf das HHJ 2012! Aufgrund Finanzierungsänderung geschätzte Einnahmen wie folgt: Pers. u. Sachk. Integr Gruppen=325.000€; Erstatt. Fahrtkosten=17.400€
B KiGa Franziskusstraße	306.645,90	563,783,64		350,000,00	350.000,00	350.000,00	350.000,00	
agen und allgemeine Umlagen	18.656,60	24,999.96		25.000,00	25,000,00	25.000,00	25,000,00	The second secon
Zuw/Zusch Bund	8.333,28	29.833;30		25 000,00	25.000,00	25 000,00		Schwerpunkt Kita Sprache
Zuw/Zusch. Land	8.333,32		nur Vereinnahmung über SK 4140000	0.00	0,00	0,00		wird unter SK 4140000 vereinnahmt
stattungen und Kostenumlagen	289.979,30	538.783,68		325.000,00	325.000,00	325.000,00	325.000,00	
Ert. a. Kostenerst., Kostenuml. v. Gem.	289.979,30	538,783,68		325 006,00	325.0 00 ,00	325,000,00	325,000,00	HSP-Maßmahme Nr. 46 bezog sich nur auf das HHJ 2012! Aufgrund Finanzierungsänderungen wird mit Pers. U. Sachkostenerstattungen in Höhe von 325,000 € gerechnet
EKIGA PIZOWAD WESTER SELECTION OF THE SE	.o.:591	12 (11.) 1955 (1)			7 7 4 3 7 7	. 1		
ngen und allgemeine Umlagen uw/Zusch, Bund				25 000,00	25,900,00	25.000,00		Schwerpunkt Kita Sprache
0 KiGa "Freien Träger"	3.316.304,34	3.161.476,20	3	3.000.000,00	3.037.500,00	3.075.500,00	3,114,100,00	
ngen und allgemeine Umlagen	591,900,00	306.000,0		0,00	0,00	0,00	0,00	
Zuw/Zusch. Land	591.900,00			0,00	0,00	0,00	0,00	entfällt ab 2014, bei den Einnahmen in 2011 und 2012 handelte es sich um Zuschusse für den U 3 Ausbau
1-rechtl. Leistungsentgelte	622.316,69			500.000,00	500.000,00	500,000,00	500,000,00	
Benutzungsgebühren	622.316.69	493,887,9		500,000,00	500 000,00	<u> </u>	500 000,00	
stattungen und Kostenumlagen	2,102,087,65			2.500.000,00				
Ed. a. Köstenerst., Kostenumt. v. Land	2.102.087,65	2.361.588,2		2.500,000,00	2.537 500,00	2,575,500,00	2.514.100,00	Mehreinnahmen durch den Betrieb von 2 neuen Kitas in freier Tragerschaft
1 KiGa aligemein	2.674.256,25	3.528.448,3		3,630,000,00	3.564.500,00	3.699.500,00	3.635.000,00	
ngen und allgemeine Umlagen	207,860,00	512,044,2	0	500,000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00	
Zuw/Zusch, Land	207.850,00			500 000,00			500 000,00	Erstattung Eltembeiträge durch Land für letzles eltembeiträgsfreies Kita Jahr vor Einschulung
1-rechtl, Leistungsentgelte	639,339,89			480,000,00			480.000,00	
Benutzungsgebühren	639,339,89			480,000,00	480.000,00	Erren caracina de la companya de la		Schätzung aufgrund Jahresergebnisses 2012
htt. Leistungsentgelte Erträge aus Verkauf	221,981,80 221,981,80			250,000,00 250,000,00	250.000,00 250.000,00		250.000,0 0 250.000,00	D Gemeinschaftsverpflegung nimmt zu, so dass mit höheren Einnahmen gerechnet wird.
stattungen und Kostenumlagen	1.605.074,5	2.303,151,1		2,300,000,00	2.334.500,00	2,369,500,00	2.405.000,00	
Ert. a. Kostenerst, Kostenumi. v. Land	1.605.074.56			2,300,000,00			<u></u>	

rrichtungen der Jugendarbeit

Ertrage				Plandaten für Haushalt 2014				
	vort 1st 2011 Stand 01:02:13	yort 1st. 2012 Stand 01.02.13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Erläuterungen
	70.052,00	70.066,00		69.750,00	69,750,00	69.750,00	69.750,00	
-Kinderkino 55 555	360,00	374,00		250,00	250,00	250,00	250,00	The state of the s
n-rechtl. Leistungsentgelte	360,00	374,00	1	250,00	250,00	250,00	250,00	
Benutzungsgebühren	360,00	374,00	Eintrittsgelder	250,00	250,00	250,00	250,00	Schätzung
Spiel- und Bolzpiätze	- 0,00	0,00		0,00	00,0	0,00	0,00	
ordenti. Erträge	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	
rträge aus dem Verkauf von Grundst.	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00		HSP-Maßnahme Nr. 9 Nach Rücksprache mit 23 soll der Verkauf in 2013 erfolgen, so dass ab 2014 nicht mehr mit Elnnahmen zu rechnen ist.
3 Sonstige Jugendeinrichtungen	69.692,00	69:692,00		69.500,00	69.500,00	69.500,00	69.500,00	
ngen und allgemeine Umlagen Zuw/Zusch. Land	69.692,00 69.692,00		Personal- und Betriebskostenzuschüsse für Jugendeinnchtungen (freie u. öffentf. Trägerschaft)	69.500,00 69.500,00	69.500,00 69.500,00	69.500,00 69.500,00	69.500,00 69 500,00	A STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF THE STORY OF T
	69,692,00	69.692,00		69.500,00	69.500,00	69.500,00	69.500,00	
nt	360.00	www.co	age and a second of the second	250,00	250,00		250,00	
nt .	0,00		`	0,00	0,00	0,00	0,00	

nst. Einrichtungen zur Förderung junger Menschen/Familien

		träge				Planc	laten für Hac	ushalt 2014
	vorl list 2011 Stand 01.02.13	vorl Tst 2012 Stand 01.02.13	Erläuterungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 201 6	Ansatz 2017	Erläuterungen
Sonst Einr z. Förd jung. Menschen	127:804,35	106.000,00		106.000,00	106,000,00	∴ 106.000,00	106.000,00	
ngen und altgemeine Umlägen	125.784,35	103.000,00		106.000,00	106,000,00	106,000,00	106.000,00	
Zuw/Zusch, Land	87:000,00	103,000,00	LZ Familienzentren	106,000,00	106.000,00	106 000,00	106,000,00	
Zuw/Zusch, s off, Be	38,784,35	0,00	Starken vor Ort, endallt ab 2012	0,00	0,00	0,00	0,00	
nti. Leistungsentgelte	2.020,00			0,00	0,00	0,00	0,00	
Mieten und Pachten	2,020,00		Kostenbetelligung-Vereine/Private bei Inanspruchnahme städtischer Gebäude, bew. A 23					

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB4/30/32

⊠öffentlich

□ nichtöffentlich

Datum 31.07.2013

Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschusses / Rates

am

10.09.2013 / 10.09.2013 A)17.

Tagesordnungspunkt Nr. Betreff

A) (G. Aufwendungen für sonstige Dienst-

leistungen

hier: Bereitstellung von überplanmäßigen

Haushaltsmitteln

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt die Bereitstellung der Haushaltsmittel

Produkt/ Kostenstelle:	1.12.02.01	Bezeichnung:	Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Aufwandskonto/ Auszahlungskonto:	5291000 7291000	Bezeichnung:	Aufwendungen für sonstige Dienst- leistungen
Betrag:	40.000,00 €		

b) Sachverhalt:

Im Bereich "Allgemeine Ordnungsmaßnahmen" sind u.a. nachfolgende Beauftragungen zur Gefahrenabwehr erforderlich:

- Bestattungen ohne zunächst greifbare Bestattungspflichtige,
- Straßenreinigungen bei Ölunfällen,
- Schädlingsbekämpfungen (Infektionsschutzgesetz, Ratten).

Die hier anfallenden Kosten werden zunächst durch die Stadt Stolberg beglichen und wenn möglich beim Verursacher bzw. Bestattungspflichtigen zurückgefordert.

Durch Amt 30/32 wurden für das HHJahr 2013 HHMittel in Höhe von 50.000,00 € für v.g. Maßnahmen angemeldet. Die Anmeldung der Mittel erfolgte auf der Basis des HHJahres 2010 bzw. auf einer Hochrechnung für das HHJahres 2011, da in diesem Aufgabenbereich immer wieder nicht vorhersehbare Gefahrentatbestände auftreten. die unverzüglich beseitigt werden müssen.

Für das HHJahr 2013 wurden Mittel in Höhe von 40.000,00 € bereitgestellt. Aufgrund der bisher angefallenen Bestattungsfälle (17 Stück) sowie der hohen Zahl von Straßenverschmutzungen wurden bisher 59.380,71 € verausgabt, die teilweise durch HHMittel des DK 52 - Sach- und Dienstleistungen - beim Produkt 1.12.02.01 -Allgemeine Sicherheit und Ordnung - gedeckt wurden.

Das Fachamt geht davon aus, dass bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 im Bereich "Allgemeine Sicherheit und Ordnung" für Bestattungen, Straßenverschmutzungen etc. noch HHMittel in Höhe von 20.000,00 € benötigt werden. Zum Ausgleich des Deckungskreises sowie für die eventuell noch anfallenden Maßnahmen ist die üpl. Bereitstellung von HHMitteln in Höhe von 40.000,00 € erforderlich.

Anzumerken ist, dass ca. 40 % der Ausgaben bei der o.g. Position mittels Leistungsbescheid vom Kostenpflichtigen zurückgefordert werden.

c) Rechtslage:

Ordnungsbehördengesetz - OBG

d) Finanzierung:

Der Kämmerer hat mit **Verfügung vom 26.07.2013, VÄL-Nr. 0322**, wie folgt entschieden:

Produkt/Kostenstelle:	1.12.02.01	Bezeichnung:	Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Aufwandskonto:	5291000	Bezeichnung:	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Auszahlungskonto:	7291000	Bezeichnung:	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Betrag:	40.000,00 €		

Zu der Mittelbereitstellung bei o.g. Aufwandskonten/Auszahlungskonten ist die Zustimmung des Hauptausschusses/Rates (die durch eine dringliche Entscheidung gem. § 60 GO ersetzt werden kann) herbeizuführen.

Die Deckung erfolgt:

	Minderaufw./z	Bezeichnung:
Produkt/Kostenstelle:	1.61,02,01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Aufwandskonto:	5516001	Zinsen Liquiditätskredite an sonstige öffentl. Sonderrechnungen
Auszahlungskonto:	7516001	Zinsen Liquiditätskredite an sonstige öffentl. Sonderrechnungen
Betrag:	40.000,00 €	

Begründung/Hinweis:

Die Deckung erfolgt durch gleich hohe Minderaufwendungen/Minderauszahlungen bei den Kassenkreditzinsen.

e) Personelle Auswirkung:

entfällt

(Wahlen) Fachbereichsleiter 4

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

FB 4 - 30/32 -

⊠öffentlich

□ nichtöffentlich

Datum 07.08.2013 Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschusses/Rates

am

Tagesordnungspunkt Nr.

10.09.2013 / 10.09.2013

Betreff

P) //8. / P) //7.
Bereitstellung von überplanmäßigen

Haushaltsmitteln

- BAV Fahrzeuge Feuerschutz



a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt die Bereitstellung der Haushaltsmittel

5er PSP:	5.000004.510. 750	Bezeichnung:	BAV Fahrzeuge Feuerschutz
Auszahlungskonto:	7831000	Bezeichnung:	Auszahlungen für den Erwerb von VG über 410 €
Produktgruppe:	1206	Bezeichnung:	Brandschutz
Betrag:	65.000,00 €		

b) <u>Sachverhalt:</u>

Um die Einsatzbereitschaft im Feuerschutz aufrechterhalten zu können, werden überplanmäßige investive HHMittel benötigt.

Für die Beschaffung eines Löschfahrzeuges - LF 20 - für die Löschgruppe Münsterbusch wurden für das HHJahr 2012 HHMittel in Höhe von 220.000,00 € angemeldet und genehmigt. Aufgrund der dringenden Ersatzbeschaffung eines Atemluftkompressors, die ursprünglich für den HH 2013 geplant war, mussten Mittel in Höhe von 24.800,00 € bereitgestellt werden. Hierbei handelte es sich um eine Mittelverschiebung in den Bereichen Geräte-Feuerwehr und Fahrzeuge-Feuerwehr.

Um jedoch bereits im HHJahr 2012 mit der Ersatzbeschaffung des v.g. Fahrzeuges beginnen zu können, wurde am 19.11.2012 unter VÄL-Nr. 0601 einer Mittelbereitstellung in Form einer apl. VE in Höhe von 220.000,00 € zugestimmt. Die Ausschreibung erfolgte nicht in 2012, da seitens des Fachamtes auf eine Möglichkeit der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für NRW hinsichtlich der gesetzlich geforderten Abgasnorm EURO6 auf EURO5 (= derzeitiger Stand) gewartet wurde.

Zwischenzeitlich wird auch für NRW eine Ausnahmegenehmigung erteilt.

Da es aus Gründen der Überalterung des vorhandenen Fuhrparks zu ständigen Fahrzeugausfällen, hohen Instandsetzungskosten sowie Stilllegungen durch das Technische Kompetenzzentrum NRW gekommen ist, muss nunmehr dringend Ersatz beschafft werden. Da die v.g. HHMittel nicht in den HH 2013 übertragen wurden, stehen nunmehr nur die ursprünglich für 2013 beantragten Mittel für ein anderes Fahrzeug in Höhe von 180.000,00 € bei der Finanzposition "Bewegl. Anlagevermögen - Fahrzeuge" zur Verfügung. Mittel in Höhe von 24.800,00 € sind von der Position "Bewegl. Anlagevermögen - Geräte" für die in 2012 durchgeführte Beschaffung des Atemluftkompressors, die im Rahmen einer Mittelverschiebung erfolgte, zurückzubuchen.

Entgegen der ursprünglich dem Rat in der Vorlage vom 25.06.2013 vorgeschlagenen Vorgehensweise wurde zwischenzeitlich zwischen der Wehrleitung, der Wachleitung und den zuständigen Zugführern der betroffenen Löschgruppen Münsterbusch, Venwegen und Donnerberg folgende Vorgehensweise vereinbart:

Um die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Stolberg weiterhin sicherstellen zu können ist beabsichtigt, an Stelle eines neuen Fahrzeuges drei gebrauchte Fahrzeuge zu beschaffen. Bezüglich der Einzelheiten wird auf den beiliegenden Vermerk der Feuerwehr vom 07.08.2013 verwiesen.

Bei der Auswahl der Fahrzeuge muss beachtet werden, dass das Fahrzeug der Löschgruppe Münsterbusch, welches auf der Feuerhauptwache stationiert ist, so ausgestattet ist, dass es als Ersatzfahrzeug für das Hilfeleistungslöschfahrzeug der Hauptwache geeignet ist.

Bei einem Hilfeleistungslöschfahrzeug handelt es sich um ein solches, welches für die technische Hilfeleistung und die Brandbekämpfung eingesetzt wird. Wobei zusätzlich zu den Gerätschäften der Brandbekämpfung noch die Gerätschaften für die technische Hilfeleistung mitgeführt werden.

Bei der v.g. Variante handelt es sich aus Sicht des Fachamtes um eine sehr sinnvolle und pragmatische Lösung, da auf diese Art und Weise kurzfristig der Ersatz von drei altersbedingt ausfallenden Fahrzeugen ermöglicht wird.

HHPosition	Bezeichnung	bereitgestellte HHMittel
5.000004.510.750	Bewegl. Anlagevermögen - Fahrzeuge SK 7831000	180.000,00€
	Bewegl. Anlagevermögen - Fahrzeuge SK 7832000	5.000,00€
		185.000,00 €
erforderliche HHMit Fahrzeugersatzbes		250.000,00€
fehlende HHMittel		-65.000,00€

Um die entsprechende Beschaffung durchführen zu können, müssten die fehlenden HHMittel in Höhe von 65.000,00 € üpl. bereitgestellt werden. In diesen

65.000,00 € sind auch 24.800,00 € für die 2012 erfolgte unvorhersehbare Ersatzbeschaffung des Atemluftkompressors enthalten.

Um die vorgeschlagene Vorgehensweise zu ermöglichen wird es erforderlich sein, für die einzelnen Beschaffungen jeweils eine dringliche Entscheidung des BVA herbeizuführen, da die Händler die Fahrzeuge nicht über einen längeren Zeitraum ohne eine verbindliche Zusage zurückhalten werden.

c) Rechtslage:

Gem. § 1 (1) des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) vom 10.02.1998 haben die Gemeinden den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehren zu unterhalten, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Die Kosten für die nach dem FSHG obliegenden oder übernommenen Aufgaben haben die Gemeinden zu tragen (§ 40 (1) FSHG).

d) Finanzierung:

Der Kämmerer hat mit **Verfügung vom 21.06.2013, VÄL-Nr. 0251**, wie folgt entschieden:

5er PSP:	5.000004.510.750	Bezeichnung:	BAV Fahrzeuge Feuerschutz
Auszahlungskonto:	7831000	Bezeichnung:	Auszahlungen für den Erwerb von VG über 410 €
Produktgruppe:	1206	Bezeichnung:	Brandschutz
Betrag:	65.000,00 €		

Zu der Mittelbereitstellung bei o.g. Auszahlungskonto ist die Zustimmung des Hauptausschusses/Rates (die durch eine dringliche Entscheidung gem. § 60 GO ersetzt werden kann) herbeizuführen.

Deckung:

	Auszahlung	Bezeichnung
5er PSP:	5.001001.500.470	BAV Geräte Feuerschutz
Produktgruppe:	1206	
Betrag in €.	24.800,00	

	Auszahlung	Bezeichnung
5er PSP:	5.001002.500.450	Erneuerung Funkanlage
Produktgruppe:	1206	
Betrag in €:	40.200,00€	

Begründung/Hinweis:

Da für den Haushalt 2014 für die Position 5.001002.500.450 Erneuerung Funkanlage neue Mittel angemeldet wurden, wird davon ausgegangen, dass die dieses Jahr eingeplanten Mittel nicht benötigt werden.

Wie aus der Finanzierung ersichtlich werden keine zusätzlichen Mittel benötigt, sondern die vorhandenen Mittel durch eine andere Prioritätensetzung verwendet.

e) Personelle Auswirkung:

entfällt

I.A.

(vvanien) Fachbereichsleiter 4

Mit dem Inhalt der v.g. Vorlage einverstanden:

We	٠h	rle	itu	ng:

Sturz, Anton

Wiese, Herbert

Baumanns, Christoph

Baum

Wachleitung:

Wenn, Karl

Litzel, Stefan

Will to

URLAUB

2. Zug:

Scholz, Wolfgang

. W. Jo & -

3. Zug:

Keller, Roland

Celly

4. Zug:

Konrads, Michael

Merry

5. Zug:

Krings, Günter

Bewegliches Anlagevermögen – Fahrzeuge - hier: Fahrzeugbeschaffungen

- 1. Das Löschfahrzeug der Löschgruppe Münsterbusch (Bj. 1980) war auf Grund des Alters und Zustandes das Fahrzeug, das als nächstes ersetzt werden sollte. Eine Aufarbeitung des Fahrzeuges ist wegen den massiven Durchrostungen und dem technischen Zustand nicht mehr sinnvoll.
- 2. Zur zeit ist das erste Fahrzeug der Löschgruppe Donnerberg (Bj. 1988) seit mehreren Wochen außer Dienst. Das defekte Handbremsventil ist von der Fa. Iveco-Magirus nicht mehr lieferbar. Der Nachbau des Ventils ist über die Fa. Mercedes Siebertz in Arbeit, kann allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen. Nach dieser Instandsetzung ist das Fahrzeug einsatzbereit.

Zwischenzeitlich fiel altersbedingt das zweite Löschfahrzeug der Löschgruppe Donnerberg (Bj. 1972) altersbedingt aus und wurde aus Sicherheitsgründen (Bremsen, Lenkung, massive Rostschäden am Chassis) außer Dienst gestellt und abgemeldet.

3. Das Löschfahrzeug der Löschgruppe Venwegen (Bj. 1988) war Eigentum des Bundes als Katastrophenschutzfahrzeug. An diesem Fahrzeug wurden vom Technischen Überwachungsdienst des Landes NRW Schäden an den tragenden Chassisteilen festgestellt. Die Reparaturkosten in Höhe von 21.000 € wurden wegen dem geringen Wert des Fahrzeuges vom Land NRW nicht übernommen. Zwischenzeitlich wurde das Fahrzeug der Stadt Stolberg vom Bund kostenfrei überlassen. Eine Reparatur des Fahrzeuges ist auf Grund des Alters und der nicht mehr lieferbaren Ersatzteile bei der Fa. Iveco-Magirus völlig unwirtschaflich.

Für die Beschaffung von 3 neuen Löschfahrzeugen reichen die Haushaltsmittel nicht aus. Zudem beträgt die Lieferzeit für diese Fahrzeuge 14 bis 17 Monate. Adäquate Vorführfahrzeuge stehen derzeit bei den Herstellern nicht zum Verkauf.

Um den jetzigen unzureichenden Zustand kurzfristig zu beseitigen, ist in Abstimmung mit der Wehrführung und den Zugführern der Freiwilligen Feuerwehr folgende Vorgehensweise erarbeitet worden:

Die beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 € werden nicht zur Beschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Gruppe Münsterbusch, sondern für die Beschaffung von 3 gebrauchten Fahrzeugen für die Gruppen Münsterbusch, Venwegen und Donnerberg verwendet. Verwendbare Fahrzeuge in gutem Zustand im Alter von ca. 15 bis 18 Jahren sind bei speziellen Händlern, die die Fahrzeuge aufarbeiten, zu finden. Über diese Vorgehensweise besteht auch mit den betroffenen Löschgruppen Münsterbusch, Venwegen und Donnerberg absolutes Einvernehmen.

Diese Maßnahme kann nur eine Ausnahme in Folge der aktuellen Situation sein. Für die Zukunft müssen wegen der längeren Nutzungsdauer wieder Neufahrzeuge beschafft werden.

Vorschlag:

Durch die Feuerwehr werden auf dem Feuerwehr-Fahrzeugmarkt 3 gebrauchte Löschfahrzeuge, die den Anforderungen für die og. Löschgruppen entsprechen, ausgesucht. Da die Händler die Fahrzeuge nicht über einen längeren Zeitraum ohne

eine verbindliche Zusage zurückhalten, ist es erforderlich, die einzelnen Beschaffungen jeweils über eine dringliche Entscheidung kurzfristig zu ermöglichen.

Dadurch werden die aktuellen Fahrzeugprobleme in den 3 Gruppen kurzfristig beseitigt und die ansonsten anfallenden Reparaturkosten (zb. Venwegen 21.000 €) entfallen.

Sturz

Leiter der Feuerwehr

Stadt Stolberg (Rhld.)

FB 2/66 fri

⊠ öffentlich

□ nichtöffentlich

Datum

16.08.2013

Drucksache-Nr.

VORLAGE

für die Sitzung des

Hauptausschusses und Rates

10.09.2013 am

Tagesordnungspunkt Nr. A) 49

A) 18.

Betreff:

Spielplatz Brockenberg

hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 38.000,- € für den Bau des Spielplatzes Brockenberg/Eburonenweg bereitzustellen.

Haushalterische Angaben:

PSP: 5.000069.510.810 - Spielplatz Büsbach

Deckung:

PSP: 5.660019.500.310 - Erschließung Kraelgenweg

SKT 785,2000

b) Sachverhalt:

Im Bebauungsplangebiet B68 Brockenberg soll im Bereich der geplanten Grünanlage der erste Bauabschnitt des Spielplatzes Brockenberg/Eburonenweg gebaut werden. In Absprache mit dem Jugendamt, der Politik und den Anliegern soll eine zentral, in der Anlage liegende Fläche, von ca. 1000 m² vorerst hergerichtet werden.

Der Spielplatz soll mit einen Kleinkinderspielbereich ausgestatte werden. Zur Ausrüstung gehören ein Multifunktionsspielgerät, einer Doppelschaukel, ein Sandkasten und verschiedene Sitzgelegenheiten, sowie eine Rahmenpflanzung aus 3 Bäumen und einigen Gehölzen. Die zentrale Fläche soll, wie die Zuwegung überwiegend in wassergebunder Bauweise ausgebaut und die Restflächen als Rasen- bzw. Pflanzflächen gestaltet werden.

Da zurzeit noch keine Erschließung des Geländes vorhanden ist, muß eine 3 m breite Zuwegung zum Spielplatz gebaut werden. Die gesamte Spielplatzfläche muß aus Verkehrssicherheitsgründen mit einer Gitterzaunanlage und einer Toranlage eingefriedet werden.

Für die landschaftgärtnerischen Arbeiten beträgt die Bruttobausumme 72.400,– € (ohne

Spielgeräte)

Die Arbeiten wurden beschränkt ausgeschrieben. Acht Firmen wurden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Auf Grund der sehr hohen Betriebsauslastung und terminlicher Engpässe der aufgeforderten Firmen, konnte nur ein Angebot gewertet werden, da diese Firma eine fristgerechte Ausführung zusichert. Die Preisgestaltung ist marktentsprechend, ortsüblich und angemessen.

c) Rechtslage:

Gesetzliche Grundlagen für die Notwendigkeit der Einrichtung des Spielplatzes ergeben sich neben der Rechtsgültigkeit des Bebauungsplanes mit der Vorgabe der Erstellung einer Spielfläche aus den Paragraphen §1 und §14 des SGB VIII.

d) Finanzierung:

Mittel in Höhe von 35.000,– € stehen unter der PSP 5.000069.510.810 zur Verfügung Weitere Haushaltsmittel in Höhe von 38.000,– € sind außerplanmäßig bereitzustellen. Eine entsprechende Mittelfreigabe wurde beantragt.

Haushalterische Angaben:

PSP: 5.000069.510.810 Spielplatz Brockenberg

Verfügbar: 35.493,90€

Deckung:

PSP:5.660019.500.310 Erschließung Kraelgenweg

Konto: 7852000 - Bez: Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen

Produktgruppe: 5401 Betrag 38.000,-€

Auszahlungskonto:

PSP 5000069.510.810 Bez. Spielplatz Büsbach

Auszahlungskonto: 7853000 Bez. Auszahlung für sonstige Baumaßnahmen

Produktgruppe: 3606 Bez. Einrichtungen der Jugendarbeit

Der Kämmerer hat am 19.08.2013 wie folgt entschieden:

Zu der Mittelbereitstellung bei o.g. Auszahlungskonto ist die **Zustimmung des** Hauptausschusses und Rates herbeizuführen.

e) Personelle Auswirkungen:

Die Leistungen für Planung, Ausschreibung, Bauleitung und Abrechnung werden von einem Mitarbeiter des Tiefbauamtes erbracht. Weiterhin ist Personal des Jugendamtes eingebunden

i.A.

Leiter Fachbereich 2

Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

✗öffentlich

H) 19.

□ nicht öffentlich

1, 2

Datum Drucksache-Nr. 13.08.2013

VORLAGE

Für die Sitzung des

Hauptausschusses / Rates

am

Tagesordnungspunkt Nr.

Betreff

10.09.2013 A) 20.

Unterjähriges

Personalkostencontrolling

2. Quartal 2013

HA Rat

a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt / Der Rat nimmt den als Anlage 1 beigefügten Controllingbericht mit der aufgezeigten Entwicklung im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen zum 2. Quartal 2013 zur Kenntnis.

b) Sachverhalt:

Im aktuell zum Stichtag 30.06.2013 vorgelegten Personalkostencontrolling wurde im Bericht die zusätzliche Spalte "Prognose zum 31.12.2013 (1. Quartal)" ergänzt. Hierdurch kann nachvollzogen werden, inwieweit sich die im Bericht ausgewiesenen prognostizierten Beträge in der Zwischenzeit verändert haben.

In der Natur der Sache liegt hierbei, dass sich die Validität der Prognose stetig verbessern wird, je mehr Ist-Daten in den Gesamtprognosebetrag je Aufwandsart zum 31.12.2013 einfließen und sich entgegengesetzt der Prognoseanteil reduziert.

Im Falle des vorliegenden Berichts zum 2. Quartal 2013 wird eine Verbesserung i. H. v. rund 407.000 € ausgewiesen. Somit wird im Grundsatz die Prognose des ersten Quartals 2013 bestätigt.

Es muss jedoch ausdrücklich auf das Risiko hingewiesen werden, dass die Gruppe der Personal- und Versorgungsaufwendungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) im Rahmen der noch zu erstellenden Jahresabschlüsse erheblichen Schwankungen gegenüber der im Rahmen der seinerzeitigen Haushaltsplanung veranschlagten Aufwendungen unterliegen kann.

So wird bei Betrachtung von bereits vorliegenden kommunalen NKF-Jahresabschlüssen anderer Kommunen deutlich, dass sich sowohl deutliche Verbesserungen bei einzelnen Aufwandssachkonten, als aber auch relevante Verschlechterungen (Mehraufwendungen) ergeben können.

Eine weitere Zielsetzung des unterjährigen Personalkostencontrollings wird es somit zukünftig sein, auch diese Entwicklungen, die sich aus der Bewirtschaftung der im NKF-Jahresabschluss relevanten Rückstellungen für den Bereich der Personalkosten ergeben, im unterjährigen Berichtswesen aufzugreifen.

So wird beispielsweise in der Erläuterungsspalte zur Prognose der Dienstaufwendungen für Beamte (Kostenart / Sachkontobezeichnung 5011000) dargestellt, dass die vorgenommene Auszahlung von Überstundenentgelten für die Leistung von Mehrarbeit der hauptamtlichen Feuerwehrbeamten, durch eine in der Vergangenheit gebildete Rückstellung im Ifd. Haushaltsjahr 2013 aufwandsneutral abgewickelt werden konnte.

Andere Rückstellungen, welche sich auf die Höhe der Personalaufwendungen eines Haushaltsjahres auswirken können, sind beispielsweise die Pensions- und Beihilferückstellung für aktive Beschäftigte und für die Pensionäre der Stadt Stolberg, Altersteilzeitrückstellungen, oder aber die pflichtig am Jahresende zu prüfende Rückstellungen für bestehende Überstunden oder verbliebenen Resturlaub der Beschäftigten.

Da diese Größen, neben den so zu bezeichnenden "Personalhauptkosten" unmittelbaren Einfluss auf das im Rahmen des Jahresabschlusses zu ermittelnde Ist-Ergebnis für den Deckungskreis der Personal- und Versorgungsaufwendungen haben, werden zukünftige Auswertung diesen Bereich verstärkt in Augenschein nehmen.

Ein hierbei zu erzielender Nebeneffekt soll sein, dass sich auch zukünftige Haushaltsplanungen dieser Informationen bedienen können und so perspektiv größere negative Abweichungen zwischen Plan- und Istdaten im Jahresabschluss vermieden werden können.

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

Anlage

Personalkostencontrolling 2. Quartal 2013

τ

Personalkostencontrolling 2. Quartal 2013

Berichtsempfänger:

	``````````````````````````````````````	Zusammenfassong
Ansatz Gesamtsumme	34,429,247,44	
Prognose Gesamtsumme	34.021.882,74	
		Auf Grundlage der Prognosedaten vom 30,06,2053 konnen Gesandwirbersetungen i H. v. 407,364,70 € ausgewesen werden. (Stand Verbesserung 1. Dµantal 2013 = 425 866,67 €)
		Chancen
Kennzahlen (Mentek)		
Fluittuationsquote		
Krankenquote		HSP - Maßhahmen, welche sich auf Personalaufwendungen beziehen konnen eingehalten werden.
Fehitage MA / tahr		Risker
Kosten Arbeitsausfälle / Jahr		
Seschäftigte Gesenvi		
M.		- Assiken bestehen insowen, dass zur Zen, die Auswirkungen von Rücksleillungen noch nicht im Rahmen des Personalkostencontrollings mit erfasst werden können. Hierdurch konnen die Gesamipersonalaufwendungen noch Veranderungen unterleigen.
		Maßnahmen
		**************************************
<b>*</b>		
1		

### Positionen des Gesamtergebnishaushaltes

		<u> </u>						<b>.</b>	
	,		,	Procesore rum \$1.12.2013	Albur, Áttsatíz c		Starbe Vorsuss Femilials	Prognose zum 31.12.2013	^ `
Kostenarten / Sachkontebereichnung	Angate 2013	tet	Abw. Ansatz - ist	(2, Quertel)	Progress	Abw. In K	2012	(). Quartal)	Erläuterung / www.
				1					Die Auszahlung (Darstellung in der Finanzrechnung) beläuft sich voraussichtlich auf
								1	6.030.765,46 € Der Aufwand (Darstellung in der Ergebnisrechnung) wird durch die
								1	
									Inanspruchnahme einer Bückstellung i H. v. 586.558,22 € auf den Betrag von
		1		l .					5.444.197,24 reduziert. Die Prognose zum Stand 31.03.2013 wird mit der aktuell
				l					vorkegenden Prognose bestätigt. Einsparungen i, H. v. 169 T€ können durch die
									Pensionierung von 4 Mitarbeitern erzielt werden.
5011000 Beanite (Dienstäufw.)	5,633 603,21	3 074 356,41	2.559 247,30	5,444,197,24	189 405.47	3,36%	5 322 615,30	5 447 552,32	
									Wie bereits zum 1. Quartal muss mit einer Verschlechterung beim Ansatz der
								1	Personalkosten der tariflich Beschaftigten gerechnet werden. Ursachlich sind hier das
									· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
									in der Hochrechnung keine der ursprünglich im Haushaltsansatz Kalkulierten
									Zuschusszahlungen für Personalautwendungen i. H. v. von ca. 105.000 € berücksichtigt
									werden. Diese werden gesondert als Ertrag in o.g. Höhe verbucht. Darüber hinaus wird
									wie bereits im 1. Quartal prognostiziert mit einer Verschlechterung durch zusätzliche
									Überstunden im Rahmen des Winterdienstes gerechnet. Im Vergleich zum Basisjahr der
									Haushaltsplanung entfallen hierauf Mehraufwendungen € H. v. rd. 110 000 € im
								1	Betrachtungszeitzaum Januar bis Mai.
5012000 Tariff Beschaftigte Entgelte	18 323 711 85	9 03# #39,85	9 285 252,00	18.610.967,11	267 195,36	-1,57%	18,178,817,98	18,590,952,21	BLO GGALLING, BLOCK BOOK OF MICHIGAN
5019000 Sonst Beschaftigte Entgelte	368,300,00	176.538,75	- 191,761,25	J66.300,00	,,,,,	0.00%	335 985,70	368 300,00	
5072000 Tarifi Beschaftigge ZVK	1 463 003.90	702.637,01	760 366,87	1,432,863,32	30,140,58	\$7.00°L	1 42 ) 239,99	1 422 133,49	
5029000 Sonst Beschaftigte IVK	65 000,50	29.513,52	35 486,48	65,000,00		0,00%	47 804,47	65,000,00	
5032000 Tariff Beschaftigte Bertrage									
Sozialversicherung	3 859 052.98	1 726 401,92	- 2 112 651,06	9.602.406.07	256.646.91	6 65%	3 569 260 42	3 635 173,75	
5039000 Sonst Beschaftigte Bedrage			****	1					
Sozializersicherung	1 260,00	1.891,01	691,01	1.200.00		0,00%	1,697,76	1,200,00	1 1 1 2 1 1 1 2 1 1 1 2 1 1 1 2 1 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
									Auf Grundlage des aktuellen Anordnungsstands wird die Prognose vom 1. Quartei um
		4						1	25 000 € auf insgesam: 425 0000 € Aufwendungen für Beihilfen erhöht. Grundsatzlich
				]				1	sind die Fallzahlen sowie die jeweilige Kostenentwicklung äußerzt schwer kalkulierbar.
9041000 Berhiften Beschaftigte	905 375,00	252,849,45	253 525,57	425.000,00	80,375,00	15,96%	466,303,07	490,000,00	Ship the rankamen share the jewenge reprintmenting added active railune dat.
5051900 Zufultvung Pensionstuckstellengen									RSt-Zuführung auf HH-Ansatz prognostiziert.
Beschältigte	90,000,00		- 990 060,90	960.000,66		0,0256		900 090,00	nar-zuromong aut mir-Ansate programment.
5061000 Zuführung Bemilterunkstellungen								1	
Beschäftigte	300,000,00		300,000,00	300.900,00		0,00%		300.000.00	
** Personalaufwendungen	31:419.247.44	15.001.647,52	· 26,417,599,5Z	31.149.873,74	265.375,70	0,66%	29.345.724,59	31,130,371,77	

			- X X X X X X	FIGURE SON SERVED A	Abe Ansatz-		Sacht, Yosana, Diplomis	Sacto Stephons Dyebnis Prognose sum 31.32.2013	
Kostenanten / Sachkontobeteichnerg	Ansatz 2013	ä	Abw, Ansatz - ist	22. Osamali	Prognove	Abw.la.k	2602	C Countrie	
						100000 P			Einsparungen können im Haushaltsjähr 2013 durch angerechnete Rüchtagen der Versorgringskasse und eine hierauf basierende Arpassung des monahlich zu entrichtenden Abschlags etzielt werden. Mittelfrastig ust mit einer Steigerung der Aufwendungen durch zusätzliche Versorgungsempfänger in rechnen. Ab dem Haushaltsjähr 2014 erfolgt eine Differenzierung dieser Position zw. den im Ergebnisplan zu veranschägenden Aufwendungen und den im Frinanzplan auszuweisenden Auszahlen. Eine Abweichungen und den im Frinanzplan auszuweisenden Auszahlen. Eine Abweichungen und den im Frinanzplan auszahlen. Eine Abweichung wird hier durch die Bewitschäffung der
\$121000 Verstrøungsaniwendungen öbenute [Penstanen]	2.606.090,00	1352 659.00	1715 040,90	2.427.805(10	172 991,00	¥695	2 649 421,95	2 427 039,00	gebildaren Pensiansrückstellung für Versorgungsempfanger entstehen.
5141000 Behitie/Unterstutsungsleistungen Vervorgungsemplanger	90/960 91*	251 849,43	158 150,57	445.000,00	35,000,00	8,54%	411 202,06	445.000,000	
to be sometime to the second second	3.0300000	992.980,32	2.017.019.69	2872.002.00	117,991,00	¥85.	3.060.624.01	2.872.009.00	
	77 PAR 22 1 A 2 1		Codes and ex		- CAL 201 100		23 BYE 308 65	**************************************	

# **Kupferstadt Stolberg (Rhld.)**

4/10

⊠ öffentlich

□ nicht öffentlich

Datum 15.08.2013 Drucksache-Nr.

### **VORLAGE**

Für die Sitzung des

Hauptausschusses/Rates

am

10.09.2013

10.09.2013

Tagesordnungspunkt Nr. A) 24.

A) 20.

Betreff:

Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg;

hier: Erlass einer neuen Satzung

# a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Kupferstadt Stolberg / der Rat beschließt, die als Anlage 3) beigefügte Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg in Selbstverwaltungsangelegenheiten gem. § 7 GO NRW zum 01.10.2013 zu erlassen.

## b) Sachverhalt:

Als Gegenleistung für besondere Leistungen in Selbstverwaltungsangelegenheiten werden Verwaltungsgebühren aufgrund der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung durch die städtischen Dienststellen erhoben.

Der Rat der Kupferstadt Stolberg hat in seiner Sitzung am 19.03.2013 unter TOP A) 7. die Einführung der Ehrenamtskarte NRW beschlossen, welche für die zukünftigen Karteninhaber mit diversen Vergünstigungen [Anlage 1)] verbunden sein wird. Die Vergünstigungen tangieren auch die Verwaltungsgebührensatzung hinsichtlich der Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen.

Die auf diese Weise notwendig werdende Änderung der Verwaltungsgebührensatzung (§ 3 der Satzung wurde um einen Absatz 1 erweitert) wurde zum Anlass genommen, die bestehenden Gebührengegenstände und deren Tarife unter anderem auch in Anlehnung an die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW zu überprüfen. Hierbei wurde des Weiteren § 7 Abs. 1 der Satzung um einen Halbsatz ergänzt und bei den Gebührengegenständen der alte Tarif 12. "Lichtpausen" gestrichen und darüber hinaus mit den Tarif-Nummern 15. und 16. zwei neue Tarife eingeführt.

Als Grundlage für die Beratungen und zur besseren Übersicht sind die bisherige Fassung und der Entwurf der Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung einschließlich der Gebührentarife in einer Synopse gegenübergestellt [Anlage 2)].

### c) Rechtslage:

Rechtsgrundlage für den Erlass der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung ist § 7 der GO NRW. Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 41 Abs. 1 Buchst. f) GO NRW.

# d) Finanzierung:

Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu beziffernden Mindereinnahmen, die sich aus der Reduzierung der Verwaltungsgebühren für Inhaber der Ehrenamtskarte NRW bei den Tarifnummern 1., 3. und 12. ergeben, werden durch das überdurchschnittliche ehrenamtliche Engagement der Karteninhaber im sozialen und kulturellen Bereich mehr als kompensiert. Sie sind daher gänzlich zu vernachlässigen.

Bezogen auf die Einführung der neuen Gebühren unter den Tarifnummern 15. und 16. wird es zu Mehreinnahmen kommen, die jedoch von der Anzahl der Anfragen (Nr. 15.) bzw. vom jeweiligen Schadensfall (Nr. 16.) abhängig sein werden. Insofern sind auch hierzu keine Angaben möglich.

## e) Personelle Auswirkung:

Personelle Auswirkungen ergeben sich nicht.

I.A.

Walter Wahlen Leiter Fachbereich 4

A

Amlag 1)

# **Anlage**

Vorschlagskatalog zu Vergünstigungen die der/die Inhaber/in einer Ehrenamtskarte bei der Kommune in Anspruch nehmen kann.

# I. Vergünstigungen in Einrichtungen der Stadt Stolberg

### I.1. Hallenbad Glashütter Weiher

- 1.1.1. Ermäßigung der Tagesmarke für Erwachsene von 4,- EUR auf 3,- EUR (25%)
- I.1.2. Ermäßigung der Tagesmarke für Schüler und Jugendliche unter 18 Jahren von 2,50 EUR auf 1,50 EUR (40%)
- I.1.3. Emäßigung der Familientageskarte von 9,- auf 8,- EUR (~ 10%)

### 1.2. Stadtbücherei Stolberg

- I.2.1. Ermäßigung der Familienjahresmarke von 50,- EUR auf 40,- EUR (20%)
- I.2.2. Ermäßigung der Einzelnutzer-Jahresmarke für Erwachsene von 20,- EUR auf 15,- EUR (20%)
- I.2.3. Ermäßigung der Einzelnutzer-Jahresmarke für Kinder von 5,- EUR auf 4,- EUR (20%)

### I.3. Volkshochschule

Ermäßigung von Teilnahmegebühren um 50% auf Kurse, deren Mindestteilnehmerzahl erreicht wurde.

# I.4. Verwaltungsgebühren

- I.4.1. Ermäßigung der Gebühren für eine Reservierung eines Fahrzeugstellplatzes bei einem Umzug *innerhalb* der Stadt Stolberg oder einen Umzug *in das Stadtgebiet* Stolberg von 30,- EUR auf 15,- EUR (50%).
- I.4.2. Ermäßigungen der Fotokopien und Ausdrucke (DIN A 4 und DIN A 3) in schwarzweiß oder Farbe um 50% (siehe Gebührentarife Punkt 1a) 1d)).
- I.4.3. Ermäßigung von Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen, Abschriften, Auszügen, Zeichnungen und Plänen um 20% pro Seite (siehe Gebührentarife Punkt 3)
- I.4.4. Ermäßigungen der Lichtpausen und Plots (DIN A 4 bis DIN A 0) in schwarz-weiß oder Farbe um 25% (siehe Gebührentarife Punkt 12a) 12e) und 13a) und 13b));
- 1.4.5. Ermäßigung der Leistungen des Stadtarchivs Auskünfte und Nutzung Archivgut um 20% (siehe Gebührentarife Punkt 14a) und 14b))
- 1.5. Ermäßigte Nutzung des Jugendheims Münsterbusch für private Feiern

Bei nicht bezifferten Beträgen, wird auf eine glatte Summe abgerundet

# Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) vom XX.XX.XXXX

Neue Fassung	Bisherige Fassung	Grantski staniski Ranja
Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg vom xx.xx.xxxx	Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 19.12.2001 in der Fassung der 1. Änderung vom 05.11.2007	
Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 09.04.2013 (GV. NRW. S. 194), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011(GV NRW S. 687), hat der Rat der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) in seiner Sitzung am 10.09.2013 folgende Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung beschlossen:		
§ 1 Gebührenpflichtige besondere Leistungen	§ 1 Gebührenpflichtige besondere Leistungen	
(1) Für die in der Anlage genannten besonderen Leistungen (Amtshandlungen oder sonstige Tätigkeiten der Verwaltung) werden Verwaltungsgebühren erhoben, wenn der/die Beteiligte die besondere Leistung beantragt hat oder wenn sie ihn/sie unmittelbar begünstigt.	(1) Für die in der Anlage genannten besonderen Leistungen (Amtshandlungen oder sonstige Tätigkeiten der Verwaltung) werden Verwaltungsgebühren erhoben, wenn der/die Beteiligte die besondere Leistung beantragt hat oder wenn sie ihn/sie unmittelbar begünstigt.	
(2) Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften für besondere Leistungen, die in dem Gebührentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.	(2) Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften für besondere Leistungen, die in dem Gebührentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.	

### § 2 Höhe der Gebühr

(1)
Die Höhe der Gebühr ist nach dem Gebührentarif in der Anlage zu bemessen. Bei mehreren, nebeneinander vorzunehmenden, gebührenpflichtigen Handlungen werden die Gebühren einzeln nach den in Betracht kommenden Tarifnummern des Gebührentarifs erhoben.

(2)
Für besondere Leistungen, für die der Tarif eine Bemessung nach Stundensätzen vorsieht, ist bei der Festsetzung der mit der Vorbereitung der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der Leistungen zu berücksichtigen.

### § 2 Höhe der Gebühr

(1)
Die Höhe der Gebühr ist nach dem Gebührentarif in der Anlage zu bemessen. Bei mehreren, nebeneinander vorzunehmenden, gebührenpflichtigen Handlungen werden die Gebühren einzeln nach den in Betracht kommenden Tarifnummern des Gebührentarifs erhoben.

(2)
Für besondere Leistungen, für die der Tarif eine Bemessung nach Stundensätzen vorsieht, ist bei der Festsetzung der mit der Vorbereitung der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der Leistungen zu berücksichtigen.

## § 3

# Gebührenermäßigung und Gebührenfreiheit

(1) Gebührenermäßigt sind:

a) Leistungen für Inhaber einer Ehrenamtskarte NRW, für die in der Anlage gesondert aufgeführten Gegenstände zu den jeweiligen Tarifnummern.

(2) Gebührenfrei sind:

a)
Leistungen, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit angeordnet ist (z.B. Befreiungstatbestände des § 64 Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch X, des § 5 Abs. 5 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und § 8 Abs. 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen),

b) Leistungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen (z.B. Wirtschaftsförderung, Wissenschaft). § 3

# Gebührenfreiheit

Einführung Ehrenamtskar te NRW gem. Ratsbeschluss v. 19.03.2013

### Gebührenfrei sind:

a)
Leistungen, für die nach gesetzlichen
Vorschriften sachliche oder persönliche
Gebührenfreiheit angeordnet ist (z.B.
Befreiungstatbestände des § 64 Abs. 2 Satz
1 Sozialgesetzbuch X, des § 5 Abs. 5 und 6
Kommunalabgabengesetz für das Land
Nordrhein-Westfalen und § 8 Abs. 1 Satz 1
des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das
Land Nordrhein-Westfalen),

b)
Leistungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen (z.B. Wirtschaftsförderung, Wissen-schaft).

# § 4 Besondere bare Auslagen

Der Ersatz barer Auslagen, die im Zusammenhang mit der besonderen Leistung stehen, richtet sich nach § 5 Abs. 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Eine Verpflichtung zum Ersatz besonderer barer Auslagen besteht auch dann, wenn die Leistung selbst gebührenfrei ist.

# § 4 Besondere bare Auslagen

Der Ersatz barer Auslagen, die im Zusammenhang mit der besonderen Leistung stehen, richtet sich nach § 5 Abs. 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Eine Verpflichtung zum Ersatz besonderer barer Auslagen besteht auch dann, wenn die Leistung selbst gebührenfrei ist.

# § 5 Billigkeitsmaßnahmen

Gebühren und Auslagen können auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung von sozialen Härten, geboten ist.

Im Übrigen richten sich die Stundung und der Erlass von Verwaltungsgebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

# § 5 Billigkeitsmaßnahmen

Gebühren und Auslagen können auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung von sozialen Härten, geboten ist.

Im Übrigen richten sich die Stundung und der Erlass von Verwaltungsgebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

## § 6 Gebührenschuldner/in

(1)
Gebührenschuldner/in ist, wer die Leistung selbst oder durch zurechenbares Verhalten eines/einer Dritten veranlasst hat oder wer durch sie begünstigt wird.

Von mehreren an einer Angelegenheit Beteiligten ist jeder gebührenpflichtig, soweit die Amtshandlung ihn / sie betrifft.

Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner/innen.

### § 6 Gebührenschuldner/in

Gebührenschuldner/in ist, wer die Leistung selbst oder durch zurechenbares Verhalten eines/einer Dritten veranlasst hat oder wer durch sie begünstigt wird.

(2)
Von mehreren an einer Angelegenheit
Beteiligten ist jeder gebührenpflichtig, soweit
die Amtshandlung ihn / sie betrifft.

(3)
Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner/innen.

# § 7 Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr wird mit Beendigung der besonderen Leistung fällig, sofern hicht ein anderer Zeitpunkt bestimmt wird. Sie soll spätestens bei Aushändigung der Entscheidung, des Zeugnisses usw. entrichtet werden.

(2) Die Gebühr kann vor Vornahme der besonderen Leistung gefordert werden.

# § 7 Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr wird mit Beendigung der besonderen Leistung fällig. Sie soll spätestens bei Aushändigung der Entscheidung, des Zeugnisses usw. entrichtet werden.

(2) Die Gebühr kann vor Vornahme der besonderen Leistung gefordert werden. In der Praxis wird die gewünschte Leistung oft verschickt und ein Gebührenbescheid beigefügt. Damit dies satzungskonform ist, wurde der Halbsatz eingefügt.

Zurücknahı	me v	Ablehnung oder on Anträgen sowie nsbescheide
(1)		ainn anhührannflichtiga

- Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr gem. § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben
- (2)
  Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den der Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

# Zurücknahme von Anträgen sowie für Widerspruchsbescheide (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige

Gebühren bei Ablehnung oder

- Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr gem. § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben.
- (2)
  Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den der Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

# § 9 Beitreibung

Die Gebühren können nach § 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

# § 9 Beitreibung

§ 8

Die Gebühren können nach § 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

# § 10 Inkrafttreten

Die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung tritt am <u>01.10.2013</u> in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der <u>Kupferstadt Stolberg</u> vom <u>19.12.2001 in der Fassung der 1.</u> Anderung vom <u>05.11.2007</u> außer Kraft.

## § 10 Inkrafttreten

# Anlage 2) zur Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) vom XX.XX.XXXX Synoptische Gegenüberstellung (Änderungen grau hinterlegt) Gebührentarife

Gegenstand neu	Gebühr in EURO neu	Ermäßig- te Gebühr f. Inhaber Ehrenamt s-karte NRW	Gegenstand alt	Gebühr in EURO alt	Bemerkungen
Fotokopien und Ausdrucke (Ermäßigung 50% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW) a) Fotokopien und Ausdrucke bis zum Format DIN A 4 - für die ersten 10 Seiten jeweils - ab der 11. Seite jeweils b) Bei größeren Formaten als DIN A 4 für jede Seite c) Farbkopien und Ausdrucke - im Format A 4 - im Format A 3 d) Fotokopien ortsrechtlicher Vorschriften je angefangene Seite mindestens jedoch Bei zweiseitigen Kopien verdoppelt sich die entsprechende Gebühr. Sollte sich ein Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde pro Kopie ergeben, ist die Gebühr ebenfalls zu verdoppeln.	0,70 0,40 0,90 1,20 1,70 0,30 1,10	0,35 0,20 0,45 0,60 0,85 0,15 0,55	Fotokopien und Ausdrucke  a) Fotokopien und Ausdrucke bis zum Format DIN A 4 - für die ersten 10 Seiten jeweils - ab der 11. Seite jeweils b) Bei größeren Formaten als DIN A 4 für jede Seite c) Farbkopien und Ausdrucke - im Format A 4 - im Format A 3 d) Fotokopien ortsrechtlicher Vorschriften je angefangene Seite mindestens jedoch  Bei zweiseitigen Kopien verdoppelt sich die entsprechende Gebühr. Sollte sich ein Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde pro Kopie ergeben, ist die Gebühr ebenfalls zu verdoppeln.	0,60 0,40 0,85 1,10 1,60 0,35 1,10	Bei Buchstabe a) und b) wurde An- passung/Erhöhung in Anlehnung an Mustersatzung des Städte- u. Gemein- debundes vorge- nommen. Gem. Beschluss- lage im HA/Rat 19.03.2013 ermä- ßigte Gebühr f. In- haber Ehrenamts- karte NRW" aufge- nommen.
Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben, der zur Herstellung benötigt wird.  Das Gleiche gilt für die Übersendung von Statistiken.  Die Gebühr beträgt je angefangene viertel Stunde  Beglaubigungen (Ermäßigung 20% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)  a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen, Zeichnungen und Plänen je Seite	9,00 2,50 4,20	2,00	Auszüge  Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben, der zur Herstellung benötigt wird.  Das Gleiche gilt für die Übersendung von Statistiken.  Die Gebühr beträgt je angefangene viertel Stunde  Beglaubigungen  a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen, Zeichnungen und Plänen je Seite	8,00 2,00 3,50	Gebührenanpassung anhand Mustersatzung.  Gebührenanpassung anhand Mustersatzung Städteund Gemeindebund sowie Berücksichtigung Ermäßigung f. Inhaber Ehrenamtskarte.

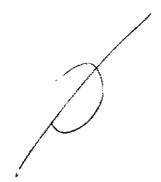
Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmebewilligungen, Bescheinigungen und schriftliche Auskünfte  a) Entscheidungen über Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen b) schriftliche Auskünfte in schwierigen Fällen (mit einem Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde)  soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist je angefangene viertel Stunde	12,00	Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahme-bewilligungen, Bescheinigungen und schriftliche Aus-künfte  a) Entscheidungen über Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen b) schriftliche Auskünfte in schwierigen Fällen (mit einem Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde)  soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist je angefangene viertel Stunde	10,00	Gebührenanpas- sung anhand Mustersatzung.
Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbe- willigungen, Freigabeerklärungen und sonstige Er- klärungen für das Grundbuch		Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbe-willigungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklä-rungen für das Grundbuch		
a) Erteilung von Vorrangseinräumungen. Löschungsbewilligungen und Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch je angefangene drittel Stunde (20 Min.)  b) Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB	16,00 25,00	a) Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen und Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch je angefangene drittel Stunde (20 Min.) b) Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB	13,50 20,00	Gebührenanpas- sung anhand Mustersatzung.
Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.	3,00	Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.	2,50	Gebührenanpas- sung anhand Mustersatzung.
Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Kontrollmarken für die Abfallbeseitigung	3,00	Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Kontrollmarken für die Abfallbeseitigung	3,00	
Auszug aus dem Kassenkonto für ein Haushaltsjahr	4,00	Auszug aus dem Kassenkonto für ein Haushaltsjahr	4,00	
Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde	24,00	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde	22,00	Gebührenanpas- sung anhand Mustersatzung.
Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, technische Arbeiten		Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, technische Arbeiten		
je angefangene halbe Stunde	22,00	je angefangene halbe Stunde	22,00	

Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen  - bis 40 Seiten für jede angefangene Seite - für jede weitere Seite - zusätzliches Erstellen und Versenden von CD-Rom	0,35 0,25 6,00		Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen  - bis 40 Seiten für jede angefangene Seite - für jede weitere Seite - zusätzliches Erstellen und Versenden einer CD-Rom  Lichtpausen (Ermäßigung 25% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)  a) DIN A.4 b) DIN A.3 c) DIN A.2 d) DIN A.1 e) DIN A.0 Für transparente Lichtpausen wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben.  Für die Versendung einer Datei anstelle einer Lichtpause wird die Gebühr erhoben, die für eine Lichtpause im entsprechen-	0,35 0,25 6,00 7,50 8,50 10,50 12,50 14,50	Alte Lichtpause war defekt. Da die Reparatur unwirtschaftlich und das Gerät darüber hinaus nicht mehr zeitgemäß war wurde auf Weiterbetrieb verzichtet.  Entsprechende Gebühren fallen somit
Plots (Ermäßigung 25% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)  a) DIN A 4 b) DIN A 3 c) DIN A 2 d) DIN A 1 e) DIN A 0  Für farbige und / oder transparente Ausdrucke wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben.  Für die Versendung einer Datei eines Plots wird die Gebühr erhoben, die für Plots im entsprechenden Format angefallen wäre.	7,50 8,50 10,50 12,50 14,50	5,60 6,30 7,80 9,30 10,80	den Format angefallen wäre,  Plots (alt Tarif-Nr. 13.)  a) DIN A 4  b) DIN A 3  Für farbige Ausdrucke wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben.	7,50 8,50	nicht mehr an.  Durch Wegfall Tarif- Nr. 12. "Lichtpau- sen" zahlenmäßige Neuzuordnung.  Die Praxis hat ge- zeigt, dass Plots überwiegend in den Ausdrucken DIN A 2, 1 und 0 angefragt werden. Dies macht die Aufnahme die- ser Formate unter Buchstabe c) bis e) erforderlich. Der jew. Gebührentarif entspricht den Tari- fen in der Muster- satzung des Städte- und Gemeindebun- des NRW, Stand: Februar 2013.  Berücksichtigung Ermäßigung f. Inha- ber Ehrenamtskarte.

Leistungen des Stadtarchivs (Ermäßigung 20% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)  a) Schriftliche Auskünfte, die Nachforschungen in Archivbeständen und Archivbehelfen (Zeitungen, Schriften, Akten etc.) erfordern je angefangene viertel Stunde b) Benutzung von Archivgut und Archivbehelfen in den Archivräumen - für jeden angefangenen Tag (bis zu einer Woche) - für jeden angefangenen Tag, der über eine Woche hinausgeht  Für Zwecke wissenschaftlicher oder schulischer Arbeit wird für Amtshandlungen nach der Tarifnummer 14 keine Verwaltungsgebühr erhoben.	9,00 4,50 3,50	7,20 3,60 2,80	Leistungen des Stadtarchivs (alt Tarif-Nr. 14.)  a) Schriftliche Auskünfte, die Nachforschungen in Archivbeständen und Archivbehelfen (Zeitungen, Schriften, Akten etc.) erfordern je angefangene viertel Stunde b) Benutzung von Archivgut und Archivbehelfen in den Archivräumen - für jeden angefangenen Tag (bis zu einer Woche) - für jeden angefangenen Tag, der über eine Woche hinausgeht  Für Zwecke wissenschaftlicher oder schulischer Arbeit wird für Amtshandlungen nach der Tarifnummer 14 keine Verwaltungsgebühr erhoben.	9,00 4,50 3,50	Berücksichtigung Ermäßigung für In- haber der Ehren- amtskarte NRW.
Bereitstellung von Daten per E-mail oder Datenträger  - je angefangene 10 Minuten  - zusätzlich für Erstellen eines Datenträgers (CD-Rom, DVD etc.) das Stück	8,00 8,00		Bereitstellung von Daten per E-mail oder Datenträger (alt Tarif-Nr. 15.)  - je angefangene 10 Minuten - zusätzlich für Erstellen eines Datenträgers (CD-Rom, DVD etc.) das Stück	7,50 6,00	Tarifanpassung gem. Mustersatzung
Planungsrechtliche Auskünfte in schriftlicher Form Anfragen von Notaren, Rechtsanwälten, Architekten, Gutachtem etc. je angefangene halbe Stunde	29,00	The state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the state of the s			Anregung von A 61, den Gebührentarif aufzunehmen. Es handelt sich um Auskunftsersuchen durch Gutachter, Architekten, Notare, Rechtsanwälte u.a., die mit den schriftlichen Informationen des Fachamtes z.B. Wertgutachten etc. erstellen. Unter den Gebührentarif fallen keine Anfragen von Bürgern (ob und wie ein Grundstück bebaut werden kann).

Untersuchung und Ortung von Lage, Verlauf, Verstopfung oder Schäden bei Haus- und Grundstücksanschlüssen, Beseitigung von Verstopfungen bei Haus- und Grundstücksanschlüssen			Anregung der Ämter 66 und 68, den Ge- bührentarif einzu- führen. Siehe beille- gende Stellungnah-
je angefangene halbe Stunde			me des Fachamtes.
- Einsatz pro Mitarbeiter zur Vorhaltung u. Beförderung	23,50		
von Geräten	,		Der VV hat sich mit
- Pritschenwagen z. Vorhaltung u. Beförderung von Gerä	9,00		der Thematik be-
ten			schäftigt und eine
- Spülwagen	40,00		Anpassung der Ver-
- Kanal-TV	59,50		waltungsgebühren-
- Nebelgerät	6,00	İ	satzung um diese
	1		besondere Leistung
			des Kanalabetriebs-
			hofes befürwortet.

FB 2/66 - ub - Tel. 259



Fü Tassf-NN-16 14.11.2012

## Aktenvermerk

Über ein Gespräch am 13.11.2012

Teilnehmer:

Herr Weißhaupt (Amt 68/Kanalbetriebshof)

Herr Veltrup (Amt 66) Herr Cremer (Amt 66) Frau Beckers (Amt 66)

Festsetzung von Verwaltungsgebühren für besondere Leistungen des Kanalbetriebshofes und des Tiefbauamtes hier: Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Stolberg (Rhld.)

Anlass der Besprechung sind häufig wiederkehrende Fälle von Einsätzen des Kanalbetriebshofes bei Verstopfungen von privaten Hausanschluss- bzw. Grundstücksanschlussleitungen, die Kosten bei der Verwaltung verursachen, welche aber mangels rechtlicher Grundlage nicht zurück gefordert werden können.

Die Mitarbeiter des Kanalbetriebshofes werden von Grundstückseigentümern gerufen in dem Glauben, der städtische Kanal sei verstopft. Dem wird zunächst nachgegangen. Sofern die Ursache der Verstopfung in der städtischen Abwasseranlage liegt, ist die Beseitigung durch die Stadt vorzunehmen, die Kosten hierfür werden über die Abwassergebühren refinanziert.

Oft stellt sich aber heraus, dass der Haus- bzw. Grundstücksanschluss verstopft ist. Da dieser nicht zur öffentlichen Einrichtung Abwasserbeseitigung gehört, fällt die Inspektion und Wartung nicht in die gebührenfinanzierten Aufgaben der Kommune, sondern liegt nach den Regelungen der Entwässerungssatzung beim Grundstückseigentümer. Da es sich hier aber in der Regel um Notfälle handelt und der Mitarbeiter des Kanalbetriebshofes die Kanal-TV-Kamera bereits im Einsatz hat, werden bei der Suche der Ursache Haus- bzw. Grundstücksanschlüsse in einem Zug mit befahren. Hierbei stellen sich dann Schäden bzw. Anlagerungen heraus, die den Durchfluss verhindern. Die Beseitigung der Verstopfung ist dann Sache des Grundstückseigentümers, der eine Notdienstfirma beauftragen muss. Der Einsatz des städtischen Spülwagens sollte nur dann erfolgen, wenn Gefahr im Verzug ist, da im Falle der Verursachung von Folgeschäden Haftungsfragen auftreten können, die vermieden werden sollten.

In den vorstehend beschriebenen Fällen der Ortung von Verstopfungen in privaten Leitungen und ggf. deren Beseitigung handelt es sich um eine besondere Leistung der Verwaltung, die durch eine Gebühr refinanziert werden sollte. § 107 GO NRW (wirtschaftliche Betätigung) steht dem nicht entgegen.

Ein anderes gelagerter Fall sind Prüfungen im Rahmen der Niederschlags- und Drainagewasserbeseitigung. Sofern ein Grundstückseigentümer Lage und Anschlüsse seiner Abwasserleitungen nicht kennt und von daher keine Angaben zu angeschlossenen Flächen oder Drainagewasserleitungen machen kann, muss er auf seine Kosten durch eine Fachfirma die Ortung vornehmen lassen. Oft machen Eigentümer im Erhebungsverfahren falsche Angaben, z. B. weil sie die Kosten der Leitungsortung scheuen oder aber davon überzeugt sind, die Lage zu kennen. Bewusste Täuschung kann im Einzelfall auch nicht ausgeschlossen werden. Laut Entwässerungs- und Gebührensatzung obliegt es dem Eigentümer, umfassend und wahrheitsgemäß alle erforderlichen Angaben zu erbringen.

Hat die Verwaltung begründete Zweifel an den Angaben und lassen sich diese im Gespräch nicht ausräumen, muss eine Prüfung vor Ort vorgenommen werden. Diese kann u. a. mit einer Farbprobe, durch den Einsatz des Nebelgerätes oder des Kanal-TV erfolgen. Auch hier stellt sich die Frage nach dem Ersatz der Aufwendungen, die der Verwaltung durch unrichtige oder unvollständige Angaben von Grundstückseigentümern entstehen. Eine Verwaltungsgebühr ist auch hierfür möglich, sofern die Satzung eine Regelung hier für trifft.

Die Kosten der Einsätze des Kanalbetriebshofes errechnen sich nach den vorliegenden Stundensätzen der Mitarbeiter und der Geräte wie folgt:

- 39,00 € (zzgl. Gemeinkostenzuschlag) Stundensatz Mitarbeiter
- 17,85 € Stundensatz Pritschenwagen
- 79,70 € Stundensatz Spülwagen
- 119,00 € Stundensatz Kanal-TV
- 11,90 € Stundensatz Nebelgerät

Der Katalog der Gebührentarife sollte daher wie folgt erweitert werden:

# Tarif-Nr. xx Untersuchung und Ortung von Lage, Verlauf, Verstopfung oder Schäden bei Haus- und Grundstücksanschlüssen, Beseitigung von Verstopfungen bei Haus- und Grundstücksanschlüssen

je angefangene halbe Stunde

-	Einsatz pro Mitarbeiter zur Vorhaltung	
	und Beförderung von Geräten	23,50 €
_	Pritschenwagen zur Vorhaltung	
	und Beförderung von Geräten	9,00 €
-	Spülwagen	40,00 €
-	Kanal-TV	59,50€
-	Nebelgerät	6,00€

Der Grundstückseigentümer ist vor dem (ggf.) kostenpflichtigen Einsatz auf die anfallenden Gebühren hinzuweisen. Der Einsatz von Mitarbeitern und Geräten ist jeweils vom Einsatzleiter schriftlich zu dokumentieren und vom Grundstückseigentümer zu bestätigen.

LA.

U. Beckers

Herrn FBL Kistermann mit der Bitte um Vorlage im VV zur Entscheidung

Amlage3)

# Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung

der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) vom .....

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 09.04.2013 (GV.NRW.S. 194), und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011(GV NRW S. 687), hat der Rat der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) in seiner Sitzung am 10.09.2013 folgende Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung beschlossen:

# § 1 Gebührenpflichtige besondere Leistungen

- (1) Für die in der Anlage genannten besonderen Leistungen (Amtshandlungen oder sonstige T\u00e4tigkeiten der Verwaltung) werden Verwaltungsgeb\u00fchren erhoben, wenn der/die Beteiligte die besondere Leistung beantragt hat oder wenn sie ihn/sie unmittelbar beg\u00fcnstigt.
- (2) Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften für besondere Leistungen, die in dem Gebührentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.

# § 2 Höhe der Gebühr

- (1) Die Höhe der Gebühr ist nach dem Gebührentarif in der Anlage zu bemessen. Bei mehreren, nebeneinander vorzunehmenden, gebührenpflichtigen Handlungen werden die Gebühren einzeln nach den in Betracht kommenden Tarifnummern des Gebührentarifs erhoben.
- (2) Für besondere Leistungen, für die der Tarif eine Bemessung nach Stundensätzen vorsieht, ist bei der Festsetzung der mit der Vorbereitung der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der Leistungen zu berücksichtigen.

# § 3 Gebührenermäßigung und Gebührenfreiheit

- (1) Gebührenermäßigt sind:
  - a) Leistungen für Inhaber einer Ehrenamtskarte NRW, für die in der Anlage gesondert aufgeführten Gegenstände zu den jeweiligen Tarifnummern.

- (2) Gebührenfrei sind:
- a) Leistungen, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit angeordnet ist (z.B. Befreiungstatbestände des § 64 Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch X, des § 5 Abs. 5 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und § 8 Abs. 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen),
- b) Leistungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen (z.B. Wirtschaftsförderung, Wissenschaft).

# § 4 Besondere bare Auslagen

Der Ersatz barer Auslagen, die im Zusammenhang mit der besonderen Leistung stehen, richtet sich nach § 5 Abs. 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Eine Verpflichtung zum Ersatz besonderer barer Auslagen besteht auch dann, wenn die Leistung selbst gebührenfrei ist.

# § 5 Billigkeitsmaßnahmen

- (3) Gebühren und Auslagen können auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung von sozialen Härten, geboten ist.
- (4) Im Übrigen richten sich die Stundung und der Erlass von Verwaltungsgebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

# § 6 Gebührenschuldner/in

- (1) Gebührenschuldner/in ist, wer die Leistung selbst oder durch zurechenbares Verhalten eines/einer Dritten veranlasst hat oder wer durch sie begünstigt wird.
- (2) Von mehreren an einer Angelegenheit Beteiligten ist jeder gebührenpflichtig, soweit die Amtshandlung ihn/sie betrifft.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner/innen.

# § 7 Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühr wird mit Beendigung der besonderen Leistung fällig, sofern nicht ein anderer Zeitpunkt bestimmt wird. Sie soll spätestens bei Aushändigung der Entscheidung, des Zeugnisses usw. entrichtet werden.
- (2) Die Gebühr kann vor Vornahme der besonderen Leistung gefordert werden.

# § 8 Gebühren bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen sowie für Widerspruchsbescheide

- (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr gem. § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben.
- (2) Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den der Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

# § 9 Beitreibung

Die Gebühren können nach § 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

# § 10 Inkrafttreten

Die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung tritt am 01.10.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) vom 19.12.2001 in der Fassung der 1. Änderung vom 05.11.2007 außer Kraft.

## Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen dieser Sitzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

ordinary (ix	hld.), den	 

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

# Gebührentarife

Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr in EURO	Ermäßigte Gebühr für Inha- ber Ehren- amtskarte NRW
1.	Fotokopien und Ausdrucke (Ermäßigung 50% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)		
	<ul> <li>a) Fotokopien und Ausdrucke bis zum Format DIN A 4 <ul> <li>für die ersten 10 Seiten jeweils</li> <li>ab der 11. Seite jeweils</li> </ul> </li> <li>b) Bei größeren Formaten als DIN A 4 für jede Seite</li> <li>c) Farbkopien und Ausdrucke <ul> <li>im Format A 4</li> <li>im Format A 3</li> </ul> </li> <li>d) Fotokopien ortsrechtlicher Vorschriften <ul> <li>je angefangene Seite</li> <li>mindestens jedoch</li> </ul> </li> <li>Bei zweiseitigen Kopien verdoppelt sich die entsprechende Gebühr. Sollte sich ein Zeitaufwand von mehr als einer viertel</li> <li>Stunde pro Kopie ergeben, ist die Gebühr ebenfalls zu ver-dop-</li> </ul>	0,70 0,40 0,90 1,20 1,70 0,30 1,10	0,35 0,20 0,45 0,60 0,85 0,15 0,55
2.	peln.  Auszüge		
	Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben, der zur Herstellung benötigt wird.		
	Das Gleiche gilt für die Übersendung von Statistiken.  Die Gebühr beträgt je angefangene viertel Stunde	9,00	man.
3.	Beglaubigungen (Ermäßigung 20% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)		
	a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen     b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen,	2,50	2,00
	Zeichnungen und Plänen je Seite	4,20	3,30

		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmebewilligungen, Bescheinigungen und schriftliche Auskünfte		
<ul> <li>a) Entscheidungen über Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen</li> <li>b) schriftliche Auskünfte in schwierigen Fällen (mit einem Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde)</li> </ul>		
soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vor- geschrieben ist		
je angefangene viertel Stunde	12,00	
Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch		
<ul> <li>a) Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen und Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch je angefangene drittel Stunde (20 Min.)</li> <li>b) Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB (Städte/GDE-Bd. je angefangene halbe Stunde)</li> </ul>	16,00 25,00	-
Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.	3,00	
Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Kontrollmarken für die Abfallbeseitigung	3,00	_
Auszug aus dem Kassenkonto für ein Haushaltsjahr	4,00	
Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden		
je angefangene halbe Stunde	24,00	5 <b>44</b> 0.
Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, technische Arbeiten		
je angefangene halbe Stunde	22,00	-
Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen		
- bis 40 Seiten für jede angefangene Seite - für jede weitere Seite - zusätzliches Erstellen und Versenden von CD-Rom	0,35 0,25 6,00	-
	ligungen, Bescheinigungen und schriftliche Auskünfte  a) Entscheidungen über Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen b) schriftliche Auskünfte in schwierigen Fällen (mit einem Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde) soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist je angefangene viertel Stunde  Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch a) Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen und Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch je angefangene drittel Stunde (20 Min.) b) Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB (Städte/GDE-Bd. je angefangene halbe Stunde)  Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.  Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Kontrollmarken für die Abfallbeseitigung  Auszug aus dem Kassenkonto für ein Haushaltsjahr  Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde  Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, technische Arbeiten je angefangene halbe Stunde  Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen  - bis 40 Seiten für jede angefangene Seite - für jede weitere Seite	ligungen, Bescheinigungen und schriftliche Auskünfte  a) Entscheidungen über Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen und Bescheinigungen b) schriftliche Auskünfte in schwierigen Fallen (mit einem Zeitaufwand von mehr als einer viertel Stunde)  soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist  je angefangene viertel Stunde  Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch  a) Erteilung von Vorrangseinräumungen, Löschungsbewilligungen und Freigabeerklärungen sowie sonstige Erklärungen für das Grundbuch b) Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB (Städte/GDE-Bd. je angefangene halbe Stunde)  Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.  Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Kontrollmarken für die Abfallbeseitigung  Auszug aus dem Kassenkonto für ein Haushaltsjahr  Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde  Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, technische Arbeiten je angefangene halbe Stunde  Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen  - bis 40 Seiten für jede angefangene Seite  - für jede weitere Seite

12.	Plot (Ermäßigung 25% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)		
	a) DIN A 4 b) DIN A 3 c) DIN A 2 d) DIN A 1	7,50 8,50 10,50 12,50	5,60 6,30 7,80 9,30
	e) DIN A 0  Für farbige und / oder transparente Ausdrucke wird jeweils die	14,50	10,80
	doppelte Gebühr erhoben.  Für die Versendung einer Datei anstelle eines Plots wird die		
umaan Vuumaan	Gebühr erhoben, die für einen Plot in entsprechenden Format angefallen wäre.		
13.	Leistungen des Stadtarchivs (Ermäßigung 20% f. Inh. Ehrenamtskarte NRW)		
	a) Schriftliche Auskünfte, die Nachforschungen in Archivbeständen und Archivbeheifen (Zeitungen, Schriften, Akten etc.) erfordern		
	je angefangene viertel Stunde b) Benutzung von Archivgut und Archivbehelfen in den Archivräumen	9,00	7,20
	- für jeden angefangenen Tag (bis zu einer Woche) - für jeden angefangenen Tag, der über eine Woche	4,50	3,60
	hinausgeht  Für Zwecke wissenschaftlicher oder schulischer Arbeit wird für Amtshandlungen nach der Tarifnummer 14 keine Verwaltungsgebühr erhoben.	3,50	2,80
14.	Bereitstellung von Daten per E-mail oder Datenträger		
	- je angefangene 10 Minuten - zusätzlich für Erstellen eines Datenträgers (CD-Rom, DVD etc.) das Stück	8,00 8,00	-
15.	Planungsrechtliche Auskünfte in schriftlicher Form		
	Anfragen von Notaren, Rechtsanwälten, Architekten, Gutachtern etc. je angefangene halbe Stunde	29,00	-
16.	Untersuchung und Ortung von Lage, Verlauf, Verstopfung oder Schäden bei Haus- und Grundstücksanschlüssen, Beseitigung von Verstopfungen bei Haus- und Grundstücks- anschlüssen		
	je angefangene halbe Stunde - Einsatz pro Mitarbeiter zur Vorhaltung u. Beförderung von Geräten	23,50	-
	- Pritschenwagen z. Vorhaltung u. Beförderung von Geräten - Spülwagen - Kanal-TV	9,00 40,00 59,50	-
	- Nebelgerät	6,00	-

# Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

Xöffentlich □ nicht öffentlich

Datum 15.08.2013 Drucksache-Nr.

### **VORLAGE**

Für die Sitzung des

am

Betreff

Tagesordnungspunkt Nr.

Hauptausschusses/Rates

10.09.20213

A) 22.

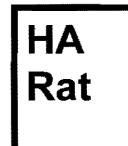
1 A) 21.

Bestellung eines weiteren Vertreters des Bürgermeisters und eines Vertreters in

der Funktion des Kämmerers

hier: Genehmigung einer dringlichen

Entscheidung



# a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Kupferstadt Stolberg zu beschließen, die am ____08.2013 von Herrn Bürgermeister Gatzweiler und dem Ratsmitglied Herrn Axel Conrads getroffene dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW wie folgt zu genehmigen:

- 1. Für den Fall der Verhinderung des allgemeinen Vertreters Herr Dr. Zimdars und der Verhinderung von Herrn Stadtoberbaurat Pickardt wird Herr Stadtverwaltungsrat Wahlen als weiterer Vertreter des Bürgermeisters bestellt.
- 2. Für den Fall der Verhinderung des Kämmerers Herrn Dr. Zimdars wird Herr Stadtverwaltungsrat Esser mit sofortiger Wirkung zum stellvertretenden Kämmerer bestellt. Diese Bestellung ist zunächst befristet für die Dauer der restlichen Wahlzeit des Herrn Dr. Zimdars und darüber hinaus bis zur Bestellung eines neuen Kämmerers.

### b) Sachverhalt:

### 1. Bestellung eines weiteren Vertreters des Bürgermeisters:

Gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW bestellt der Rat einen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters. Die übrigen Beigeordneten sind zur allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters nur berufen, wenn der zur allgemeinen Vertretung bestellte Beigeordnete verhindert ist. Die Reihenfolge bestimmt der Rat.

In seiner Sitzung am 24.04.2007 bestellte der Rat der Kupferstadt Stolberg für den Fall der Verhinderung des allgemeinen Vertreters Herrn Dr. Zimdras Herrn Stadtoberbaurat Pickhardt zum weiteren Vertreter des Bürgermeisters. Eine weitere Reihenfolge in der Vertretung hat der Rat nicht festgelegt. Unter dem selben Tagesordnungspunkt wurde auch beschlossen, dass die Fachbereichsleiter/innen bei ihrer Aufgabenerfüllung den Beigeordneten gleichgestellt sind. In diesem Beschluss wurde eine weitere Vertretung des Bürgermeisters nicht festgelegt.

Anfang des Jahres wurde sehr frühzeitig die Vertretungsplanung für die Urlaubszeit innerhalb der Fachbereiche einvernehmlich geklärt. Gleichzeitig wurde auch die Vertretung des Bürgermeisters durch den allgemeinen Vertreter abgesprochen und geregelt.

So wie es sich zum heutigen Tage abzeichnet, werden ab dem 19.08.2013 sowohl Herr Bürgermeister Gatzweiler als auch Herr Dr. Zimdars und Herr Pickhardt urlaubs- bzw. krankheitsbedingt für die nächste Zeit abwesend sein.

Herr Bürgermeister Gatzweiler wird vom 19.08.2013 bis 06.09.2013 seinen Urlaub antreten. Herr Dr. Zimdars ist zurzeit erkrankt und wird aller Voraussicht nach auch ab dem 19.08.2013 die Dienstgeschäfte krankheitsbedingt nicht aufnehmen können. Herr Pickhardt befindet sich in der Zeit vom 13.08.2013 bis 02.09.2013 in Urlaub

Damit die Verwaltung auch künftig weiterhin handlungsfähig bleibt, muss ein weiterer Vertreter des Bürgermeisters bestellt werden, da nach der zuvor zitierten Vorschrift die übrigen Beigeordneten zur allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters nur berufen sind, wenn der allgemeine Vertreter verhindert ist. Wegen der hoheitlichen Aufgaben können die Vertretungsbefugnisse nur auf einen Beamten übertragen werden. Daher soll, wie im Beschluss vorgeschlagen, Herr Wahlen als weiterer Vertreter des Bürgermeisters bestellt werden.

### 2. Bestellung eines Vertreters in der Funktion des Kämmerers:

ln kreisfreien Städten ist gemäß § 71 Absatz 4 GO NRW einer der gewählten Beigeordneten zum Kämmerer zu bestellen.

Die Kupferstadt Stolberg hat als kreisangehörige Stadt die Möglichkeit zu wählen, ob sie einen Beigeordneten zum Kämmerer bestellt oder die Aufgabe einem Lebenszeitbeamten überträgt. (vgl Held, Becker u.a. Nr. 5 zu § 71 GO NRW). In Stolberg hat man sich für die Bestellung eines Beigeordneten entschieden.

Zurzeit ist der Beigeordnete Herr Dr. Wolfgang Zimdars zum Kämmerer bestellt.

Er ist zurzeit erkrankt und wird aller Voraussicht nach auch ab dem 19.08.2013 die Dienstgeschäfte krankheitsbedingt nicht aufnehmen können.

Um hier auf Dauer handlungsfähig zu bleiben, sind bei Verhinderung von Herrn Dr. Zimdars die Aufgaben des Kämmerers auf einen Lebenszeitbeamten zu übertragen, ohne gleichzeitig die Bestellung des Kämmerers in ihrem Grundverhältnis aufzulösen.

### 3. Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit begründet sich aufgrund des zuvor aufgeführten Sachverhaltes und des Zeitablaufes, um Schaden von der Kupferstadt Stolberg abzuwenden, der eintreten könnte, für den Fall, dass kein Vertretungsberechtigter des Bürgermeisters und kein Vertreter in der Funktion des Kämmerers vorhanden ist. Aufgrund von Zeitablauf und der nach der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vorgesehenen Ladungsfristen ist auch die Einberufung des Hauptausschusses unter verkürzter Ladungsfrist nicht mehr möglich.

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister

# **Dringliche Entscheidung**

Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung in der vorstehenden Vorlage vom 15.08.2013 wird folgende dringliche Entscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffen:

- 1. Für den Fall der Verhinderung des allgemeinen Vertreters Herr Dr. Zimdars und der Verhinderung von Herrn Stadtoberbaurat Pickardt wird Herr Stadtverwaltungsrat Wahlen als weiterer Vertreter des Bürgermeisters bestellt.
- 2. Für den Fall der Verhinderung des Kämmerers Herrn Dr. Zimdars wird Herr Stadtverwaltungsrat Esser mit sofortiger Wirkung zum stellvertretenden Kämmerer bestellt. Diese Bestellung ist zunächst befristet für die Dauer der restlichen Wahlzeit des Herrn Dr. Zimdars und darüber hinaus bis zur Bestellung eines neuen Kämmerers.

Stolberg, den 15.08.2013

Ferdi Gatzweiler Bürgermeister Axel Conrads Ratsmitglied

# Stadt Stolberg (Rhld.)

**☆**öffentlich

□ nicht öffentlich

FB 1

FB 3/51-50/64

Datum Drucksache-Nr 09.08.2013

## **VORLAGE**

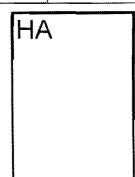
für die Sitzung des Hauptausschusses

am 10.09.2013 Tagesordnungspunkt Nr. 9)23.

Betreff Wohnen in Stolberg

hier: Auftrag des Hauptausschusses vom

18.06.2013



## a) Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die im Sachverhalt unter den Nrn. A.1-3 und B.1-2 aufgeführten konkreten und konzeptionellen Maßnahmen umzusetzen und wie im Sachverhalt geschildert zu verfahren.

### b) Sachverhalt:

Aufgrund von Anträgen der CDU-Fraktion vom 18.12.2012 ("Fördermöglichkeiten für die Errichtung bzw. den Umbau von barrierefreien Wohnungen") und der SPD-Fraktion vom 20.01.2013 ("Wohnungsbauförderungsprogramm des Landes NRW 2013; hier: Studentische Wohnraumförderung") hat die Verwaltung zur Hauptausschusssitzung am 18.06.2013 eine umfassende Informationsvorlage zu den Fördermöglichkeiten des Wohnungsbauförderungsprogramms NRW in Bezug auf "Studentenwohnen" und "barrierefreies Wohnen" vorgelegt. Weiterhin wurden die laufenden Aktivitäten der Verwaltung und Institutionen außerhalb der Verwaltung aufgezeigt. Der HA hat nach eingehender Diskussion beschlossen, dass das Thema "Wohnen in Stolberg" unter Berücksichtigung der Besonderheiten in der Innenstadt und im übrigen Stadtgebiet offensiver angegangen und in einer breiter angelegten Vorlage nach der Sommerpause behandelt werden soll.

Weiterhin hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 18.06.2013 im Hinblick auf die im August anstehenden Einschreibungen an der RWTH u.a. Hochschulen beschlossen, dass bereits erste, kurzfristige Maßnahmen für den Bereich "studentisches Wohnen in Stolberg" ergriffen werden sollen.

Aus Sicht der Verwaltung ergeben sich daraus zum einen "praktische" Handlungsfelder sowie "konzeptionelle":

### A. Konkrete Maßnahmen:

1. Werbung für den Wohnstandort Stolberg unter besonderer Herausstellung der "harten" und "weichen" Standortvorteile; kurz-/mittelfristige Marketingmaßnahmen für Studenten; ggf. weitere Aktivitäten für andere Marktsegmente

- 2. Weiterhin informelle Animations-Beratungsaktivitäten allen und Fachbereichen/Ämtern. um Eigentümer und Investoren zu unterstützen Weiterentwicklung (öffentlichkeitswirksame und Umsetzuna des Innenstadtkonzeptes, Beratung Wohnungsbauförderung, (energetische) Sanierung u. Denkmalpflege etc.)
- 3. Entwicklung von Bauland für unterschiedliche Marktsegmente (auch unter Berücksichtigung weiterer Querschnittsthemen wie "Energie/Klimaschutz" und "Demografie")

### B. Konzepte:

- 1. "Handlungskonzept Wohnen" a) Bedarf quantitativ/qualitativ; b) städtebaulich (Neuausweisungen, Bestand/Innenstadtkonzept)
- Grenzüberschreitender Wohnungsmarktbericht in Zusammenarbeit mit den Kommunen der StädteRegion und der grenznahen Kommunen in den Niederlanden und Belgien

Im Folgenden werden die Handlungsfelder erläutert:

# A. 1.: Marketingmaßnahmen

Aufgrund des sog. "Abitur-Doppeljahrgangs" werden allein an der RWTH Aachen rd. 7100 statt der üblichen rd. 4500 Studienanfänger erwartet. Auch ohne dies ist der Aachener Wohnungsmarkt angespannt. So haben die Stadt Aachen und die Studentenwerke Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Nachbarkommunen entwickelt, um Wohnungen außerhalb der Stadt Aachen für Studierende bereit zu stellen bzw. alternative Wohnstandorte und vorhandene Wohnungen zu bewerben. Dabei geht es zum einen darum, Wohnungsanbieter konkret aufzufordern, Wohnraum für Studierende bereit zu stellen und zum anderen darum, die Nachfrage auf diese Alternativen aufmerksam zu machen. Dabei muss man unterstellen, dass viele nicht ortskundige Studienanfänger die Nachbarstädte Aachens mit ihren günstigeren Mieten und sehr guten Verkehrsverbindungen nicht kennen und diese bei der Wohnungssuche per Zeitung oder Internet gar nicht berücksichtigen.

So wurde die Kampagne "Extraraum" ins Leben gerufen, die mit Großflächenplakaten, Flyern, Internetauftritt und Promotern an den Einschreibetagen u.a. auf die Nachbarstädte aufmerksam macht. Wohnungsanbieter haben auch die Möglichkeit, Wohnungen über die Internetplattform "Extraraum" anzubieten.

Die Kupferstadt Stolberg. die sicherlich aufgrund ihrer ihrer Lage, Verkehrsanbindungen, günstigen Mieten und diversen "weichen" Standortvorteilen im besonderen Maße als Wohnalternative für Studierende aus Aachen interessant ist. möchte über "Extraraum" hinaus speziell auf Stolberg hinweisen Studierende/Studienanfänger auf Stolberg aufmerksam machen. Dazu hat die Verwaltung eine örtliche Werbeagentur mit der Erstellung eines zielgruppenorientierten Flyers beauftragt (inkl. dessen Verteilung) und hat eine entsprechende Seite im Internet bereitgestellt (www.studenten-stolberg.de).

Für die am 12.08. beginnenden Einschreibetermine wird ein sog. "Promoter" die Flyer an geeigneten Stellen verteilen, d.h. am Studentensekretariat der RWTH (Super C), ggf. der FH sowie im Studentenviertel (Pontviertel). Der Promoter wird die Studierenden/Studienanfänger ansprechen. Er/Sie wird auffällig bekleidet sein (schwarze Kleidung u. Tasche jeweils mit großem Stolberg-Logo). Die Aktion wird an 8 Werktagen in der zweiten Augusthälfte stattfinden. Der Flyer selbst ist modern, plakativ und auf die wesentlichen Inhalte reduziert, insbesondere günstige Wohnungen, gute Verkehrsverbindungen, Sport-, Kultur-, Freizeitangebote sowie Internetadresse und Ansprechpartnerin.

Auf der Web-Site <u>www.studenten-stolberg.de</u>, die grafisch entsprechend des Flyers gestaltet ist, werden weitere Informationen und Links bereit gestellt (zu "Extraraum" und zu den Seiten der Kupferstadt Stolberg und der Stolberg Touristik und den Fahrplänen für den öffentlichen Personennahverkehr). Wesentlich ist die konkrete Benennung einer Ansprechpartnerin, die sofort informieren oder helfen kann (kein langes "Herumtelefonieren" oder "Weiterverbinden").

Weiterhin soll eine größere Anzeige im "Klenkes" geschaltet werden (auflagenstarke Kultur-Veranstaltungszeitschrift, die stark im studentischen Milieu gelesen wird). Es besteht Aussicht, dass in der Folge auch im redaktionellen Teil des "Klenkes" ein Artikel über das Wohnen in Stolberg erscheint.

Durch entsprechende Presseveröffentlichungen in der lokalen (Stolberger) Presse und durch Anschreiben an alle Hauseigentümer im Bereich Steinweg soll zudem die Anbieterseite auf die Möglichkeiten der Vermietung von Wohnungen an Studenten aufgezeigt werden bzw. aufgefordert werden, Wohnungen an Studenten zu vermieten, so dass ggf. weitere Wohnungen an die Stadtverwaltung gemeldet werden.

Einen zusätzlichen Service für Studenten und Vermieter bietet auch die Wohnungsvermittlungsstelle der Stadtverwaltung. Hauseigentümern und Wohnungsbaugesellschaften bzw. Hausverwaltungen, die als Vermieter in Stolberg agieren, wird das Angebot unterbreitet, für gemeldete leer stehende oder frei werdende Wohnungen entsprechende Interessentinnen und Interessenten zu finden.

Der Textbeitrag "Wohnraum für Studenten" auf der städtischen Home-Page wurde aktualisiert und um die Kontaktdaten zur Wohnungsvermittlungsstelle der Stadt Stolberg erweitert. Er wurde weiterhin ergänzt um den Hinweis auf die Fördermöglichkeiten nach dem Wohnraumförderungsprogramm 2013 und eine entsprechende Verlinkung zur Internetseite des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW eingefügt.

Das Ziel der Kampagne ist aber in erster Linie, die (künftigen) Studierenden auf den Standort Stolberg aufmerksam zu machen, damit dieser bei der Suche per Zeitung oder Internet überhaupt als Alternative bekannt ist. Die Wohnungsvermittlung ist nicht der Schwerpunkt, denn die kann und wird überwiegend über die großen bekannten Internetportale (Immobilienscout o.ä.) oder ggf. auch per Zeitungsinserat geleistet. Die relativ wenigen Wohnungen, die bei "Extraraum" gelistet sind, bestätigen dies.

Mittelfristig kann und sollte die Werbung für den Wohnstandort Stolberg weiter intensiviert werden, - und nicht nur auf Studierende bezogen, sondern auch auf andere Zielgruppen. Hierzu wurden, von der beauftragten Werbeagentur bereits interessante Ideen entwickelt. Dies wird allerdings aufgrund der damit verbundenen Kosten entsprechenden Haushaltsmittel und entsprechende Ratsbeschlüsse erfordern bzw. eine Etatisierung im nächsten Haushaltsjahr.

# A.2.: Beratung / Information / Weiterentwicklung Innenstadtkonzept / Verbesserung baurechtliche Rahmenbedingungen

Da die Stadt darauf angewiesen ist, dass die Privatwirtschaft in den Um- und Neubau von Wohnungen investiert – mit oder ohne Inanspruchnahme von Fördergeldern – ist hier seitens der Stadt eine intensive Beratung und Information sowie Animation der Hauseigentümer und Investoren erforderlich. Dies stellt einen dauerhaften Prozess dar, der als Querschnittsaufgabe von verschiedenen Fachämtern geleistet wird.

Der Zugang bzw. der Anlass von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen sind dabei unterschiedlich:

- Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Innenstadtkonzeptes
- Beratungen / öff. Veranstaltungen zur energetischen Sanierung (z.B. Klimaschutzkonzept)
- Bauleitplanverfahren

Im Rahmen dieser und anderer Aktivitäten werden die Hauseigentümer und andere Interessierte regelmäßig angeschrieben und eingeladen.

Die regelmäßig mit Bauherrenanfragen konfrontierten Fachämter (Bauordnung, Denkmalbehörde, Planungsamt, Abt. für Wohnen) werden diesbezüglich sensibilisiert, auf die entsprechenden Entwicklungen und auf die Fördermöglichkeiten hinzuweisen und zu informieren.

Weiterhin wird die Stadt die Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen verbessern. Dazu zählen in erster Linie bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Vorgaben, welche die Wohnnutzung stärken. So werden derzeit die Bebauungspläne im Innenstadtbereich geändert, um die Innenstadt als Wohnstandort zu sichern und zu fördern. U.a. werden "Kerngebiete" zu "besonderen Wohngebieten" (Baunutzungsverordnung), die Wohnnutzung in den Erdgeschosszonen wird künftig uneingeschränkt zulässig. Weiterhin werden Nutzungen, die einer Wohnnutzung entgegenstehen (Spielhallen, sonstige Vergnügungsstätten) ausgeschlossen. Auf die Vorlagen zu den entsprechenden Bauleitplanverfahren wird hingewiesen.

Auch sollen die Möglichkeiten zu größeren Umbauten, insbesondere zur Schaffung von Balkons, Dachgärten, Dachausbauten etc. in Abstimmung mit der Denkmalbehörde bzw. mit dem Landschaftsverband rechtssicher geregelt werden.

Die Ablösegebühr für nachzuweisende Stellplätze im Innenstadtbereich ist (unter bestimmten Voraussetzungen) deutlich reduziert worden.

Die anstehenden (baulichen) Maßnahmen im Innenstadtbereich, vor allem die Attraktivierung des öffentlichen Straßen- und Freiraums im Rahmen des Innenstadtkonzeptes, werden die Aufenthalts- und Wohnqualität der Innenstadt stärken. Die zunächst anstehenden Maßnahmen im Bereich Rathausstraße / Bastinsweiher sind erste Bausteine dazu.

# A.3. Entwicklung von Bauland für unterschiedliche Marktsegmente

Die Kupferstadt Stolberg ist dabei, die Entwicklung und Bereitstellung von Bauland zu forcieren. Hierzu wurde kürzlich die Stolberger Bauland GmbH gegründet, um

zusammen mit einem kompetenten Partner auf privatwirtschaftlichem Wege die Grundstückentwicklung zu beschleunigen (Stadtrandsiedlung, Breinig, ggf. Mausbach). Darüber hinaus gibt es weiter Aktivitäten der Stadt selbst (z.B. Rotsch, kleinere Einzelmaßnahmen). Auch besondere Wohnformen (Seniorenwohnanlagen / Pflegeeinrichtungen) werden verstärkt entwickelt, da es hier eine steigende Nachfrage gibt.

Bei der Entwicklung von Bauland, insbesondere bei der städtebaulichen Planung, bei den planungsrechtlichen Festsetzungen und bei der Vermarktung von Grundstücken ist künftig verstärkt darauf zu achten, dass das Angebot entsprechend dem Markt sehr differenziert ist und die gesamte Breite des Nachfragespektrums abgedeckt ist.

Hierbei sind neben sozialen auch energetische und demografische Aspekte zu berücksichtigen. So hat der Rat am 16.07.2013 einen Handlungsleitfaden für die Kupferstadt Stolberg beschlossen, der die Erzeugung und Einsparung von Energie im Sinne des Klimaschutzes in allen Bereichen städtischen Handelns vorsieht. Dies umfasst auch die städtebauliche Planung (flächensparendes Bauen, kurze Wege, Verkehrsvermeidung, Innenverdichtung/städtebauliche Konzentration etc.). In Bezug auf den demografischen Wandel sind auch Angebote etwa für den barrierefreien Geschosswohnungsbau vorzuhalten, denn dieser wird bzw. kann überwiegend nur im Neubaubereich geschaffen werden.

Die mittelfristig zu erarbeitenden Grundlagen und Konzepte (grenzüberschreitender Wohnungsmarktbericht, Handlungskonzept "Wohnen") werden diese Überlegungen konkretisieren und – soweit möglich – quantifizieren, wobei die genannten Grundtendenzen auch ohne dies bekannt sind und Beachtung finden werden.

## B.1. Handlungskonzept "Wohnen"

Wohnungspolitik stellt einen zentralen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Der Grundsatz der angemessenen Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsgruppen stellt dabei einen wesentlichen Eckpfeiler dar. Dies bedeutet insbesondere, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen in der Stadt vorzuhalten, und zwar in adäquater Menge, Qualität und Vielfalt.

Ein zukünftig zu erarbeitendes Handlungskonzept "Wohnen in Stolberg" soll die Handlungserfordernisse begründen und die zu treffenden Entscheidungen auf fundierte Grundlagen stellen. Hinzu kommt, dass kommunale Handlungskonzepte zukünftig wichtige Instrumente der Wohnungsbauförderung sein werden. Dies bedeutet, dass seitens des Landes NRW zukünftig vorrangig Projekte gefördert werden, die aus kommunalen Handlungskonzepten abgeleitet sind.

Das Handlungskonzept sollte Probleme in der Wohnungsversorgung darstellen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, d.h. quantitative Aussagen treffen ("wie viele und welche Wohnungen für welche Bevölkerungsgruppe"). Darüber hinaus soll das Handlungskonzept – entweder integriert oder als separates Teilkonzept – städtebauliche Aspekte umfassen (räumliches Konzept / "wo") unter Berücksichtigung von energetischen Fragen (Bauweise, Verkehr, Energieversorgung).

Bei der Erarbeitung und Fortschreibung des Handlungskonzeptes "Wohnen" handelt es sich um einen (ggf. längeren) Prozess, der auch einen "Input" in Form einer Wohnungsmarktanalyse erfordert. Hierzu soll ein grenzüberschreitender Wohnungsmarktbericht erstellt werden (s. B.2.).

### B.2. Grenzüberschreitender Wohnungsmarktbericht

Eine ortsspezifische Wohnungsmarktanalyse ist unerlässlich zur Prognostizierung und Erarbeitung passgenauer Handlungsstrategien. Jedoch ist eine dauerhafte Wohnungsmarktbeobachtung ("Wohnmonitoring"), die an der kommunalen Grenze endet, nicht zielführend. In der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Technischer Beigeordneter/Bauamtsleiter in der StädteRegion wurde deshalb das Thema "Grenzüberschreitende Wohnungsmarktbeobachtung" beraten.

Die Stadt Aachen hat angeboten, für die Kommunen der StädteRegion Aachen aus frei zugänglichen Datenquellen entsprechende Kennwerte als Grundlage für einen ersten grenzüberschreitenden Wohnungsmarktbericht zu ermitteln, der im Laufe der Zeit weiter ausgearbeitet werden soll, ggf. unter Zuhilfenahme externer Akteure. Hier wurde eine langfristig angelegte Zusammenarbeit der Städte der StädteRegion und ggf. darüber hinaus verabredet sowie Beratungen über das weitere Vorgehen, sobald die ersten Kenndaten bzw. der erste Bericht vorliegen. Mittelfristiges Ziel ist die Aufstellung eines Handlungskonzepts "Wohnen" (regional/lokal), in dem auf Grundlage der ermittelten Daten und von Erfahrungswerten die Problemlagen ermittelt bzw. prognostiziert werden und Handlungsoptionen, z.B. bei der Stadtentwicklungs- oder Bauleitplanung, aufgezeigt werden.

Sowohl die Erstellung und Fortschreibung des Wohnungsmarktberichts als auch des Handlungskonzepts "Wohnen" sind mittel- bis langfristige Prozesse. Aber auch ohne dies werden die Aktivitäten der Kupferstadt Stolberg, wie sie unter "A.1.-3." beschriebenen sind, fortgesetzt, da diese künftigen Konzepten nicht widersprechen.

### Weitere Fördermöglichkeiten:

Ergänzend zu den Ausführungen in der Vorlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2013, die sich weitgehend auf das Wohnraumförderungsprogramm NRW beschränkten, werden nachfolgend die Fördermöglichkeiten für den Neubau von Wohnungen und die Neuschaffung von Wohnungen im Bestand ergänzt bzw. erläutert:

Die Rahmenbedingungen für die öffentliche Wohnraumförderung stellt das Land Nordrhein-Westfalen. Mit dem Wohnraumförderungsprogramm 2013 wurden wichtige Eckpunkte neu definiert. Es findet eine verstärkte Ausrichtung der Förderung an den Zukunftsaufgaben der Wohnraumversorgung statt: Anpassung des Wohnraums an die Erfordernisse der demografischen Entwicklung, Schaffung von Wohnraum für Studierende sowie energetische Sanierung im Wohnungsbestand.

Die Fördermöglichkeiten im Mietwohnungsbau können natürliche und juristische Personen, die über ausreichende Bonität verfügen, in Anspruch nehmen. Gefördert wird neben dem Neubau auch die Neuschaffung von Mietwohnungen durch Änderung, Nutzungsänderung oder Erweiterung von Gebäuden, wenn Baukosten einschließlich Baunebenkosten von mindestens 650 Euro je qm Wohnfläche entstehen. Die Grundpauschale im Rahmen der Förderung des Neubaus von Mietwohnungen beträgt in Stolberg je nach Zweckbestimmung max. 520,00 Euro bzw. max. 1.000,00 Euro pro Quadratmeter förderfähiger Wohnfläche. Bei der Förderung der Neuschaffung im Bestand beträgt die Grundpauschale je Quadratmeter förderfähiger Wohnfläche höchstens 390,00 Euro bzw. 750,00 Euro je nach Zweckbestimmung.

Darüber hinaus können Zusatzdarlehen für einzelne Maßnahmen gewährt werden, z. B. bei Neubaumaßnahmen für den Einbau eines Aufzuges 2.500,00 Euro pro geförderter Wohnung, die durch den Aufzug erschlossen wird, maximal 65.000,00 Euro je Aufzug. Auch für die Herstellung von Außenanlagen für demenziell erkrankte oder behinderte Menschen ist ein Zusatzdarlehen in Höhe von 75 % der Herstellungskosten, maximal in Höhe von 200,00 Euro pro Quadratmeter gestalteter Fläche, möglich.

Ebenso können bei der Förderung der Neuschaffung im Bestand neben den oben beschriebenen Grundpauschalen unter bestimmten Voraussetzungen Zusatzdarlehen gewährt werden in Gebäuden, die von besonderem städtebaulichen Wert sind, ein Denkmal sind oder in einem Denkmalbereich liegen. Hier sei insbesondere darauf hingewiesen, dass zinsgünstige Darlehen zur denkmalgerechten Erneuerung selbst genutzter Wohngebäude in historischen Stadtkernen in Anspruch genommen werden können. Die Förderhöhe beträgt maximal 40.000,00 Euro pro selbst genutzter Wohnung, jedoch höchstens 50 % der förderfähigen Kosten. Diese Wohnungsbaumittel dienen Fassadensanierungen einschließlich Wärmedämmung, Dacherneuerung einschließlich Wärmedämmung, Restaurierung und Erneuerung von Fenstern und Haustüren, Trockenlegung und Wärmedämmung von Kellern sowie Instandsetzungen, die durch diese Maßnahmen verursacht werden.

Weil mit der steigenden Studiennachfrage auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Studierende wächst, lassen die Wohnraumförderungsbestimmungen erstmalig im Jahr 2013 flexible Grundrisslösungen auch unter 35 qm Wohnfläche zu, wenn die Planung innovative Ansätze zu einer möglichen späteren Zusammenlegung von 2 – 3 Kleinwohnungen zu einer "Normalwohnung" berücksichtigt. Gefördert werden flexible, gemischte Wohnprojekte für Studierende, die auch für andere Zielgruppen nutzbar sein können. Mit dieser Förderart sowie der Möglichkeit, an Hochschulstandorten studentische Wohnheimplätze nach Maßgabe der neuen Studentenwohnheimbestimmungen zu fördern, sollen neben einer Verbesserung der Wohnraumsituation für Studierende auch neue Impulse für Stadtquartiere gesetzt werden und insgesamt der Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen gestärkt werden.

Zur Verbesserung des Wohnungsangebots für ältere, pflegebedürftige oder behinderte Menschen mit Betreuungsbedarf gelten Sonderregelungen für Gruppenwohnungen. Es werden Wohneinheiten neuen Typs gefördert, in denen bis zu acht Personen selbst bestimmt zur Miete wohnen und ihre Pflege oder Betreuung individuell mit Hilfe ambulanter Dienste ihrer Wahl organisieren können.

Im Zusammenhang mit der Förderung von Mietwohnungen werden ergänzend auch Wohn- und Gemeinschaftsräume gefördert, die für neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens einer Gruppe von Pflegebedürftigen bestimmt sind.

Bewilligungsbehörde für alle hier aufgeführten Förderarten im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung ist die StädteRegion Aachen. Anträge nimmt das dortige Amt für Bauaufsicht und Wohnraumförderung entgegen.

Unabhängig von der öffentlichen Wohnungsbauförderung bietet die Kreditanstalt für Wiederaufbau verschiedene Förderprodukte an, sowohl für den Neubau als auch für Bestandsimmobilien. Mit zinsgünstigen Darlehen sowie Zuschüssen werden z. B. Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zum Abbau von Barrieren gefördert.

Im Hinblick auf die besondere innerstädtische Wohnsituation sei hier insbesondere das KfW-Programm "Altersgerecht Umbauen" genannt. Es handelt sich hierbei um zinsverbilligte Darlehen. Die Förderhöhe beträgt bis zum 50.000,00 Euro je Wohneinheit bei einem Effektivzinssatz von 1,00 % bzw. 1,41 % und Kreditlaufzeiten zwischen 4 und 30 Jahren.

Alle Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau können bei den örtlichen Banken und Sparkassen beantragt werden. Zuschüsse hingegen sind direkt bei der KfW in Frankfurt zu beantragen.

Die kompletten Förderprogramme der KfW-Bank sind auf www.kfw.de aufgelistet.

## c) Finanzielle Auswirkungen

Die kurzfristigen Werbemaßnahmen zu den Einschreibeterminen der Hochschulen unter Einschaltung einer örtlichen Werbeagentur (Flyer, Anzeige, Internetseite; vgl. A.1) haben rd. 9.900 € gekostet. Weitergehende Werbemaßnahmen erfordern weitere Mittel und voraussichtlich entsprechende HA-/Ratsbeschlüsse bzw. werden im Haushalt 2014 etatisiert.

Ob der grenzüberschreitende Wohnungsmarktbericht externe Zuarbeit, Dateneinkauf o.ä. erfordert und insofern eine Kostenbeteiligung der Kupferstadt Stolberg nach sich zieht, ist derzeit noch nicht absehbar. Dasselbe gilt für die Erstellung eines Handlungskonzeptes "Wohnen".

# d) Personelle Auswirkungen:

Die im Sachverhalt dargestellten Aktivitäten binden Personal im erheblichen Maße in verschiedenen Fachämtern.

Im Auftrag

Pickhardt

Leiter Fachbereich 1

YORLAGE ASVU / HA / Rat 10.09 13 4) S. / A) 26. / A) 24.







### **Gemeinsamer Koalitionsausschuss**

Millian Dichinard (Millian) 1 9. Aug. 2013 Der Bürgermeister

Herrn Bürgermeister Ferdinand Gatzweiler Herrn Josef Hansen Vorsitzender ASVU

Stolberg, den 16.08.2013

## **Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler, sehr geehrter Herr Hansen,

die Koalition von SPD und CDU beantragt ASVU, HA, RAT beschließen am 10. 9. 2013 zur Erprobungsphase Verkehrsführung Innenstadt folgende Modifizierung :

- Die vorgesehene Umsetzung der Erprobungsphase Verkehrsführung Innenstadt wird zeitlich in 2 Stufen durchgeführt. Stufe 1 soll – wie beabsichtigt – im September starten für den Bereich Mühle (Talbahnstraße bis Mühlener Ring).
- 2. In der Bürgerversammlung am 10. Juli 2013 wurden eine Vielzahl von Anregungen, Fragen und Bedenken für den Bereich Rathausstraße (Stufe 2: Bereich Kaiserplatz-Steinfeldstraße) vorgebracht.

Für die Koalitionsfraktionen ist es zwingend notwendig, diese Meinungen möglichst frühzeitig – also schon in die Überlegungen zur Erprobungsphase - einzubringen. Die Verwaltung wird deshalb ersucht, den Vorsitzenden des Stadtmarketings, Herr Patric Peters, zu bitten, die Meinungen aller Geschäftsleute und Gewerbetreibenden des angesprochenen Bereichs repräsentativ zu erfragen, zu bündeln , zu bewerten und Rat und Verwaltung als Entscheidungshilfe für die Vorbereitung der 2. Stufe der Erprobungsphase zur Verfügung zu stellen.

Frld. Gruß

Dieter Wolf

Vors. SPD Fraktion

Paul Kirch

Tim*l©*rüttemeier

Vors. CDU Fraktion